C 21734 E



Arbeiterkampf

Jahrg. 3 Nr. 27 April 73
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
50 Pf.

1. Mai

Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse

Die Arbeiter aller Länder führen den 1. Mai seit nunmehr 80 Jahren als ihren Kampftag durch, an dem sie die dringendsten, aktuellen Forderungen zum Ausdruck bringen und die Bereitschaft dokumentieren, für eine bessere Gesellschaft, ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen.

Unterschiedlich sind die Formen dieses Kampfes und die Forderungen, unter denen am 1. Mai demonstriert wird.

Besonders hervorgehoben werden soll, daß die englische Arbeiterklasse ihre Kämpfe gegen Lohnabbau und die reaktionäre Politik der Heath-Regierung in einem Generalstreik zusammenfassen und ihre Kampfbereitschaft in machtvollen Demonstrationen zum Ausdruck bringen wird.

Wo die Diktatur der Kapitalistenklasse solche Demonstrationen mit Polizeiterror zu verhindern sucht - wie in Spanien, Griechenland, Protugal und der Türkei - werden die Arbeiter auf „illegalen" Versammlungen und Demonstrationen mit Flugblättern und Wandparolen ihre Forderungen propagieren.

In den sozialistischen Ländern demonstriert am 1. Mai die Arbeiterklasse zusammen mit der Bauernschaft für die Verteidigung und den weiteren Aufbau des Sozialismus, für die kämpferische Solidarität mit den Befreiungskämpfen der unterdrückten Völker und Nationen.

In der Bundesrepublik hatte die Zerschlagung der Arbeiterbewegung durch den Faschismus und die Restauration der alten Besitz- und Machtverhältnisse zur Folge, daß die Gewerkschaftsführer den 1. Mai in der Zeit des „Kalten Krieges" mit Lobreden auf den „freien Westen" und unter reformistischen Losungen durchführen konnten. Dem folgte der Versuch der Gewerkschaftsführer, durch Entpolitisierung und Demobilisierung der Arbeiterklasse den 1. Mai ganz abzuschaffen. Immer weniger öffentliche Kundgebungen und Demonstrationen, immer nichtssagendere und seichtere Parolen. Mit Parolen wie „Wir sichern den Fortschritt", „Für eine bessere Welt" und in diesem Jahr gar „Mitdenken - mitbestimmen - mitverantworten!" ist kein Hund hinterm Ofen hervorzulocken. „MIT" ... das heißt: Mit den Kapitalisten und ihrer Regierung. Solche erbärmlichen Parolen, die Ausdruck einer korrumpierten Gewerkschaftsführung sind, vertiefen gerade das Desinteresse und die Apathie, die die Gewerkschaftsführer brauchen, um ihre Politik ungestört betreiben und „begründen' zu können.

Auf der anderen Seite haben wir in den vergangenen Jahren zunehmend kämpferische und bewußtere Mai-Demonstrationen erlebt, die von linken Gruppen, in erster Linie Kommunisten, organisiert wurden.

Unsere Parolen zum 1. Mai:

Gegen die schrittweise Faschisierung und Militarisierung von Staat und Gesellschaft

Gegen die Angriffe der Kapitalisten auf die Lebensbedingungen der Werktätigen

Weg mit dem KPD-Verbot – Schluß mit Verbotsdrohungen gegen kommunistische Organisationen !

Schluß mit der Jagd auf Kommunisten, fortschrittliche Sozialdemokraten und Gewerkschafter !!!

Dem 1. Mai im vorigen Jahr war das Mißtrauensvotum der CDU/CSU gegen die Brandt-Regierung unmittelbar vorausgegangen. Der 1. Mai stand daher vielerorts im Zeichen gewerkschaftlicher Demonstrationen gegen die CDU/CSU. Das war eine deutliche Absage an die von der CDU/CSU zwanzig Jahre lang betriebene Politik der Reaktion nach innen und des „Kalten Krieges" nach außen. Zugleich wurden große Erwartungen an die SPD geknüpft.

Inzwischen haben die Neuwahlen vom November eine starke Bestätigung der Brandt-Regierung gebracht, die ihren Vorsprung vor der CDU/CSU ausbauen konnte. Dieses Ergebnis unterstreicht die Tendenz der Massenbewegung gegen das Mißtrauensvotum im Frühjahr 72.

Die Massenbewegung gegen das Mißtrauensvotum stellte im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren etwas Neues dar. Seit den anti-militaristischen Demonstrationen zu Ende der 50er Jahre hatte es in der BRD keine so breite Bewegung für politische Ziele mehr gegeben.

Zugleich blieb diese Bewegung in den Grenzen gefangen, die ihr die Anerkennung der SPD als „kleineres Übel" zwangsläufig setzt. Nach dem Wahlsieg der SPD brach auch die Massenbewegung zusammen.

Daß die SPD sich immer noch nahezu ungefährdet als „kleineres Übel" behaupten kann, weist auf das Fehlen einer grundsätzlichen Alternative zur Politik der SPD hin; es drückt aber auch aus, daß die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten noch nicht von der Notwendigkeit einer solchen Alternative überzeugt ist. Daß dem so ist, wird unterstrichen durch die totale Niederlage a l l e r Gruppen, die zu den Wahlen im Namen der Kommunistischen Partei auftraten – also sowohl der revisionistischen DKP wie auch der verschiedenen „links"sektiererischen Gruppen. Außerhalb der SPD gibt es

Forts. Seite 7

Dänemark:

Größter Streik seit 40 Jahren



Streikende Kollegen in Kopenhagen

Streikende Kollegen in Kopenhagen

In der Nacht vom 21. zum 22. März legten in Dänemark rund 160 000 Arbeiter und Angestellte die Arbeit nieder, um die Durchsetzung neuer Tarif- und Arbeitsverträge im Kampf zu erzwingen. Im Gegenzug schlossen die dänischen Unternehmer über 100 000 Arbeiter aus. Der Dänische Gewerkschaftsbund hat angekündigt, den Streik der bereits heute einen Großteil der Metallindustrie, Teile der chemischen Industrie, die gesamten Häfen, Tabakfabriken, sämtliche Druckereien und große Bereiche des privaten Transportwesens stillgelegt hat, auf weitere Bereiche, vor allem im öffentlichen Dienst, auszudehnen. Gleichzeitig wurde gegenüber Kapitalisten und sozialdemokratischer Regierung klargemacht, daß die Arbeiter bereit sind, den Arbeitskampf bis zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen durchzuhalten. Das kann Wochen dauern.

Die dänische Bourgeoisie scheint ihrerseits zu keinerlei Zugeständnissen bereit zu sein. Darauf deutet nicht nur die unmittelbar nach Streikbeginn vollzogene Aussperrung hin, sondern vor allem ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Kompromißvorschlag, den eine staatliche Schlichtungskommission zum neuen Tarifvertragswerk vorgelegt hat.

Der jetzige Streik ist die größte Klassenauseinandersetzung in Dänemark seit 40 Jahren.

Vertrauensleutekörper zerschlagen

Bericht der Betriebszelle Reichhold

Die Verwaltungsstelle Hamburg der IG Chemie beschloß auf einer Vorstandssitzung am 6.3.73 die Auflösung des Vertrauensleutekörpers (VLK) des Chemie-Betriebes Reichhold Albert Chemie AG. Zu begründen versuchten die Hamburger IG Chemie-Sekretäre diesen Angriff auf die gewerkschaftliche Demokratie damit, daß „eine kleine Gruppe mit extremer politischer Zielsetzung", („anonyme Mitglieder des sog. Kommunistischen Bundes") „seit geraumer Zeit die Arbeit der übrigen Vertrauensleute . . . sabotiert und blockiert" hätte.

Diese Zerschlagung des VLK ist der vorläufige Höhepunkt einer schon Jahre andauernden Auseinandersetzung zwischen dem linken VLK bei Reichhold und der Verwaltungsstelle um eine konsequente Arbeiterpolitik bei Reichhold.

Der VLK bei Reichhold, der im Herbst 70 von einigen linken Arbeitern und Angestellten und auf die Initiative von Mitgliedern des Kommunistischen Bundes (KB) hin gegründet worden war, bestand im Chemie-Streik 71 seine erste Probe: er sorgte dafür, daß die Reichhold-Belegschaft voll in den Streik trat, obwohl die Gewerkschaftsführung versucht hatte, ihr Konzept der „Nadelstiche" durchzusetzen. Die Schichtarbeiter waren die wesentlichen Träger des Streiks, sie zogen große Teile der Angestellten und des Tagesbetriebes mit in den Kampf.

Nach dem Streik rückten mehrere Kollegen in den VLK nach, die sich maßgeblich an der Organisierung der Kämpfe beteiligt hatten. Die gewerkschaftliche Organisierung stieg in dieser Zeit besonders in den Schichten stark an.

Die Branchenzeitung des Kommunistischen Bundes für die Chemiebranche, „Der Chemiearbeiter", leistete bei der Organisierung des Hamburger Chemie-Streiks große Hilfe. Sie brachte schnell aktuelle Berichte aus den wichtigsten Chemie-Betrieben, über den Stand der Kämpfe in den anderen Tarifgebieten, über die Maßnahmen der Kapitalisten und über die wahren Ziele der „Nadelstichtaktik" der Gewerkschaftsführung.

Die Streikerfahrungen und der anschließende „7,8 %-Verrat" der Gewerkschaftsführung hat bei dem bewußtesten Teil der Reichhold-Belegschaft zweierlei bewirkt:

- Erstens war ihr Vertrauen in die Gewerkschaftsführung stark erschüttert. Viele von ihnen beteiligten sich an der Unterschriftensammlung für einen Mißtrauensantrag gegen den IG Chemie-Hauptvorstand. Hauptsächlich aber richtete sich ihre Wut gegen den örtlichen Sekretär Herrling, der nach Kräften versucht hatte, den Streik bei der Reichhold zu verhindern.
- Zum zweiten war während des Streiks ganz deutlich geworden, daß der Betriebsrat (BR; überwiegend in der IG Chemie organisiert) um Teschner offen den Unternehmern in die Hände spielte, statt auf der Seite der Kollegen zu stehen: er unterstützte die Kollegen nicht während des Streiks und tat nach dem Streik nichts gegen die Angriffe der Geschäftsleitung auf die Streikführer. Zwei Kollegen wurden fristlos entlassen.

Für die linken Vertrauensleute bei Reichhold war nach dem Streik klar, daß sie bei den anstehenden Betriebsrats-Wahlen im darauffolgenden Frühjahr 72 Teschner & Co. aus dem Felde schlagen mußten, wollten sie auch im BR eine Arbeiterpolitik durchsetzen.

Der örtlichen IG Chemie-Führung wurde klar, daß sie diesen Erkenntnissen breiter Teile der Kollegen Rechnung tragen mußte.

Forts. nächste Seite

wenn sie nicht jegliches Vertrauen einbüßen wollte.

Erstens mußte sie den Sekretär Herrling ablösen, weil dieser nach seinem Verhalten im Streik bei den Kollegen von Reichhold unten durch war. Stattdessen wurde der Sekretär Phillip von Kodolitsch mit der „Betreuung" der Mitglieder bei Reichhold beauftragt.

Zweitens mußte die Verwaltungsstelle Teschner fallen lassen, obwohl sie sich ansonsten keineswegs scheut, mit Betriebsräten seines Schlages zusammenzuarbeiten. Nur hatte sich Teschner bereits zu weitgehend als Arbeiterverräter bei Reichhold gezeigt. So war die Verwaltungsstelle gezwungen, einer vom VLK aufgestellten Kandidatenliste für die BR-Wahl zuzustimmen, auf der im wesentlichen linke Vertrauensleute kandidierten, obwohl Teschner Einspruch erhoben hatte.

Bei den Wahlen erzielten die Vertrauensleute einen großen Erfolg: sie erhielten 6 Sitze, die Teschner-Liste 5, eine unabhängige Liste einen Sitz. Gewählt worden waren die linken Vertrauensleute wesentlich von den Schichtarbeitern, also denjenigen Kollegen, die auch im Streik hauptsächlich die Kampffront gegen die Unternehmer stellten; außerdem von einem kleinen Teil fortschrittlicher Angestellter und einem großen Teil der Lehrlinge.

Die Geschäftsleitung (GL) reagierte auf auf diesen Sieg der linken Vertrauensleute und die Niederlage ihrer Büttel Teschner & Co. mit schärferem Druck auf die Belegschaft. Hatte sie noch vor der BR-Wahl versucht, durch Rausschmiß von zwei Streikführern und eine breite Diffamierungskampagne gegen die Linken einen Wahlsieg der Vertrauensleute zu verhindern, so versuchte sie jetzt durch Verschärfung des Leistungsdrucks auf die Belegschaft, den neuen BR scheitern zu lassen. Sie wollte erreichen, daß allgemein die Auffassung sich bilden sollte: „Es lohnt sich nicht, den Unternehmern gegenüber hart aufzutreten, da ernten wir nur schärfere Unterdrückung. Wir können viel mehr bei partnerschaftlicher Zusammenarbeit herausholen."

So wurden Verhandlungen über Forderungen abgelehnt, Sozialleistungen eingeschränkt, der Betriebsausflug gestrichen, Anträge auf die lange Bank geschoben. Eine weitere Methode war es, den BR einzudekken mit Disziplinarmaßnahmen, die in immer stärkerem Maße gegen Kollegen ergriffen wurden und über die der BR laufend beraten mußte.

Ziel der GL war es, den neuen BR zu isolieren und die Kollegen mutlos zu machen. Zu diesem Zweck verbot die GL den Betriebsräten sogar, Kollegen am Arbeitsplatz aufzusuchen, wenn es ihnen nicht ausdrücklich vom Abteilungsleiter erlaubt worden war! Die einzige Möglichkeit, die Isolierung des BR zu verhindern, hätte in einer guten VLK-Politik gelegen. Hier hätten die Probleme der Kollegen zusammengefaßt und diskutiert, hier hätte die BR-Arbeit der linken Betriebsräte besprochen und kritisiert werden müssen. Der VLK hätte das aktive Verbindungsstück zwischen Belegschaft und BR sein müssen.

Die Notwendigkeit einer guten VLK-Arbeit auch nach den BR-Wahlen wurde nicht erkannt. Die IG Chemie-Betriebsräte liessen sich zum Teil darauf ein, isoliert von der Belegschaft mit der GL zu verhandeln, wobei logischerweise nichts herauskam. Andererseits hatte sich auch zum Teil unter der Belegschaft die Haltung breitgemacht: „Nach dem Sieg unserer Leute ist die Sache gelaufen." Daß es jetzt erst recht darauf ankam, daß Belegschaft, VLK und BR zusammen die erkämpfte Position hätten verteidigen und ausbauen müssen, war weitgehend nicht klar. Auch die KB-Betriebszelle bei Reichhold hat diese Entwicklung zu spät erkannt: Sie legte zu viel Gewicht auf die reine Gremienarbeit statt hauptsächlich direkt unter den Kollegen in den Schichten, Labors und Büros zu arbeiten.

Die Folge davon war, daß die aktive Gewerkschaftsarbeit in Betrieb und VLK nach den BR-Wahlen stagnierte und zu zerbröckeln begann. Im gleichen Maße schaffte es die GL, den BR von den Kollegen zu entfernen – seine Tätigkeit beschränkte sich für die Kollegen, überspitzt gesagt, auf die Verlesung relativ nichtssagender Rechenschaftsberichte auf den VLK-Sitzungen und Betriebsversammlungen.

Der größte Schaden, der für die aktive Gewerkschaftsarbeit bei Reichhold bei dieser Entwicklung entstand, bestand darin, daß zunehmend die Schichtarbeiter, der Kern der Arbeiterschaft, aus dem VLK wegblieben, weil sie nicht sahen, was ihnen eine Mitarbeit bringen sollte. Diese Entwicklung schwächte den VLK außerordentlich. Die GL, die über das Kräfteverhältnis im Betrieb sehr genau Bescheid weiß, witterte Morgenluft: ohne einen starken VLK fürchten zu müssen und ohne daß der BR sich auf eine entschlossene Belegschaft stützen konnte, konnte man jetzt ganz anders gegen die Kollegen vorgehen.

Das war der Augenblick, wo für die Unnehmer die Gelegenheit günstig war, eine neue Angriffswelle zu starten:

- Die GL bestellte für alle Kollegen das Kapitalisten-Propagandaorgan „aktiv", das in übel demagogischer Weise gegen die Gewerkschaften, gegen Streik, gegen Lohnerhöhungen generell hetzt, und schickte es den Kollegen kostenlos ins Haus, damit „die andere Seite auch mal zu Wort käme", wie es die GL begründete.
- Die alte Arbeitsordnung von Reichhold soll jetzt durch die Hoechster Arbeitsordnung ersetzt werden. (Reichhold gehört zu Hoechst.) Der Kern der Arbeitsordnung besteht in dem neuen „Ordnungsrecht", das die schärfste Disziplinierung der Kollegen zum Ziel hat: Werksausweise, strengstes Verbot, andere Abteilungen zu betreten, „Verstöße" der Kollegen sollen in Zukunft mit dem „teilweisen oder vollen Entzug eines durchschnittlichen Tagesverdienstes oder Entzug freiwilliger Leistungen" bestraft werden!
- In den Schichten wurde der Versuch gemacht, die Unkenntnis der Kollegen über die genauen Bestimmungen auszunutzen und ihnen so die Zulagen für Schmutz, schädliche Stoffe usw. zu kürzen.
- Diese Angriffe seitens der GL Ende letzten Jahres wurden im VLK diskutiert und zum erstenmal seit Monaten beschloß der VLK, Abwehrmaßnahmen zu ergreifen:
- Erstens sollte ein Flugblatt zur Arbeitsordnung erstellt werden, das die Belegschaft über deren arbeiterfeindlichen Charakter informieren sollte.
- Zweitens ein Flugblatt zum Kapitalistenorgan „aktiv", mit der Aufforderung an die GL, dieses Schmierblatt sofort abzubestellen.



Reichhold-Kollegen kämpfen für mehr Lohn

Nun zeigte es sich allerdings, daß die Gewerkschaftsführung, die bislang tatenlos dem Einschlafen des VLK zugesehen hatte, nicht bereit war, zu dulden, daß sich die linken Vertrauensleute wieder auf ihre Aufgaben besannen und wieder mit einer aktiven VL-Arbeit beginnen wollten. Sekretär Kodolitsch, der bisher – wenn es ums Diskutieren ging – immer vorne weg war, machte plötzlich, als es um die praktische Organisierung einer Opposition gegen die Angriffe der Unternehmer ging, nicht mehr mit und legte sich quer: So weigerte er sich bei beiden Flugblättern, sie so zu drucken, wie die Vertrauensleute sie geschrieben hatten. Mehrere Entwürfe und Gegenentwürfe pendelten zwischen der Verwaltungsstelle und den Vertrauensleuten hin und her. Das Ziel der Gewerkschaftsführung wurde erreicht. Keins der Flugblätter kam heraus. Die Information der Belegschaft war verhindert worden, ebenso vorerst die Einleitung einer aktiven VLK-Arbeit.

Die Vertrauensleute ließen sich diese Manöver allerdings nicht gefallen: Sekretär Kodolitsch erlitt mehrere Abstimmungsniederlagen im VLK: So in der Frage der Flugblätter, so beim Aufstellen der Lohn- und Gehaltsforderungen, bei der er sich mit Händen und Füßen gegen die 200,– DM-Forderung gewehrt hatte, aber nicht durchkam.

Die Betriebszelle des KB bei Reichhold brachte in einem Extra-Chemiearbeiter im Januar endlich – nachdem das von der Gewerkschaftsführung für den VLK so lange verhindert worden war – die Information für die Kollegen über die Hoechster Arbeitsordnung.

Die Verwaltungsstelle merkte, daß die linken Vertrauensleute sich – unterstützt von den Kommunisten – nicht abhalten lassen wollten, eine aktive Gewerkschaftsarbeit wieder in Gang zu setzen. Da ging sie von der Methode des Täuschens, Hinhaltens und der Tricks über zur brutalen Methode der Zerschlagung des VLK's (s. auch „Zwischenbericht zur Chemietarifrunde' in diesem ARBEITERKAMPF). Der Brief, in dem sie die Auflösung des VLK „begründet", ist ein Musterbeispiel antikommunistischer und antigewerkschaftlicher Demagogie, die das Ziel hat, die weniger bewußten Kollegen wieder in die Arme der Gewerkschaftsführung zu treiben und jede innergewerkschaftliche Demokratie zu erdrosseln: Die Gewerkschaftsführung beruft sich auf die „freie Meinungsäußerung" und die „freie Aussprache" und annulliert andererseits skrupellos zum Teil einstimmig gefaßte Beschlüsse des VLK's (die 200,– DM-Forderung z.B.)! Sie beruft sich auf „unsere berechtigten Interessen als Arbeitnehmer" und zerschlägt andererseits mitten in der Tarifrunde den VLK, der allein in der Lage wäre, die „berechtigten Interessen der Arbeitnehmer" gegen die Angriffe der Unternehmer zu verteidigen!

Die linken Vertrauensleute müssen sich darüber klar werden:

- daß dies kein „Ausrutscher" einer Verwaltungsstelle ist, sondern daß sich hier das wahre Gesicht der Gewerkschaftsführung im Kapitalismus gezeigt hat;
- daß sich an der Reaktion der Verwaltungsstelle gezeigt hat, daß die VLK-Arbeit bei Reichhold auf dem richtigen Weg ist;
- daß es jetzt nicht darum geht, dem VLK hinterher zu jammern, sondern darum, die Basisarbeit unter den Kollegen fortzusetzen! Die Kocherversammlungen, die seit einigen Wochen stattfinden und die gewerkschaftliche Jugendgruppe sind Schritte in die richtige Richtung! ■

Drucktarifrunde 1973

Nachdem vor kurzem die Metall-Tarifrunde mit einem ausgesprochen günstigen Ergebnis für die Kapitalisten beendet wurde, stehen neben den Chemie-Arbeitern nun auch die Arbeiter der Druckindustrie in ihrer diesjährigen Tarifrunde. Die IG-Druck und Papier hat die Tarife zum 31. März gekündigt. Auch die Forderungen stehen inzwischen fest. Auf 13 % werden sie von der IG-Druck und Papier beziffert. Daneben ist von einer zusätzlichen Anhebung der Löhne der unteren Lohngruppen zwischen 3,8 % und 1,8 % die Rede. Für die Lehrlinge stellte die große Tarifkommission die Forderung auf, daß die monatliche „Ausbildungsvergütung" zukünftig zwischen 110 % und 200 % des wöchentlichen Ecklohns liegen soll.

Der Beteuerung der Gewerkschaftsführer, *„daß wir die Forderung ganz und ungeteilt durchsetzen wollen und nicht Teile als Verhandlungsspeck betrachten"*, kann man auf grund der Erfahrungen keinen Glauben schenken. Vielmehr ist auch für die Arbeiter der Druckindustrie mit einem Abschluß zu rechnen, der sich in dem Rahmen der schon vorliegenden Ergebnisse von 8 % bis 9 % bewegt. Die Entschlossenheit der Kapitalisten, die Praktiken der Gewerkschaftsführer beim Zustandekommen der Forderungen und nicht zuletzt die Stimmung und der Grad von Bewußtheit bei einem großen Teil der Kollegen lassen nur den Schluß zu, daß auch in der Druckindustrie diese Tarifrunde ohne besondere „Probleme" für die Kapitalisten von den Gewerkschaftsführern über die Runden gebracht wird.

Wie kamen die Forderungen zustande

Im Gegensatz zu den vorhergehenden Jahren wurden die Gewerkschaftsführer in diesem Jahr auf den Delegiertenversammlungen, die vor dem Beginn der Tarifrunde stattfanden, in fast allen größeren Städten mit einem Forderungspaket konfrontiert, das sich entscheidend von den Vorstellungen der Gewerkschaftsführer unterschied. Bildete dieses Vorgehen in den vergangenen Jahren eine Ausnahme – wie z.B. München –, so war es in diesem Jahr die Regel.

Besonders in Frankfurt, München, Westberlin und Hamburg wurden auf den Delegiertenversammlungen folgende Forderungen eingebracht:

- In Westberlin 50 DM, in München und Hamburg 40 DM wöchentlich für alle Kollegen, unabhängig von ihrem bisherigen Lohn.
- Absicherung der übertariflichen Zahlungen der Kapitalisten in der Höhe von 20 DM in München und in Hamburg in einer Höhe von 10 DM wöchentlich.
- Vorzeitige Kündigung des Tarifvertrages bei Preissteigerungen von 3 %. (Hamburg und Berlin). Die Frankfurter Versammlung forderte Kündigung des Tarifvertrages bei Steuererhöhung.
- Für alle Lehrlinge 500 DM. Diese Forderung wurde in München gestellt.

Auch der Verlauf der Delegiertenversammlungen geriet den Gewerkschaftsführern in vielen Städten ganz aus den Händen.

So mußten die „Experten", die „Daten" und „Informationen" über die „gesamtwirtschaftliche Lage" geben wollten, ihre Referate vielfach nach den ersten Sätzen abbrechen, weil die Mehrheit der Versammlungen keinen Wert auf diese Belehrungen legte und den Referenten das unmißverständlich zeigte. Die Delegierten beschlossen einfach mit großer Mehrheit die Forderungen, die in den eigenen Reihen entwickelt worden waren, ohne sich mit den Gewerkschaftsführern in lange Diskussionen über deren Vorstellungen einzulassen.

Wie sind diese Entwicklungen nun einzuschätzen und wie ist insbesondere zu erklären, daß die Gewerkschaftsführer dann doch die anfangs genannten Forderungen aufstellten, die so weit unter den in den Versammlungen beschlossenen liegen?

Schon auf den Versammlungen erklärten die anwesenden Mitglieder der Tarifkommissionen in geradezu provozierender Art und Weise, daß sie gar nicht daran dächten, sich bei der Aufstellung der Forderungen an die Beschlüsse der Delegiertenversammlungen zu halten. Lapidar meint auch der Vorstand der IG-Druck und Papier:

„Wir alle müssen uns mit dieser von der Tarifkommission nach langem Beraten und in einer Reihe von Einzelabstimmungen beschlossenen Forderung identifizieren – einerlei, ob wir zuvor anderen Überlegungen nachhingen und lieber eine andere Forderung gesehen hätten."

Offensichtlich hat der Vorstand der IG-Druck und Papier eine Einschätzung des Zustandes seiner Mitglieder und der großen Masse der Kollegen, wonach es für ihn heute noch fast ohne jedes Risiko ist, sich in so offenkundigen Widerspruch zu den fortschrittlichen Mitgliedern zu setzen.

Zwar muß beachtet werden, daß in Bewegungen wie auf den erwähnten Delegiertenversammlungen Keime für positive Entwicklungen liegen können, daß erstmals – zumindest in der IG-Druck und Papier – seit vielen Jahren nicht nur gegen die Forderungen der Gewerkschaftsführer protestiert wurde, sondern eigene Forderungen von Teilen der Vertrauensleute und der anderen Delegierten aufgestellt wurden.

Auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, daß die Forderungen weitgehend nur von Vertrauensleuten und Betriebsräten kamen, nicht aber in breiten Diskussionen unter den Kollegen in den Betrieben entwickelt wurden.

Was aber hundertmal wichtiger ist: Die Tarifauseinandersetzungen sind heute noch kaum eingebettet in p o l i t i s c h e Bewegungen und Auseinandersetzungen der Arbeiter mit der Kapitalistenklasse. Das Bewußtsein von der Unversöhnlichkeit des Widerspruchs zwischen den Klassen entwickelt sich noch sehr langsam. Diese Erkenntnis kann auch nicht allein in den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen reifen. Vielmehr bildet sich das p o l i t i s c h e Klassenbewußtsein in erster Linie in den politischen Kämpfen der Arbeiter, die in der Bundesrepublik schwach entwickelt sind.

Diese Zusammenhänge sind auch den Gewerkschaftsführern geläufig. Hier liegt auch der eigentliche Grund dafür, daß die Gewerkschaftsführer keine Gefahr darin sehen, Beschlüsse gewerkschaftlicher Gremien in so kaltschnäuziger Weise zu ignorieren, wie das z.B. jetzt in der Druck-Tarifrunde geschehen ist.

Gegenangriff der Gewerkschaftsführung

Vielmehr sind die Gewerkschaftsführer inzwischen zum Gegenangriff übergegangen gegen all die, die ihnen in den letzten Wochen Paroli zu bieten versuchten.

Zum einen tragen die Führer der IG-Druck und Papier ihre Angriffe an der politisch-ideologischen Front vor. So behaupten sie, die Vertrauensleute und die Delegierten seien „den Kommunisten auf den Leim gekrochen", als sie mit eigenen Forderungen auftraten. Die Kommunisten hätten die Forderungen „von außen" in die Gewerkschaft hineingetragen. Eine „Rote Gewerkschaftsopposition" treibe wieder ihr Unwesen – wie in den zwanziger Jahren. Die Kommunisten wollten „Zwietracht" zwischen den Mitgliedern und der Führung „säen". Dagegen tue Einheit gerade jetzt not.

Auf der anderen Seite begnügen sich die Führer der IG-Druck und Papier nicht mit Worten. In letzter Zeit mehren sich die Ausschlüsse fortschrittlicher Gewerkschafter. Auch der Protest gegen die Ausschlüsse in München, Passau und in Westberlin hat keine Wirkung gehabt. Vielmehr ist zu erwarten, daß fortschrittliche Gewerkschafter, die sich in dieser Tarifrunde besonders engagieren, ebenfalls mit Ausschlußverfahren rechnen müssen.

Was die Vertrauensleute angeht, so wird sich die Führung der IG-Druck und Papier durch die aktuellen Vorgänge eher bestärkt sehen, die schon vorliegenden neuen Richtlinien für die in wenigen Wochen beginnenden Vertrauensleutewahlen besonders konsequent anzuwenden. Danach sollen die Vertrauensleute mehr als bisher zu Informanten und Erfüllungsgehilfen der IG-Druck und Papier-Führung gemacht werden.

Das alles bestätigt erneut die schon in den vergangenen Jahren gemachte Erfahrung, daß die Tarifrunden von den Gewerkschaftsführern besonders gern dazu benutzt werden, über die Verhinderung einer konsequenten Lohnpolitik im Sinne der Arbeiterklasse hinaus die politischen Angriffe gegen fortschrittliche Positionen in den Gewerkschaften voranzutreiben und auch den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie zu beschleunigen.

Aufgaben klar sehen!

Damit ist der Rahmen für die Aufgaben abgesteckt, die den Kommunisten im Verein mit den fortschrittlichen Kräften zukünftig in den Gewerkschaften gestellt sind. Es kann nicht darum gehen, „ökonomische Forderungen zu entwickeln und die Kollegen für den Kampf um diese Forderungen zu mobilisieren", sondern vornehmlich muß es darum gehen, die politisch-idologische Arbeit in der tagtäglichen Arbeit in der Gewerkschaft und in den Betrieben an die erste Stelle zu setzen.

Dabei muß sich die Erkenntnis immer mehr festigen, daß es in dieser Arbeit keine kurzfristigen und leichten Erfolge geben wird. ■

Berichtigung

Im ARBEITERKAMPF 25, S. 7, wird behauptet, daß in den „Thesen" der DKP (1971) im Gegensatz zur früheren „Grundsatzerklärung" (1969) die Frage des Bürgerkriegs überhaupt nicht mehr erwähnt sei.

Ein Genosse hat uns darauf aufmerksam gemacht, daß dies nicht stimmt. Zwar findet sich im Entwurf zu den „Thesen" wirklich keine Erwähnung des Bürgerkriegs; jedoch war der DKP-Parteivorstand auf Grund der innerorganisatorischen Kritik später gezwungen, einen Hinweis darauf in die endgültige Fassung der „Thesen" aufzunehmen. ■

Zwischenbericht:

Chemie-Tarifrunde '73

In den drei größten Tarifbezirken der chemischen Industrie – in Nordrhein, Hessen und Rheinland-Pfalz – wurden die Lohn- und Gehaltstarifverträge zum 31.3.73 gekündigt. Andere Tarifbezirke – so auch Nordmark (Hamburg, Schleswig-Holstein und Westberlin) – folgen einen Monat später.

Die bisher vom Hauptvorstand der IG-Chemie gegen den Widerstand zahlreicher Gewerkschaftsmitglieder durchgedrückten „offiziellen" Forderungen bewegen sich zwischen 11,5% und 12%. Die meisten Forderungen aus den Betrieben liegen dagegen bis zu 4 % höher und sind zudem oft linear gestellt.

Zur Einschüchterung von Belegschaften und Vertrauenskörpern, zur Verhinderung hoher Forderungen usw., haben die Gewerkschaftsführer ihre antikommunistische Hetze verstärkt, bedrohen zunehmend fortschrittliche Gewerkschafter mit Ausschluß aus der Organisation usw. In Hamburg passierte das Unglaubliche: Ein ganzer Vertrauenskörper (VK) – er galt als der am weitesten links stehende – wurde mir-nichts-dir-nichts von der Verwaltungsstelle aufgelöst! Dieser VK hatte zuvor einheitlich die Forderung von 200 DM linear aufgestellt und forderte in verschiedenen Anträgen, eine Aktivierung der Gewerkschaftsarbeit in der Hamburger IG Chemie. Die Auflösung des VK wurde von der Gewerkschaftsführung „begründet" mit einer „Unterwanderung" von „linken Extremisten", die jede „sinnvolle" und „realistische" Gewerkschaftsarbeit „sabotieren" würden.

Vorbereitungen und Politik der IG Chemie-Führung weisen deutlich darauf hin, daß ein Tarifabschluß in der Nähe der „Metall-Marke" (ca. 8,5 %) angestrebt wird. Bewußtsein und Kampfkraft der Chemiearbeiter reichen noch nicht aus, dieses Konzept aus eigener Kraft zu durchkreuzen. Für die Kommunisten und fortschrittlichen Gewerkschafter kommt es in dieser Lohnrunde darauf an, Charakter und Vorgehensweise der Gewerkschaftsführung möglichst vielen Kollegen aufzuzeigen, Fragen zur allgemeinen Tarifpolitik, zur innergewerkschafltichen Demokratie usw. aufzuwerfen, um daraus mit möglichst vielen aktiven Gewerkschaftern Konsequenzen zu ziehen und eine langfristig angelegte Perspektive des selbständigen Kampfes zu entwickeln.

„Eigentlich" wäre die Situation für die Arbeiter und Angestellten der chemischen Industrie außerordentlich günstig, dieses Jahr eine besonders große Lohnerhöhung mit Hilfe von Kampfmaßnahmen herauszuholen: Die Chemie-Industriellen verbuchen zur Zeit derart hohe Profite, daß sie nicht einmal mehr das sonst vor Lohnrunden übliche Gejammer über angeblich „schlechte Ertragslage" usw. anstimmen.

Im Gegenteil. Die Unternehmerzeitung „Das Handelsblatt" jubelt öffentlich:

„Erträge der chemischen Industrie besser als vielfach erwartet. Auch für das laufende Jahr wächst der Optimismus." (Schlagzeile vom 23.1.73)

Diese Gewinn-Explosion soll auch für 1973 abgesichert werden – gegen die Lohn- und Gehaltsforderungen der Arbeiter und Angestellten. Dies ist der klare Auftrag der Kapitalisten und der Brandt-Regierung an die Gewerkschaftsführer („Konzertierte Aktion", „Stabilitätspakt"). Gleichzeitig sollen die Gewerkschaftsführer dafür Sorge tragen, daß in den Betrieben keine „allzu große Unruhe" entsteht.

Vorgehen der IG Chemie-Führer

Die IG Chemie-Führung leitete die Chemie-Tarifrunde so spät wie möglich ein. Erst in der März-Ausgabe der „Gewerkschaftspost" (Zeitung für die Mitglieder) erschien ein Artikel zur anstehenden Tarifrunde. Die Gewerkschaftsführer versprachen sich davon eine möglichst wirkungsvolle Verhinderung von breiter Diskussion und Meinungsbildung in den Betrieben.

Allerdings gelang es den Vertrauenskörpern vieler Chemiebetriebe schon vorher, Diskussionen über die Tarifrunde und aufzustellende Forderungen in Gang zu setzen.

So forderte etwa die zentrale Konferenz der Vertrauensleute in Wuppertal (Bezirk Nordrhein) 100,- DM linear plus 6 %, stellten die Kollegen in Darmstadt (Bezirk Hessen) vor allem aus den Betrieben Merck und Röhm die Forderung von 1,- DM pro Stunde (= 175,- DM linear) und 60 %-ige Anbindung der Lehrlingsgehälter an den Facharbeiterlohn auf.

Bei Hoechst-Offenbach wurden dieses Jahr 130,- DM linear gefordert, im Hoechster Zweig-Werk Cassella 150,– DM linear.

Doch 30% aller Chemie-Kollegen in der BRD sind bei den drei Großkonzernen Bayer, BASF und Hoechst konzentriert. Erfolgreich konnten gerade die Kollegen dieser wichtigen Betriebe aus der Streikbewegung 1971 herausgehalten werden. Durch eine seit Jahrzehnten planmäßig von den Kapitalisten und der Gewerkschaftsführung betriebene „Befriedungspolitik" ist dort die Arbeiterbewegung weitgehend mundtot gemacht worden. (Siehe auch ARBEITERKAMPF 26, S. 15)

Auf dieser Grundlage konnten z.B. bei Hoechst-Frankfurt einige kapitalhörige Betriebsräte und Vorsitzende des Vertrauenskörpers die vom Hauptvorstand der IG Chemie bestellte Forderung von 12 % verabschieden, ohne darüber im Vertrauenskörper auch nur diskutieren zu lassen. Das zahlenmäßige Übergewicht dieses Betriebes gegenüber Vertretern anderer Betriebe in der hessischen Tarifkommission bewirkte so, daß viel höhere Forderungen (z.B. aus Darmstadt) einfach niedergestimmt wurden.

Ähnlich verlief das Aufstellen der Forderungen in den Bezirken Nordrhein und Rheinland-Pfalz (Bayer und BASF). Auf diese Weise kamen die IG-Chemie-Führer zu ihren „Richtwerten", die sie jetzt in allen bezirklichen Tarifkommissionen einheitlich durchsetzen wollen. Hierbei bedienen sie sich solch demagogischer „Argumente", wie etwa „Wir dürfen nicht aus der Reihe tanzen!" „Wir müssen die Einheit wahren!" „Wir müssen uns nach den Großkonzernen richten!"

Indes markieren die von einigen Tarifkommissionen aufgestellten Lohn- und Gehaltsforderungen von 11,5 bis 12 % einen Weg, der ohne Zweifel bei der „Stabilitäts-Marke" von etwa 8,5 % enden wird.

Hamburg: Hauptstoß wird gegen fortschrittliche Kollegen geführt

Für die Chemie-Arbeiterschaft – und ihre Gegner ist in Hamburg eine besondere Situation vorhanden. Anders als in den übrigen Tarifbereichen bestehen hier in den wichtigsten Chemie-Betrieben die „harten Kerne" in den Belegschaften nicht nur aus linken Sozialdemokraten, sondern auch aus Kommunisten. Die Kommunisten sind vom Kapital und seinen Helfershelfern nicht so leicht mundtot zu machen wie Sozialdemokraten.

Sie versuchen, den Kampf der Kollegen aus der Isoliertheit in einzelnen Betrieben herauszuheben und die langfristige Perspektive dieses Kampfes klarzumachen. Unter anderem dient dazu die vom Kommunistischen Bund seit dem Frühjahr 71 vor den Betrieben verteilte Branchenzeitung „Der Chemiearbeiter".

Bei jeder nur denkbaren Gelegenheit hetzten Gewerkschafts-Sekretäre, aber auch die kapitalistischen „Werkszeitungen" gegen die „Schmierfinken vom Chemiearbeiter". Sie würden „Lügen" und „Unterstellungen" verbreiten, „hauptamtliche Kollegen verleumden", die Gewerkschaften „spalten", Geld aus „dunklen Kanälen" erhalten, „mit ihren ausführlichen Berichten nur die „Unternehmer informieren" usw. usf.

Trotz der massiven antikommunistischen Hetze gelang es den kommunistischen und fortschrittlichen Gewerkschaftern in den wichtigsten Hamburger Chemiebetrieben schon recht früh – Mitte Januar –, die Diskussionen um die bevorstehende Tarifrunde in Abteilungen und Vertrauenskörpern in Gang zu bringen. In verschiedenen Vertrauenskörpern kam es z.T. zu recht heftigen Zusammenstößen und Auseinandersetzungen mit den Gewerkschafts-Sekretären und den Häuptlingen der SPD-Betriebsgruppen. Die fortschrittlichen Gewerkschafter versuchten dabei, die Diskussionen über das bloße Aufstellen von Lohn- und Gehaltsforderungen auf wichtigere und grundsätzliche Probleme zu lenken, wie etwa:

Demokratie in unserer Gewerkschaft, die Tarifpolitik der Gewerkschaftsführung, überhaupt der derzeitige Zustand der Gewerkschaft, welche Möglichkeiten haben „einfache" Gewerkschafter und Vertrauensleute überhaupt, auf die Politik der IG Chemie-Vorstände einzuwirken u.ä.?

Im Ergebnis zeigte sich, daß solche grundsätzlichen Diskussionen viel mehr Klarheit über die in nächster Zeit gemeinsam zu leistende Arbeit brachten als das bloße Herumfeilschen um ein paar Mark mehr oder weniger bei den aufzustellenden Lohnforderungen.

Harte Fronten

Am 6. März fand eine – zweimal von den Gewerkschaftsführern verschobene – „zentrale Vertrauensleute-Konferenz" statt. Gut 300 Kollegen erschienen. Das waren etwa doppelt so viele wie in den Jahren zuvor, und darin zeigt sich ein gewisser Erfolg der vorbereitenden Diskussionen unter den Vertrauensleuten in den Betrieben und auch der Mobilisierung durch den „Chemie-Arbeiter".

Eine derartige Vertrauensleute-Konferenz kann laut IG Chemie-Satzung keinerlei Entscheidungen zur Tarifpolitik treffen. Die Gewerkschafts-Führung beruft sie ein, um die Stimmung der versammelten Kollegen zu testen und zu beeinflussen. Die Kollegen sollen „Dampf ablassen". Diese Ausgangslage war auch am 6. März den Kollegen klar.

Andererseits bietet eine solche Versammlung die derzeit einzige Möglichkeit für eine breite, überbetriebliche Aussprache zwischen den aktiven Gewerkschaftern in der IG Chemie.

Die Versammlung wurde von Walter Holst, dem Vorsitzenden der Verwaltungsstelle Hamburg, eingeleitet: fünf Minuten allgemeine Sprüche zur Tarifrunde, danach 20 Minuten lang wilde Hetze gegen die „Schmierfinken vom Chemiearbeiter"...

Neu für Holst war aber die Tatsache, daß die übergroße Mehrheit der Kollegen – im Gegensatz zu den Vorjahren – seine antikommunistischen Tiraden mit eisigem Schweigen quittierte, hier und da auch mit Zwischenrufen zu unterbrechen versuchte. Nur ein kleiner Teil von etwa 50 Kollegen (durchweg die Mitglieder der SPD-Betriebsgruppen) spendete den antikommunistischen Ausfällen Beifall. Beschämenderweise muß festgestellt werden, daß auch die Handvoll von DKP/SDAJ-Mitgliedern zu dieser Minderheit gehörte!

Später traten die Vertreter einzelner Betriebe auf und begründeten ihre in den Vertrauenskörpern aufgestellten Lohn- und Gehaltsforderungen (siehe Kasten):

Die Hamburger Forderungen:

Reichhold:	200,- DM linear
Beiersdorf:	150,- DM linear
Promonta:	150,- DM linear
Affi: 70,- DM linear plus 8,5% = 14,5%	
Colgate: 70,- DM linear und dazu 6,5%	
Jurid: 12,5%, davon 60,- DM für alle	
Uni-Chema:	12 %
Agfa: keine Forderung; „Konjunktur abwarten"	

Einige Sprecher machten deutlich, daß sie keine Illusionen darüber hegten, daß Forderungen wie 150,- oder gar 200,- DM linear „durchkommen" würden, nicht mal in den Tarifkommissionen. Zu groß sei noch der Einfluß derjenigen Kräfte in der IG Chemie, die die vom Hauptvorstand diktierte Politik unterstützen würden. Das sei andererseits aber kein Grund für sie, auf das Aufstellen berechtigter Forderungen von vornherein zu verzichten, etwa im Sinne der von den Gewerkschaftsführern propagierten „realistischen" Tarifpolitik.

In weiteren kritischen Wortbeiträgen brachten Vertrauensleute die mangelhafte Informations-Politik der IG Chemie, die undemokratische Zumutung, daß in zwei Vertrauenskörpern hauptamtliche Sekretäre in die Tarifkommission „gewählt" werden mußten u.ä. zur Sprache.

Besondere Beachtung fand eine Auseinandersetzung zwischen Reichhold-Vertrauensleuten und den Gewerkschafts-Sekretären um die „Demokratie in der Gewerkschaft" und die „Stärkung der gewerkschaftlichen Kampfkraft":

1. Forderung der Reichhold-Vertrauensleute:

Die Mitglieder sollen über Verhandlungen besser informiert werden und die Möglichkeit erhalten, aktiv in den Tarifkampf einzugreifen. Nach jeder Verhandlung der Tarifkommission müssen die gewählten Mitglieder der Tarifkommission in „ihrem" Betrieb berichten. Gewerkschaftliche Informationsflugblätter, die nach jeder Verhandlung vor den Betrieben verteilt werden, sollen auch die breite Masse der Kollegen unterrichten.

Hier die Gegen„argumente" der Gewerkschaftsführer: „Dazu haben wir kein Geld! Schließlich habt ihr in den letzten Jahren nicht genug Neueintritte geworben, die in den Betrieben gezahlten Beiträge sind zu niedrig. Die Streikkassen sind leer!" (Anmerkung der Red.: 1971 wurde das erstemal seit 50 Jahren (!) in der Chemie-Industrie gestreikt, und zwar nur in einigen Betrieben.)

2. Forderung der Reichhold-Vertrauensleute:

Die Mitglieder der Tarifkommission sollen die Forderungen vertreten, die in den Betrieben beschlossen wurden. Auch die Hauptamtlichen müssen in der Tarifkommission die Forderungen der Belegschaften vertreten, von denen sie sich in die Tarifkommission wählen ließen.

Walter Holst blähte sich auf: „Als Hauptamtlicher vertrete ich nicht nur die Kollegen aus einem Betrieb, sondern alle IG Chemie-Mitglieder!" (Walter Holst mußte von den Vertrauensleuten der Norddeutschen Affinerie „gewählt" werden.) Klar ist dabei, daß Holst unter dem demagogischen Vorwand, alle IG Chemie-Mitglieder „vertreten" zu wollen, die Beschlüsse der Affi-Vertrauensleute nicht respektieren wird, stattdessen aber die Politik des Hauptvorstandes, der nach Holst ohnehin den besten Überblick hat, da er ja höchstes Gremium sei.

3. Forderung der Reichhold-Vertrauensleute:

Nach der Tarifrunde und auch weiterhin sollten überbetriebliche Vertrauensleute-Konferenzen stattfinden, um die Erfahrungen auszuwerten und gegenseitige Anregungen für die weitere Arbeit zu geben.

Die Reichhold-Kollegen beantragten über diesen Antrag eine Abstimmung unter den Anwesenden und wurden von der Versammlung mit starkem Beifall unterstützt.

Walter Holst dagegen bestand darauf, daß diese Vertrauensleute-Versammlung nach der Satzung nicht beschlußfähig sei und verhinderte so, daß es zu einer Abstimmung kam.

Die Auseinandersetzung zwischen den Reichhold-Vertrauensleuten und den Gewerkschafts-Sekretären machte der Mehrheit der anwesenden Kollegen klar, daß die Gewerkschaftsführung überhaupt nicht an einer Aktivierung der Basis interessiert ist, vielmehr um die Aufrechterhaltung des jetzigen schlechten Zustandes kämpft und dabei nicht vor den dämlichsten „Argumenten" zurückschreckt („Kein Geld da" usw.). Weiterhin, daß Richtlinien und Satzungsvorschriften existieren, deren einzige Funktion in der Einschnürung lebendiger Gewerkschaftsarbeit besteht (die zentrale Vertrauensleute-Versammlung ist „nicht beschlußfähig") und die von den Gewerkschafts-Sekretären gegen die Interessen der Mitglieder eingesetzt werden.

Insgesamt hat die zentrale Vertrauensleute-Konferenz gezeigt, daß mehr Kollegen als in den Vorjahren ein Interesse an aktiver Gewerkschaftsarbeit haben, daß sie insgesamt gegenüber der Vorstandspolitik in der IG Chemie kritischer eingestellt sind als das bisher der Fall war, daß sie ebenfalls nicht mehr in dem Maß wie früher auf die antikommunistischen Hetzreden der Gewerkschaftsführer hereinfallen.

Andererseits war aber auch deutlich, daß die meisten linken Vertrauensleute sich noch weitgehend passiv in den Auseinandersetzungen verhalten und sich aufs Beifall klatschen beschränken. Hier besteht die Gefahr, daß sich die entschlossensten Vertrauensleute „zu weit" nach vorn wagen und der Gewerkschaftsführung unnötige Angriffsflächen bieten. Es muß in Zukunft darauf geachtet werden, daß weit mehr Vertrauensleute **aktiv** mit in die „Arena" der Auseinandersetzung steigen.

Gleichzeitig haben die Auseinandersetzungen in der Hamburger IG Chemie deutlich gemacht, daß die Gewerkschaftsführer noch schärfer gegen fortschrittliche Arbeiter vorgehen, noch hemmungsloser antikommunistische Hetze betreiben, unverhohlen mit Gewerkschaftsausschlüssen drohen und immer häufiger zum Mittel der massiven Einschüchterung aller Kollegen greifen. So unterstellte Walter Holst auf der zentralen Vertrauensleute-Konferenz, daß alle Sprecher und Kritiker aus den Betrieben Sympathisanten des „Chemiearbeiters" seien. Die Kritiker seien für ihn „keine Kollegen mehr" und er wäre froh, daß „diese Leute nun endlich mal aus ihren Löchern kriechen, damit man sie kennenlernen"(!) könne.

Dieser Linie folgend, löste der Verwaltungsstellen-Vorstand mit Walter Holst an der Spitze den linken Vertrauensleutekörper bei Reichhold auf und verschickte an alle Gewerkschaftsmitglieder dieses Betriebes ein dreiseitiges antikommunistisches Hetzblatt, das diese Maßnahme „begründen" sollte. Diesem Schreiben angehängt war ein Fragebogen, der durch demagogische Fragestellungen die Mitglieder aufforderte, die Auflösung gutzuheißen und darüberhinaus nachträglich von der aufgestellten Forderung 200,- DM linear wieder abzurücken.

Die weiteren Auseinandersetzungen in Betrieb und Gewerkschaft werden zeigen, wie weit es den Gewerkschaftsführern gelingt, sich im Auftrag der Kapitalisten mit dieser Linie durchzusetzen. ■

Der Chemiearbeiter

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES/GRUPPE HAMBURG FÜR DIE KOLLEGEN DER CHEMISCHEN INDUSTRIE

3. Jahr Nr. 20 Februar 73

TARIFRUNDE NUTZEN

Am Dienstag, den 27. Februar, findet im Gewerkschaftshaus eine zentrale Versammlung für die Vertrauensleute der chemischen Industrie Hamburg und Schleswig-Holstein statt. Thema: Die kommende Lohnrunde.

Der Versammlung ging letzte Woche in vielen Betrieben die Wahl der Tarifkommissionsmitglieder voraus: Laut Beschluß vom letzten IG-Chemie-Gewerkschaftstag konnte die Große Tarifkommission erstmalig durch die Vertrauenskörper direkt gewählt werden. Bei dieser Wahl entfachten viele Vertrauensleute eine breite Diskussion über die Höhe der Forderungen, über Demokratie in unserer Gewerkschaft, und über die Tarifpolitik der Gewerkschaftsführung.

Diese Ereignisse müssen vor dem Hintergrund betrachtet werden, daß die Gewerkschaftsführung die diesjährige Tarifrunde möglichst schnell und reibungslos über die Bühne ziehen will, um die "magischen" 8,5% auch bei uns durchzusetzen. Dabei bedient sie sich – wie wir im Weiteren noch sehen werden – zahlreicher Mittel und Tricks, um die Diskussion über den derzeitigen Zustand unserer Gewerkschaft abzublocken. Es ist für die ungestörte Profitexplosion gewisser Herren eine entscheidende Frage, daß ihnen das auch diesmal gelingt.

Die Gewerkschaftsführung ist nicht bereit, die Kampfkraft der Kollegen wirklich zu organisieren und einzusetzen, sondern "bewährt" sich als Agentur der Kapitalistenklasse in den Reihen der Chemie-Arbeiterschaft. Das haben wir in den letzten zwei Jahren besonders deutlich erfahren müssen: 1971 der 7,8 % – Verratsabschluß auf 13 Monate trotz großem Kampfeinsatz der Kollegen, 1972 eine Nacht – und Nebel-Tarifrunde praktisch hinter unserem Rücken.

Chile nach den Wahlen:

Konterrevolution rüstet weiter

Die chilenischen Parlamentswahlen am 4. März haben das bisherige Kräfteverhältnis im Kongreß und Senat geringfügig zugunsten der Unidad Popular („Volksfront") verändert. Das bürgerliche Bündnis von Christdemokraten und Nationaler Partei hat es nicht geschafft, eine Zweidrittel Mehrheit im Kongreß zu erringen, mit der sie Allende noch vor Ablauf seiner Amtszeit 1976 auf „legalem" Wege hätte stürzen können. Andererseits verfügen die beiden Rechtsparteien nach wie vor über eine Mehrheit im Parlament, mit der sie gesetzgeberische Maßnahmen der Allende-Regierung weiterhin in ihrem Sinne bremsen und sabotieren können.

Ganz offensichtlich hatte die chilenische Reaktion gehofft, mithilfe der Wahlen den „Auftrag" von der Bevölkerung zu erhalten, der Regierung der Unidad Popular ein vorzeitiges Ende vor der Präsidenten-Neuwahl 1976 zu setzen. Das hat sich nicht erfüllt, da die chilensiche Verfassung eine Zweidrittelmehrheit im Parlament vorsieht, um den amtierenden Präsidenten und damit die amtierende Regierung zu stürzen. Immerhin haben aber 54,7% der wahlberechtigten Bevölkerung für das Bündnis von Christdemokraten und Nationaler Partei gestimmt, während die Unidad Popular des Präsidenten Allende 43,4% erhielt. Bei den Präsidentschaftswahlen 1970 hatte Allende mit 36,3% weniger Stimmen als in diesem März erhalten, aber dennoch relativ die meisten gegenüber dem Kandidaten der Nationalen Partei mit 34,9% und dem der Christdemokraten mit 27,8%. (Christdemokraten und Nationale Partei hatten bei der Präsidentenwahl 1970 getrennt kandidiert, während sie bei der diesjährigen Parlamentswahl in einem gemeinsamen Bündnis gegen die Unidad Popular auftraten.) Sowohl die Unidad Popular als auch die „Demokratische Konföderation" (CoDe, wie sich das Bündnis von Christdemokraten und Nationaler Partei nennt) erklärten nun, daß sie die Wahl gewonnen hätten: die Unidad Popular, weil ihr Stimmenanteil eine Stärkung gegenüber 1970 bedeutet und ein „legaler" Regierungssturz damit

Popular, weil ihr Stimmenanteil eine Stärkung gegenüber 1970 bedeutet und ein „legaler" Regierungssturz damit

vorerst verhindert ist – die CoDe, weil sie immerhin als die Hälfte aller Stimmen verbuchen konnte.

Tatsächlich ergibt sich diese „Doppeldeutigkeit" des Wahlergebnisses aus der gegenwärtigen Situation in Chile, aus dem realen Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie. Die Unidad Popular hat in knapp zweieinhalb Jahren ihrer bisherigen Regierungszeit eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt, die die Lage der Bevölkerung spürbar verbessern. Dazu gehören vor allem die Nationalisierung einiger großer Unternehmen, die sich im Besitz ausländischer Kapitalisten befanden, und die Beseitigung des Latifundiensystems (feudaler Großgrundbesitz), die im August 1972 bis zu einer Größe von 80 ha bewässertem Land abgeschlossen wurde. Dazu gehören aber auch beträchtliche Lohnerhöhungen, verstärkter Wohnungsbau, Schaffung neuer Arbeitsplätze zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Verbesserung des Gesundheitsschutzes und andere soziale Reformen. Dadurch hat die Unidad Popular ihre Sympathien in der Arbeiter- und Bauernschaft stärken können.

Andererseits hat die Unidad Popular es bislang nicht geschafft, den Einfluß der bürgerlich-reaktionären Parteien in größerem Umfang zurückzuschlagen. Sie hat ihnen im Gegenteil weiten Spielraum gelassen, ihre Hetze und Demagogie gegen die Durchführung sozialer Reformen in der Bevölkerung zu verbreiten, ständig neue reaktionäre Unruhen anzustiften und pausenlos Schwierigkeiten heraufzubeschwören, die die Verwirklichung des Programms der Unidad Popular sabotieren sollen. Danach ist es kein Wunder, wenn der bürgerlich-reaktionäre Parteienblock einen derartig hohen Stimmenanteil behaupten konnte.

Die Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten...

Die Reaktion hat sich vor allem die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Chiles zunutze gemacht, um sie der Unidad Popular anzulasten und darauf ihr Süppchen zum Sturz der Allende-Regierung zu kochen. In der Tat bestehen diese Schwierigkeiten, darunter die ungeheuer angewachsene Inflation im letzten Jahr, wenngleich dies namentlich von der ausländischen bürgerlichen Presse noch erheblich übertrieben wird. So tischte die „Frankfurter Allgemeine" beispielsweise kürzlich das „Gerücht" auf, wonach in Chile Hunde- und Menschenfleisch angeboten würde, weil es anderes kaum noch gäbe.

Aber woher rühren die wirtschaftlichen Schwierigkeiten? Es handelt sich zum einen (und überwiegend) um direkte Sabotage der chilenischen Bourgeoisie, deren politische Statthalter gerade die eifrig „anklagenden" Christdemokraten und die Nationale Partei sind. Auch das internationale Kapital trägt dazu bei, Chiles Wirtschaft in weitere Schwierigkeiten zu verstricken.

Vor allem versuchen Kapitalisten und Großhändler systematisch eine Lebensmittelknappheit zu erzeugen, um erstens die Unidad Popular der Unfähigkeit in der wirtschaftlichen Führung des Landes zu bezichtigen („der Sozialismus führt ins wirtschaftliche Chaos"), und um zweitens dann ihre gehorteten Waren auf den Schwarzmärkten zu Wucherpreisen zu verkaufen. Unzählige Warenlager, in denen kapitalistische Händler Lebensmittel gehortet und damit der Bevölkerung vorenthalten haben, wurden bereits von der Allende-Regierung und von Arbeiter- und Bauern-Komitees aufgespürt und beschlagnahmt. Die zurückgehaltenen Lebensmittel wurden jeweils sofort an die Bevölkerung freigegeben.

Im Oktober letzten Jahres nahm der Versuch der Reaktion, im ganzen Land eine ernste wirtschaftliche Krise heraufzubeschwören und womöglich das Land an den Rand eines Bürgerkriegs zu treiben, einen Höhepunkt: Die

Land an den Rand eines Bürgerkriegs zu treiben, einen Höhepunkt: Die

Transport**unternehmer** versuchten durch einen mehrwöchigen „Streik" das gesamte Versorgungsnetz Chiles lahmzulegen. In ihrem Gefolge verweigerten auch große Teile der gutbezahlten **Mittelschichten** ihre Berufsausübung: Ärzte, Anwälte, Lehrer, Ingenieure usw. Dies war einer der seltenen Fälle, wo auch die reaktionäre Presse unseres Landes einmal einen „Streik" bejubelte, richtete er sich doch gegen den „Sozialismus". Dabei operierten einige Blätter sogar noch mit der Lüge, nicht die chilenischen Transport**unternehmer**, sondern die Transport**arbeiter** würden gegen die Politik der Allende-Regierung Front machen.

Die chilenischen Transportarbeiter hatten jedoch die reaktionäre Zielsetzung dieses „Streiks" der Kapitalisten durchschaut und taten ihr Möglichstes, die Versorgung des Landes aufrechtzuerhalten. In vielen Betrieben bildeten sich Arbeiterräte, die die Führung des Betriebes übernahmen. So gelang es, die Versorgung der Bevölkerung weitgehend sicherzustellen, wenngleich der plötzliche „Streik" fast der gesamten Transportunternehmer doch erhebliche Schäden anrichtete, die heute noch nicht ganz wieder aufgeholt sind. Wie weitreichend die Bourgeoisie noch die staatlichen Institutionen unter ihrer Kontrolle hat, zeigte sich dann, als die Transportunternehmer nach ihrem „Streik" wieder in die Geschäftsetagen zurückkehrten. Durch Gerichtsbeschluß wurden die von den Arbeitern übernommenen Betriebe wieder unter die Aufsicht der Privateigner gestellt. In einigen Betrieben konnten die Arbeiter sich dem jedoch widersetzen und ihre Rätekomitees erfolgreich gegen Justiz und Kapital verteidigen.



Einzel- und Großhändler hamstern Lebensmittel ... (Entdeckte Hamsterware in Santiago)

Die vielfältigen Sabotageakte der Bourgeoisie haben die Wirtschaft Chiles national wie international angeschlagen. Durch die systematisch geschürte Lebensmittelverknappung wurde die Allende-Regierung beispielsweise gezwungen, größere Mengen Lebensmittel zu importieren, was die Auslandsschuld Chiles weiter vergrößerte. Bei Amtsantritt 1970 hatte die Unidad Popular bereits 4 Mrd. Dollar Auslandsschuld aus christdemokratischer Regierungszeit übernommen – eine Tatsache, die heute natürlich auch von der bürgerlichen Reaktion wohlweislich verschwiegen wird. Die Möglichkeit zum Importieren ist zudem dadurch weiter eingeschränkt, weil von Seiten der imperialistischen Staaten (in erster Linie der USA) harte Boykottmaßnahmen gegenüber der Allende-Regierung durchgeführt werden. So ist z.B. der Weltmarktpreis für Kupfer, das das hauptsächliche Exportgut Chiles darstellt, enorm gesenkt worden; gegen andere chilensiche Waren wurde zum Teil ein Embargo verhängt und Kredite wurden eingefroren oder reduziert. Die dadurch beschleunigte Schwächung der chilenischen Wirtschaft konnte bisher nur teilweise gemindert werden. Zwar sind u.a. die VR China und die Sowjetunion eingesprungen und haben mit der Allende-Regierung hilfreiche Handelsabkommen abgeschlossen und Kredite zugesichert, die teilweise zinslos sind. Aber hauptsächlich können die Schwächen der chilenischen Wirtschaft nur dadurch überwunden werden, indem diese zur selbständigen und unabhängigen Versorgung des Landes fähig gemacht wird. Daß die Boykottmaßnahmen der imperialistischen Mächte Chile überhaupt derart hart treffen können, hängt mit der bisherigen Abhängigkeit der chilenischen Wirtschaft von den imperialistischen Weltmarktinteressen zusammen.



Faschisten in Chile

Faschisten in Chile

Eine unabhängige und selbständige Wirtschaft wird sich in Chile aber nur dann aufbauen lassen, wenn die Arbeiter und Bauern vollständig die Produktion in ihre eigene Regie genommen haben und somit auch nach ihren eigenen Bedürfnissen ausrichten können. Hier liegt die andere Ursache für die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Chiles, bzw. dafür, daß diese sich nicht bessern, sondern weiter verschlechtern. Die bürgerliche Reaktion schreit, daß es die „sozialistische Politik" sei, die für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten verantwortlich ist. Aber es ist im Gegenteil so, daß die von der Bourgeoisie und ihren politischen Fußtruppen angezettelte Wirtschaftssabotage deswegen das Land in derartige Schwierigkeiten stößt, weil die Allende-Regierung viel zu zaghaft gegen die Saboteure zu Felde zieht, weil sie zu wenig „sozialistische Politik" macht.

Was ist denn in Chile bislang an „sozialistischer Umgestaltung" des Landes erfolgt? Es wurde das Latifundiensystem abgeschafft, es wurden einige größere Betriebe verstaatlicht (vorwiegend solche, die in ausländischem Besitz waren) und es wurden verschiedene soziale Reformen durchgeführt. Zweifellos alles wichtige Fortschritte, weswegen die chilenischen Arbeiter und Bauern weitgehend ja auch die Unidad Popular gegen die Reaktion verteidigen. Aber Fortschritt **innerhalb eines weiterhin bestehenden kapitalistischen Staats- und Wirtschaftssystems.** Davon zeugt nicht nur der vorhin zitierte Gerichtsbeschluß im Falle des „Streiks" der Transportunternehmer; aber dieser ist bezeichnend dafür, wie wenig die Bourgeoisie bisher von ihrer politischen und ökonomischen Macht eingebüßt hat. Was die Wirtschaft selbst betrifft, so befinden sich immer noch 60% der Industrieproduktion und 75% des Handels im Privatbesitz der Kapitalisten. In Militär, Polizei, Justiz, Administration und in Presse und Rundfunk unterhält die Bourgeoisie weiterhin starke Bataillone zur Verteidigung des bürgerlichen Staates und damit zur Verteidigung ihrer Herrschaft.

... liegt in der Frage der Macht im Staat

Die tatsächlich bestehende und von der Bourgeoisie hervorgerufene wirtschaftliche Krise in Chile ist demzufolge ein politisches Problem, das Problem der politischen Macht im Staat. Es handelt sich keineswegs um ein Problem, wo es hauptsächlich um die „Steigerung der Produktion" ginge, wie die Unidad Popular immer wieder in ihren „Appellen an das Volk" hervorhebt. Wie aus verschiedenen Erklärungen der Unidad Popular hervorgeht, schätzt sie die Situation selbst so ein, daß die Reaktion das Land in einen Bürgerkrieg zu treiben versucht, weil sie hier ihre Stärke weiß, mit der sie die Allende-Regierung stürzen könnte. Die Strategie der Unidad Popular besteht nun darin, eine solche Situation zu vermeiden – und sicherlich ist es so, daß die werktätige Bevölkerung auch nicht das geringste Interesse an einem Bürgerkrieg hat. Aber das Problem besteht nicht in dieser Frage, sondern darin, daß die Reaktion sich einen Dreck um die Interessen des Volkes kümmert und die Frage der Anzettelung eines Bürgerkrieges ausschließlich danach entscheidet, ob ihr dies zur Sicherung der kapitalistischen Herrschaft günstig erscheint. Wenn die Unidad Popular jetzt einen offenen Zusammenstoß mit der Reaktion aus Furcht vor einer Niederlage vermeiden will, dann tut sie das durch fortwährende Zugeständnisse und Rückzieher, in der se ligen Hoffnung, die Bourgeoisie und ihre Bataillone werden „Einsicht" zeigen und selbst das „Spiel mit dem Feuer" lassen. Auf diese Weise liquidiert die Unidad Popular langsam ihr eigenes Programm und überläßt der Reaktion schließlich freiwillig das Feld. Allein die durch ständige Hetze, Sabotage und einzelne Terroraktionen wachgehaltene Drohung mit dem Bürgerkrieg genügte bereits, um beispielsweise die Verstaatlichungspläne der Unidad Popular von ursprünglich 253 Betriebe auf 93 zu reduzieren.

Die werktätige Bevölkerung hat, wie gesagt, kein Interesse an einem Bürgerkrieg. Aber gerade weil die Bourgeoisie ein Interesse daran hat, kommt es darauf an, die Arbeiter und Bauern politisch und militärisch vorzubereiten, daß sie eine solche offene Konfrontation gegebenenfalls zu ihren Gunsten entscheiden könnten. Hier aber liegt der wesentlichste Fehler der Unidad Popular. Hier macht sie lieber Rückzieher, als daß sie die notwendigen Maßnahmen zur Mobilisierung des Volkes ergreifen würde.

Wie weit die Strategie der „Vermeidung der Konfrontation" aber wirklich zur Verhinderung des reaktionären Terrors taugt, dafür gibt es bereits eine Reihe lehrreicher Beispiele, angefangen mit der Ermordung des chilenischen Generals Schneider, mit der die Konterrevolution bereits kurz nach der Wahl Allendes im September 1970 ein Fanal zum Bürgerkrieg setzen wollte. Die bürgerliche Presse in unserem Land meldete nun, daß die gerade beendete „Wahlschlacht 6 Tote und 23 Schwerverletzte gefordert" hat. Sie verzichtete ganz darauf, irgendjemanden deswegen anzuklagen, sondern beließ es dabei, daß die Wahlschlacht diese Opfer eben „gefordert" hätte. Sie hätte es sich bestimmt nicht entgehen lassen, die Unidad Popular mit „größter Empörung" anzugreifen, wenn es irgendwel-

Unidad Popular mit „größter Empörung" anzugreifen,

che Anzeichen für ihre Verantwortung dabei gäbe. Ohne daß wir gegenwärtig bereits originale Quellen darüber vorliegen hätten, können wir daher schon mit Sicherheit annehmen, daß es sich hierbei um eine Fortsetzung des weißen Terrors der Konterrevolution handelt – trotz der Strategie der Unidad Popular, die Konfrontation zu „vermeiden". Immer häufiger lassen die alten Großgrundbesitzer durch angeheuerte faschistische Banden Landarbeiter ermorden, um die neuen Besitzer von Grund und Boden in Angst und Schrecken zu versetzen, um sie so „freiwillig" zur Aufgabe ihrer neu erhaltenen Äcker und Wiesen zu zwingen und das Land wieder einzukassieren. Immer häufiger auch werden Brand- und Sprengstoffanschläge auf Büros der Unidad Popular verübt, auf Einrichtungen der Gewerkschaft und anderer Arbeiterorganisationen, auf Produktionsanlagen, die die Arbeiter unter ihre Verwaltung genommen haben usw. Im Juli letzten Jahres verbrannten bei einem Sprengstoffanschlag auf das Parteibüro der KP Chiles in Puerto Montt 3 Jugendliche. Im März 72 wurde eine Verschwörung aufgedeckt, die die Ermordung von Allende plante. Beteiligt an diesem Plan war die Nationale Partei (die jetzt das Bündnis mit den Christdemokraten geschlossen hat), ferner die faschistische Organisation „Patria y Libertad" und rechte Ex-Militärs. Dies ist aber nur einer von mehreren inzwischen bekanntgewordenen Plänen zur Beseitigung der Allende-Regierung. Wie sollen die Arbeiter und Bauern sich dagegen rüsten? Durch eine „Steigerung der Produktion"? ?



... um die Bevölkerung durch Knappheit und Hunger gegen die Unidad Popular aufzuhetzen (Käuferschlangen in Santiago)

Die Wahlen haben keine Lösung gebracht

Nachdem der Versuch eines „legalen" Umsturzes vorerst gescheitert ist, bleiben zwei Schlußfolgerungen für die Reaktion, mit denen die chilenischen Arbeiter und Bauern rechnen müssen. Erstens eine Fortführung der Sabotage und Obstruktion, um die Unidad Popular zu weiteren Rückziehern zu zwingen. Die Allende-Regierung würde so immer weniger die Schwierigkeiten des Landes lösen können und schließlich ihr Vertrauen in der Bevölkerung verlieren. Nicht nur die chilenische, sondern darüberhinaus die internationale Reaktion hätte dann ihren „endgültigen Beweis, daß der Sozialismus ins Chaos führt". Zweitens eine weitere Anheizung der Spannung und des Terrors im Land, mit dem Ziel, einen Bürgerkrieg zu entfachen, und die Unidad Popular gewaltsam zu stürzen. Die Tatsache, daß das Bündnis von Christdemokraten und Nationaler Partei vorerst auf „legalem" Weg sein Ziel nicht erreichen konnte, verringert nicht, sondern erhöht diese Gefahr eines militärischen Umsturzes.

Mit beiden Schlußfolgerungen ist zu rechnen, und es ist wahrscheinlich, daß die Reaktion in einem Spiel mit verteilten Rollen von beiden Möglichkeiten Gebrauch machen wird. Nach der Devise „Getrennt marschieren, vereint schlagen" werden die bürgerlich-reaktionären Parteien bis hin zu den faschistischen Organisationen sich in ihrem unterschiedlichen Vorgehen ergänzen – wie es schon immer der Fall war, wenn die Bourgeoisie der Arbeiterbewegung eine entscheidende Niederlage bereiten wollte.

Eine wichtige Funktion in diesem Manöver haben die kleinbürgerlichen Mittelschichten, die in Chile zahlenmäßig noch stärker sind als in einer Reihe anderer Länder. Die Reaktion wird sie weiter mobilisieren wollen, um daraus eine Massenbewegung gegen das chilenische Proletariat zu schmieden. Bereits im Oktober letzten Jahres, beim „Streik" der Transportunternehmer, zeigten sich die Erfolge dieser Absicht. Die Frage, welche Politik dem entgegenzusetzen ist, hat daher große Bedeutung in der Auseinandersetzung innerhalb der Unidad Popular. Die vorherrschende Auffassung der Unidad Popular dazu ist, die Mittelschichten durch weitreichende Zugeständnisse gegenüber ihren kleinbürgerlichen Interessen und demzufolge durch Abstriche bei den Forderungen der Arbeiter zu gewinnen. Demgegenüber hat der linke Flügel der Unidad Popular auf die internationale und auch in Chile bestätigte Erfahrung hingewiesen, daß die Mittelschichten sich aufgrund ihrer kleinbürgerlichen Klassenlage immer nach den stärkeren Bataillonen ausrichten werden, und daß demzufolge die Machtpositionen der Arbeiterklasse energischer gestärkt werden müssen, wenn man bedeutende Teile des Kleinbürgertums dem Einfluß und der Manövrierfähigkeit durch die Bourgeoisie „entreißen" will.

Die Auseinandersetzung darüber, auf welchem Weg die Reaktion geschlagen und tatsächlich der Sozialismus in Chile aufgebaut werden kann, hat bereits zu einer gewissen Polarisierung innerhalb der Unidad Popular geführt. Dabei hat der linke Flügel, der den bisherigen Kurs der Zugeständnisse und Rückzieher teilweise scharf kritisiert, allerdings kaum einen Einfluß auf die Politik der Regierung. Zudem ist bereits ein Teil dieses Flügels aus der MAPU (einer der Parteien der Unidad Popular) ausgeschlossen worden. Die chilenischen Arbeiter und Bauern mußten sich daher bereits bei einigen Kämpfen auf Gruppen außerhalb der Unidad Popular stützen, weil die Unidad Popular im Sinne ihrer „Rücksichten gegenüber dem Kleinbürgertum" und „Vermeidung der Konfrontation" die Unterstützung verweigerte, ja sogar gegen einige Kämpfe der Arbeiter und Bauern auftrat. ■

'Freie Wahlen' in Argentinien

Manöver der Reaktion

Unter dem Druck der seit Jahren andauernden wirtschaftlichen und politischen Krise der Bourgeoisie und der zunehmenden Radikalisierung der Massen hatte die argentinische Militärregierung für den März „freie Wahlen" ankündigen müssen. Die Zulassung der Peronisten – der stärksten Oppositionspartei, die einen starken Anhang im Volk hat – sollte die Bildung einer Regierung ermöglichen, die von den Massen unterstützt oder jedenfalls zunächst nicht direkt abgelehnt wird. Damit soll die Verschärfung der politischen Widersprüche verhindert und die Bewältigung der ökonomischen Krise auf dem Rücken des Volkes ermöglicht werden.

Aus diesen Wahlen sind die Peronisten mit absoluter Mehrheit der Stimmen als Sieger hervorgegangen. Die Militärregierung hat erklärt, den peronistischen Wahlsieg akzeptieren zu wollen.

Was haben vor diesem Hintergrund die gegen die Peronisten gerichteten Maßnahmen der Militärregierung vor den Wahlen zu bedeuten?

- Die Regierung hatte beim obersten Gerichtshof Argentiniens die Auflösung des peronistischen Wahlbündnisses wegen „Verfassungsfeindlichkeit" beantragt.
- Gegen Peron selber wurde „wegen Aufhetzung zur Gewaltanwendung" ein Verfahren eingeleitet (Peron hatte bei seiner Rückkehr nach Spanien geäußert, die Peronisten müßten notfalls zu den Waffen greifen, um an die Macht zu kommen).
- Peron wurde bis zum 25.5. (dem Tag der Vereidigung der neuen Regierung) die Einreise nach Argentinien verboten.
- Die Massenmedien dürfen in keiner Weise Nachrichten über Peron verbreiten.



Peronisten auf dem Weg zum Empfang von Peron

Ziel dieser Maßnahmen war nicht der tatsächliche Ausschluß der Peronisten von den Wahlen. Die Beteiligung der peronistischen Bewegung – als der stärksten politischen Kraft – an der Regierung ist nach wie vor das entscheidende Mittel, um die Herrschaft der Bourgeoisie zu sichern. Gleichzeitig gilt es aber, dem Militär, als zuverlässigem Interessenvertreter der Bourgeoisie, den größtmöglichen Einfluß zu sichern und die alleinige Machtübernahme der Peronisten zu verhindern. So versuchte die Militärjunta, mit den politischen Parteien einen „Garantiepakt" abzuschließen, d. h., sie erhebt Anspruch auf mindestens drei Ministerposten in der neuen Regierung, auf die weitere Kontrolle des Geheimdienstes und der politischen Justiz.

Sollte diese Konzeption einer Regierung aus Militär und Peronisten scheitern – etwa durch ein Zusammengehen der Peronisten mit der vereinigten links-demokratischen Bewegung – so hat sich die argentinische Bourgeoisie zusätzlich abgesichert: Sie kann mit der Unterstützung der brasilianischen Militärdiktatur rechnen, die für diesen Fall eine militärische Intervention vorbereitet hat. Nixons Äußerung, Brasilien teile zusammen „mit den USA die Verantwortung in Südamerika" ist deutlich genug. ■

Uruguay

Brutalste Unterdrückung des Volkes wird "rechtlich abgesichert"

Am 8. Februar besetzten in Uruguay Teile der Streitkräfte mehrere Rundfunksender und forderten unter anderem mehr Machtbefugnisse für das Militär, um – wie es hieß – „gegen die Korruption im wirtschaftlichen und politischen Leben" vorzugehen. Nachdem sich der derzeitige Präsident Bordaberry, ein erklärter Freund des faschistischen Militärregimes in Brasilien, zunächst diesen Forderungen entgegenstellte, ist es inzwischen zu einem „Kompromiß" gekommen:

Es wird ein vom Militär beherrschter „nationaler Sicherheitsrat" gebildet, der der Regierung übergeordnet ist. Das Verteidigungs- und Innenministerium werden im Sinne des Militärs umbesetzt. Die Polizei wird der Armee unterstellt. Die staatlichen Unternehmen sollen neugeordnet und die Kontrolle über die Privatbanken und den Außenhandel verschärft werden.

Auch in Uruguay, dem angeblichen „demokratischen Musterland" Südamerikas, spitzten sich im Laufe der letzten Jahre die ökonomischen und politischen Widersprüche immer mehr zu:

Massenhafte Streiks und Aktionen der Arbeiterklasse gegen die ständige Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen (12 % Arbeitslose, eine ungeheure Inflationsrate, Lohnstops, seit 1968 ist der Ausnahmezustand verhängt) nahmen an Stärke zu. Gleichzeitig gelang es den Tupamaros, der Stadtguerilla in Uruguay, die den bewaffneten Kampf gegen die Reaktion führt, sich immer mehr in der Bevölkerung zu verankern. Nach einer Umfrage sympathisierten 1970 45% des Volkes mit den Tupamaros; Schulen und Universitäten wurden zeitweilig geschlossen, um eine massenhafte Solidarisierung zu verhindern.

In dieser Situation kündigte die uruguayische Zeitung „La Opinion" bereits Mitte vergangenen Jahres an, „die völlige Militarisierung Uruguays wird unvermeidlich sein". Dieser Schritt ist jetzt vollzogen worden. Faktisch herrscht in Uruguay eine Militärdiktatur. Mit einschneidenden wirtschaftlichen Maßnahmen (so die verstärkten Kontrollen) sollen die Militärs die Karre der Bourgeoisie aus dem Dreck ziehen. Der angekündigte Kampf gegen die Korruption, die in Uruguay selbst für südamerikanische Verhältnisse zu große Ausmaße angenommen hat, soll dabei zugleich eine demagogische Wirkung erzielen; d.h. er soll, ebenso wie die formale Beibehaltung des Parlaments und des zivilen Präsidenten (der den Militärs mit Sicherheit keine Schwierigkeiten machen wird) das Volk über den Charakter der Regierung täuschen.

Daß das Militär ein zuverlässiger Vertreter der Interessen der Bourgeoisie ist, hat sich in dem Vorgehen seit Mitte letzten Jahres gezeigt, als der Armee der Kampf gegen die fortschrittliche und revolutionäre Bewegung übertragen wurde.

Mit grausamsten Foltermethoden wurden gefangene Tupamaros zu „Geständnissen" gezwungen, durch die der Untergrundbewegung ein schwerer Schlag versetzt werden konnte. (Hunderte von Untergrundkämpfern wurden verhaftet, mehrere „Volksgefängnisse", in denen die Tupamaros entführte Politiker und Kapitalisten gefangen hielten, wurden zerschlagen.)

Auch der KP Uruguays, die den „friedlichen Übergang zum Sozialismus" auf ihre Fahnen geschrieben hat, nützten ihre verzweifelten Distanzierungen von den Aktionen der Tupamaros nichts. Bei einem Angriff auf das Zentralbüro der Partei wurden acht Mitglieder getötet.

Fortschrittliche Kräfte wurden verfolgt, ins Gefängnis geworfen, oder wie der christdemokratische Gewerkschafter Luis Batalla zu Tode gefoltert.

Faschistische Verbände wie die „Aufrechte Uruguayische Jugend" oder das „Kommando der Tupamarosjäger" wurden mobilisiert und führten Terroraktionen gegen fortschrittliche und revolutionäre Kräfte durch.



Präsident Bordaberry

22.000 in der „Anti-Guerilla-Strategie" ausgebildete Polizisten und 15.000 mit modernsten Waffen ausgestattete Soldaten stehen zum Kampf gegen die linke Bewegung bereit.

Das geplante „Gesetz gegen potentielle Gefahr" – das jetzt mit Sicherheit durchgeführt wird – erlaubt, jeden der „Subversion" oder der „Verbreitung von Ideologie" Verdächtigen ohne Anklage ins Gefängnis zu werfen.

Zur konsequenten Weiterführung dieser brutalsten Unterdrückung des Volkes ist das Militär jetzt endgültig eingesetzt worden. ■

So lautet der Frieden Nixons:

Bombenteppich in Hanois dichtbesiedelten Wohnvierteln

Der hier abgedruckte Artikel ist ein Bericht des vietnamesischen Journalisten Dao Trong Tu, der die Bombardierung der DRV durch die US-Imperialisten während der Weihnachtstage des letzten Jahres beschreibt. Wir haben diesen Artikel erst jetzt erhalten, nachdem die Ereignisse schon einige Monate zurück liegen. Der Bericht ist aber so anschaulich, daß wir ihn auch nachträglich den Lesern nicht vorenthalten wollen. AK-Redaktion

Bericht des vietnamesischen Journalisten

Das geschah in jenen unvergeßlichen Tagen, während die friedliebenden Weltvölker noch Weihnachten und den Jahreswechsel feierten, und der fromme Nixon lauter denn je einen baldigen Frieden in Vietnam versprach und friedliche Beteuerungen äußerte. Die Ereignisse habe ich miterlebt, die werde ich niemals vergessen.

An diesem angespannten Tag war ich dringender Pressetätigkeiten wegen in Hanoi zurückgeblieben und hatte die Hauptstadt am 26. Dezember erst gegen vier Uhr nachmittags rasch verlassen. Nicht weil ich mich plötzlich unruhig fühlte, als ob ich das herankommende Unglück geahnt hätte. Seit dem 18. Dezember, nachdem Nixon den Luftkrieg gegen die DRV wieder entfachte, hatte ich doch schlaflose Nächte unter ununterbrochenem Fliegeralarm und Terrorflügen verbracht, die mich wirklich überanstrengt hatten. Nun brauchte ich ein wenig Ruhe, um arbeiten zu können.

Inzwischen war meine Frau, die bisher mit den Kindern auf dem Lande evakuiert war, gleich nach meiner Abreise unvermutet nach Hanoi gefahren. Zwar hatte der Fahrer, ein Onkel mütterlicherseits und Angehöriger der Volksarmee, ihr Mitfahren zunächst kategorisch abgelehnt, ernst warnend, es bestände zuviel Gefahr, um an diesem Abend in das Gebiet Hanoi einzutreten. Solche Gelegenheit ergab sich allerdings nicht oft, und das arme Weibchen hatte sich lange um mich beunruhigt.

Wie konnte man doch auf dem Lande, 90 km von Hanoi entfernt, das nur ahnen, daß zur gleichen Zeit, wie man sich der Hauptstadt näherte, von Hunderte von B 52 aus dem amerikanischen Stützpunkt Utapas in Thailand unterwegs waren, um des neugewählten US-Präsidenten verspätetes Weihnachtsgeschenk zu bringen und Tausende Opfer des Nixon-Faschismus zu fordern.

Da meine Frau bei ihrer Ankunft in der Stadt nur eine einsame Gegend im Van-Chuong-Wohnbezirk fand und fürchtete, es möge wohl als nächstes Ziel der Mordwut Nixons anheimfallen – ihre Ahnung hat sie nicht betrogen: tatsächlich sind dort, nur 100 m von unserem Haus, 6 Bomben niedergegangen, die zum Glück nicht explodierten –, wagte sie nicht, der hier herrschenden Stille wegen, allein zu Hause zu bleiben und ging infolgedessen gerade in die Khan-Thien-Straße, bei einer armen Frau zu übernachten.

Gegen 22.40 Uhr nachts wurden sie von den B 52 überrascht. Gleich von Anfang an ging ein Bombenregen nieder. An meinem Evakuierungsort, 30 km von Hanoi entfernt, fuhr ich plötzlich von tosenden Detonationen aus dem Schlaf. Schon blitzte der Himmel wie im Sommergewitter – die Luftverteidigungskräfte Hanois schossen in dieser Nacht acht eindringende

Forts. nächste Seite

US-Flugzeuge ab –, und die Erde zitterte wie im Erdbeben. Schwer wurde mir das Herz beim Gedanken, daß jede Explosion – es waren so viele – den Tod von Hunderten schlafenden Kindern, Frauen und Männern bedeutete. Sicher wird das Van Chuong zerbombt, das dem Bahnhof sehr nahe liegt, dachte ich. Dann beruhigte mich die Überlegung, daß es in diesem Fall nur materielle Verluste geben würde, und daß das Wichtigste darin besteht, bei einer Familie alles wohlauf zu haben. Nicht die geringste Ahnung hatte ich davon, daß in diesem Augenblick, da ich sorgenlos wahrhaft ehrlich das Feuerwerk am Himmel und ein schallenderes Geknalle als am Tet-Fest bewunderte, meine Frau sich pünktlich in die Hölle geraten fand!

Den Luftangriff hat sie fast von der ersten Detonation an bis zur letzten Bombe miterlebt. Zwanzig Minuten höllische Angst. Vom Pfeifen und Krachen der Bomben und dem Zusammenstürzen der Häuser war sie noch in den folgenden Wochen wie betäubt. Die Schreie der Verletzten, der Sterbenden werden ihr lange nicht aus dem Kopf gehen. Als es vom Himmel immer höllischer hagelte, konnte sie sich in einem leicht bedeckten Keller einfach auf den unabwendbaren Tod bereit machen! Im letzten Moment dachte die junge Mutter an ihre Kinder. Schwer wurde ihr ums Herz beim Gedanken, daß die fünf Kleinen vielleicht vergeblich auf Mutti warten müßten. Das große 13-jährige Töchterchen, das so fleißig in der Schule lernt, schon Deutsch kann, im Haushalt hilft und Besorgungen macht. Der jüngste Knabe, der noch nicht vierjährig ist und so sehr dem Vater ähnelt!

Es ist erstaunlich, daß sie die letzten Bomben überlebt hat, die nur 20 Meter von ihrem Schutzkeller explodierten und das Dach des Häuschens völlig abtrugen!

In dieser schrecklichen Nacht gingen nach der von B-52-Piloten als „Teppich ausbreiten" bezeichneten Methode der Zerstörung über eine Fläche von 1,3 km Länge und 600 Meter Breite mehrere Tausend Bomben nieder. Dort lebten zu gewöhnlichen Zeiten 30 000 Einwohner. In dieser dichtbevölkerten Straße, die sich etwa 2 km südlich des Bahnhofs hinzieht, gibt es keinen einzigen Industriebetrieb, nur Wohnhäuser, Marktbuden und ein Lazarett. Die Häuser waren zumeist schäbige Strohlehmbauten und ältere Ziegelgebäude. Den La-Thank-Deich entlang, südlich von der Khan-Thien-Straße, muß man klettern, um zu schauen, wie weit sich das Feld der Vernichtung erstreckt. Grenzenlos sind die Zerstörungen. Doch das Erschütterndste war nicht der Anblick der Ruinen, sondern die selbst zur Stunde nicht abzuschätzende Zahl der Opfer. Ein ganzes Stadtviertel wurde dem Erdboden gleichgemacht. Wohin man auch schaut: die südliche Straßenseite liegt in Trümmern. Unter den Füßen zerbröckelnde Ziegelsteine, halb verbrannte Balken, Stücke von Fensterrahmen, plattgedrückte Ofenrohre, Betonstücke und zerfetzte Blechteile – das war alles, was von einer einst sehr besuchten und lebhaften Handelsstraße zurückgeblieben war. Auf der nördlichen Seite stehen noch die Häuser mit leeren Fensterhöhlen, in den Wänden gähnen Löcher. Hier und da wurde die Fahrstraße zerbomt. Die Luftgangster haben ihre tödlichen Lasten zielgerecht abgeworfen. Da die südliche Straßenseite am dichtesten bevölkert war, wurde der Auftrag also genau ausgeführt: Vor allem Menschen töten und verletzen. Obwohl der größte Teil der Bevölkerung schon früher evakuiert worden war, nachdem der nahegelegene Bahnhof am 21. Dezember zerbombt wurde, war nichtsdestoweniger der Tod von Tausenden Menschen zu beklagen.

Ganze Familien kamen mit einem Male ums Leben. Unzählige Menschen wurden unter dem Schutt begraben. In einem Haus schlug eine große Bombe ein. Wo einmal ein gutgehendes Geschäft stand, liegt heute ein gähnender Trichter, mit Trümmerhaufen ringsum. Hier lebte eine große Familie, die aufs Land gegangen war. Die Eltern waren aber am gleichen Tag mit zwei älteren Kindern nach Hanoi zurückgekehrt als Gastwirte waren sie beschäftigt. In der ersten Minute des Angriffs kamen sie ums Leben. Mehr als 7 000 Dong (vietnamesische Währung? – LN) wurden in den Taschen der Frau gefunden. Die fünf Geschwister, die am Evakuierungsort geblieben waren, sind damit verwaist.



Nicht nur in Khan Thien, sondern auch in anderen Stadtteilen sind unschuldige Menschen diesem hinterlistigen Angriff zum Opfer gefallen. In der Hoang-Hoa-Than-Straße, wo am Pflanzengarten, wo zweiunddreißig Bomben fielen, die nicht explodierten, war ein brennender Wrackflügel einer abgeschossenen B 52 auf den Eingang eines Unterschlupfs niedergegangen, wo eine alte Mutter und deren 25jährige Tochter, die kürzlich ein 7jähriges Studium in der DDR beendet hatte und erst vor einigen Tagen heimgekehrt war, Schutz suchen wollten. Sofort drang ein Rettungskommando ein, konnte aber nur noch verkohlte Leichen aus dem Brand holen!

Am folgenden Tag wurden die zwölf abgeschossenen US-Piloten an die Vernichtungszone in der Khan-Thien-Straße geführt – unter Eskorte, damit sie nicht von der entrüsteten Bevölkerung getötet würden –, um mit eigenen Augen zu schauen, wie ausgezeichnet sie ihre Todesarbeit verrichtet hatten. Den Häuserreihen entlang waren große Plakate aufgerichtet. „Ist das deine Friedensgeneration, Nixon?" „Die Verbrechen Nixons werden wir bis zur Ewigkeit im Gedächtnis bewahren". Auch ausländische Journalisten, darunter eine amerikanische Friedensdelegation, waren dabei. „Nur militärische Objekte wurden angegriffen", betonte Nixon. Wie groß und gemein solche Lügen nun der Weltöffentlichkeit erscheinen! Mai Huong, Truong Dinh, Me Tri, An Duong, Khan Thien – – – Soviele Ortsnamen, soviele Vernichtungszonen. Die Liste der US-Verbrechen könnte man leider ständig fortsetzen – – – Das wahre Antlitz des Nixon offenbart sich noch mehr. Mit Lug und Trug spricht er immer vom baldigen Frieden und macht zügellos Krieg. Damit ist er wirklich in die Geschichte als Schurke eingetreten!

15. Januar 1973 ■

Frankreich: Was folgt nach der Wahl?

Wahlen ... Verhandlungen ... Wahlen ... Verhandlungen ...

Statt einen Sturm auf die Bastille gab es einen „Sieg der Demokratie". Die französischen Kapitalisten und ihre Partner in der Europäischen Gemeinschaft reagierten mit Erleichterung und mit Jubel. Die „Demokratie", d.h. die bisherige von den Gaullisten angeführte Regierungsmehrheit, hat es wieder einmal geschafft, die „Mehrheit" zu bleiben.

Zwar haben über 11 Millionen Franzosen durch ihre Stimmabgabe für die Vereinigte Linke deutlich gemacht, daß sie mit dem konservativen Regime Schluß machen wollen. Zwar hat das Bündnis von PCF, PS und linken Radikalen seinen Sitzanteil in der Nationalversammlung verdoppeln können und die bisherige Regierungsmehrheit von Gaullisten, Unabhängigen Republikanern und Zentrumsdemokraten hat 100 Sitze eingebüßt. Aber was ist das Ergebnis? Die Regierung bleibt.

Es zeigt sich erneut, daß Wahlen im Kapitalismus nur eine Karikatur auf die Demokratie sein können. Und in Frankreich eine noch krassere als in anderen bürgerlichen Staaten. Rund 30 Millionen Menschen sind in Frankreich wahlberechtigt. 82 % davon haben sich an der Wahl beteiligt; das sind knapp 25 Millionen. Davon haben über 11 Millionen, nämlich 46,5 %, für die Vereinigte Linke gestimmt. Nur wenig über 100.000 Menschen mehr stimmten dagegen für die bisherige Regierungsmehrheit, nämlich 47 %. Aber während die Vereinigte Linke für ihre 46,5 % insgesamt 173 Sitze im Parlament erhielt, errangen die Regierungsparteien mit nur 0,5 % mehr Stimmen 261 Sitze. 88 von insgesamt 490 Sitzen der französischen Nationalversammlung erhielt die Regierung also für 0,5 % Unterschied zur Vereinigten Linken. Diesen Vorteil verdankt sie der unter De Gaulle ausgearbeiteten Wahlkreiseinteilung und dem darauf aufbauenden Mehrheitswahlrecht.

Die Wahlkreise in ländlichen und rückständigen Gebieten sind kleiner als die in den stark industrialisierten Zonen; nach der Devise: die nach links „tendierenden" Arbeiter müssen bei der Wahl zur Nationalversammlung ein *geringeres* Gewicht haben als die eher durch reaktionäre Propaganda beeinflußbaren Bewohner der rückständigen Gebiete. Nach dieser Wahlkreiseinteilung braucht ein rechter Kandidat im Durchschnitt nur 36.000 Stimmen, um gewählt zu werden; ein linker dagegen braucht etwa 90.000. Anders ausgedrückt: die Stimme eines konservativen Bürgers hat zweieinhalb mal soviel Wert wie die eines Arbeiters.

Zynisch bemerkte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" zwei Tage nach der Wahl dazu: „Daß bei einem Proporz-Wahlsystem das Ergebnis anders ausgesehen hätte, berechtigt nicht dazu, dieses (das frz. Mehrheits-Wahlsystem mit seiner gaullistischen Wahlkreiseinteilung) wegen ‚Ungerechtigkeit' zu verwerfen; es ist eben der Sinn des französischen wie vieler anderer Wahlsysteme, klare Mehrheiten hervorzubringen . . ."

Allerdings, müssen wir die FAZ ergänzen, „klare Wahrheiten" im Parlament, die *nicht* den *klaren Mehrheiten in der Bevölkerung* entsprechen; *das* ist der Sinn des französischen Wahlsystems.

Das neue Parlament gibt also ein völlig verzerrtes und betrügerisches Bild von der Stimmung in der Bevölkerung wieder. Die Wähler der Vereinigten Linken fühlen sich zu Recht betrogen. Aber das eigentliche *Wesen* dieses Betrugs liegt viel tiefer, als daß man etwa dabei stehenbleiben könnte, lediglich die Ersetzung der französischen Mehrheitswahl durch eine demokratische Verhältniswahl zu fordern – wie es PCF und PS in ihrem „gemeinsamen Regierungsprogramm" getan haben.

Stellen wir eine einfache Überlegung an: Frankreich hat eine Bevölkerung von etwas über 51 Millionen Menschen und eine „Wahl-Bevölkerung" von ca. 30 Millionen. Davon haben sich mehr als 11 Millionen auf dem Wahlzettel gegen die Regierung erklärt.

Kann man daraus aber schlußfolgern, daß nur etwa 22-24 % der französischen Bevölkerung und 37-40 % der Wahlberechtigten mit dem Regierungskurs unzufrieden sind – und der Rest zufrieden? Kann man schlußfolgern, daß nur ein knappes Viertel der Bevölkerung und weniger als Zweifünftel der Wahlberechtigten eine Änderung ihrer Lage wollen, während die übrigen, die überwiegende Mehrheit, mit der Situation im Lande einverstanden sind?

Diese Schlußfolgerungen wären ganz offensichtlich *falsch*. Sie widersprechen in krassester Form dem ständig wachsenden Protest der werktätigen Bevölkerung gegen ihre unzumutbaren Lebensbedingungen. Ein Protest, mit dem *weit mehr* als 11 Millionen Menschen übereinstimmen, und der sich nicht nur gegen irgendeinen isolierten und von der bisherigen Regierung nicht zu verantwortenden Mißstand der französischen Gesellschaft richtet. Sondern er betrifft zunehmend die *gesamten* Auswirkungen und Bedingungen der kapitalistischen Herrschaft: die fortwährende Senkung des realen Lohnniveaus der Massen, die Erschwerung statt Erleichterung der Arbeitsbedingungen bei wachsendem technischen Fortschritt, die Zerstörung von Natur und Gesundheit durch eine umweltfeindliche Industriepolitik, die Mißachtung der Bedürfnisse der werktätigen Bevölkerung nach verbesserten Wohnverhältnissen, nach vernünftiger Ausbildung ihrer Kinder, nach Erweiterung und sinnvoller Gestaltung ihrer Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten, usw., die Vergrößerung statt Verminderung der Entwicklungsunterschiede von Stadt und Land, die sich ausweitende innere und äußere Zensur der bürgerlichen Massenmedien Presse, Rundfunk und Fernsehen, die Auswucherung des parasitären Verwaltungsapparats und seine Ausrichtung nicht zum Nutzen sondern zur Reglementierung und Überwachung der Werktätigen, das brutale Einschreiten der Polizeiorgane gegen Streiks und Demonstrationen, die Verkehrung von Recht und Unrecht durch die Justiz und die Folterung von Häftlingen in den Gefängnissen, die Korruptionsaffären von Regierungsmitgliedern und höheren Beamten, usw. usw.

Der Protest, der sich dagegen erhebt, findet teilweise seinen Ausdruck in größeren Massenaktionen, in Streiks und Demonstrationen. Aber wo dies nicht der Fall ist, ist das *ebensowenig* ein Beweis *gegen* seine Existenz. Er ist nichtsdestoweniger vorhanden, gefangen in den vier Wänden einer Arbeiterwohnung oder in dem Sorgenaustausch der Arbeiter in der Kneipe und an ihrem Arbeitsplatz. Er ist da, aber ihm fehlt zu großen Teilen noch die Kraft einer massenhaften öffentlichen Empörung; er ist noch weitgehend gefangen, weil er noch zu wenig über den Weg weiß, auf dem eine Änderung herbeigeführt werden kann.

Daß dies und nichts anderes zutrifft, beweisen vor allem die Kämpfe der französischen Arbeiterklasse vor knapp 5 Jahren, im Mai 1968. Auf dem Höhepunkt der damaligen Streiks und Demonstrationen beteiligten sich fast 10 Millionen Arbeiter, also annähernd die Zahl, die mit ihrer Stimmabgabe für die Vereinigte Linke bei den jetzigen Parlamentswahlen ihre Gegnerschaft zur gaullistisch geführten Regierung erklärten. Die Unzufriedenheit der werktätigen Bevölkerung mit ihrer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage ging aber weit über die 10 Millionen hinaus, die auf dem Höhepunkt der Kämpfe *aktiv* am Streik beteiligt waren. Nicht 10 Millionen „Unzufriedene" standen 40 Millionen „Zufriedenen" gegenüber, sondern die Sympathie und die unterschiedlich stark zum Ausdruck gekommene Solidarität der *überwiegenden Mehrheit* der werktätigen Bevölkerung stand hinter den aktiv Kämpfenden. Demgegenüber stand weniger die Zahl einiger hunderttausend reaktionär aufge-

putschter Elemente aus kleinbürgerlichen Schichten (obwohl eine solche Bewegung auch bei geringerer Zahl nicht unterschätzt werden darf), sondern demgegenüber stand vor allem der politische und militärische Herrschaftsapparat der Bourgeoisie, der bürgerliche Staat mit seiner Polizei und seinen Armee-Streitkräften.

Bei den nachfolgenden Kämpfen bis heute sieht es mit der *gesellschaftlichen Kräfteverteilung* im Grunde ähnlich aus, auch wenn die Kämpfe noch nicht wieder das Ausmaß vom Mai 68 angenommen haben: die Sympathie und die Solidarität der

DEMOKRATIE









überwiegenden Mehrheit der werktätigen Bevölkerung steht auf der Seite derjenigen, die für eine Änderung im Land kämpfen; sie steht nicht für, sondern *gegen die Regierung und die Kapitalisten.* Denn die Ursachen der im Mai 68 so kraftvoll zum Ausbruch gekommenen Unzufriedenheit sind nicht beseitigt – und demzufolge auch nicht die Unzufriedenheit selbst. Nur daß die Unzufriedenheit heute, nach der Niederlage des Mai 68 und wegen noch weitgehender Unklarheit der Arbeiterklasse über den weiteren Weg ihres Kampfes, zu großen Teilen in verborgenen Kanälen fließt.

Es zeigt sich also, daß das Ergebnis der Parlamentswahlen die Stimmung der Bevölkerung und ihre Forderungen selbst dann nicht richtig wiedergibt, wenn wir von den spezifischen Verfälschungen des französischen Wahlsystems bei der Sitzvergabe absehen und ein „demokratisches Verhältniswahlsystem" unterstellen, etwa nach westdeutschem Muster.

Was folgt nach den Wahlen?

Was ergibt sich nun nach dieser Wahl für die französische Bourgeoisie, und was für die Arbeiterklasse?

Die französischen Arbeiter werden sehr schnell merken, daß es keinen Stillstand des Klassenkampfes zwischen zwei Wahlterminen gibt, und daß ihnen einige Sitze mehr oder weniger für die PCF im Parlament nicht sehr viel nützen, um die Angriffe der Bourgeoisie in den kommenden drei Jahren bis zur Präsidentschaftswahl zurückzuschlagen.

Die Bourgeoisie wird sich auf der Grundlage der vorliegenden Wahlergebnisse überlegen, welche Taktik sie in der nächsten Zeit einschlagen wird. Sie kommt nicht umhin, den Willen nach Veränderung in der Bevölkerung festzustellen und wird daher bemüht sein, das Verhältnis zwischen ihren beiden Herrschaftsmethoden, zwischen Betrug und Unterdrückung, wirkungsvoller zu gestalten, um ihre Herrschaft längerfristig abzusichern. Nichtsdestoweniger ist mehr Repression als Reform zu erwarten. Denn die Lage ist heute für die französische Bourgeoisie eine andere als 1969: nach 69 kannte die vorsichtigere Politik Pompidous gegenüber den vorherigen kostspieligen Ambitionen De Gaulles einige Erfolge. Die Bourgeoisie kassierte enorme Profite, die einerseits durch die allgemeine Inflation in allen konkurrierenden kapitalistischen Ländern begünstigt waren (die französischen Preise kletterten zwar auch, aber langsamer als in den anderen Ländern), und andererseits durch die Franc-Abwertung (wodurch die französischen Waren konkurrenzfähiger wurden). Heute jedoch steigen die Preise in Frankreich schneller als in den übrigen imperialistischen Metropolen (USA, BRD). Allein in den letzten sechs Monaten betrug die Preissteigerungsrate 5,5 %, was bei gleicher Weiterentwicklung 11 % im Jahr ausmacht.

Unter diesen Umständen wird die Bourgeoisie versuchen, die Inflation gegenüber ihren Konkurrenten zu bremsen, ohne dabei ihre Profite zu kürzen; d.h. sie wird verstärkten Lohnstopp betreiben.

Zwar haben die französischen Gewerkschaften CGT und CFDT einen Forderungskatalog aufgestellt, der vor allem die Erhöhung des Mindestlohns auf 1000 Franc (entspricht ca. 665 DM) und die Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre beinhaltet. Aber jetzt nach den Wahlen haben sie bereits angekündigt, sie würden der Regierung *Verhandlungen* anbieten, und zwar „auf eine realistische Weise". Angesichts der verschärften Unnachgiebigkeit der Kapitalisten, die sich in den letzten Streiks voll gezeigt hat (systematische Benutzung des Repressionsapparates, Einsatz der schwerbewaffneten CRS-Bereitschaftspolizei, Prozesse gegen fortschrittliche Arbeiter, usw.), ist aber weder von Verhandlungen eine wesentliche Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse zu erwarten, noch von sogenannten „Massenaktionen", wie sie die Gewerkschaft im letzten Jahr durchgeführt hat und die regelmäßig auf einen Tag begrenzt waren. Unter anderem hat der französische Kapitalistenverband CNPF schon angekündigt, die Herabsetzung des Rentenalters sei zu kostspielig für die französische Wirtschaft und deshalb nicht vor 1978 (!) zu erwarten.

Auch die am Bündnis der Vereinigten Linken beteiligte PS hat der Regierung schon ihre Bereitschaft zu Verhandlungen und zur Zusammenarbeit erklärt – wenngleich das letztere auch erst sehr versteckt und vorsichtig, weil die Wahlen ja erst kurze Zeit vorbei sind, in denen man gerade noch etwas anderes versprochen hatte . . .

Wahlen, Verhandlungen, wieder Wahlen und wieder Verhandlungen – das ist der Weg, der der französischen Arbeiterklasse von Seiten der Kapitalisten und der bürgerlichen Politiker aufgezwungen werden soll; ein Weg, der zur Versöhnung mit dem bürgerlichen Staat und den angeblich „schicksalhaften Folgen der Industriegesellschaft" führt (wie die Gaullisten die unzähligen Mißstände der französischen Klassengesellschaft im Wahlkampf bezeichneten). Dabei hatte der CGT-Gewerkschaftsvorsitzende Seguy (der auch zum ZK der PCF gehört) vor der Wahl noch „harte Kämpfe" angekündigt, wenn eine große Mehrheit der werktätigen Bevölkerung sich für eine Änderung ihrer Lage aussprechen, diese aber nach der Wahl nicht zustandekommt. Und ebenso erklärte der PCF-Chef Marchais nach der Wahl: „Das ist nur der Anfang, der Kampf geht weiter!"

Den französischen Arbeitern wird nichts anderes übrig bleiben, als sich an diese Worte zu halten; auch wenn sie für diejenigen, die sie aussprachen, wohl mehr eine billige Phrase als ein ehrlicher und tapferer Wille bedeuteten; auch wenn manche Leute den Arbeitern einreden wollen, ihren Klassenkampf mit dem Wahlkampf zu verwechseln und die Vertretung berechtigter Forderungen mit einem Vertrauen auf die angebliche Verhandlungsbereitschaft der Kapitalisten. Der Weg der französischen Arbeiterklasse wird dort weitergehen müssen, wo er bislang seine Erfolge gebracht hat: im unnachgiebigen und ausdauernden Kampf in den Betrieben und in anderen gesellschaftlichen Bereichen. ■

Forts. 1. Mai

keine politische Organisation, die auch nur von einem nennenswerten Teil der Arbeiter und Angestellten als i h r e Organisation empfunden wird.

Dennoch kann davon ausgegangen werden, daß sich die Widersprüche zwischen der Politik der Brandt-Regierung und den werktätigen Massen verschärfen, je mehr die Brandt-Regierung im Auftrag der Kapitalistenklasse den Angriff auf die Lebensbedingungen der Massen führt. Die Metall-Tarifrunde hat gezeigt, daß es den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern zunehmend schwerer möglich ist, die vom Kapitalinteresse diktierten Tarifverträge durchzusetzen. Das wird unterstrichen von den 66% Nein-Stimmen, die von den Eisen- und Stahlarbeitern Nordrhein-Westfalens in der Urabstimmung zur Tarifrunde 73 abgegeben wurden – gegenüber nur 26% Ja-Stimmen. Bei Hoesch in Dortmund hat das wie 1969 zum Versuch der Metaller geführt, gestützt auf die eigene Kraft durch einen Streik den Tarifvertrag zu korrigieren. Anders als 69 hat sich aus dem Kampf der Hoesch-Arbeiter aber vorerst keine breitere Bewegung entwickelt; so konnten die Kapitalisten den Hoesch-Arbeitern vorerst eine Niederlage beibringen, die Arbeiter konnten ihre Forderung nicht durchsetzen.

Die Tarifkämpfe in diesem Jahr haben erneut hohe Kampfbereitschaft bei Teilen der Arbeiterklasse gegen die Politik der „Lohnleit-Linien" und des „Stabilitätspakts" gezeigt. Sie zeigen aber auf der anderen Seite auch, daß insgesamt immer noch die nötige Bewußtheit, Kraft und Entschlossenheit fehlt, um diese Politik schon jetzt wirksam zu durchkreuzen; in gemeinsamen Aktionen haben Kapitalisten, Brandt-Regierung und DGB-Führer die „Lohnleitlinien" bisher durchsetzen können. Angesichts nach wie vor anhaltender Preissteigerungen und Steuererhöhungen bedeutet das eine weitere Verschlechterung unserer Lage.

1973 wollen die Kapitalisten diese Politik verstärkt fortsetzen. Sie steigern in ihrer Propaganda die Stimmungsmache gegen eine konsequente gewerkschaftliche Tarifpolitik und greifen sogar unverhohlen das Streikrecht an. Ihnen zur Seite stehen die DGB-Führer und die Brandt-Regierung, die in den Gewerkschaften einen Angriff gegen die kämpferischen gewerkschaftlichen Vertrauensleute führen, die zaghaften „linken" Ansätze in der SPD demagogisch bekämpfen, den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie vorantreiben, die Arbeiter mit der Drohung von Steuer-Erhöhungen und „Konjunkturzuschlag" erpressen, um ihre Tarifpolitik durchzusetzen.

Die Ursache für die verschärften Angriffe der Kapitalistenklasse ist der sich zuspitzende Konkurrenzkampf des internationalen Kapitals, der verschärfte Kampf zwischen den Imperialisten der verschiedenen Länder, wie er zuletzt in der „Währungskrise", die ständig weiterschwelt, zum Ausdruck kam. Den Kapitalisten geht es um Neuaufteilung der Welt, Neuverteilung von Rohstoffgebieten und Absatzmärkten zwischen den größten imperialistischen Mächten und Konzernen. Um ihre Position in diesem Kampf weiter zu verbessern, treibt die Kapitalistenklasse der BRD den Zusammenschluß und die Erweiterung der EWG verstärkt voran. Seit jeher sehen die BRD-Imperialisten im Aufbau einer „Großmacht Europa" unter ihrer Führung die Möglichkeit, ihre weitgesteckten wirtschaftlichen und politischen Pläne zu verwirklichen. Die BRD-Imperialisten sind dazu übergegangen, ihre aggressiven Absichten und Großmachtstreben mit der Ideologie der friedlichen Völkerverständigung zu verbinden. Diese Politik konnte glaubhaft nur von der SPD vertreten werden. Wenn diese Politik der „Reformen" und „Versöhnung" Anklang in breiten Teilen der Arbeiterschaft findet, so heißt das, daß sie die fortschrittlichen Elemente dieser Politik unterstützen, ohne die langfristigen Expansionspläne der Imperialisten im Auge zu haben. Wenn mit der Wende 1967 in der Ostpolitik des BRD-Imperialismus die Kalte-Kriegs-Ideologie durch eine Politik der Verständigung abgelöst wurde, wenn nicht mehr die militärische Zerschlagung des sozialistischen Lagers, sondern „Wandel durch Annäherung" propagiert wird, so hat der BRD-Imperialismus seine Eroberungspläne natürlich nicht aufgegeben; er war gezwungen, jetzt eine andere Methode anzuwenden. Die objektiven Grundlagen dazu sind auf der einen Seite die Verschärfung der Konkurrenz unter den kapitalistischen Ländern und auf der anderen Seite eine zunehmend revisionistische Entwicklung in der Sowjetunion.

Neben der verstärkten Formierung der westeuropäischen Imperialisten in der „Europäischen Gemeinschaft" (EG) zur Verbreiterung ihrer Reihen drängt andererseits der japanische Imperialismus vor und bereitet der US-Imperialismus nach seinem vorläufigen militärischen Rückzug aus Vietnam eine neue wirtschaftliche Expansion vor.

Um in diesem Konkurrenzkampf bestehen zu können greift die westdeutsche Kapitalistenklasse zunehmend zum Mittel, ihre Profite auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten abzusichern und wenn möglich noch zu steigern. Dieser Angriff der Kapitalisten beschränkt sich nicht auf die Ebene der Lohnpolitik; er bezieht alle des Lebens mit ein – steigende Preise und Mieten, Steuererhöhungen neben verschärften Rationalisierungen mit Entlassungen und größerer Arbeitshetze, Einsparungen an den dringend notwendigen Ausgaben für Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern.

Aber mehr noch: Die Kapitalisten rechnen auf Grund ihrer eigenen Lage und der langfristigen Verschärfung der Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt auch mit einer Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche in der Bundesrepublik, mit einer Verschärfung der Klassenkämpfe. Die Kapitalisten sehen einer Zeit entgegen, wo es ihnen trotz Hilfestellung der SPD- und DGB-Führer weniger als heute gelingen wird, die Arbeiterklasse „ruhig" zu halten und den Fortbestand der kapitalistischen Ausbeutung zu garantieren. Auf diese Zeit bereiten sich die Kapitalisten und ihr Staat vorbeugend heute schon politisch, ideologisch und organisatorisch vor.

Deshalb die Verabschiedung der Notstandsgesetze schon 1968, die den totalen Polizeistaat der Zukunft „juristisch" absichern sollen.

Deshalb die Umorganisierung und Ausrichtung des „Bundesgrenzschutz" auf die militärische Niederschlagung von Streiks und „Unruhen", die Ausrichtung auf die Aufgaben einer Bürgerkriegsarmee.

Deshalb die Verstärkung der Polizei unter dem Vorwand einer steigenden Kriminalität und der Jagd auf die „Baader-Meinhof-Gruppe" im vorigen Jahr.

Deshalb 50 000 jährlich mehr ausgebildete Soldaten mit der Verkürzung der Wehrpflicht auf 15 Monate, die Bundeswehrhochschulen und der „Wehrkundeerlaß".

Deshalb die Suche der Kapitalisten nach einer „geschlossenen Ideologie", die es ermöglicht, auch Teile der Arbeiterklasse für die weitgesteckten Ziele der Imperialisten zu mobilisieren.

Deshalb die Anstrengungen der CDU/CSU, sich durch verstärkte soziale Demagogie als scheinbare politische Alternative zur SPD in Szene zu setzen, um die zunehmende Unzufriedenheit der Massen mit der Brandt-Regierung in die reaktionäre Sackgasse zu leiten.

Deshalb die reaktionäre „Säuberung" der Schulen und Universitäten, der Presse und des Rundfunks von „Kommunisten" zur Einschüchterung aller demokratischen Kräfte in diesen Institutionen.

Deshalb die Forderung nach einem Verbot der kommunistischen Organisationen und Gruppen, die wilde Hetze sogar gegen fortschrittliche Kräfte in der SPD, in den Gewerkschaften und unter den Jusos.



Mai-Demonstration 1972 in Bremerhaven

Forts. Seite 8

Forts. 1. Mai

Zu dieser 1. Mai-Plattform wurde zunächst von der Leitung ein Entwurf erstellt. Dieser wurde dann in die Einheiten der Organisation gegeben und dort kritisiert. Dazu wurden von den Einheiten Berichte gemacht. Im Allgemeinen zeigte sich, daß der Entwurf der Leitung als zu optimistisch hinsichtlich des Standes und der nächsten Entwicklung der Arbeiterbewegung und des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses angesehen wurde. Weiterhin wurde kritisiert, daß besonders die gewerkschaftlichen Punkte ungenügend behandelt waren, und eine Bezugnahme auf die Schaffung der Kommunistischen Partei der Arbeiterklasse wurde von einigen Einheiten vermißt. In manche Kritiken schien sich auch das Mißverständnis eingeschlichen zu haben, als müßte die 1. Mai-Plattform geradezu sämtliche Fragen umfassend analysieren und darstellen, als müßte sozusagen gleich das Kommunistische Programm diskutiert werden. Aufgrund der Berichte wurde der Entwurf in der Leitung erneut diskutiert; zahlreiche Änderungen und Ergänzungen wurden vorgenommen. Der ursprüngliche Entwurf und einige der Kritiken sollen in UNSER WEG 20 veröffentlicht werden.

Setzen wir den Kapitalisten die Einheit von Arbeiterschaft, Vertrauensleuten und Betriebsräten entgegen!
Gegen „Stabilitäts-Pakt" und „Konzertierte Aktion"!
Gegen Friedens- und Schweigepflicht!
Für eine freie politische und gewerkschaftliche Betätigung!

Eine wesentliche Aufgabe der nächsten Zeit wird es sein, starke und kämpferische Vertrauensleutekörper zu schaffen – Arbeiter, von denen sicher ist, daß sie nicht nur in Worten vor der Wahl, sondern auch in Taten nach der Wahl fest und unbeirrbar auf Seiten ihrer Kollegen stehen und deren Interessen gegen die Kapitalisten vertreten. Aber die besten Vertrauensleute, die besten Betriebsräte sind machtlos, wenn hinter ihnen nicht eine wachsame und kampfbereite Arbeiterschaft steht, die ihnen in der Auseinandersetzung den Rücken stärkt und sie kontrolliert. Die Kapitalisten versuchen, durch Korruption, durch gesetzlich verankerte Schweigepflicht und andere Tricks, die Betriebsräte vor der Arbeiterschaft zu spalten und zu gefügigen Werkzeugen ihrer eigenen Politik zu machen. Diese Versuche der Kapitalisten müssen durch enge Zusammenarbeit von Arbeiterschaft, Vertrauensleuten und Betriebsräten verhindert werden.

Gegenwärtig nehmen die Versuche der Kapitalisten zu, kommunistische Arbeiter, aber auch kämpferische Gewerkschafter allgemein aus den Betrieben zu entlassen. Es wird versucht, die freie Meinungsäußerung im Betrieb einzuschränken und sogar das politische Verhalten der Arbeiter in ihrer Freizeit strikt zu reglementieren. Während streikende Arbeiter per Gerichtsbeschluß arbeitsverpflichtet werden, wird den Kapitalisten inzwischen volle Aussperrungsfreiheit gewährt, so wird auf dem Gebiet des „Arbeitsrechts" die Unterhöhlung der Streikfreiheit vorangetrieben.

Unser Ziel ist die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung, die uns in der kapitalistischen Gesellschaft kein Gesetz bringen wird, sondern nur unser konsequent geführter Kampf.

Notwendig ist das gemeinsame Handeln aller Arbeiter, ungeachtet bestehender parteipolitischer und weltanschaulicher Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten. Deshalb müssen alle Spaltungsversuche – besonders die Antikommunismus-Beschlüsse der SPD-Führer und die in dieselbe Richtung gehende „These 41" der DKP-Führer – zunichte gemacht werden.

Gegen Ausschlußpolitik und Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie!
Für eine konsequente Klassenpolitik der Gewerkschaften!
Für selbständige politische Organisation der Arbeiterklasse!

„Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstandes gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d. h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems" (Karl Marx: Lohn, Preis und Profit).

Wenn die Arbeiter auch in den letzten Tarifkämpfen trotz ausgedehnter und zäher Streikkämpfe dennoch einen Abbau ihrer Reallöhne hinnehmen mußten, so liegt ein wesentlicher Grund dafür in der Politik ihrer gewerkschaftlichen Organisation, des DGB. Dessen sozialdemokratische Führung, eng verbunden mit der SPD und über diese mit dem kapitalistischen Staat und eingeschworen auf das von den Kapitalisten diktierte „wirtschaftliche Gesamtinteresse" und „Gemeinwohl", organisierte die Niederlagen der Arbeiter. Ebenso beim Kampf gegen die Notstandsgesetze, beim Kampf um ein fortschrittliches Betriebsverfassungsgesetz.

Mit dieser Politik, mit diesen Führern können die Arbeiter nicht einmal im wirtschaftlichen Tageskampf um die Erhaltung ihres Lebensstandards bestehen, geschweige denn, einen Kampf um die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung, um die Macht im Staat führen. Der Kampf um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, um den Sozialismus ist ohnehin von den SPD- und DGB-Führern längst offen preisgegeben worden: sie möchten dem Kapitalismus einige Schönheitspflästerchen auflegen, um ihn dann als „demokratischen Sozialismus" den werktätigen Massen schmackhaft zu machen.

Zwar nimmt in der Arbeiterklasse die Empörung über den Abbau der Löhne und die Angriffe der Kapitalisten und die Politik der Gewerkschaftsführung zu, doch nur ein kleiner Teil insbesondere in Vertrauenskörpern ist heute bereit, konsequent den Kampf aufzunehmen. Das hat zur Folge, daß die Empörung der Arbeiter immer wieder verpufft und die mit Hilfe der Gewerkschaftsführung organisierten Niederlagen Resignation in der Arbeiterklasse verbreiten.

Gegen die kämpferischen Teile der Belegschaften entfachen die Gewerkschaftsführer einen wahren Feldzug, um die Kontrolle über die Mitgliedschaft nicht aus den Händen gleiten zu lassen. Sie schrecken nicht davor zurück, ganze gewerkschaftliche Körperschaften zu liquidieren, wie etwa Mitgliederversammlungen und Vertrauensleutekörper. Verstärkt greifen die Gewerkschaftsführer auch zu dem Mittel der Gewerkschaftsausschlüsse. Für die IG-Druck ist nach Beschluß des Hauptvorstandes bereits die Mitgliedschaft in einer Kommunistischen Organisation oder einer Gruppierung „ähnlicher Zielsetzung" ein Ausschlußgrund.

Gegen den politisch-ideologischen Kampf der Gewerkschaftsführung und die organisatorische Gleichschaltung muß der Kampf politisch geführt werden. Aus diesen Erfahrungen muß der Schluß gezogen werden, daß alle klassenbewußten Arbeiter den Kampf aufnehmen müssen gegen die sozialdemokratische Linie der Klassenversöhnung in den Gewerkschaften, für eine konsequente gewerkschaftliche Klassenpolitik, für die Gewerkschaften als Kampforganisationen der Arbeiterklasse. Dieser Kampf kann von niemand anderem geführt werden als von der Arbeiterklasse selbst, die sich ihrer Interessen bewußt wird.

Die verschärften Klassenauseinandersetzungen sind begleitet von einer Zuspitzung der Gegensätze in den Gewerkschaften, vor allem die kämpferischen Teile der Arbeiterklasse werden immer wieder mit der SPD und der Gewerkschaftsführung konfrontiert. Dennoch wird, solange die gegenwärtige relative Stabilität des Kapitalismus anhält, die Lösung der werktätigen Massen von der Sozialdemokratie nur sehr langsam und schrittweise vor sich gehen. Diese Entwicklung begünstigt das Aufkommen links-sozialdemokratischer Gruppierungen innerhalb und außerhalb der SPD. Dies kennzeichnet einen Schritt, mit dem sich fortschrittliche Teile der Arbeiterklasse von der SPD wegbewegen. Diese werden deshalb von den sozialdemokratischen Führern heftig bekämpft. Andererseits werden diese links-sozialdemokratischen Gruppierungen benutzt, um fortschrittliche Teile der Arbeiterklasse an gefährliche Illusionen über den Kapitalismus weiterhin zu ketten. Diese Illusionen müssen bekämpft werden.

Es kommt darauf an, daß die Arbeiterklasse eine vom bürgerlichen Einfluß unabhängige politische Partei bildet. Es gibt in der BRD eine kommunistische Bewegung mit einer Vielzahl von Organisationen, die an Stärke und Einfluß zunimmt. Eine Reihe von Organisationen gibt bereits heute vor, Partei der Arbeiterklasse zu sein. Doch davon kann nicht die Rede sein. Es gibt heute keine Partei, die in der Lage wäre, der Arbeiterklasse den Weg zur Durchsetzung ihrer Tagesforderungen und zum Sturz des kapitalistischen Systems zu weisen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!
Gegen den Zusammenschluß der Kapitalisten in Westeuropa, die Solidarität der europäischen Arbeiterklasse!

„Die Herrschaft des Kapitals ist international. Das ist der Grund, weshalb auch der Kampf der Arbeiter aller Länder für ihre Befreiung nur dann Erfolg haben kann, wenn die Arbeiter gemeinsam gegen das internationale Kapital vorgehen." (Lenin)

Ausbeuter und Ausgebeutete, Unterdrücker und Unterdrückte stehen sich in allen Ländern der kapitalistischen Welt unversöhnlich gegenüber. Die Angriffe des Kapitals stellen die Arbeiter der ganzen Welt vor ähnliche Probleme. Das englische Volk hat ebenso wie wir gegen Lohnraub und Abbau demokratischer Rechte zu kämpfen, es muß sich gegen ein diktatorisches Anti-Streik-Gesetz wehren, das einen Lohnstop erzwingen soll und Streiks mit hohen Strafen bedroht. Und ebenso muß das englische Volk mit der Politik einer korrumpierten sozialdemokratischen Partei fertig werden, die seinen Kämpfen die Spitze abbrechen will. In Italien haben die Arbeitskämpfe einen bedeutenden Aufschwung genommen. An der Spitze dieser Kämpfe stehen die Metallarbeiter, die ihren Kampfwillen in gewaltigen Demonstrationen mit 2 bis 300.000 Teilnehmern ausgedrückt haben. Auf der anderen Seite treibt die italienische Bourgeoisie die Rechtsentwicklung voran, fördert zunehmend den Terror faschistischen Banden, läßt auf Arbeiter und Studenten schießen, bereitet die Unterdrückung revolutionärer Organisationen und Gruppen vor. Die internationale Solidarität mit der Arbeiterklasse in den Ländern der „Europäischen Gemeinschaft" zu stärken, muß unsere besondere Aufmerksamkeit gelten. Die Kapitalisten gehen immer stärker im europäischen Rahmen vor, dem gilt es, die gemeinsame Front der Arbeiterklasse dieser Länder gegenüberzustellen und Versuchen der Kapitalisten, die Arbeiterklasse der einzelnen Länder gegeneinander auszuspielen, entschlossen entgegenzutreten.

In drei Ländern Europas – nämlich in Griechenland, Spanien und Portugal, wie auch in der Türkei – herrscht immer noch offen der faschistische Terror. Den Werktätigen dieser Länder muß unsere besondere Solidarität gelten, denn ihr Los ist besonders hart, die Bedingungen ihres Kampfes besonders schwer. Aber auch in diesen Ländern nehmen die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe des werktäti- Volkes zu, wächst der Widerstand gegen den Faschismus.

In Vietnam hat der Imperialismus das Eingeständnis einer militärischen und politischen Niederlage ablegen müssen. Dieser Erfolg ist vom vietnamesischen Volk erkämpft worden; es ist aber auch ein Erfolg der internationalen anti-imperialistischen Bewegung gegen die US-Aggression in Indochina. In Vietnam geht es jetzt darum, daß die US-Imperialisten und ihre Saigoner Marionetten gezwungen werden müssen, ihre permanente Sabotage am Waffenstillstandsabkommen aufzugeben und die Bestimmungen des Abkommens einzuhalten.

Im Nahen Osten stellt der israelische Staat eine ständige Quelle von Aggression und Terror dar. Diese Lage ist für die palästinensischen Flüchtlinge und für die arabischen Nachbarn Israels unerträglich, aber auch für die Menschen in Israel selbst. Auf Grund der Unterstützung des BRD-Imperialismus für den Staat Israel sind die Araber und insbesondere die Palästinenser in der BRD zunehmender Unterdrückung und Verfolgung ausgesetzt, deshalb gilt ihnen unsere besondere Solidarität.

Auf einem Teil der Erde muß immer noch der Kampf gegen die offene Herrschaft des Kolonialismus geführt werden. Das sind an erster Stelle die Länder Südafrikas, d.h. die „weißen" rassistischen Minderheits-Regimes in der Südafrikanischen „Republik" und in Rhodesien sowie die Kolonien Protuglas. Unsere Aufgabe ist es, die dortigen Befreiungsbewegungen zu unterstützen und die Komplizenschaft des BRD-Imperialismus mit den südafrikanischen Rassisten und den portugiesischen Faschisten anzugreifen.

Der BRD-Imperialismus ist neben dem US-Imperialismus der gefräßigste und grausamste Feind der Völker der Welt, der seine Finger in alle Erdteile ausgestreckt hat. Deshalb kommt unserem Kampf gegen diese Imperialisten besondere Bedeutung zu.

Proletarische Solidarität gegen Rassismus und nationale Überheblichkeit
Westdeutsche Arbeiter, ausländische Arbeiter – eine Arbeiterklasse!

Die ausländischen Arbeiter bei uns gehören zu den am meisten ausgebeuteten Teilen der Arbeiterklasse. Die Kapitalisten nutzen die Sprachschwierigkeiten der Kollegen aus, betrügen sie beim Lohn und bei der Wohnungsvermittlung. Pläne bestehen, die ausländischen Kollegen in ein unmenschliches „Rotationssystem" zu pressen; zwei Jahre sollen sie isoliert von ihren Familien in der BRD arbeiten „dürfen" danach sollen sie abgeschoben werden. So soll verhindert werden, daß die ausländischen Kollegen bei uns heimisch werden können und sich für ihre Interessen organisieren. Demselben Ziel dient u.a. das Verbot der palästinensischen Organisationen GUPS und GUPA im vorigen Jahr. Die Brandt-Regierung läßt den imperialistischen und faschistischen Geheimdiensten aus den Heimatländern der ausländischen



Titelbild einer von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen Maifestnummer

Kollegen nach wie vor freie Hand in der BRD, während die demokratischen Organisationen der ausländischen Kollegen verboten oder behindert werden. Selbst die Rundfunksendung für ausländische Kollegen werden immer mehr den Forderungen der faschistischen Regimes angepaßt.

Für die westdeutschen Arbeiter kommt es darauf an, sich von den Kapitalisten nicht in die Falle des Nationalismus und der Überheblichkeit gegenüber den ausländischen Kollegen in der BRD locken zu lassen, sondern die Klassensolidarität zu wahren. Die ausländischen Kollegen haben vielfach bewiesen, daß nicht nur Verlaß im Kampf auf sie ist, sondern daß wir von ihren Erfahrungen und ihrer Entschlossenheit lernen können. ■

Zur Politik des "offenen Briefes"

Aus Anlaß der innerorganisatorischen Diskussion über den Vorschlag der Leitung des KB zur 1. Mai-Plattform 73 ist von mehreren Einheiten in Hamburg angeregt worden, auch in diesem Jahr in Hamburg mit einem „Offenen Brief" an verschiedene gewerkschaftliche und politische Organisationen zur 1. Mai-Demonstration aufzurufen.

In dieser Weise sind wir in Hamburg erstmals zum 1. Mai 1971 vorgegangen. Wir wandten uns damals mit einem „Offenen Brief" zum 1. Mai „an alle Gewerkschaftler", an „die fortschrittlichen Kollegen in der SPD" sowie an DKP und SDAJ, um gemeinsam „für den 1. Mai eine machtvolle Demonstration und Kundgebung vorzubereiten". Dieser „Offene Brief" enthielt außerdem einen umfangreichen Vorschlag für die politische Stoßrichtung der Demonstration. Dieser „Offene Brief" wurde als Flugblatt verteilt. Etwa drei Wochen danach wandten wir uns in derselben Form nochmals ausdrücklich „an den Landesvorstand Hamburg der DKP" – an unsere Kollegen, die in der DKP und SDAJ organisiert sind". Wir erinnerten darin an unseren ersten „Offenen Brief", beklagten das völlige Schweigen der DKP-Führung dazu und riefen nochmals zum „Eintreten für ein gemeinsames Vorgehen am 1. Mai" auf. Auch dieser Aufruf wurde als Flugblatt verteilt.

Folgenden Brief schickten wir an den Hamburger Landesvorstand der DKP

Ebenso wie in den vergangenen Jahren, werden wir auch diesmal wieder eine Demonstration zum 1. Mai durchführen. In diesem Zusammenhang machen wir Euch nochmals auf unsere wiederholt an Euch herangetragene Bereitschaft zur gemeinsamen Durchführung solcher Aktionen aufmerksam.

Mit freundlichen Grüßen

Leitung des KB/ Gruppe Hamburg

1972 wandte sich die Gruppe Hamburg des KB bereits am 16. Februar in einem Brief an „verschiedene Betriebsräte und Vertrauenskörper, an Gewerkschaftsgremien und an sozialistische und demokratische Organisationen (AK 16/März 72), worin zur gemeinsamen Organisierung einer Demonstration am 1. Mai aufgerufen wurde. Dieser Brief wurde nicht im Wortlaut veröffentlicht; jedoch wurde in Flugblättern und im „Arbeiterkampf" auf diesen Brief Bezug genommen.

Was bezweckt die Politik des „Offenen Briefes"? Unter den gegebenen Umständen dient sie in erster Linie unserer Agitation und Propaganda.

Zwar ist von unserer Seite klar, daß wir die ehrliche Bereitschaft haben, gemeinsame Aktionen zu bestimmten Anlässen mit gewerkschaftlichen Organisationen, mit Sozialdemokraten oder mit der DKP abzusprechen und gemeinsam durchzuführen.

Auf der anderen Seite sind die Führungen der SPD und der DKP erklärtermaßen nicht zur Zusammenarbeit mit uns bereit und verbieten sie ausdrücklich ihren Mitgliedern (Münchner Beschlüsse der SPD und „These 41" der DKP). Daher sind die Aussichten auf eine reale Zusammenarbeit zur Zeit sehr gering. Es wurde bereits in AK 26 aufgezeigt, daß unsere wiederholten Initiativen zur Aktionseinheit von allem gegenüber der DKP durchweg unbeantwortet geblieben sind. („Schritt halten", S. 13)

So geht es für uns vor allem darum, die Politik der Aktionseinheit zu propagieren und unsere Bereitschaft dazu immer wieder klar zu machen; zugleich soll die auf Spaltung gerichtete Politik der sozialdemokratischen und revisionistischen Führungen aufgezeigt werden.

Jedoch besteht unter diesen Umständen die Gefahr, daß aus der Politik des „Offenen Briefes" eine bloße Pflichtübung, ein Ritual würde. Das würde zwangsläufig zu einer inflationären Entwertung der Politik des „Offenen Briefes" und der Aktionseinheit überhaupt führen. Tatsächlich hat die Politik des „Offenen Briefes" ihre wesentliche Funktion in einer Situation, wo entweder direkt die Initiierung einer Aktionseinheit real möglich ist, oder wo jedenfalls mit dieser Politik nennenswerter Einfluß auf die in Bewegung geratenen sozialdemokratischen und revisionistischen Massen ausgeübt werden kann. Inflationär angewandt wird diese Politik schließlich inhaltsleer und als politische Waffe stumpf.

Unsere grundsätzliche Bereitschaft zu gemeinsamen Aktionen ist in der Vergangenheit erklärt worden. Wir haben uns daher zum 1. Mai 73 darauf beschränkt, brieflich auf diesen Sachverhalt ganz kurz hinzuweisen. ■

Faschisten auf Europa-Kurs

Nach dem allmählichen Niedergang der NPD konstituiert sich jetzt eine "Neue Rechte", rechts von der NPD!
Die Neo-Faschisten haben bereits eine "Intereuropäische Nationale" gegründet, in der die europäischen Faschisten ihre Zusammenarbeit koordinieren.

Eine für die „Neue Rechte" charakteristische Organisation ist der „Aktionskreis Mut". Initiator dieser Gruppe ist Bernhard C. Wintzek, ehemaliger NPD-Funktionär und Mitbegründer der „Aktion Widerstand". Wintzek gibt das „Nationaleuropäische Magazin Mut" heraus, an dem sich heute zahlreiche faschistische Organisationen, für die die NPD lediglich eine „Sammlung schwächlicher Konservativer" ist, orientieren. Wintzek selbst bezeichnet die NPD als „finstere Reaktion".

MUT hat eine monatliche Auflage von 16 000 Exemplaren und ist sicher das poppigste, was die Faschisten auf den Markt bringen (von der Vorstellung, daß Vollblut-Faschisten mit Lederhose und Dolch im Gürtel rumlaufen, sollte man sowieso Abschied nehmen - lange Haare und Blue-Jeans sind für sie schon lange nicht mehr verwerflich). Als inoffizielles Zentralorgan der Neo-Faschisten soll „Mut" Träger der politischen Diskussion der Rechten sein, Herausgeber Wintzek tut ein Übriges: als parteifreier Redner tritt er landauf landab auf, hält Reden nach dem Muster "Wir glauben an Deutschland - die denkende Jugend sagt JA zum Volk" oder "Jugend auf neuen Wegen", und sammelt allüberall versprengte Trupps der Faschisten auf, die der NPD abgeschworen haben.

Die Neo-Faschisten geben sich antikapitalistisch und antikommunistisch zugleich:

"Wir sind der Auffassung, daß die Ausbeutung der über tiefenpsychologische Tricks unmündig gemachten Konsumentenmasse durch den Spätkapitalismus im Westen der Ausbeutung des Proletariats im Osten entspricht. Darum richtet sich unsere Arbeit sowohl gegen den Kommunismus als auch gegen die Auswüchse des Spätkapitalismus. Wir bieten als Lösung unserer gegenwärtigen Probleme und als Schlüssel in die Zukunft die Idee von der Gemeinschaft des Volkes an! Manche mögen das 'nationalen Sozialismus', andere 'Volkssozialismus' und wiederum andere schlicht und einfach 'Sozialismus' nennen. Der Name ist nicht so entscheidend. Wichtig ist der Inhalt, das, was wir mit diesem Gemeinschaftsbekenntnis meinen. Nämlich die aktive Gemeinschaft des Volkes gegen Klassenkampf, gegen Unterdrückung, Ausbeutung, ohne in Dogmen zu verfallen... In unserer Wirtschaftsvorstellung haben das Privateigentum weitester Volksteile und das freie, auf die Gemeinschaft bezogene Unternehmertum aller Schichten den zentralen Platz!"

Und an anderer Stelle:

"Es wird keine Freiheit und Eigenbestimmung geben, wenn die Deutschen vor ihrem nationalen Problem kapitulieren. Gesamtdeutsch-nationalrevolutionär zu sein heißt daher, am entscheidendsten dem Wohle Gesamteuropas zu dienen. Europa braucht die Selbstbehauptung Deutschlands, gleichwohl brauchen die Deutschen Europa im solidarischen Befreiungskampf".

Dieser ganze Salat reduziert sich bei näherem Hinsehen auf die nationalsozialistische Ideologie von der Volksgemeinschaft, in der es keine gesellschaftlichen Widersprüche zu geben hat, und auf das Ziel der BRD-Imperialisten, ein einheitliches kapitalistisches Europa unter ihrer Führung zu schaffen. Um dem Kleinbürgertum und der Arbeiterschaft Sand in die Augen zu streuen, ist die nationalsozialistische Ideologie etwas „schmackhaft" aufbereitet worden.

Die Bemühungen der Neo-Faschisten sind aber auch als ein Teil der Bemühungen der Kapitalisten zu sehen, eine neue Ideologie, ein „offensives Gegenprogramm" (Kapitalist Friedrichs) gegen den Marxismus-Leninismus zu schaffen. Dieses „offensive Gegenprogramm" wollen die Kapitalisten der wachsenden Unzufriedenheit der Menschen mit den kapitalistischen Eigentums- und Wirtschaftsverhältnissen entgegensetzen.

Die unter dem Vorzeichen eines „Volkssozialismus" angetretenen Faschisten sind gegenwärtig noch eine Randerscheinung, aber ihr Einfluß wächst. Außerdem bieten sie Ansätze, bei verschärften Klassenauseinandersetzungen zu einer politisch-ideologischen Reserve zu werden.

BRD-Faschisten arbeiten mit militanten italienischen Faschisten zusammen

Unter großer Geheimhaltung fand im September letzten Jahres bei München der „1. Nationaleuropäische Congress" statt. Die Vorbereitungen dieses Kongresses nahm „Mut" in Zusammenarbeit mit der gleichgesinnten Zeitschrift „Nation Europa" wahr. (Der Chefredakteur von „Nation Europa", Peter Dehoust, ist Herausgeber der Schrift „Werwolf – Winke für Jagdeinheiten", einer Anleitung zum organisierten Bandenkampf.) Teilnehmer dieses Kongresses waren „namhafte" faschistische Organisationen aus ganz Europa, etwa die MSI aus Italien, die Ultrafalangisten des Circulo Español Cedade aus Spanien.

Man konstituierte eine „Intereuropäische Nationale", die die Zusammenarbeit der europäischen Faschisten noch verbessern soll. Eine „Declaration" wurde angenommen, die besagt, daß „der Kommunismus und der Kapitalismus" die Hauptfeinde sind. Weiter heißt es dort: „Die Menschen sind nicht gleich. Jeder Zwang zu unnatürlicher Gleichheit ist unmenschlich und freiheitsfeindlich . . . Schöpfer und Träger der technischen Zivilisation sind die Europiden. Auch deshalb muß die Stellung der Europiden in der Welt gesichert werden...Unsere Aufgabe ist es daher die Schaffung einer europäischen Machtposition." Damit sprechen die Faschisten den europäischen Imperialisten aus vollem Herzen: eine europäische Machtposition möchten sie auch haben.

Daß sich auf diesem Kongress nicht nur ein paar verrückte Spinner getroffen haben, die ihre politische Impotenz hinter Wortgebirgen verstecken, zeigen die militanten Aktionen der Faschisten in Italien. Am 12. Dezember 1969 wurde auf die Mailänder Nationalbank ein Bombenattentat verübt, bei dem 16 Menschen ums Leben kamen. Verantwortlich dafür sind eine Reihe faschistischer Organisationen, für die die MSI nur das legale Aushängeschild ist.

Offen bekundet „Mut" seine Sympathie für die italienischen Faschisten. In der Januar-Ausgabe dieses Jahres fordert „Mut" dazu auf, sich an dem antikommunistischen Kampfprogramm der MSI zu beteiligen. Dort heißt es unter anderem: „Überall, wo die rote Fahne geschlagen, verbrannt, zerstört wird, überall dort muß die Rechte anwesend sein; wir müssen sie schaffen, erfinden, wenn es sie nicht gibt, aber wir müssen den antikommunistischen Kampf mit den traditionalistischen Werten durchsetzen."

In der März-Nummer dieses Jahres gibt „Mut" Hinweise und Ratschläge, wie man konspirative faschistische Jugendgruppen aufbaut: „Gestaltet die Jugendarbeit so unpolitisch wie möglich oder so volksbezogen wie möglich. Wählt einen völlig unauffälligen Namen für eure Gruppe . . . Wer Wert darauf legt, als förderungswürdig anerkannt zu werden, sollte einen Namen wählen, aus dem der eigentliche Sinn der Gruppe nicht knüppeldick hervorschreit . . . Die Gelder, die unseren Verbänden zufließen, die fehlen den Jugendorganisationen der Gegenseite . . . Jugendarbeit macht nicht nur Freude, sondern ist auch lebenswichtige Basisarbeit im Sinne einer Erneuerung unseres Volkes! Deutschland, wir kommen! Ran an die Jugend!"

Hamburger Gericht bescheinigt Faschisten die Verfassungstreue

Daß diese Arbeit der Faschisten „im Sinne des Volkes" ist, wurde „Mut" vor kurzem vom Hamburger Oberlandesgericht bestätigt.

Wegen seiner NPD-Zugehörigkeit wurde gegen den Hamburger Richter Stäglich ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Weil „Mut"-Leser Stäglich einen Leserbrief an „Mut" geschrieben hatte, in dem er seine Begeisterung über das Magazin ausdrückte, wurde auch „Mut" vom Gericht untersucht. Das Oberlandesgericht kam zu dem Ergebnis: „Die von der Einleitungsbehörde überreichten drei Exemplare des „Mut" weisen zwar nach Inhalt und Diktion den rechtsradikalen Charakter dieser Zeitschrift aus. Der Sache nach enthalten jedoch die Hefte nichts, was einen Richter trotz seines Grundrechts auf freie Meinungsäußerung zur Vermeidung dienstrechtlicher Konsequenzen davon abhalten müßte, sich allgemein positiv zu der Arbeit der Zeitung zu äußern . . ."

Zu deutsch: Was „Mut" macht ist zwar rechtsradikal, aber nicht schlecht, ein Richter darf sich zu faschistischen Programmen bekennen. Zu sagen, daß das Verfahren gegen Stäglich eingestellt wurde, erübrigt sich fast.

Gefährlich und kurzsichtig wäre es, diese Sache als „krassen Ausnahmefall" abzutun (etwa: Der alte faschistische Daddy kann's doch nicht lassen...).

Das Beispiel Italien zeigt, daß die Faschisten über systematische und organisierte Verbindungen zum Staatsapparat verfügen bzw. in der Klassenjustiz, Polizei, Verwaltung etc. ihre Männer sitzen haben. Daran kann zumindest nach dem kürzlich aufgedeckten „Telefonskandal" kein Zweifel bestehen. Es handelt sich dabei um Telefonspionage, die von einem römischen Privatdetektiv, Mitglied der MSI, organisiert wurde. Obwohl die Behörden sich über den Fall beharrlich ausschweigen und das ganze Ausmaß der Sache noch nicht bekannt ist, steht dennoch jetzt schon fest, daß die Faschisten eine außerordentlich große Zahl von Personen auf diese Weise überwachten. Ebenso ist erwiesen, daß eine ganze Reihe von Hintermännern des Privatdetektivs (d. h. natürlich: der MSI) im Staatsapparat (Polizei, staatliche Telefongesellschaft, Politiker) aktiv an der Spionage beteiligt waren. Es ist ohnehin klar, daß eine Aktion von solchem Ausmaß nur auf diese Weise funktionieren kann. Das ist jedoch noch nicht einmal alles: Das italienische Innenministerium selbst gehörte zu den „Kunden" der Spionage-„Firma"!

Diese ausgezeichneten Verbindungen der Faschisten zu den reaktionären Kräften, zum Staatsapparat und direkt zur Kapitalistenklasse weisen darauf hin, daß es sich hierbei nicht um „Ewig-Gestrige" handelt, sondern um eine politische Waffe, die sich die Bourgeoisie bewußt für „morgen" aufbaut. Für die Arbeiterklasse und die demokratischen Menschen stellt sich daher die Aufgabe der ständigen Wachsamkeit und des unerbittlichen Kampfes gegen die Faschisten, auch wenn diese heute keinen nennenswerten Masseneinfluß besitzen. ■

Spanien: Widerstand wächst

Wie in den anderen faschistischen Staaten nehmen auch in Spanien die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse an Heftigkeit und Umfang in den letzten Jahren zu. Dabei sind die Kampf-Bedingungen für die spanische Arbeiterklasse besonders schwer: Ein seit gut dreißig Jahren herrschendes faschistisches Regime hat durch systematische Verfolgung und Liquidierung aller demokratischen und kommunistischen Kräfte versucht, die Arbeiterklasse niederzuhalten. Alle demokratischen Rechte sind abgeschafft.

- So gibt es in Spanien keine freien Gewerkschaften (die meisten Arbeiter sind aber dennoch in den Comisiones Obreras, der illegalen Massenorganisationen der spanischen Arbeiterklasse, organisiert.)
- Streiks sind zwar "erlaubt", da sie aber generell als politische Handlungen bewertet werden, fallen sie unter ein Verbot
- nach einem Ausnahmegesetz, das jederzeit bei „Unruhe" ausgerufen wird, kann jeder Verdächtige auf unbestimmte Zeit festgehalten werden
- in den Gefängnissen werden die Gefangenen bestialisch gefoltert.

Um ein Anwachsen der Arbeiterbewegung zu verhindern und die Arbeiter einzuschüchtern, fällt die spanische Justiz immer häufiger Urteile, die selbst von der bürgerlichen Presse als Terrorurteile angesehen werden. Anfang dieses Jahres standen 10 führende Mitglieder der Arbeiterkommissionen wegen „gewerkschaftlicher Delikte" vor Gericht, sie sollen zu insgesamt 162 Jahren Gefängnis verurteilt werden.

Dieser offene Terror wurde besonders deutlich an den von einem spanischen Militärgericht gefällten 6 Todesurteilen im Prozeß gegen 16 Basken, die der baskischen Organisation ETA angehören. Obwohl die Justiz keine Beweise hatte, wurde den Angeklagten der Mord an dem Polizeichef von Irun zur Last gelegt; außerdem lautete die Anklage allgemein auf „subversive Propagandaktionen" und Teilnahme an illegalen Demonstrationen. Zehn der angeklagten Basken wurden zu insgesamt 724 Jahren Gefängnis verurteilt. Dieser Prozeß und die gefällten Todesurteile lösten in Spanien Massendemonstrationen und Streiks aus, auch in anderen Ländern wurden Protestkundgebungen veranstaltet (in Italien boykottierten die Hafenarbeiter für eine Woche spanische Schiffe), so daß das Regime sich gezwungen sah, wenigstens die Todesurteile in lebenslange Haftstrafen umzuwandeln.



Trotz brutalster Unterdrückung finden immer wieder Demonstrationen der Bevölkerung statt

Eine „unauffälligere" Art des Terrors sind die „politisch arbeitslosen", von denen es nach Schätzungen eines Vertreters der Arbeiterkommission, Marcelino Camachi, einige Tausend gibt. Camachi war z.B. wegen Teilnahme an Demonstrationen und wegen Zugehörigkeit zur Arbeiterkommission zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden und wurde nach seiner Entlassung einfach bei keiner Firma mehr eingestellt. Alle großen Firmen, wie Standard Electric, Telefunken, Pegasa etc. arbeiten mit schwarzen Listen. Für die Kollegen, die eine Fachausbildung haben, bedeutet das, daß sie in ihrem gelernten Beruf keine Arbeit mehr finden und – wenn sie Glück haben – Handlangerarbeit zu einem Hungerlohn machen dürfen. Der Lohn liegt dann in der Regel noch unter dem Mindestlohn (1969 betrug der Mindestlohn 5,30 DM pro Tag).

Verstärkt setzen die Kapitalisten in letzter Zeit auch Aussperrungen als eine ihrer schärfsten Waffen gegen die Arbeiterklasse ein. Im Febrauar dieses Jahres schickten sie zum Beispiel rund 3 000 Werftarbeiter der nordspanischen Hafenstadt Bilbao, die nach Streiks kurzfristig ausgesperrt worden waren und die Arbeit wieder aufnehmen wollten, für weitere zwei Monate nach Hause.

Trotz aller faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen wächst die Kampfberetischaft der spanischen Arbeiterklasse. Nach offiziellen Angaben haben 1971 ca. 550 "Arbeitskonflikte" stattgefunden, 1972 waren es 616 (wobei die wirkliche Zahl wohl weit höher liegt). In diesen Streiks und Demonstrationen beschränken sich die spanischen Arbeiter nicht auf ökonomische Forderungen, sondern verbinden meistens Demonstrationen gegen das Regime oder gegen Terrorurteile mit Forderungen nach Verbesserung ihrer Lage.

Angesichts dieser wachsenden Politisierung wird der Einsatz der Stützen des Regimes, der paramilitärischen Guardia Civil und der Policia Armada, immer brutaler. Bei Streiks und Demonstrationen kommt es immer wieder zu blutigen Zusammenstößen. Während des Streiks der Bauarbeiter 1971, an dem zeitweilig bis zu 120 000 Bauarbeiter teilnahmen, wurde ein Arbeiter, Mitglied der Arbeiterkommission, von der Guardia Civil ermordet. Beim SEAT-Streik im gleichen Jahr schoß berittene Guardia Civil auf die streikenden Arbeiter, viele wurden festgenommen. Das führte zu erneuten Streiks – die Festgenommenen wurden bis auf wenige wieder freigelassen und bei SEAT wieder eingestellt.

Anfang 1972 wurde eine Demonstration spanischer Hafenarbeiter in El Ferrol del Caudillo blutig unterdrückt, zwei Arbeiter wurden ermordet, über 30 z.T. schwer verletzt. Auch hier wurde der Terror nicht schweigend hingenommen, überall brachen Streiks aus, in Frankfurt demonstrierten 1 500 spanische und deutsche Kollegen (vgl. AK 17).

Aber auch die Taktik der Arbeiter, illegale Massendemonstrationen zu organisieren, wird immer gezielter. Zum letzten 1. Mai z.B. wurden an verschiedenen Orten Demonstrationszüge organisiert. Obwohl die schwerbewaffnete Polizei alle wichtigen Plätze in Madrid abgeriegelt hatte, versammelten sich zeitweilig bis zu 20 000 Menschen – zu einer der größten Massenkundgebungen seit 30 Jahren. ■

Türkei: Faschismus in der Türkei

Im März 1971 übernahm in der Türkei das Militär die Macht und übt seitdem eine faschistische Diktatur aus. Mit Hilfe des Faschismus soll nicht nur die brutalste Unterdrükkung und Ausbeutung des Volkes zugunsten der türkischen Bourgeoisie betrieben, sondern es sollen zugleich die Positionen des Imperialismus in der Türkei gefestigt und gesichert werden.

Die Türkei ist für die Imperialisten als militärischer Stützpunkt gegen die Sowjetunion und als Stützpunkt für die Herrschaft über den Nahen Osten – ebenso wie Griechenland, Israel, Iran – von besonderer Bedeutung. Es geht den Imperialisten neben der ökonomischen Ausbeutung des türkischen Volkes vor allem um die militärische und politische Kontrolle sowohl der Ölquellen als auch der Befreiungsbewegungen in den arabischen Ländern. Die Türkei befindet sich inzwischen in völliger Abhängigkeit vom amerikanischen und westeuropäischen (u.a. BRD-) Imperialismus und ist über die NATO fest in das „westliche Bündnissystem" integriert. (Die Türkei gehört zu den am meisten verschuldeten Ländern der Welt; 1969: 2140 Mio. Dollar Auslandsschulden davon allein 312,3 Mio. Dollar an die BRD.)

Die soziale und wirtschaftliche Lage des türkischen Volkes verschlechtert sich. Das durchschnittliche Jahreseinkommen pro Kopf der Bevölkerung ist mit etwa 1000 DM das geringste in ganz Europa. Große Teile der Landbevölkerung leben als Leibeigene der Großgrundbesitzer, denen noch heute ganze Dörfer gehören. 61% der Bevölkerung sind Analphabeten. Arbeitslosigkeit und Verelendung nehmen zu.

Vor diesem Hintergrund finden in der Türkei ständig Klassenauseinandersetzungen statt. Nach dem Scheitern verschiedener scheindemokratischer Regierungen verschärften sich die Kämpfe gegen Ende der 60iger Jahre unter der reaktionären Demirel-Regierung. (Demirels Gerechtigkeitspartei vertritt im wesentlichen die Interessen der Großgrundbesitzer) Arbeiter, Bauern, Studenten und Intellektuelle führten massenhafte gemeinsame Aktionen durch, die nicht auf ökonomische Forderungen beschränkt waren, sondern zunehmend antiimperialistischen Charakter trugen und sich gegen die Kapitalisten im eigenen Land richteten. Gemeinsame Landbesetzungen von Arbeitern und Bauern, massenhafte Fabrikbesetzungen, riesige Demonstrationen – an denen teilweise über 150 000 Menschen teilnahmen – gegen den Imperialismus und „Für eine Türkei ohne Bosse" wurden durchgeführt. Mit diesen machtvollen politischen Kämpfen wurde die Demirel-Regierung trotz ihres massiven und scharfen Eingreifens nicht fertig. Die Imperialisten und die türkischen Kapitalisten mußten das Militär einsetzen, um die antiimperialistische Bewegung zu zerschlagen. Das türkische Militär ist durch besondere Privilegien und durch die direkte finanzielle Beteiligung an türkischen und ausländischen Konzernen unmittelbar an die imperialistischen Interessen gebunden. Gleichzeitig können die Imperialisten über die NATO direkten Einfluß auf das Militär ausüben.

Anfang 1971 bereitete der türkische Geheimdienst in Zusammenarbeit mit dem CIA und den türkischen NATO-Generälen den Putschplan vor, der am 12.3.71 „reibungslos" ablief und die Errichtung der faschistischen Militärdiktatur in der Türkei ermöglichte: Die Regierung trat auf die Aufforderung der Generäle hin zurück, es wurde eine Marionettenregierung (unter Erim) gebildet, das Parlament wurde zum Schein beibehalten. In ihrem „Programm" kündigten die Militärs den „Kampf gegen Chaos und Anarchismus" und zugleich die konsequente Durchführung der längst überfälligen – und von Demirel immer wieder hinausgezögerten – Reformen an.(Landverteilung, Steuer- und Bildungsreform).

Mit dieser demagogischen Versprechung und der scheinbaren Aufrechterhaltung der „demokratischen" Regierungsform (Parlament) gelang es den Generälen, Verwirrung in der fortschrittlichen Bewegung zu stiften und Illusionen über den Charakter ihrer Regierung zu verbreiten. – So unternahmen fortschrittliche Organisationen wie die Gewerkschaft DISK nichts gegen den Putsch, sondern forderten öffentlich zum Abwarten und zur Ruhe auf, wie es die deutschen Sozialdemokraten (SPD und ADGB) nach der Machtergreifung der Hitler-Faschisten 1933 taten.

Die Errichtung der faschistischen Militärdiktatur wurde zudem begünstigt von faschistischen Kommandoeinheiten, deren Bildung bereits unter Demirel systematisch und gezielt eingeleitet worden war: Konsequent hatte Demirel weite Teile der rückständigen Landbevölkerung über ihre Bindung an die Religion (Islam) nationalistisch und antikommunistisch aufgehetzt. Durch öffentliche Aufrufe zum Kampf gegen „die Ungläubigen" und durch die Gründung zahlreicher militant-religiöser Organisationen waren festorganisierte Kommandotrupps mit faschistischer Ideologie geschaffen, die jederzeit zum Einsatz gegen die linke Bewegung bereit standen und auch schon in Einsätzen erprobt waren. – So z.B. am 16.2.69, wo faschistische Organisationen haufenweise in Bussen nach Istanbul gekarrt, in verschiedenen Moscheen antikommunistisch aufgehetzt und schließlich auf eine Demonstration losgelassen wurden, auf der 100 000 Menschen gegen den Imperialismus demonstrierten, zwei Demonstranten wurden ermordet, die Polizei schaute zu.



Verhaftung eines Regime-Gegners

Von den durch die Militärs angekündigten Reformen ist bis heute nicht eine einzige – auch nur ansatzweise – verwirklicht worden. Der Kampf gegen den „Anarchismus", d.h. die fortschrittliche Bewegung wurde dafür um so konsequenter und brutaler geführt: Nach der Machtergreifung des Militärs wurden zunächst die demokratischen Grundrechte aufgehoben oder entscheidend eingeschränkt.

In 11 Provinzen der Türkei wurde der Kriegszustand verhängt. Für die Denunziation von revolutionären oder fortschrittlichen Kräften wurden Kopfgelder zwischen 2 000 und 3 000 DM ausgesetzt („gespendet" vom türkischen Staat und einzelnen Kapitalisten). Eine ungeheure Hetzjagd auf auf alle demokratischen Kräfte begann. Die gesamte politische Justiz wurde Militärgerichten unterstellt; auf Beteiligung an Demonstrationen steht bis zu 10 Jahren Gefängnis. Todesurteile werden auf Grund der Zugehörigkeit zu fortschrittlichen Organisationen – nicht wegen begangener Taten – ausgesprochen. Unglaubliche Folterungen finden in den Gefängnissen statt. Öffentliche Anklagen gegen diese Folterungen werden entweder geleugnet oder mit der Begründung zurückgewiesen, daß erst untersucht werden müßte, ob die Folterungen der Wahrheitsfindung gedient haben oder falsche Geständnisse erpressen sollten. Ersteres ist nach den Begriffen der türkischen Faschisten rechtmäßig. Auch die „harmlosesten" demokratischen Kräfte werden verfolgt. Journalisten, die vor Jahren einmal Kritik an einer damaligen Regierung geäußert haben, werden verhaftet; die Verteidiger von politischen Angeklagten werden bereits vor Beginn des Prozesses verhaftet, um ihre Prozeßvorbereitung zu verhindern, später müssen sie dann selber mit einer Anklage rechnen.

Bis heute sind etwa 10 000 Arbeiter, Studenten und Intellektuelle verhaftet und verurteilt worden. Über 40 000 Organisationen und Vereinigungen wurden verboten. Zahlreiche Todesurteile wurden vollstreckt.

Durch gezielte Provokationen der Regierung oder des Geheimdienstes wird die Hetzjagd gegen die fortschrittliche Bewegung immer wieder aufs Neue angekurbelt. So wurde z.B. der israelische Generalkonsul Elrom, der von Guerillas wegen seiner Spitzeltätigkeit für den türkischen Geheimdienst entführt worden war, nicht von den Guerillas, sondern von einem türkischen Offizier ermordet. Die Folge waren erneute brutale Razzien, Massenverhaftungen und politische Prozesse.

Auf „suspekte Elemente" darf sofort geschossen werden, wenn diese sich nicht den Sicherheitskräften ergeben.

Dieser grausame Terror wird auch zur Zeit noch fortgesetzt. Gleichzeitig bringt die Militärjunta grundlegende Gesetzesänderungen und -vorlagen durch das Parlament, durch die der Terror gegen die linke Bewegung legalisiert und langfristig abgesichert wird.

Auf diesem Wege ist die Zerschlagung der fortschrittlichen Bewegung in der Türkei inzwischen soweit fortgeschritten, daß für den Herbst dieses Jahres „freie Wahlen" angesetzt werden konnten. Die Militärjunta hat den Apparat geschaffen, der die weitere radikale Unterdrückung der linken Bewegung garantieren kann. Die reaktionäre Gerechtigkeitspartei (Demirel) gebärdet sich jetzt schon als Gegner des Militärs, um den antimilitaristischen Stimmungen in der Bevölkerung mit Blick auf die Wahlen Rechnung zu tragen. Sie ist bereit, die Militärjunta, deren offenkundiger Terror in der Weltöffentlichkeit doch ansatzweise Kritik hervorgerufen hat, abzulösen, aber zugleich dieselbe Politik fortzusetzen. In diesem Zusammenhang sind auch die derzeitigen Präsidentenwahlen zu sehen: eine scheindemokratische Auseinandersetzung, die im wesentlichen von den Generälen – und damit den Interessen des Imperialismus – bestimmt und entschieden wird. Wir dürfen uns von den leeren Worten über die geplante „Rückkehr zur Demokratie" nicht täuschen lassen. Das Ziel der Imperialisten – vor allem der amerikanischen und westdeutschen – ist nach wie vor eine – auf welche Weise auch immer – „befriedete" Türkei, die die aggressive imperialistische Politik im Mittelmeerraum unterstützt und sichert. Das türkische Volk braucht unsere Solidarität. ■

Terrorurteile in Griechenland



Seit dem Obristen-Putsch am 21.4.1967 wird das griechische Volk von einer faschistischen Militärclique unterdrückt (vergl. im AK 19 zur Durchführung des Putsches sowie dessen Einordnung in die imperialistische Strategie).

Sämtliche demokratischen Rechte sind außer Kraft gesetzt, willkürliche Verhaftungen, Folterungen und Terror sind an der Tagesordnung, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Brief- und Postgeheimnis ist aufgehoben, jede öffentliche Versammlung ist verboten, die Bildung von fortschrittlichen Parteien und Verbänden ist untersagt.

Aus der jüngsten Zeit zwei Beispiele, die deutlich machen mit welcher Systematik und Brutalität die Faschisten in Griechenland ihre Macht zu erhalten versuchen und jegliche Opposition radikal beseitigen.

- Im Januar dieses Jahres führte die griechische Militärjunta gegen 32 Mitglieder (verhaftet im Oktober 1971) der „Kommunistischen Partei des Inlandes" einen Prozeß wegen „umstürzlerischer Tätigkeit". Die Mitglieder der KP kämpften für „die Wiedereinführung der parlamentarischen Demokratie auf der Grundlage eines Mehrparteiensystems". Das Urteil der griechischen Faschisten: acht Angeklagte wurden der „staatsfeindlichen Umtriebe für schuldig befunden". Sie erhielten Gefängnisstrafen zwischen einem und acht Jahren. Die beiden Führer, der Generalsekretär der Partei Drakopulus und das Mitglied des ZK Partsalides je 12 Jahre.
- Im November 1972 verhindert die griechische Militärjunta die Durchführung von freien Wahlen zu den Studentenverbänden an der Athener Universität – die Gefahr, daß nicht-regimetreue Studenten die Wahlen gewinnen, ist den Faschisten zu groß.

Diese Maßnahme wird von den Athener Studenten zum Anlaß genommen, zu versuchen, eine breite antifaschistische Front gegen die Unterdrükkung in Griechenland, gegen ständige Bespitzelung und Überwachung und für die Wiederherstellung der demokratischen Grundrechte zu bilden. Die Faschisten reagierten prompt: Die Studenten, die die Universität besetzten, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen und in die Öffentlichkeit zu tragen, wurden brutal von der Polizei zusammengeknüppelt. Zusätzlich wurde das Gesetzdekret Nr. 1347 erlassen, was besagt: Einberufung sämtlicher oppositioneller Studenten zum Militärdienst.

Bis Anfang Februar dieses Jahres wurden bereits 100 Studenten einberufen. Die Athener Studenten kämpften dennoch weiter mit Demonstrationen, Besetzungen, Aufrufen an die griechische Bevölkerung. Doch zur Zeit hat die faschistische Militärclique noch genügend Machtmittel zur Verfügung, um diese spontanen, demokratischen Protestbewegungen sofort, mit brutaler Härte und Systematik zu bekämpfen.

- So wurden bisher 8 Studenten zu Gefängnisstrafen zwischen 8 und 11 Monaten verurteilt
- inzwischen sind auch die vier Verteidiger dieser Studenten verhaftet worden
- gegen alle Redakteure von Zeitungen, die „allzuviel" über die Studentendemonstrationen berichteten, wurden Ermittlungsverfahren wegen „Verbreitung irreführender Nachrichten" eingeleitet
- an der Athener Universität wurde der gesamte Lehrbetrieb eingestellt, um „illegale Zusammenkünfte" der Studenten zu verhindern.

Dazu äußerte sich der Junta-Führer Papadopoulos unmißverständlich: „Ich und meine Mitarbeiter haben keinen Spielraum für irgendwelche Experimente. Wir werden alle niederschmettern, die die öffentliche Ordnung ... zu stören versuchen ... Zerschmettert den Studentenbewegung den Kopf!" (aus: 'die tat', Nr. 11 / 17.3.73 / S. 5)

Die faschistische Militärdiktatur in Griechenland darf nicht isoliert betrachtet werden; sie steht vielmehr in einem engen Zusammenhang mit der Entwicklung des internationalen Imperialismus, der aufgrund der zunehmenden Konkurrenzsituation reaktionärere Regierungsformen vorbereitet, in der die Arbeiterklasse bedingungslos ausgebeutet und unterdrückt werden kann.

An vorderster Front stehen hier die BRD-Imperialisten, deren Ziel es ist, in der EWG langfristig die Vorherrschaft zu erzwingen. Ihr Verhältnis zum griechischen Faschismus ist besonders gut. Mit Hilfe der SPD-FDP-Regierung, unter dem Deckmantel einer halbherzigen Kritik an den Zuständen in Griechenland, mit dem Mittel der Nachrichtensperre bzw. des Herunterspielens der Ereignisse entfalten die BRD-Imperialisten ihre wirtschaftlichen, militärischen und politischen (Scheel-Reise nach Athen) Beziehungen zu Griechenland.

Die BRD ist der erste und beste Handelspartner der Militärjunta – denn die Bedingungen der offenen faschistischen Diktatur sind für die Imperialisten die günstigsten überhaupt: Die griechischen Faschisten haben alle Arbeiterorganisationen zerschlagen. Streiks sind verboten. Die Durchschnittslöhne in Griechenland sind nicht einmal halb so hoch wie im übrigen Europa, und weit niedriger als die Löhne in der BRD.

In einer Reihe mit den Maßnahmen der faschistischen Militärclique steht die Behandlung der griechischen Arbeiter und Studenten in der BRD. Hier unterstützt die SPD-FDP-Regierung bedingungslos die Arbeit faschistischer griechischer Gruppen sowie die Junta-Agenten beim Aufbau eines ausgeklügelten Bespitzelungs- und Unterdrükkungssystems der hier tätigen Griechen – politische Auslieferungen stehen ebenfalls auf der Tagesordnung.

Der griechische antifaschistische Kampf muß von uns mit großer Solidarität unterstützt werden, denn die Bedingungen dieses Kampfes sind besonders schwer. Zugleich aber zeigt die internationale Situation des Imperialismus, zeigen die vorbereitenden Maßnahmen der BRD-Imperialisten, daß sich auch unser Kampf entscheidend gegen die faschistische Formierung der Kapitalistenklasse richten muß. ■

Hamburg am 1. Mai '73:

KB demonstriert wieder

Nachdem 1971 der DGB in Hamburg seine 1. Mai-„Feiern" ausschließlich im Saal stattfinden ließ, gab es am 1. Mai 1972 wieder eine halb-„gewerkschaftliche" Demonstration. Mit der Durchführung dieser Demonstration war das „Aktionszentrum" (AZ) beauftragt worden, eine gewerkschaftliche Jugendgruppe ohne eigentliche Basis und ohne klare Funktion, das nur sporadisch auftaucht, um sozusagen Aktionen „am Rande" des DGB zu ermöglichen: Die DGB-Führung hat mit der Aktion nach außen hin nichts zu tun (mobilisiert natürlich auch nicht), und andererseits kann gegenüber linken Kritikern immer darauf verwiesen werden, „daß die Gewerkschaft zum 1. Mai ja was tut".

Der Zweck ist also klar, und wird von den Verantwortlichen auch gar nicht verheimlicht: „für die Dauerdemonstrierer" (Saalfeld, DGB-Führung) und „damit nicht alle zum KB laufen" (SDAJ-Führer).

In diesem Jahr sind die Pläne der DGB-Führung noch nicht völlig klar. Sicher ist, daß eine Veranstaltung für „geladene Gäste" stattfinden wird. Außerdem wird wahrscheinlich wieder eine Demonstration des AZ stattfinden; im Gespräch ist auch ein direktes Auftreten des Kreisjugendausschusses (KJA) des DGB. Aus der Sicht der DGB-Führer ist es lediglich eine t a k t i s c h e Frage, möglichst genau herauszufinden, wieweit das „Druckventil" zu öffnen ist.

Unsere prinzipielle Haltung haben wir schon früher festgelegt, nämlich Beteiligung an gewerkschaftlichen 1. Mai-Demonstrationen, soweit solche stattfinden; andererseits selbständige Demonstrationen.

Für die Pläne des DGB in Hamburg in diesem Jahr ist festzuhalten, daß es sich aller Voraussicht nach nicht um eine gewerkschaftliche Demonstration handeln wird, sondern im Gegenteil gerade um ein Manöver, mit dem eine wirkliche breite gewerkschaftliche Demonstration v e r h i n d e r t werden soll.

In Hamburg führt der DGB seit vielen Jahren keine Demonstration mehr durch; 1968 wurde vom Vorstand sogar der Versuch gemacht, die öffentliche Kundgebung völlig durch ein „Volksfest" zu ersetzen. 1969 und 1970 gab es dann wieder Kundgebungen des DGB, jedoch keine Demonstration; seit 1969 gibt es regelmäßig sozialistische Mai-Demonstrationen, deren wesentlicher Träger zunächst das SALZ und später der KB war. Wenn es nunmehr wieder halb-„gewerkschaftliche" Demonstrationen zum Luftablassen wenigstens für die Jugendlichen gibt, dann wesentlich wegen dieses Drucks von außen.

An sich ist es selbstverständlich nichts Schlechtes, wenn die DGB-Führung dazu gezwungen werden kann, wenigstens im Jugendbereich eine Demonstration durch die Hintertür zu gestatten. Andererseits würden wir es für einen Fehler halten, uns an diese Demonstration einfach anzuhängen, weil das der Forderung nach einer wirklichen g e w e r k s c h a f t l i c h e n Demonstration mit breiter Mobilisierung nicht dienen würde. ■



1. Mai 1971 in Hamburg

97 DM für einen Tag im Krankenhaus

Zum 1. Jan. 73 wurden die Pflegesätze der 3. Klasse in den staatlichen Hamburger Krankenhäusern von 80 auf 97 DM angehoben. Das entspricht einer Verteuerung von fast 22 %. Zuletzt wurden die Pflegesätze am 15. Mai 72 um 10 % heraufgesetzt.

Die Tagessätze nahmen von 1953 (11,65 DM) auf das Dreifache (33,50 DM) im Jahre 1966 zu und haben sich seither noch einmal verdreifacht. Für 1977 werden sie auf 150 bis 200 DM geschätzt.

Der neuerliche sprunghafte Anstieg (32 % in noch nicht einem Jahr!) ist in der Hauptsache auf das im Juli 1972 in Kraft gesetzte Krankenhausfinanzierungsgesetz zurückzuführen. Dieses bestimmt, daß Bau und Ausrüstung neuer Krankenhäuser neuerdings vom Bund mitfinanziert werden, die laufenden Benutzungskosten jedoch ab 1978 voll von den Krankenkassen (=Mitgliedern) über die Pflegesätze bezahlt werden müssen.

Das Gesetz bringt den Krankenhausträgern (Gemeinden, Kirchen etc.) finanzielle Entlastung, den Kassen aber um ca. 1 Mrd. DM höhere Ausgaben jährlich. (Mehrausgaben der AOK Hamburg für 1973: 33,5 Mill. DM)

Der Dumme bei dieser „Reform" ist natürlich wieder mal der „kleine Mann", der hier vom Staat, dort von der Kasse zur Kasse gebeten wird: Hier sind Steuererhöhungen und nichtrückzahlbarer Konjunkturzuschlag, dort Beitragserhöhungen für die Krankenkassen im Gespräch.

So fragte das „Hamburger Abendblatt" am 21. 12. in der Schlagzeile: „AOK-Beiträge wieder höher?" Am 5. 12. hatte das Blatt noch beruhigend versichert, in der am 1. 8. 72 erfolgten Beitragserhöhung von 8,4 auf 9,5 % seien die für 73 zu erwartenden Mehrkosten schon einkalkuliert.

1955 betrugen die Krankenkassenbeiträge noch 6 % des Bruttoeinkommens, 1971 bereits 9 %, dieses Jahr werden die 10 % sicher überschritten.

Aber nicht nur die Krankenhauskosten treiben die Beiträge in die Höhe, die Kosten für die ambulante ärztliche Behandlung und für Arzneimittel explodieren ebenfalls.

Wir bezahlen schon mehr als einen Monatslohn im Jahr für - ja wofür? Für unsere Gesundheit ??

In den letzten 20 Jahren ist die Lebenserwartung für Männer nach dem 30. Lebensjahr nicht gestiegen, für die 50 - 60jährigen nimmt sie sogar rapide ab. Die Zahl der Krankenhausaufnahmen stieg pro 1000 Einwohner von 133 (1960) auf 149 (1969). Bei einer Modellreihenuntersuchung an ca. 30 000 Sozialversicherten zwischen 15 und 60 Jahren wurde 1970 festgestellt, daß bei 63,9 % der Männer und bei 71,1 % der Frauen behandlungsbedürftige Gesundheitsschäden vorlagen. Usw. usw.

Fazit: den Arbeitern und Angestellten wird zunehmend mehr Geld aus der Tasche gezogen für ein Gesundheitswesen, von dem nicht sie, sondern die niedergelassenen Ärzte, die Apotheker und die Pharma-Industrie profitieren. ■

„Bund Freiheit der Wissenschaft" in Hamburg gegründet

Am 8.2.73 um 20 Uhr war die Hamburger Innenstadt um die Börse von einem massiven Polizeiaufgebot abgeriegelt. Zwei Wasserwerfer und an die 120 mit Helmen und Schlagstöcken ausgerüsteten Polizisten waren im Einsatz um die 23 Gründungsmitglieder des hiesigen „Bund Freiheit der Wissenschaft" (BFW) zu schützen.

Den BFW gibt es seit Ende 1970. Er umfaßt heute in ganz Westdeutschland ca. 4000 Mitglieder. Dies sind nicht nur reaktionäre Professoren, sondern auch direkte Vertreter des Monopolkapitals, seines Staates und seiner Meinungsmonopole. Bekannte Reaktionäre, wie Maier und Hahn, die Kultusminister von Bayern und Baden-Württemberg sowie der Moderator des wöchentlichen ZDF-Hetzmagazins, Gerhard Löwenthal, befanden sich unter den Gründungsmitgliedern des „Bundes".

Die Gründung des „Bundes" war eine Antwort auf die demokratische Studentenbewegung Ende der 60er Jahre. Im BFW versammelten sich die aktivsten Reaktionäre, um seitdem mit einer gezielten Provokationsstrategie ihr erklärtes Ziel, die Zerschlagung der demokratischen Studentenbewegung, zu verfolgen.

Am Anfang stand die Denunzierung fortschrittlicher Intellektueller, wie Brückner oder Böll, heute ist es angekommen bei der Polizeiuniversität, wie sie von Hahn in Heidelberg praktiziert wird, und der Forderung nach einer ausgebildeten Universitätspolizei, so der bayerische Kultusminister Maier.

Wo BFW-Mitglieder Universitätsrektoren sind, werden fortschrittliche Studenten wegen angeblicher „Störungen" von Veranstaltungen auf Jahre von der Universität ausgeschlossen oder sogar zu Gefängnisstrafen verurteilt, so geschehen in Bonn, München und Heidelberg.

Gerhard Löwenthal läßt kaum eine Sendung seines wöchentlichen ZDF-Magazins ungenutzt, um gegen die linken Studenten zu hetzen und der Bevölkerung das Schreckensgespenst vom „faulen, randalierenden Studenten, der die sauer verdienten Steuergelder verpulvert", zu vermitteln.

Im letzten Jahr wurde deutlich, daß die „Freiheitsbündler", neben ihren Provokationen und Denunzierungen fortschrittlichen Intellektuellen gegenüber zunehmend eine weitere wichtige Aufgabe für die Bourgeoisie übernehmen: Dem BFW ist es vielerorts gelungen aus der Isolation herauszukommen und er geht jetzt dazu über, zunehmend den Lehrkörper „wiederzuvereinigen" und massiv auf die Hochschulpolitik Einfluß zu nehmen. Seine Vorstellungen über eine Hochschul-„reform" sind die selben, wie sie uns durch die Rahmenprüfungsordnung in Hamburg oder die reaktionären Landeshochschulgesetze Bayerns oder Schleswig-Holsteins vorliegen. Mit diesen Gesetzen soll die Reglementierung, Disziplinierung und Spaltung der Studenten zementiert werden.

Für die fortschrittlichen Studenten kommt es heute darauf an, die massiven Angriffe der Reaktion auf die Hochschule abzuwehren. Sehr wichtig wird es dabei sein, die Machenschaften des BFW und seiner studentischen Handlanger ständig zu entlarven, damit bei der Masse der Studenten, – der sog. „schweigenden Mehrheit" – nicht die Demagogie dieser Rattenfänger verfängt. ■

Stellungnahme einer Palästina-Arbeitsgruppe

Wenn auch verspätet, haben wir folgende Kritik an dem Palästina-Artikel im AK 22, die auch auf AK 23 zutrifft.

1. „Die ‚spektakuläre' terroristische Aktion ist eine typische Handlungsweise von Angehörigen der radikalisierten fortschrittlichen Intelligenz, die zur geduldigen politischen Massenarbeit nicht die genügende Standfestigkeit mitbringen und die auf schnelle, aufsehenerregende ‚Erfolge' aus sind." (AK 22, S.2 und AK 23, S. 12)

Wenn wir überlegen, welche Stellung wir zu den Aktionen des palästinensischen Widerstandes nehmen sollen, müssen wir bedenken, daß unsere Einschätzung der Situation in Palästina und die der Widerstandsorganisationen durchaus verschieden ausfallen können. Das liegt nicht an unterschiedlicher Klassenherkunft, als z.B. an der Vorherrschaft kleinbürgerlicher Elemente. Das ist beim KB Nord nicht viel anders. Die Gründe liegen in einer völlig verschiedenen Situation und einem völlig verschiedenen Erfahrungsschatz.

Die „radikalisierte fortschrittliche Intelligenz" hat nach unseren Erfahrungen sehr wohl die Standfestigkeit zur „geduldigen politischen Massenarbeit", schließlich hat z.B. die PFLP in mehreren Flüchtlingslagern Krankenstationen und Schulen, die die Aufgabe haben – vermittelt durch praktische Bedürfnisse – das politische Bewußtsein zu stärken. Und das nicht erst seit kurzem, sondern mindestens seit 1968. Durch die vielen direkten Kommandoaktionen gegen Israel und die politisch-soziale Arbeit sind auch die Außenaktionen nicht von den Massen losgelöst. Sie bilden auch nur den kleinsten, wenn auch für uns auffälligsten Teil der gesamten Arbeit der Organisationen. Die Begeisterung der Palästinenser für solche Aktionen ist leicht zu erklären. Seit 1929 haben sie den ständig wachsenden zionistischen Terror erlebt. Viele von ihnen wurden in den vergangenen 30 Jahren viermal zur Flucht gezwungen.

Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion haben sich gegen die arabischen Völker zusammengeschlossen, sie sollen überall in ihrem Machtbereich angegriffen werden und ihre Zusammenarbeit, insbesondere im Hinblick auf eine friedliche Lösung, soll gestört werden. Die Außenaktionen (Karthoum) erhalten gerade angesichts der regen diplomatischen Reisetätigkeit Husseins, Golda Meirs und des ägyptischen Präsidentenberaters Ismail den richtigen Akzent. Der palästinensische Widerstand befürchtet nicht zu Unrecht, daß sich ein Komplott zwischen den USA, Zionismus, arabischer Reaktion und den Sowjet-Revisionisten gegen das palästinensische Volk anbahnt.

Wichtigstes Ziel der Außenaktionen ist die Hebung der Kampfmoral der palästinensischen Massen. So hat sich nach der Niederlage der arabischen Armeen 1967 das nationale Selbstbewußtsein der Palästinenser verstärkt und auch die Niederlage der Fedajin im September 1970 führte nicht zur Resignation.

2. Wenn nach AK 22 das Palästina-Problem aus zwei wesentlichen Punkten besteht, nämlich „1. (!) die Frage der Flüchtlinge, 2. die Eroberungspolitik Israels" (AK 22, S. 2), so ist dies eine Verwechslung von Ursache und Wirkung, die einer kommunistischen Zeitung wie dem AK nicht unterlaufen darf. Das Problem der Flüchtlinge ist eine Folge der expansionistischen Politik Israels und des Imperialismus und wird gerne von den arabischen Regimen als Druckmittel gegenüber der Weltöffentlichkeit benutzt. Ihr habt dies selbst auch schon im AK so dargestellt.

Im AK 22 wird der Anschein erweckt, grundsätzliche Abhilfe könne durch genügend vollwertige Lebensmittel für die Flüchtlinge geschaffen werden. Grundsätzliche Abhilfe des Flüchtlingsproblems wird es nur geben, wenn Israel als Basis des Imperialismus im Nahen Osten besiegt und ein demokratischer Staat errichtet wird, in dem Araber und Juden miteinander leben können. Die Palästinenser wollen in ihrem eigenen Land die Möglichkeit haben, einen demokratischen Staat aufzubauen und menschenwürdig zu leben.

3. Die Situation des palästinensischen Volkes ist nicht genügend von euch bestimmt worden. Unter den Völkern, die um ihre nationale Befreiung kämpfen, zeigt die Situation des palästinensischen Volkes viele Besonderheiten, die wir bisher nicht vollständig analysieren konnten. Diese sind vor allem darin begründet, daß sich die Mehrheit des Volkes nicht im eigenen Land befindet (Palästina als Staat existiert nicht). Der größte Teil des Volkes lebt in Flüchtlingslagern, die die Basis des Widerstandes bilden.

Große Teile der Intelligenz arbeiten in anderen arabischen Ländern als Lehrer, Ärzte oder Händler; in Kuwait leben 100 000 Palästinenser in allen gesellschaftlichen Schichten. Zwei Drittel der Bevölkerung Jordaniens sind Palästinenser, von denen der Teil, der nicht in den Lagern lebt, in Verwaltung, Landwirtschaft und Industrie beschäftigt ist. Nicht zu vergessen, die palästinensische Bourgeoisie und deren Handlanger, die mit dem Hussein-Regime zusammenarbeiten.

Der Widerstand ist auf enge Zusammenarbeit mit den revolutionären Kräften in den betreffenden Ländern angewiesen, wenn er dort sichere Stützpunkte bilden will. Der palästinensische Befreiungskampf hängt also eng zusammen mit dem Klassenkampf der arabischen Völker.

Die Palästinenser in den Lagern sind meist arbeitslos oder Gelegenheitsarbeiter. Es fehlt dort also die ökonomische Grundlage des spontanen Bewußtseins des Proletariers und auch dasjenige eines Landarbeiters. Die Kampfform des Streiks ist nicht möglich. Der spontane Widerstand richtet sich nicht gegen Kapitalismus oder Feudalismus, sondern gegen diejenigen, die sie vertrieben haben.

Wir wollen nicht den Eindruck erwecken, als hätten wir völlige Klarheit über die Politik des Widerstands.

– So wird in dem Kommunique der PFLP zur zweiten Lod-Aktion (Teilnahme der Japaner) – im Gegensatz zu anderen uns bekannten Veröffentlichungen – davon gesprochen, daß Israel empfindliche Schläge versetzt werden, daß der Feind überall angegriffen wird usw. Das wahre Kräfteverhältnis zwischen Imperialismus und palästinensischem Volk wird nicht dargestellt, so daß falsche Hoffnungen geweckt werden.

– Die israelische Arbeiterklasse wird so eingeschätzt, daß sie fest auf der Seite des Feindes steht und erst nach der Befreiung Palästinas eine positive Rolle spielen kann. Wenn das so wäre, wäre der Kampf des palästinensischen Volkes fast aussichtslos. Die israelische Arbeiterklasse stellt die Armee, gegen die der Widerstand kämpft. Wenn sie nicht wenigstens teilweise davon überzeugt ist, daß eine Niederschlagung des Zionismus auch in ihrem Interesse ist, wird ein Sieg des Widerstandes unmöglich. Die Haltung des Widerstandes zur israelischen Arbeiterklasse wird sich in Zukunft wohl dann ändern, wenn sich die Kämpfe dieser Klasse weiter entwickeln.

Wir stimmen mit dem AK überein, daß es eine glatte Überheblichkeit wäre, wenn wir über Strategie und Taktik der palästinensischen Revolution irgendwelche abschließenden Urteile abgeben wollten. Für uns kommt es darauf an, daß wir uns ein klares und realistisches Bild der Klassenkämpfe im Nahen Osten machen und der Arbeiterklasse in der BRD vermitteln. So ist es wichtig aufzuzeigen, daß der palästinensische Widerstand zwischen Zionisten und Juden sehr wohl unterscheidet und dies ein Hauptteil seiner Propaganda unter den Massen ist. ■

Palästina-Arbeitsgruppe, Hamburg

Was ist Zionismus?

Teil 1

Dieser Artikel soll ausführlicher als das bisher im ARBEITERKAMPF geschehen ist, den Begriff des Zionismus erläutern und über die Politik des israelischen Imperialismus informieren.

Der Artikel beginnt mit einer kurzen Orientierung über die Geschichte der Juden; dieser Abschnitt soll dazu dienen, die zionistische Ideologie verständlicher zu machen, die im zweiten Abschnitt behandelt wird. Der dritte Abschnitt beinhaltet die jüdische Einwanderung nach Palästina, die Bildung des Staates Israel und seine Expansion durch den Juni-Krieg 1967.

Der zweite Teil des Artikels wird voraussichtlich im AK 29, also der übernächsten Nummer, erscheinen und hauptsächlich folgende Punkte behandeln:

- **Israel als imperialistischer Brückenkopf**
- **Israels Politik in der Dritten Welt**
- **Die anti-zionistische Linke in Israel**

Zur Geschichte der Juden

Palästina bildet die einzige Landverbindung zwischen Nordafrika und Vorderasien und war daher schon in früher Zeit immer wieder Invasionen der Großmächte ausgesetzt, die das Land verwüsteten und ausplünderten, die Bevölkerung abschlachteten, knechteten oder deportierten.

Andererseits bildete Palästina aufgrund seiner zentralen Lage einen Knotenpunkt für Handel und Verkehr. Da außerdem Palästina vergleichsweise sehr fruchtbar ist, war es schon früh dicht besiedelt.

Dieses Land eroberten die jüdischen Stämme vor mehr als 3 000 Jahren, indem sie die frühere Bevölkerung zum großen Teil vertrieben, sich unterwarfen oder ausrotteten.

Um 1 000 vor unserer Zeitrechnung konnte sich vorübergehend ein jüdischer Staat bilden, dessen Einfluß bis an den Euphrat und ins Land östlich des Jordan reichte. Diese Staatenbildung hatte eine zeitweilige Schwäche der Großmächte am Nil und im Zweistromland zur Voraussetzung.



Von den Zionisten aus Israel vertriebene Palästinenser im Flüchtlingslager

Dieser Staat zerfiel rasch wieder. Die Juden kamen nun immer wieder unter die Herrschaft fremder Mächte, die einander im Besitz Palästinas ablösten. Ein einschneidender historischer Abschnitt wurde mit der vollständigen Beseitigung der jüdischen Eigenstaatlichkeit durch das „babylonische" Großreich des Zweistromlandes um 600 v.u.Z. eingeleitet: Teile des jüdischen Volkes, vor allem der herrschenden Klasse, wurden deportiert. Nicht alle von ihnen kehrten zurück, als dies etwa 50 Jahre später von den neuen Herren des Zweistromlandes – den Persern – gestattet wurde.

Um 60 v.u.Z. bemächtigte sich das Römische Imperium Palästinas und setzte dort Statthalter ein. Gegen diese Okkupation lehnte sich das jüdische Volk vor allem in den beiden großen Aufständen 66 - 70 und 132 - 135 vergeblich auf. Besonders nach dem letzten Aufstand wurde fast das gesamte jüdische Volk deportiert, abgeschlachtet oder flüchtete.

Etwa zwischen 600 und 750 setzte sich der Islam und mit ihm die arabische Vorherrschaft in Vorderasien, in Nordafrika und Spanien durch. Es muß besonders hervorgehoben werden, daß die Juden unter spanischer Herrschaft sich beispiellos ungestört entfalten konnten, daß ein friedliches Miteinander-Leben möglich war und daß jüdische Wissenschaftler und Politiker einen bedeutenden Beitrag zum staatlichen und kulturellen Leben in den arabischen Herrschaften, vor allem in Spanien, leisteten. In Spanien entwickelte sich die stärkste jüdische Minderheit innerhalb Europas.

Eine ganz andere Haltung als der Islam nahmen die christlichen Staaten gegenüber den Juden ein. Schon die katholisierten Goten, die vor den Arabern Spanien beherrscht hatten, unterdrückten und terrorisierten die jüdische Bevölkerung des Landes.

Besonders nach dem Beginn der „Kreuzzüge" (um 1100) – die auf die Brechung der arabischen Vorherrschaft im Mittelmeer und auf Eroberungen in Vorderasien abzielten – wurden immer wieder wilde Juden-Pogrome, Terror und Austreibung in Gang gesetzt.

Die christlichen Staaten mit ihrer vor- oder frühkapitalistischen Gesellschaft stützten sich auf den finstersten Aberglauben, auf die Verdummung und ideologische Fanatisierung der Massen. Das Juden-Pogrom war für die Ausbeuter eine „ideale Gelegenheit", um Unzufriedenheit der Massen mit den bestehenden Verhältnissen auf die „harmloseste" Art gegen einen konstruierten allgemeinen „Feind" abzulenken. Es ist daher auch kein Wunder, daß der russische Zarismus gerade beim Erwachen der Arbeiterbewegung und am Vorabend der proletarischen Revolution besonders stark vom Mittel des Juden-Pogroms Gebrauch machte.

Diese Politik entlarvten am entschiedensten die revolutionären russischen Sozialdemokraten, die 1914 dementsprechend einen Gesetzentwurf „über die Aufhebung sämtlicher Beschränkungen der Rechte der Juden und überhaupt aller Beschränkungen, die mit der Abstammung oder mit der Zugehörigkeit zu irgendeiner Nationalität verbunden sind" in der IV. Reichsduma vorlegten (Lenin, Werke, Bd.20, S.166-68).



Kämpfer der palästinensischen Befreiungsfront

Dem Versuch des Zarismus, mit dem Gift des Nationalismus und Rassismus die Massen zu entzweien, hielt Lenin entgegen:

„Die Interessen der Arbeiterklasse – wie überhaupt die Interessen der politischen Freiheit – erfordern dagegen die vollste Gleichberechtigung ausnahmslos aller Nationalitäten eines gegebenen Staates und die Beseitigung jeglicher Scheidewände zwischen den Nationen, jede Vereinigung der Kinder aller Nationen in einheitlichen Schulen usw. Nur wenn sie sich von allen barbarischen und dummen nationalen Vorurteilen befreit, nur wenn sie die Arbeiter aller Nationen in einem Verbund zusammenschließt, kann die Arbeiterklasse zu einer Macht werden, dem Kapital widerstehen und eine ernste Verbesserung ihres Lebens erkämpfen." (Lenin, Werke, Bd. 19, S. 298)

Zur zionistischen Ideologie

Soweit die Juden nicht abgeschlachtet oder vertrieben wurden, wurden sie in einen Randbereich der Gesellschaft abgedrängt. Sie waren entrechtet und diskriminiert, durften in der Regel keine Landwirtschaft betreiben, die meisten Berufe waren ihnen versperrt.

Die Drohung neuer Verfolgung, neuer Massaker, neuer Austreibung bestand fast ständig, die soziale Situation der Juden war höchst unbefriedigend.

Die bürgerliche Revolution jedoch brachte auch die schrittweise „Emanzipation" der Juden, ihre bürgerliche Gleichberechtigung und weitgehende Integration mit sich.

Diesen Integrationsprozeß aufzuhalten und einen separatistischen Judenstaat zu schaffen, war das Ziel der zionistischen Bewegung, die sich Ende des 19. Jahrhunderts bildete. Jüdische Großkapitalisten stellten erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung, um vor allem Landkauf in Palästina und die Auswanderung dorthin zu ermöglichen.

Über das Wesen der zionistischen Ideologie bestehen teilweise auch innerhalb der Linken unklare Vorstellungen. Typisch ist etwa die Auffassung, der Zionismus sei „die Reaktion des jüdischen Kleinbürgertums" auf die steigende Welle des Antisemitismus in Mittel- und Osteuropa (so Abraham Léon, Judenfrage und Kapitalismus, 1942). Das ist im Grunde dasselbe Mißverständnis wie bei der Deutung des Faschismus als eigenständiger Bewegung des Kleinbürgertums und verkennt die Rolle der Großbourgeoisie. Die jüdischen Großkapitalisten hätten natürlich keinen roten Heller gegeben, wenn es um bloße „Reaktion des jüdischen Kleinbürgertums" gegangen wäre statt um handfeste ökonomische und politische Interessen. Und selbstverständlich lag ein zionistischer Staat am strategisch und ökonomisch wichtigen Suez-Kanal und in der Nähe der reichen und großen persischen Ölfelder (die arabischen Ölfelder waren in ihrer Bedeutung am Anfang der zionistischen Bewegung noch nicht erkannt, kamen aber später als bedeutendes Argument dazu) im Interesse des jüdischen Großkapitals, das mit dem internationalen Imperialismus und seinen Interessen eng verflochten war.

Inhaltlich knüpft der Zionismus an die jüdische Religion an, auf die wir hier zum besseren Verständnis kurz eingehen wollen.

Die jüdische Religion – richtiger: Ideologie – besagt, daß die Juden das „auserwählte Volk" eines ganz spezifischen „Gottes" seien, der die gesamte Weltgeschichte ausschließlich im Interesse „seines Volkes" lenkt und ihm Palästina als ewigen Wohnsitz zugewiesen hat. Diese Ideologie, die der Verschleierung der Klassengegensätze innerhalb des jüdischen Volkes und der Überheblichkeit gegenüber anderen Völkern diente, ist natürlich viel älter als der Kapitalismus. Sie bildete den Überbau zur ursprünglichen Aneignung Palästinas durch die jüdischen Stämme und Auseinandersetzung mit den Nachbar-Völkern.

Dazu trat eine zweite Komponente, nachdem die Juden (seit etwa 600 v.u.Z.) der Eigenstaatlichkeit beraubt und von Großmächten geknechtet waren: rückblickend wurde die Zeit der Könige David und Salomo (etwa 1000 bis 930 v.u.Z.) verherrlicht, wo die Juden erstmals und letztmals einen einheitlichen und relativ starken Staat hatten bilden können. Waren die Juden nunmehr auch geknechtet und entrechtet, so richtete sich ihre Hoffnung umso mehr auf einen neuen Nationalhelden vom Typ Davids, der das Volk befreien, grausame Rache an den Unterdrückern nehmen und ein neues machtvolles jüdisches Reich aufrichten würde.

Vor allem nach der massenhaften Deportation unter Herrschaft des Römischen Imperiums konzentrierte sich die jüdische Ideologie auf die zukünftige Rückkehr nach Palästina. Diese Erwartung drückt vor allem das jüdische Osterfest (Passah) aus, das in Erinnerung an den sagenhaften Auszug aus Ägypten zur ursprünglichen Eroberung Palästinas begangen wird und den Gedanken an Rückkehr nachdrücklich und unmittelbar wachhalten soll.

Es wäre falsch, die hier dargestellte jüdische Ideologie – die der Zionismus sozusagen als „Rohmaterial" vorfand – ausschließlich als Widerspiegelung der Erfahrungen in der „Galut"(Vertreibung; d.h. der Aufenthalt außerhalb Palästinas) zu interpretieren. Die gesamte historische Erfahrung des jüdischen Volkes und die Interessen seiner herrschenden Klasse drücken sich darin aus: ursprüngliche Unterwerfung Palästinas, kurze nationale Einheit und „Größe", ständiger Kampf gegen überlegene Gegner, schließlich Unterwerfung, Knechtung, Vertreibung, Pogrom.

Es ist eine Tatsache, daß reaktionäre Ideologien recht lange überleben können, auch wenn sie weder den gesellschaftlichen Bedingungen noch erst recht den Interessen der Volksmassen entsprechen. Das beweist z.B. die immer noch vorhandene Wirksamkeit einer reaktionären Ideologie wie des Christentums in imperialistischen Ländern wie Italien, Frankreich oder auch der BRD.

Offenbar ist es aber so, daß die jüdische Ideologie an Kraft verlor, sobald und solange die Juden in friedlicher Koexistenz mit anderen Völkern leben konnten und ihre soziale Situation relativ zufriedenstellend und gesichert war. Die „Rückkehr ins Land der Väter" verblaßte dann immer mehr zu einer abstrakten Idee. Je schlechter dagegen die Situation der Juden war, umso stärker klammerten sie sich an diese Ideologie, und die „Rückkehr" wurde zur ganz konkreten und einzigen Hoffnung.

Von daher wird verständlich, daß der beispiellose Völkermord des deutschen Faschismus an den Juden zum gewaltigen Motor für die jüdische Emigration nach Palästina wurde.

Der Zionismus nimmt zunächst die Idee der „Rückkehr ins Land der Väter" auf. Er propagiert in diesem Sinn die jüdische Einwanderung nach Palästina. Da der jüdische Staat die Vertreibung der arabischen Bevölkerung zur Voraussetzung hatte, mußte der Zionismus auch nationalistische und religiöse Vorurteile gegenüber den Arabern schüren. Das macht sich noch heute in der zionistischen Selbstdarstellung – die von der imperialistischen Propaganda z.B. auch in der BRD aufgenommen wird – deutlich bemerkbar: Israel erscheint stets als „kleines, fleißiges, tapferes Volk", das aller Schwierigkeiten Herr wird und sich in einer feindlichen Welt mit Mut und Klugheit behauptet.

Dagegen sind die Araber selbstverständlich feige, rückständig, faul, tükkisch und allemal schmutzig.

Der Zionismus betreibt in Propaganda und Praxis die Ausdehnung des israelischen Staates. Dabei entblödet er sich nicht einmal, ernsthaft das „Reich Davids und Salomos", das vor fast 3000 Jahren auseinanderbrach, als das Ziel seiner expansionistischen Politik zu propagieren. Die Voraussetzung zur Erreichung dieses Ziels sind verstärkte jüdische Einwanderung, Krieg und Massenaustreibung.

Seinem Wesen nach ist der Zionismus imperialistische Ideologie und Politik.

Der Zionismus als „Vorposten der Kultur"

Der Schaffung des zionistischen Staates standen zwei Hindernisse vorerst entgegen: Palästina war von einem anderen Volk bewohnt und es stand unter der Herrschaft des Osmanischen Reichs (Türkei) bzw. später Großbritanniens.

Der erste Schritt mußte der Erwerb von Grund und Boden in Palästina sein. Das wurde durch die großzügigen Spenden jüdischer Großkapitalisten ermöglicht. Damit setzte zugleich die Vertreibung der arabischen Bevölkerung Palästinas ein. Weite Teile des bebauten Landes befanden sich bis dahin in Großgrundbesitz; die Massen des palästinensischen Volkes bearbeiteten dieses Land als Kleinpächter oder in anderen Formen der Abhängigkeit von juristischen Besitzern des Bodens. Wenn aber das Land vom jüdischen Großkapital erworben wurde, so wurden die



Komplizenschaft ...

palästinensischen Pächter und Landarbeiter in der Regel alsbald durch jüdische Siedler ersetzt; die von Grund und Boden vertriebenen Palästinenser verelendeten. Ebenso erging es einem Teil der palästinensischen Handwerker, der mit dem Wechsel des Eigentums an Grund und Boden und der Verelendung der vertriebenen Familien die bisherigen Abnehmer für seine Produkte verlor; ebenso z.B. auch kleine arabische Händler.

Die Zionisten setzten weitgehend das Prinzip der „jüdischen Arbeit" durch, d.h. der Nichtbeschäftigung von Palästinensern, soweit es irgend möglich war (freilich fanden z.B. palästinensische Obstpflücker als Wanderarbeiter zu Niedrigstlöhnen gelegentlich Verwendung). Besonderen „Ruhm" erwarb sich bei diesem Vorgehen die zionistische „Gewerkschaft" Histadrut, die das Prinzip der „jüdischen Arbeit" mit terroristischen Methoden gegen die Palästinenser ebenso durchsetzte wie gegen die jüdischen Kleinproduzenten
gegen die jüdischen Kleinproduzenten
(die mitunter der Verwendung palästinensischer Arbetiskräfte nicht unbedingt ablehnend gegenüberstanden).

So wurde ein Teil des palästinensischen Volkes ruiniert, bevor die Welle des unmittelbaren militärischen Terrors und die schließliche massenhafte Vertreibung einsetzte.

Der begrenzte Erwerb von Grund und Boden auf geschäftsmäßigem Weg konnte aber unmöglich schon einen nationalen Staat schaffen. Daher waren die Zionisten von Anfang an darauf bedacht, sich jeder Großmacht anzubiedern, die ihnen vielleicht beim Erwerb der Herrschaft über Palästina nützlich sein könnte.

Eine solche Macht war zunächst das Osmanische Reich, zu dem Palästina bis 1918 gehörte. Es war daneben auch das deutsche Reich, das sich vor 1914 intensiv um Einflußsphären in Nordafrika und Vorderasien bemühte. Es waren nach 1918 die Engländer (die Palästina 1920 als Mandat erhielten) und schließlich gar der deutsche Faschismus, die von den Zionisten umworben wurden.

So ist u.a. ein Dokument publiziert worden, in dem die „Irgun Zweai Leumi" (die zweitgrößte zionistische Terror-Organisation) Anfang Januar 1941 dem Faschismus eine „Interessengemeinschaft" zwischen den Belangen einer Neuordnung Europas nach deutscher Konzeption und den wahren nationalen Aspirationen des jüdischen Volkes" antrug und das Angebot „einer aktiven Teilnahme am Kriege an der Seite Deutschlands" machte („Palästinensische Revolution", Nr. 12/1971, S. 13).

Das erscheint zunächst so unglaubwürdig und widerwärtig, daß es wie eine Fälschung anmuten könnte. Aber in ähnlicher Weise haben die Zionisten effektiv und ganz offiziell auch die Osmanischen Herrscher und das deutsche Kaiserreich vor 1914 umworben. Als sich z.B. 1897 die Griechen gegen die Osmanische Herrschaft erhoben, führten die deutschen Zionisten eine große Sammlung für den türkischen „Roten Halbmond" durch und schickten eine Ärzte-Gruppe in die Türkei – damals war Palästina noch Teil des Osmanischen Reichs. 1898 wollten die Zionisten dem deutschen Kaiser Wilhelm II. den Plan andienen, ein jüdisches „Protektorat" in Palästina unter deutscher „Schirmherrschaft" zu schaffen. Der deutsche Imperialismus spekulierte aber lieber darauf, den arabischen Nationalismus gegen England und Frankreich ausnutzen zu können.

Unabhängig davon, wem sich die Zionisten bei wechselnden internationalen Konstellationen auch andienten – grundsätzlich gleich blieb ihre zentrale Argumentation, die sich schon bei Theodor Herzl, dem ersten Chefideologen des Zionismus, findet. In seinem Buch „Der Judenstaat" (1896) schrieb er:

„Wenn seine Majestät der Sultan uns Palästina gäbe, könnten wir uns dafür anheischig machen, die Finanzen der Türkei gänzlich zu regeln (das Osmanische Reich war zu dieser Zeit finanziell ebenso wie politisch bankrott – Anm. AK). Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen."

Wenn heute klar ist, daß Israel als Stützpunkt des Imperialismus gegen die arabischen Völker funktioniert, so entspricht das völlig dem Grundgedanken des Zionismus seit seiner Entstehung. Der Zionismus ist eben völlig das politische und ideologische Produkt der Epoche, in der er entstand – des Imperialismus.

Die zweite Eroberung Palästinas

Wir hatten gezeigt, daß schon zu Zeiten der osmanischen Herrschaft die jüdische Einwanderung nach Palästina ihren Anfang nahm. Wesentliche Grundlage war das Interesse des jüdischen Großkapitals. Allein in den ersten 15 Jahren des britischen Palästina-Mandats (1920-1935) beliefen sich die Investitionen des jüdischen Großkapitals in Palästina auf 80 Mio. Pfund Sterling.

Der britische Imperialismus als Mandats-Träger Palästinas begünstigte zunächst die jüdische Einwanderung.
Zunächst die jüdische Einwanderung.
Das geschah, um nationale Widersprüche zu schaffen (Politik des „Teile und herrsche"). Die zionistische Einwanderungs-Politik produzierte zugleich eine Verelendung der palästinensischen Massen. Das wiederum führte zu mehreren Aufständen der Palästinenser gegen den britischen Imperialismus. Dieser sah sich daher veranlaßt, die jüdische Einwanderung zunächst abzubremsen, um die Widersprüche nicht auf einen Punkt zuzutreiben, wo die britische Herrschaft in Palästina unmittelbar gefährdet gewesen wäre.

Nunmehr bediente sich der Zionismus in erster Linie terroristischer Organisationen. Die wichtigste war „Haganah". Von dieser spaltete sich Anfang der 30er Jahre die extreme Gruppe „Irgun Zewai Leumi" ab. Ferner wurde die sogenannte „Stern-Gruppe" gebildet. Oft war es indessen so, daß „Irgun Zewai Leumi" und „Stern-Gruppe" lediglich als „verlängerter Arm" von „Haganah" dienten, um besonders widerliche Verbrechen zu begehen, für die „Haganah" keine öffentliche Verantwortung übernehmen wollte. „Haganah" bildete praktisch die Vorform der späteren israelischen Armee; jedoch wurden auch die Mitglieder der „Irgun Zewai Leumi" bei Gründung des Staates Israel entsprechend ihrem erreichten „Dienstrang" in die israelische Armee übernommen.

Die zionistischen Terror-Organisationen hatten eine dreifache Funktion:
1. Fortführung der Vertreibung der Palästinenser von Grund und Boden und aus Palästina überhaupt.
2. Kampf gegen den britischen Imperialismus in der Form des individuellen Terrors (vor allem Bombenanschläge und bewaffnete Überfälle).
3. „Nachdrückliche" Gewalt gegenüber jenen Juden, die der zionistischen Einwanderungs- und Austreibungs-Politik abgeneigt waren; das richtete sich vor allem gegen die Juden, die schon vor der zionistischen Einwanderung in Palästina ansässig gewesen waren (eine jüdische Minderheit hatte es auch in der Zeit der „Galut" ständig gegeben) und die die Möglichkeit eines friedlichen und gutnachbarlichen Zusammenlebens mit der arabisch-palästinensischen Bevölkerung konkret erfahren hatten.

Der britische Imperialismus hatte schon während des 1. imperialistischen Krieges eine doppelgleisige Politik befolgt: auf der einen Seite machte er den arabischen Nationalisten große Versprechungen (um sie gegen die mit dem deutschen Imperialismus verbündeten Türken zu gewinnen), auf der anderen Seite machte er ebensolche Versprechungen den Zionisten, die sich ihrerseits dem britischen Imperialismus anbiederten, „eine sehr wirkungsvolle Wache für den Suezkanal" zu bilden (Chaim Weizmann). Langfristig konnte aber der britische Imperialismus trotz solcher Manöver sein „Empire" nicht aufrecht halten. Nach dem 2. imperialistischen Krieg verlor England die meisten Teile seines „Empire."

In Palästina machten zu diesem Zeitpunkt die Juden schon etwa 35 % der Bevölkerung aus, während es vor Beginn der zionistischen Einwanderungs-Politik weniger als 10 % gewesen waren. Die UNO beschloß im November 1947 eine Teilung Palästinas: ein zionistischer Staat sollte auf 56 % des Mandats-Territoriums entstehen und



In einem libanesischen Fedajin-Lager werden Frauen für den Befreiungskampf ausgebildet

jeweils knapp 500 000 Juden und Araber (mit ganz geringfügiger jüdischer Mehrheit) umfassen; auf 43 % des Territoriums sollte ein arabischer Staat mit einer kleinen jüdischen Minderheit (etwa 10 000) entstehen. Jerusalem und Umgebung – vorwiegend von Juden bewohnt – (knapp 1 % des Territoriums) sollten „Internationale Zone" unter UN-Kontrolle werden.

Diese Teilung widersprach jedoch den Interessen der Palästinenser ebenso wie der Zionisten: eine halbe Million Araber im zionistischen Staat konnten die Zionisten ebensowenig akzeptieren wie die Palästinenser. Daher verstärkten die Zionisten mittels „Haganah" und der anderen Gruppen den Terror gegen die Palästinenser, um sie zum Verlassen ihrer Heimat zu zwingen. Aus hunderten von Dörfern wurden die Einwohner vertrieben. Innerhalb von sechs Monaten – bis Mai 1948 – wurden etwa 400 000 Palästinenser zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen. Eine besondere Rolle spielte dabei das zionistische Massaker von Deir Yasin am 9. April 1948. Dort wurden etwa 300 Bewohner dieses arabischen Dorfes in der Nähe Jerusalems von jüdischen Terroristen zusammengetrieben und abgeschlachtet (vergleichbar dem US-Massaker in My Lai). Dieses Massaker, verbunden mit den übrigen Repressalien, führte zu förmlicher Panik unter den Palästinensern und zu einem chaotischen Anwachsen der Fluchtbewegung.

Mitte Mai 1948 intervenierten die arabischen Nachbarstaaten in Palästina. Zwei Gründe waren wesentlich: 1. erforderte die ideologische Bindung der Massen in den arabischen Staaten es, daß die reaktionären Regimes scheinbar nachdrücklich zum „Schutz unserer Brüder" in Palästina auftraten; 2. wurde natürlich auf Eroberungen spekuliert. Nach wechselnden Kämpfen wurde Mitte Juli 1948 ein vorläufiger Waffenstillstand durch Vermittlung der UNO geschlossen. Um die Kämpfe wieder in Gang zu bringen und weitere Eroberungen zu ermöglichen, ermordeten zionistische Terroristen am 17. September 48 den UN-Vermittler Folke Bernadotte in Jerusalem.

Dennoch kam im Juli 1949 ein neues Palästina-Abkommen zustande, dessen Gewinner eindeutig die Zionisten waren. Von 56 % Palästinas im Jahre 1947 wurde Israel nun auf 77 % vergrößert.

Es handelte sich allerdings bei dem neuen Abkommen lediglich um einen Waffenstillstand, bei den neuen Grenzen nur um vorläufige Demarkationslinien, aus denen die Zionisten jedoch allmählich „vollendete Tatsachen" zu machen wußten.

Insgesamt wurden 1947-50 über 750 000 Palästinenser aus ihrer Heimat verjagt. Zynisch behaupten die Zionisten, diese Menschen wären einfach „freiwillig gegangen". – Etwa 150 000 Palästinenser blieben in Israel hauptsächlich im Gebiet Galiläa (Nordisrael).

Zur Zeit des Juni-Krieges 1967 gab es etwa 2,35 Mio. Palästinenser, also etwa ebensoviel wie Juden in Israel. Von diesen waren Flüchtlinge und deren Familien 1,34 Mio., Bewohner des Westjordan-Landes (damals Jordanien, heute von Israel besetzt) 475 000, Araber in Israel 300 000, Bewohner des Gaza-Streifens (jetzt ebenfalls von Israel besetzt) 130 000 und 100 000 Palästinenser in verschiedenen arabischen Staaten.

Zionistische Expansion – Theorie und Praxis

1949 entstand wieder ein einheitlicher jüdischer Staat mit relativ geschlossenem Territorium (die UN-Teilungsresolution von 1947 hatte eine starke territoriale Zersplitterung vorgesehen).

Dieser Staat entsprach aber durchaus noch nicht den Vorstellungen der Zionisten. Diese legten von Anfang an großen Wert auf die Feststellung, daß der israelische Staat nur auf einem Teil des historischen „Israel Davids und Salomons" gegründet worden sei (Ben Gurion). War aber der Staat Israel nur ein Teil, so galt es nunmehr in der Logik des Zionismus, das beanspruchte Ganze zu erobern.
obern.

Der Zionismus hatte von Anfang an die Parole erhoben, eine „Heimstätte" aller Juden zu schaffen. Die Zahl der Juden in der ganzen Welt ist nur schwer zu schätzen, vielleicht 15-20 Mio. Menschen. Ben Gurion jedenfalls sprach 1952 davon, daß in Israel „nicht mehr als 6 % (!) des gesamtjüdischen Volkes" lebten, und daß stimmt mit dieser Schätzung ziemlich überein.

Ben Gurion hatte unter diesem Aspekt schon 1949 erklärt:

„Unsere nächste Aufgabe wird nicht leichter zu erfüllen sein als die Schaffung des jüdischen Staates. Sie lautet: Aufnahme aller Juden in Israel."

Es läßt sich leicht ausrechnen, daß die Zahl von 15-20 Mio. Juden die gegenwärtige Bevölkerung Syriens, des Irak, des Libanon und Jordaniens zusammengenommen sogar noch übertrifft. Es ist also nur konsequent, wenn die radikalen Zionisten ein „Israel vom Euphrat bis zum Nil" propagieren, denn das wäre mindestens der „Lebensraum", den eine Masse von 15-20 Mio. Menschen erfordern würde.

Es ist offensichtlich, daß der Zionismus seine Ziele nur durch neue Kriege und neue Massen-Vertreibung erreichen kann. Anfang November 1956 unternahmen der britische und französische Imperialismus einen Angriff auf Ägypten, um die imperialistische Kontrolle über den Suez-Kanal aufrecht zu erhalten und den Sturz des als „progressiv" und „anti-imperialistisch" geltenden Nasser-Regime durchzusetzen. Den israelischen Truppen gelang es rasch, über die Sinai-Halbinsel vorzustoßen. Insgesamt scheiterte die Aggression, nachdem die sowjetische Regierung eine klare Warnung ausgesprochen hatte. Im März 1957 mußte Israel schließlich die besetzten Gebiete wieder räumen.

Im Juni 1967 führte Israel den „Sieben-Tage-Krieg". Daß Israel diesen Krieg ausgelöst hatte, wurde alsbald klar. Die Zionisten begründeten ihre Aggression damit, daß sie „einem drohenden Angriff der Araber zuvorkommen" mußten. Ebenso hat der deutsche Faschismus bekanntlich seinen Überfall auf die Sowjetunion „begründet". – Inzwischen haben Militärs und Politiker in Israel offen ausgesprochen, daß die angebliche Kriegsdrohung 1967 erfunden wurde, um die jüdischen Massen und die internationale Öffentlichkeit irre zu führen.



... gegen Palästina

Es sind vor allem Exponenten der extremen zionistischen Rechten wie Luftwaffen-General Weizmann und Begin (Führer der rechtsradikalen Herut-Partei), die sich jetzt voller Stolz zu dieser „großartigen List" bekennen, während z.B. Golda Meir leicht irritiert den Abbruch der „schädlichen und sterilen" Diskussion dieses Themas forderte (nach einem Bericht der italienischen Tageszeitung „L' Unita" vom 11.6.72).

Die arabischen Regimes haben stets lauthals den „Heiligen Krieg" gegen Israel proklamiert. Einige extreme arabische Nationalisten stellten damals die Parole auf, „die Juden ins Meer zu treiben". Diese nationalistischen Tiraden dienten dazu, von den inneren Schwierigkeiten der arabischen Regimes abzulenken und den arabischen Massen Aktivität gegen den Zionismus vorzutäuschen. In Wahrheit ist völlig klar, daß die arabischen Regimes Krieg gegen Israel weder führen wollen noch mit Erfolg führen können. Das wissen vor allem die Zionisten, nicht zuletzt dank ihres gut funktionierenden Geheimdienstes, sehr genau. Während die internationale Öffentlichkeit immer
internationale Öffentlichkeit immer
wieder durch die Parolen des arabischen Nationalismus aufgeschreckt wurde, bereiteten die Zionisten ohne große Reden die Aggression von 1967 vor.

Der Juni-Krieg 67 brachte den Zionisten den Gaza-Streifen und die Sinai-Halbinsel, das West-Jordan-Land und die Golan-Höhen im Süden Syriens; insgesamt Gebiete, die mehr als doppelt so groß sind wie Israel selbst. Eine UN-Resolution verpflichtet Israel zur Räumung der besetzten Gebiete. Diese UN-Resolution wird von allen Parteien Israels abgelehnt, mit Ausnahme der Kommunistischen Partei und einiger kleiner linker Gruppen. Meinungsverschiedenheiten innerhalb der verschiedenen politischen Strömungen des Zionismus bestehen lediglich darüber, ob alle besetzten Gebiete bei Israel bleiben sollen, oder welche Gebiete eventuell geräumt werden könnten. So gibt es z.B. Überlegungen, den Gaza-Streifen und das Westjordanland als Halbkolonie Israels mit Jordanien zu verbinden, weil diese Gebiete besonders dicht von Arabern besiedelt sind; einige Zionisten fürchten, daß Israel zu sehr „belastet" würde (d.h., daß sein zionistischer Charakter abgeschwächt würde!), wenn der arabische Bevölkerungsanteil allzu hoch wäre, zumal die Geburten-Rate bei den Arabern viel höher ist als bei den jüdischen Bewohnern Israels.

Teilweise hat der Zionismus begonnen, sich die 1967 besetzten Gebiete fester einzuverleiben, indem dort Juden angesiedelt werden. Das gilt vor allem für den ehemals arabischen Teil von Jerusalem. In einigen besetzten Gebieten ist die Baugesellschaft „Neue Heimat" des DGB engagiert, um dort Siedlungen anzulegen. ■

Auf der Suche nach einer neuen Ideologie:

Das Boot leckt

„Die Kapitalisten sind politisch bewußter als die anderen Klassen", betonte Lenin während der russischen Revolution 1917, als die russischen Kapitalisten lange vor der Arbeiterklasse die zukünftige Bedeutung der spontan von den Arbeitern, Bauern und Soldaten gebildeten noch schwachen Sowjets erkannten und den Schwerpunkt ihres Klassenkampfes gegen diese Sowjets richteten.

Die Bourgeoisie ist sich ihrer strategischen Unterlegenheit gegenüber der Arbeiterklasse immer im Klaren und verfügt über ein hohes politisches Klassenbewußtsein, um diese strategische Schwäche durch ständigen Wechsel in der Taktik des Klassenkampfes auszubügeln. Das Ende der Wiederaufbauphase hat die ökonomischen und politischen Perspektiven des westdeutschen Imperialismus grundlegend verändert, so daß eine Neuorientierung der Politik nötig wurde. Mit hohem politischem Bewußtsein gehen die Kapitalisten an die Analyse der veränderten Lage, schweißen die eigenen Reihen zusammen und prüfen neue Chancen und Möglichkeiten, die Arbeiterklasse weiterhin zu unterdrücken. Dabei wird der Aufbau einer faschistischen Ideologie, eines „neuen Staatsgefühls", als vorrangig angesehen. (Darauf geht der letzte Teil des Artikels ein.) Gegenüber der Arbeiterklasse begann die Propagandaoffensive der Kapitalisten neben den bisherigen Trägern der bürgerlichen Propaganda, also Zeitungen, Funk und Fernsehen auf neue Art mit einer „Informationsoffensive" im Betrieb, über deren wichtigste Produkte anschließend berichtet wird.

Eurotest Metall

Vor der Tarifrunde ließen die Metall-Kapitalisten in den meisten Großbetrieben eine 50seitige Broschüre an ihre Belegschaften verteilen, den „Eurotest Metall."

Hinter der Aufmachung der Schrift als „Test" und „Superpreisausschreiben" verbarg sich – gut getarnt – massive Unternehmerpropaganda gegen die Lohnforderungen der Arbeiter. Das Versprechen hoher Preise (sämtlich aus den beteiligten Unternehmen, darunter 4 größere PKW) sollte die Lektüre der Broschüre schmackhaft machen.



In 17 „Test-Runden" werden Lohn, Kaufkraft, Arbeitszeit und Sozialleistungen der deutschen Metall-Facharbeiter mit denen ihrer Kollegen in Frankreich, England, Italien, Schweden und der Schweiz verglichen. Obwohl die in der Broschüre selbst angegebenen Daten bestimmt nicht zu ungunsten der westdeutschen Metallbosse zusammengesucht wurden, liegt der Nettolohn der deutschen Metaller erst nach Schweden und Schweiz an 3. Stelle, an der Kaufkraft gemessen sogar erst nach England an 4. Stelle der 6 verglichenen Länder. Außerdem werden in den anderen Ländern Kindergelder zwischen 34,– und 141,– DM mtl. zusätzlich gezahlt. Trotzdem sorgt das geschickt manipulierte Punktsystem am Ende dafür, daß die deutschen Metallbosse mit den „Leistungen" für ihre Arbeiter an die Spitze geehrt werden.

Ein Beispiel für diese „Zahlenakrobatik": Für die Zahlung von mtl. 131,– DM Kindergeld bei 2 Kindern, also pro Jahr 1573,– DM mehr Lohn, erhalten die französischen Kapitalisten 4 Punkte mehr als die deutschen, die nichts zahlen. Die deutschen Unternehmer „gleichen" das wieder „aus" bei den bezahlten freien Tagen. Für 4 Urlaubstage mehr pro Jahr erhalten sie 1 Punkt mehr als die franz. Kapitalisten. Da in Deutschland 2 gesetzliche Feiertage mehr bezahlt werden müssen, ergeben sich für die deutschen Kapitalisten insgesamt 6 bezahlte freie Tage mehr. Hierfür streichen sie gegenüber Frankreich noch einmal 3 Punkte ein, insgesamt also 4 Punkte.

Im Endergebnis „holen" die deutschen Kapitalisten bei diesem Punktsystem also 1573,– DM Kindergeld in Frankreich mit 6 mehr bezahlten freien Tagen ein. 6 Tage Arbeitslohn entsprechen ihren eigenen Angaben 369,48 DM!

So kommt „Eurotest" natürlich zu dem gewünschten Ergebnis: Der deutsche Metallarbeiter könne mit Recht behaupten: „Ich gehöre zu den Spitzenverdienern in Europa, ich lebe im ‚Freizeitland' Europas, habe den höchsten Schutz im Krankheitsfall und die beste Sicherung im Alter." Daß in den hochrationalisierten Arbeitsplätzen der westdeutschen Metallindustrie die Akkordsätze an der Spitze liegen, Unfallrate und Frühinvalidität Rekorde erklimmen und der Krankenstand wesentlich über dem europäischen Durchschnitt liegt, daß die westdeutschen Kapitalisten so durch unermeßliche Profite die beherrschende Stellung in West-Europa gewonnen haben, davon natürlich kein Wort.

Stattdessen wird den deutschen Arbeitern frech vorgerechnet, daß ihre Arbeitsstunde angeblich am teuersten sei, „im Vergleich zu Frankreich und Großbritannien . . . fast doppelt so hoch". Unverhüllt wird den Metallern gedroht: Entweder ihr arbeitet für weniger Lohn, damit die Kapitalisten die ausländische Konkurrenz aus dem Felde schlagen, oder die Produktion wird ins Ausland verlagert. So heißt der Schlußsatz von „Eurotest": „Sicherlich wird Karl Schwabe (d.i. der deutsche Metaller) die nächste Tarifrunde noch aufmerksamer und kritischer verfolgen als bisher. Der Eurotest Metall hat ihm gezeigt, wie gut er liegt. Er weiß jetzt aber auch, wo die Gefahren liegen. Natürlich will Karl Schwabe Europameister bleiben . . . Das wollen wir alle in der Bundesrepublik. Dazu ist aber Besonnenheit in der Lohnpolitik nötig – mehr Besonnenheit als in den beiden ‚heißen' Jahren 1970 und 1971. Sonst könnte die Spitzenstellung von Karl Schwabe und seinen 4 Millionen Kollegen in der Metallindustrie der BRD ins Wackeln kommen – weil die Arbeitsplätze unsicher werden."

Da der „Eurotest" extra als „Metall"-Ausgabe gekennzeichnet ist, ist vor den nächsten Tarifrunden in anderen Branchen – Chemie und Bergbau insbesondere – mit ähnlichen als „Test mit Superpreisausschreiben" getarnten Propagandaangriffen der Unternehmer gegen „ihre" Arbeiter und Angestellten zu rechnen. Erschienen ist die Broschüre in der „Deutschen Industrieverlags-GmbH Köln", hinter der das „Deutsche Industrieinstitut" (DII) steckt.

DII – Propagandazentrale des Großkapitals

Das DII wird vom Großkapital aller Branchen finanziert. Es ist in den letzten Jahren, seitdem die Kapitalisten wissen, daß ihr Geschwätz von der „sozialen Marktwirtschaft", in der Arbeiter und Kapitalisten „in einem Boot sitzen", bei den Arbeitern nicht mehr so leicht ankommt, zu einer der wichtigsten Propagandazentralen der Kapitalisten ausgebaut worden. Dabei ist die Verteilung von Schriften wie „Eurotest Metall", die die Arbeiter und Angestellten direkt im Sinne der Kapitalisten beeinflussen soll, nur ein Teil der Propagandaarbeit des DII gegen die Arbeiterklasse.

Ende 1971 begann das DII seine ideologische Offensive mit einem Aufruf „Die Lage des Unternehmers in der Bundesrepublik Deutschland." Er sollte zunächst die eigenen Reihen enger zusammenschließen. Im Aufruf des DII Ende 1971 heißt es:

„Die Existenz des freien Unternehmertums ist gefährdet und damit auch der Bestand unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Von links außen nach links innen reicht die Front der Agitatoren, die den Unternehmer als böse Verkörperung des Privatkapitalismus zur Zielscheibe ihrer Angriffe gemacht haben . . .

Trotzdem übt sich die überwiegende Mehrheit deutscher Unternehmer noch immer in vornehmer Zurückhaltung, wenn es um die Verteidigung ihrer Freiheit geht. Und die Minderheit engagierter Unternehmer, die nicht erdulden, sondern mitgestalten will, ist geblieben, was sie war: eine Minderheit.

Wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, in einer Woge von Fanatismus, Ideologisierung und Reformutopien unterzugehen, müssen wir gemeinsam um unsere Existenz und unser Ansehen 'kämpfen . . ." (Siehe auch Unser Weg Nr. 14, dort ist der gesamte Aufruf nachgedruckt.)

Konkret sollten die Unternehmer mit Spenden die publizistische Arbeit des DII unterstützen und Förderabonnements der „Unternehmerbriefe" des DII bezahlen. Diese „Unternehmerbriefe" werden dann, bezahlt von einzelnen Unternehmen, kostenlos an Lehrer aller Schularten, Beamte im öffentlichen Dienst, Journalisten etc. versandt, also an „Zielgruppen" im Kleinbürgertum, die unmittelbar mit Teilen der Arbeiterklasse zu tun haben und dort den Standpunkt der Kapitalisten propagandistisch vertreten sollen.

Der „Vorwärts" der Unternehmer

Seit Anfang 1972 verbreitet das DII „in Zusammenarbeit mit der Bildungsabteilung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände", die übrigens in Köln am Oberländer Ufer direkt neben dem DII ihren Sitz hat, die Schriftenreihe „Die neue Linke". Sie wird von den Kapitalisten an „leitende" Angestellte, Meister und Vorarbeiter verteilt. In ihr soll sich „mit der Ideologie und Argumentation, der Methodik und Taktik linksorientierter Gruppen in der BRD" befaßt werden. Die einzelnen Ausgaben behandeln „Schwerpunktthemen" und sollen „Hilfe für die Diskussion" bieten.

Die Kapitalisten sehen also deutlich die Gefahr, daß der Kommunismus in den Reihen der Arbeiterklasse an Einfluß gewinnt. Während sie öffentlich lauthals Kommunisten als „Spinner" und „bodenlose Abenteurer, mit denen die Arbeiter nichts zu tun haben wollen", abtun, rüsten sie insgeheim ihre Handlanger im Betrieb und Teile der privilegierten Arbeiteraristokratie mit „Argumentationshilfen" für betriebliche Auseinandersetzungen aus. Geschickt soll in diesen Schriften an der – in den Reihen der Arbeiter weit verbreiteten – sozialdemokratischen Argumentation angeknüpft werden. So heißt es z.B. in „Die neue Linke 3" – man glaubt, den sozialdemokratischen „Vorwärts" zu lesen: „Ein Irrtum, dem die neomarxistische neue Linke unterliegt:

Ihre Kritik richtet sich gegen ein System, das heute nirgendwo mehr in Reinkultur zu finden ist. Der Kapitalismus klassischer Prägung hat sich längst zu einem gemischt-wirtschaftlichen System, zur sozial gesteuerten Marktwirtschaft entwickelt, die dem Staat eine korrigierende und ausgleichende Funktion einräumt. Die entscheidenden Thesen von Marx gelten heute als durch die Erfahrung widerlegt . . .

Niemand bestreitet, daß diese Wirtschaftsordnung Schwächen hat und unvollkommen ist. Sie deswegen abzuschaffen, bedeutet:

Die Kuh schlachten, von der wir die Milch erwarten . . ."

Das sind genau die „Argumente" – das Beispiel von der Kuh stammt ja von Willy Brandt – mit denen die Sozialdemokraten zu verschleiern versuchen, daß im Kapitalismus seit eh und je die Arbeiter die Gemolkenen sind!

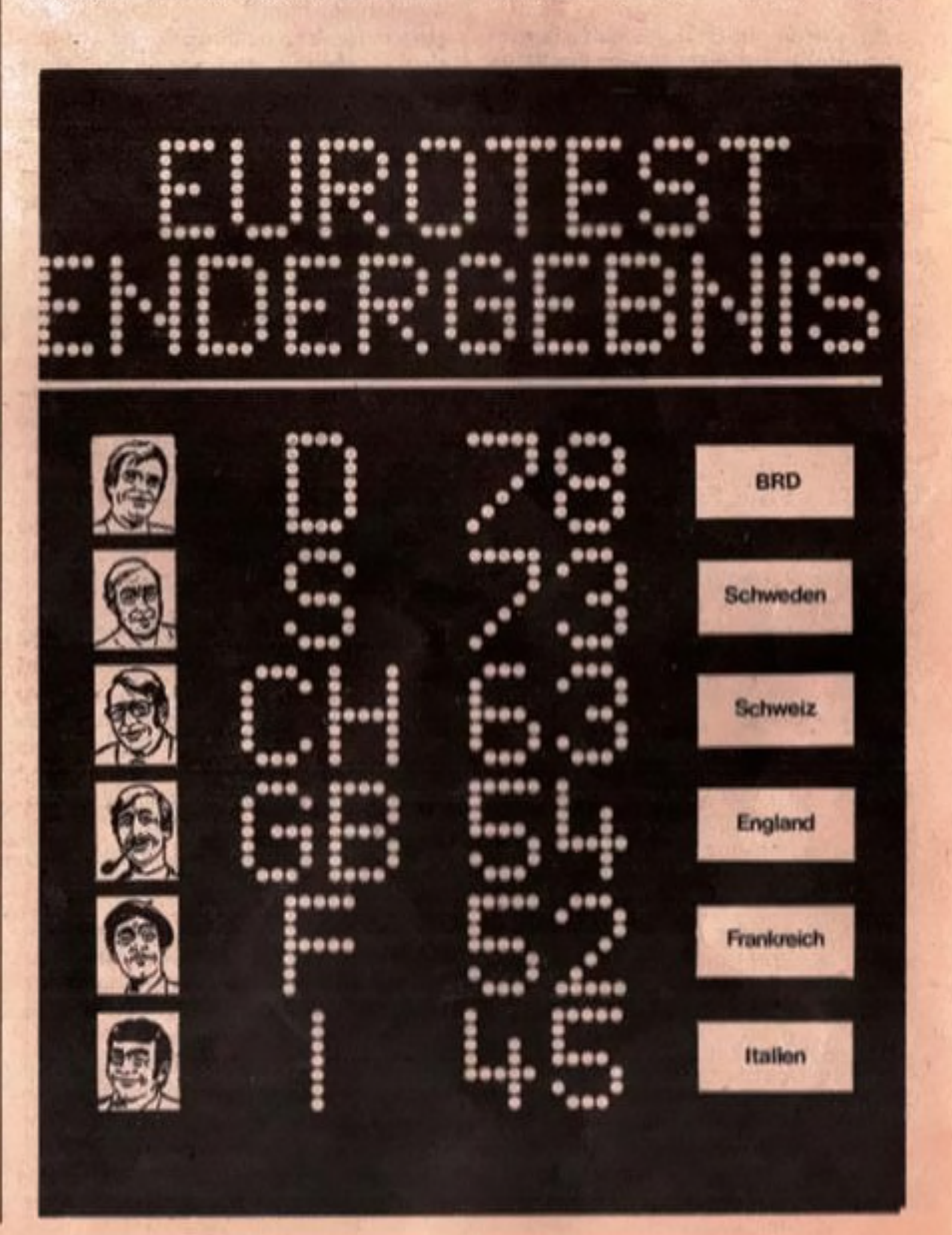
Auch an der zunehmenden Gleichschaltung von Funk und Fernsehen sind die Kapitalisten über das DII beteiligt. So ist Günther Triesch vom DII Leiter einer Rundfunkkommission der CDU/CSU, auf deren Vorschläge hin Anfang letzten Jahres die „Reform" des Bayrischen Rundfunks vorgenommen wurde. (Siehe auch AK 17 vom April 1972) Mit dieser „Reform" wurde der Bayr. Rundfunk zum reaktionärsten Sender der ARD.



Zu einzelnen Themen, z.B. Bildungsreform, Umweltverschmutzung usw. gibt das DII einzelne „wissenschaftliche Analysen" heraus, um das Versagen des Kapitalismus auf diesen Gebieten zu verschleiern. So wird in der Broschüre „Lebensstandard, Lebensqualität – Umweltschutz zwischen Wunsch und Wirklichkeit" ausgeführt:

„Die wichtigsten Aufgaben im Umweltschutz fallen nicht dem Staat und der Industrie, sondern den Bürgern zu . . . Die Flüsse sind durch Haushaltsabwässer weit stärker belastet als durch die Industrie, Haushalte und Kraftfahrzeuge übertreffen die Industrie an Luftverschmutzung."

Natürlich hat nach dieser „Analyse" die Allgemeinheit, also die Masse der Lohnabhängigen, die Kosten für Umweltschutz zu tragen. Vorher sei jedoch für ein richtiges „Umweltschutzbewußtsein" der Bundesbürger zu sorgen, d.h., die Märchen des DII über die Ursachen der Umweltverschmutzung müssen von den Lohnabhängigen



geglaubt werden, damit sie höhere Steuerzahlungen akzeptieren. (Unter dem Stichwort „Lebensqualität" hat Brandt in seiner Regierungserklärung hierzu den entsprechenden Vorstoß gemacht und so die zukünftigen Steuererhöhungen begründet: „Wer mehr Lebensqualität will, muß auch zu höheren Leistungen bereit sein . . .")

»Aktiv« vorgesorgt

„Dringend notwendig ist jedoch eine eigene unternehmerische Konzeption für langfristige und wirkungsvolle Mitarbeiter-Aufklärung", erkennt die Kölner Informedia Verlags-GmbH. In dem internen Schreiben an Geschäftsleitungen größerer Unternehmen heißt es weiter: „Langfristig, weil Überzeugungsarbeit Zeit und Geduld braucht. Wirkungsvoll nur wenn nicht mit dem Holzhammer gearbeitet wird und die Argumente gut verpackt und wohl dosiert an den Mann gebracht werden. Dieses Konzept hat 'aktiv'. 'aktiv' ist eine unternehmerische Boulevardzeitung für Ihre Mitarbeiter . . ."

Der Informedia-Verlag ist nicht ein x-beliebiger Verlag, der seine Zeitung an den Mann bringen will. Hinter ihm steckt die „Studiengruppe Unternehmer in der Gesellschaft", die „Deutsche Sektion der Fondation Europeenne pour l'Economie (F.E.E.)". Die F.E.E. wurde im Sommer 1971 in Brüssel gegründet, mit der von ihr selbst formulierten Aufgabe, „gegen geistige Strömungen, die das feie Unternehmertum in Westeuropa bedrohen, vorzugehen und auf Denkweisen und Vorurteile (!) der Gesellschaft Einfluß zu nehmen."

„Die Bourgeoisie unterscheidet sich vom Kleinbürgertum dadurch, daß sie aus ihrer ökonomischen und politischen Erfahrung gelernt hat, die Bedingungen zu begreifen, die im kapitalistischen System für das Aufrechterhalten der „Ordnung" (d.h. der Versklavung der Massen) erforderlich sind. Die Bourgeois sind Geschäftsleute, Menschen, die mit großer kaufmännischer Berechnung vorgehen, die gewöhnt sind, auch an die Fragen der Politik streng geschäftlich heranzutreten, die mißtrauisch gegen Worte sind und den Stier bei den Hörnern zu packen wissen."
Lenin 1917

Präsident wurde der deutsche Ex-Nazi und heutige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Hermann Josef Abs.

(Zu „aktiv" siehe auch AK 19, zur F.E.E. AK 17)

Inzwischen haben so viele Kapitalisten die Notwendigkeit der Propaganda der „Freien Marktwirtschaft" erkannt und „aktiv" für ihre Belegschaften bestellt, daß das Blatt auf erweiterter Basis mit speziellen Branchenausgaben erscheint. Diese Branchenausgaben, z.B. Metall oder Chemie, werden in Verbindung mit den jeweiligen Arbeitgeberverbänden ausgearbeitet (z.B. die Chemie-Ausgabe von „aktiv" in Verbindung mit dem „Arbeitsring Chemie", dem Zusammenschluß der Arbeitgeberverbände Chemische Industrie).

Teilweise wird die Zeitung pauschal von den Arbeitgeberverbänden bezahlt. In Hessen erhalten so alle Chemiearbeiter das Blatt, ansonsten wird es zumeist an Belegschaften von Großbetrieben geliefert. (In Hamburg Promonta, Adretta, Reichholdt-Albert-Chemie.) Die Verteidigung ihrer Interessen auf diese Art lassen sich die Kapitalisten durchaus einiges kosten. Für ein Jahresabonnement im 14-tägigen Zeitung müssen bei einem 1000 Mann-Betrieb ca. 15 000 DM gezahlt werden!

In dem Schreiben an die Geschäftsleitungen hatte die Informedia VerlagsGmbH versprochen: „Wenn Sie 'aktiv' bei Ihren Mitarbeitern einsetzen, haben Sie eine reelle Chance, daß die notwendigen Informationen über Leistung und Verantwortung des Unternehmers a n k o m m e n und v e r s t a n d e n werden, das kann m o r g e n l e b e n s w i c h t i g sein . . . 'aktiv' sorgt dafür, daß Ihre Mitarbeiter nicht von Maos Sprüchen, schlimmer noch, von den Parolen unserer Linksextremen und kleinen Maos eingelullt werden."

Ein „Hauch" von BILD

Wie das im Einzelnen geschieht, läßt sich gut anhand der Chemieausgaben aufzeigen: In jeder Ausgabe findet man einige Artikel, die sich zunächst der Sorgen und Nöte „des kleinen Mannes" annehmen.

„Der Fiskus verdient an uns Milliarden", heißt es da demagogisch in Nr. 2 1972 auf der ersten Seite. Gemeint sind natürlich nicht die ständig wachsenden Steuerlasten der Werktätigen, sondern, daß jeder „ohne Entgelt seine Steuererklärung zusammenbastelt – was eigentlich Staates Aufgabe wäre!"

Der Leitartikel der gleichen Ausgabe hat die Balkenüberschrift: „Der Rentner starb, da glaubte man ihm die Krankheit". In dem Artikel wird sich darüber empört, daß ein Gericht gegen einen als Zeugen vorgeladenen Rentner, der wegen Krankheit nicht zur Zeugenaussage erschien, eine Ordnungsstrafe verhängte. Diese Ordnungsstrafe wurde, als der Rentner kurz darauf starb, vom Gericht mit der Begründung zurückgenommen, daß so sein Fehlen durch Krankheit ein glaubhafter Grund war.


Heute auf Seite 3: Das große „aktiv"-Quiz!: Die Gewinner und drei neue Aufgaben

aktiv

-aktiv-ticker-

Teure Butter - aus der Milch wird Viehfutter gemacht!

Wieviel blieb übrig?

Andere Länder, gleiche Sorgen

Nicht für alle Geld

Unsinn der EWG-Agrarpolitik – Verbraucher: „Man subventioniert Millionäre"

„aktiv", Chemieausgabe vom 11.11.72

Auch hier natürlich kein Wort darüber, daß und wieso ältere Menschen vom Kapitalismus besonders getroffen werden. Stattdessen Anprangerung eines derartigen Gerichtsbeschlusses als „makabrer geht's wirklich nimmermehr", um sich der guten Gefühle der Leser zu bedienen.

Ähnlich Nr. 3 vom Sept. 72. „34 DM – für ganze zwei Pfund Fleisch" heißt es dort in riesigen Lettern auf der Titelseite. Mehrere fingierte Hausfrauen nach Art der Waschmittel-Reklame berichten: „Hausfrau Elke W. (31) aus Osnabrück zu 'aktiv': 'Mein Mann verdient gut 1000 DM netto. Wir haben 4 Kinder. Ein Rinderbraten für uns 6 kostet mindestens 25 DM. Das ist bei 120 DM Haushaltsgeld pro Woche nicht mehr drin'"

Und der Grund?

Nicht etwa, daß Großbauern mit Milchpfennigen subventioniert werden, während die vor allem Fleisch produzierenden Kleinbauern zur Hofaufgabe gezwungen werden. Oder daß die Lebensmittelkonzerne und Großhändler mit gezielten Absprachen die Preise immer mehr in die Höhe treiben. Stattdessen führt „aktiv" aus, daß in allen Ländern die Fleischpreise „explodiert" seien, da „die Franzosen, Engländer, Italiener und Deutschen statt Speck lieber Schinken, statt Suppenfleisch lieber Schnitzel, Kotelett oder gar Filet essen . . . und den Fehler machten, trotz steigender Preise weiterzukaufen . . . und bei uns allein der Rindfleisch-Konsum von 20,8 auf 21,2 Kilo zunahm."

Als wenn sich mit den 400 Gramm Mehrverbrauch in einem Jahr dieser Preisanstieg erklären ließe!

„Unser Blatt hat einen Hauch von BILD'", hatte die Informedia Verlags-Gesellschaft geworben. Das ist zweifellos richtig. Schon 1959 hatte Springer zu seinem „Erfolg" zynisch erklärt: „Ich war mir seit Kriegsende darüber klar, daß der deutsche Leser eines auf keinen Fall wollte (in jedem Fall wollte Springer das nicht), nämlich nachdenken. Und darauf habe ich meine Zeitungen eingestellt."

Den Leser gefühlsmäßig packen (ohne „Holzhammer"), damit er das Gefühl hat, die Zeitung nehme sich seiner Interessen an, das ist die Masche, die „aktiv" von Springers „Bild" übernommen hat.

Objekt Ehefrau

Der Ehefrau des Arbeiters wird besondere Beachtung geschenkt. „Tips für die Küche", kosmetische und Einkaufs-Ratschläge bringt jede Nummer, daneben eine „Trost- und Ratspalte" für Zuschriften.

Die Unternehmer sehen in der Hausfrau, der die unmittelbaren Erfahrungen der Ausbeutung im Betrieb fehlen, ein schwaches Glied in den Reihen der Arbeiterklasse, das propagandistisch zu bearbeiten besonders lohnt. So wurden während des Chemiestreiks 71 an die Ehefrauen streikender Arbeiter Briefe per Einschreiben versand, die über die „Unsinnigkeit" des Streiks „aufklärten" und von ihnen verlangten, ihre Männer wieder zur Arbeit zu schicken.

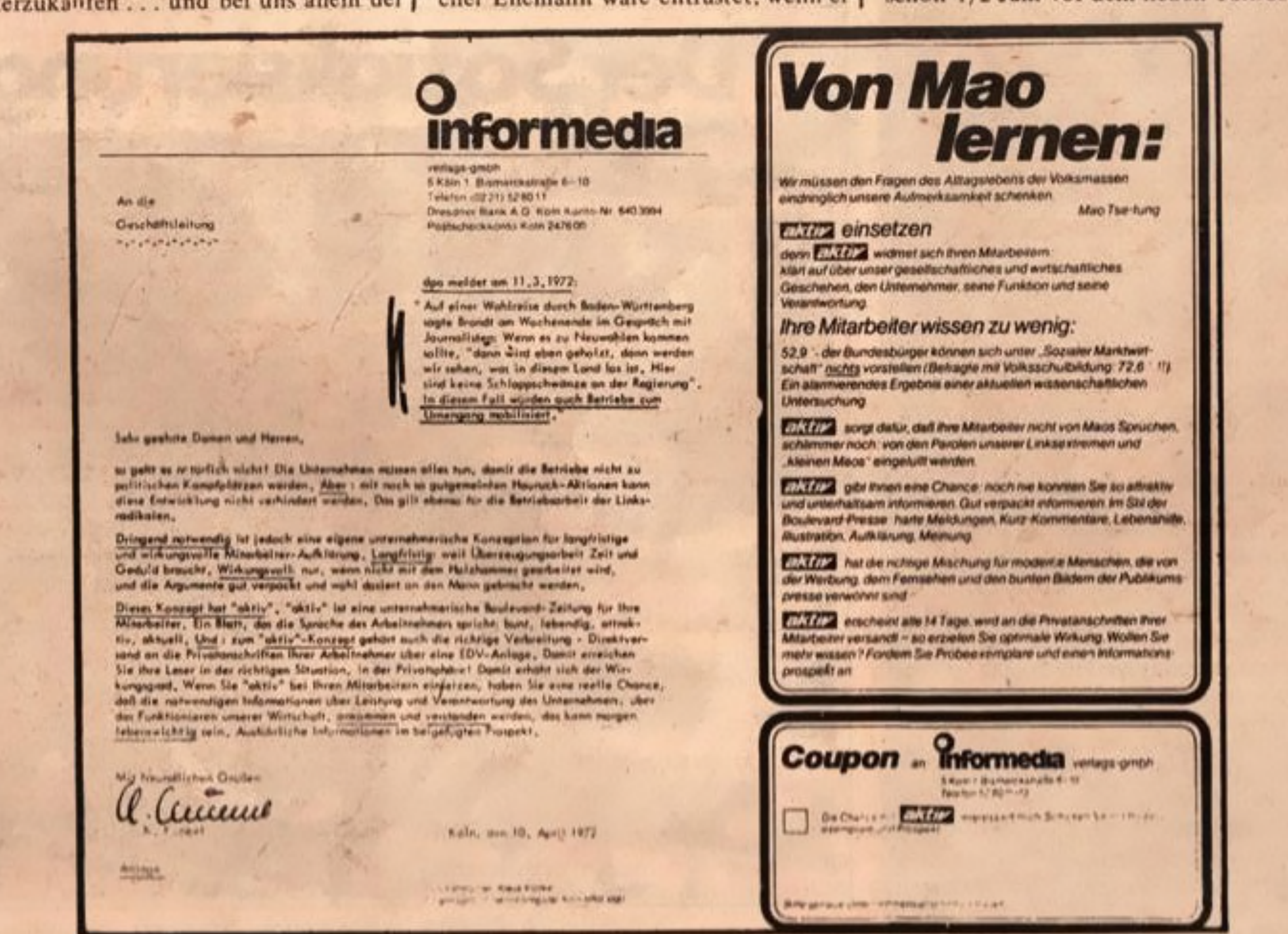
„aktiv" sorgt hier für zukünftige Streiks schon vor, in dem der Ehefrau der Arbeitsplatz ihres Mannes als Erholung erscheinen soll, während sie selbst es viel schwerer hätte. „Während Deutschlands Männer an supermodernen Maschinen und Geräten arbeiten", heißt es in Nr. 6 vom Dez. 72, „muten sie ihren Frauen in der Küche zu Hause mittelalterliche Zustände zu . . . Mancher Ehemann wäre entrüstet, wenn er im Betrieb so arbeiten müßte . . ."

Besser lassen sich die Verhältnisse nicht verdrehen. Als wenn nicht gerade die „supermodernen Maschinen" an „hochtechnisierten und -rationalisierten Arbeitsplätzen" das dienten, aus dem Lohnarbeiter das Letzte herauszuholen! Ihr dagegen wird gesagt, ihr Mann beute sie aus, da er sie in „Küchen aus Opas Zeiten" zu „total überlasteten Schwerstarbeiterinnen" degradiere. Mit welchem Verständnis soll die derart bearbeitete Frau wohl dem Streik ihres Mannes begegnen?

Bei Annahmeverweigerung wird „nachgehakt"

Verständlich wird, warum die Zeitung trotz hoher Portokosten nicht im Betrieb verteilt wird. Nur durch Postversand ist gewährleistet, daß die Zeitung auch bei der Ehefrau (bevor der Mann es verhindern kann) ankommt. Oder, wie es der Verlag ausdrückt: „Damit erreichen Sie Ihre Leser in der richtigen Situation, in der Privatsphäre! Damit erhöht sich der Wirkungsgrad."

Dementsprechend wurden von verschiedenen Arbeitgeberverbänden Vereinbarungen getroffen, wie gegen Arbeitnehmer vorzugehen ist, die die Annahme der „Arbeitnehmerzeitung" verweigern. Im „Sonderrundschreiben Nr. 28" der hessischen Chemiearbeitgeber heißt es: „Bei Empfängern, die die Annahme verweigern, erhält die Firma die Banderole mit der Anschrift des Empfängers vom Verlag zugesandt. Sie hat dann Gelegenheit zum 'Nachhaken'. . . Im übrigen besteht die Möglichkeit, daß jede Firma individuelle Absprachen mit dem Verlag hinsichtlich des Vorgehens bei Annahmeverweigerung trifft. (Siehe auch den Artikel über die Proteste der Reichholdt-Vertrauensleute gegen „aktiv".)


informedia
verlags-gmbh
5 Köln 1 Bismarckstraße 6–10
Telefon (0221) 52 80 11

An die
Geschäftsleitung

dpa meldet am 11.3.1972:

"Auf einer Wahlreise durch Baden-Württemberg sagte Brandt am Wochenende im Gespräch mit Journalisten: Wenn es zu Neuwahlen kommen sollte, "dann wird eben geholzt, dann werden wir sehen, was in diesem Land los ist. Hier sind keine Schlappschwänze an der Regierung". In diesem Fall würden auch Betriebe zum Umengang mobilisiert."

Sehr geehrte Damen und Herren,

so geht es natürlich nicht! Die Unternehmen müssen alles tun, damit die Betriebe nicht zu politischen Kampfplätzen werden. Aber: mit noch so gutgemeinten Hauruck-Aktionen kann diese Entwicklung nicht verhindert werden. Das gilt ebenso für die Betriebsarbeit der Linksradikalen.

Dringend notwendig ist jedoch eine eigene unternehmerische Konzeption für langfristige und wirkungsvolle Mitarbeiter-Aufklärung. Langfristig: weil Überzeugungsarbeit Zeit und Geduld braucht. Wirkungsvoll: nur, wenn nicht mit dem Holzhammer gearbeitet wird, und die Argumente gut verpackt und wohl dosiert an den Mann gebracht werden.

Dieses Konzept hat "aktiv". "aktiv" ist eine unternehmerische Boulevard-Zeitung für Ihre Mitarbeiter. Ein Blatt, das die Sprache des Arbeitnehmers spricht: bunt, lebendig, attraktiv, aktuell. Und: zum "aktiv"-Konzept gehört auch die richtige Verbreitung - Direktversand an die Privatanschriften Ihrer Arbeitnehmer über eine EDV-Anlage. Damit erreichen Sie Ihre Leser in der richtigen Situation, in der Privatsphäre! Damit erhöht sich der Wirkungsgrad. Wenn Sie "aktiv" bei Ihren Mitarbeitern einsetzen, haben Sie eine reelle Chance, daß die notwendigen Informationen über Leistung und Verantwortung des Unternehmers, über das Funktionieren unserer Wirtschaft, ankommen und verstanden werden, das kann morgen lebenswichtig sein. Ausführliche Informationen im beigefügten Prospekt.

Mit freundlichen Grüßen

Köln, den 10. April 1972

Anlage

Die Vorbereitung der Tarifrunde in der Chemie-Ausgabe ‚aktiv'

In der September-Ausgabe, also schon 1/2 Jahr vor dem neuen Tarifabschluß, beginnt „aktiv" mit manipulierten Zahlen die Tarifrunde vorzubereiten. Im „aktiv-kommentar" zur Inflation werden die „wahren Schuldigen" für die Preistreiberei festgemacht: die Arbeiter, die vielzuviel verdienen. Zu den Ursachen der Inflation schreibt „aktiv": „Nun gibt es Leute, die verharmlosend mit dem Finger aufs Ausland zeigen und sagen: Da steigen die Preise noch viel schneller! Dieses Argument ist so, als wollten wir die Verbrechen in unserem Land mit dem Hinweis entschuldigen: In Amerika werden noch viel mehr Leute totgeschlagen (!) . . . Dann wird behauptet, wir können für unsere Inflation nichts. Die ist aus dem Ausland importiert. Auch das stimmt heute nicht mehr . . . Tja, und dann müssen natürlich die Unternehmer herhalten. Sie haben, so sagt man, durch aggressives Gewinnstreben und mangelnden Wettbewerb den 'großen Schnitt' gemacht und die Preise hochgetrieben."

Und weiter im Fettdruck:

„Klare Feststellung dazu: Die industriellen Erzeugerpreise waren im ersten Vierteljahr 1972 um 0,5 % niedriger als um die gleiche Zeit 1971.

Weiter: Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit lagen im letzten Jahr unter dem Niveau des Jahres 1970. Wo also war das aggressive Gewinnstreben . . .?

Nein, Freunde, da beißt die Maus keinen Faden ab: Diese Inflation haben wir auf unserm eigenen Herd gekocht! Wie? Seit Anfang 1969 sind die Bruttoeinkommen unserer Arbeitnehmer um 50,2 % (!) gestiegen. Die Produktivität, die Leistung also, nahm aber je Erwerbstätigen nur um magere 13,2 % zu . . ."

Diese Zahlen nennt „aktiv" ganz unverschämt seinen Lesern. Sie sind natürlich erlogen. Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg die Lohn- und Gehaltssumme seit 1968 bis 1971 um 47,5 %, berechnet auf die gesamte Arbeiterklasse. (Da die Anzahl der Arbeiter in diesem Zeitraum gewachsen ist, ergibt sich pro einzelnem Arbeiter weniger.) Im gleichen Zeitraum wuchsen allein die versteuerten Einkommen der Unternehmer (netto) um ebenfalls 47,5 %! Darin sind nicht die immensen verschleierten Vermögenszuwächse enthalten, die in den Bilanzen nicht auftauchen. (Pro einzelnem Unternehmer ergibt sich sowieso ein höherer Zuwachs, da ihre Anzahl abgenommen hat). Und die Preise? Seit 1969 wurden die industriellen Erzeugerpreise, ebenfalls nach dem Statist. Bundesamt, um 17,5 % erhöht, obwohl die Arbeitsproduktivität um 20 % stieg! Dementsprechend stiegen die Lebenshaltungskosten so stark, daß vom Anstieg der Nettolöhne nicht einmal die Hälfte real mehr übrig geblieben ist und inzwischen der Preisanstieg größer ist als der Lohnzuwachs!

Nach dem Konzept der „langfristigen und wirkungsvollen Mitarbeiter-Aufklärung" werden in den nächsten Ausgaben der Zeitung ständig Artikel über die „schwierige Lage" der Chemieindustrie und die „besonders gute Stellung" des westdeutschen Chemiearbeiters eingestreut. „Der alte Schwung fehlt immer noch", heißt es da in Nr. 4 von Oktober. Während steigende Gewinne „dringend nötig" wären, falle der Umsatz. Die Arbeitnehmer „dagegen können zufriedener" sein, da ihre Löhne mehr als der Umsatz stiegen. Außerdem habe er „die meiste freie Zeit" (Nr. 6 vom Dezember) und zähle „zu den Spitzenverdienern in der Industrie" (Nr. 6).

Als sich Ende letzten Jahres der Aufschwung in der Chem. Industrie nicht mehr verbergen läßt, so daß die Arbeiter allein am Produktionsanstieg sehen können, welche Gewinne gemacht werden, lenkt „aktiv" vorsichtig ein. Vom „langsamen Trittfassen" ist die Rede, wobei allerdings der „Ertragseinbruch" 70/71 „nachwirkt" und „niemand in Jubel ausbrechen sollte".

Den Arbeitern wird weisgemacht, sie hauen mit Lohnforderungen sich selbst in die Pfanne. „Eine einfache Formel, die manche nicht begreifen wollen," heißt es da: „Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es den darin Tätigen gut – und auch dem Staat!" Also muß es Aufgabe der Arbeiter werden, für das Wohlergehen ihres Unternehmers zu sorgen!

Schon im März 1972 hatte „aktiv" unter der Überschrift „Weg mit dem Profit – Was dann?" den Arbeitern eingeredet, daß nichts schlimmeres als das sie treffen könnte: „Die Erträge unserer Unternehmen werden nicht nur von linken Radikalen abschätzig als 'Profit' verdammt." Dann könnte nichts mehr investiert werden und die Kapitalisten keine Steuern zahlen, so daß „der kleine Mann die Zeche zahlt. Ein Bier kostet dann 1,50 DM, ebenso der Liter Benzin . . . Schönes Paradies, was?"

Forts. nächste Seite

Die langfristige Wirkung von ‚aktiv'

Bei den gewerkschaftlich aktiven Teilen der Arbeiterklasse werden die Kapitalisten sicherlich nicht mit dieser Propaganda landen können. Dort werden derartige „Argumente" keine Wirkung erzielen. Dennoch darf die Wirkung der Zeitung keineswegs unterschätzt werden.

Mit „Aufmachung" und „Argumenten" zielt die Zeitung auf unbewußtere Schichten der Arbeiterklasse ab, darunter insbesondere auch nicht berufstätige Ehefrauen. Da dort die Manipulationen und Lügen nicht sofort durchschaubar sind, wird „aktiv" hier – langfristig gesehen – durchaus „wirken" und somit zu einer Gefahr, die bekämpft werden muß. In dem die Kapitalisten diesen Arbeitern einzureden versuchen, daß Auseinandersetzungen mit den Kapitalisten den Arbeitern schaden, sollen sie ihren bewußteren, kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen und die notwendige einheitliche Kampffront aufspalten. Dies ist bei der derzeitigen Schwäche der Arbeiterbewegung besonders gefährlich, wenn unbewußtere Schichten vom gewerkschaftlichen Kampf völlig abgehalten werden.

Ein individueller Protest gegen „aktiv" – etwa derart, daß die Zeitung sofort im Papierkorb verschwindet oder daß ein einzelner Kollege auf Abbestellung besteht – nutzt nichts. Diese Kollegen haben sowieso diese Masche der Kapitalisten durchschaut und fallen nicht mehr darauf herein. Daß dies zu einem Teil passiert, werden die Kapitalisten durchaus eingeplant haben.

Der Postversand soll ja gerade dazu verführen, nur so auf die Zeitung zu reagieren und nicht im Betrieb über Vertrauensleutekörper und Betriebsrat die gesamte Einstellung dieses Hetzblattes zu verlangen.

Einzeloffensiven der Kapitalisten

Neben „Eurotest", „aktiv" etc., die auf die gesamte oder große Teile der Arbeiterklasse zielen, gibt es eine Unzahl weiterer Initiativen: Z.B. wurde auf dem Treffen der Werkredakteure, also der „Schriftleiter" der kapitalistischen Werkszeitungen, gefordert und vereinbart, die bisher weitgehend unpolitischen Werkszeitungen in „Kampforgane für die freiheitliche Wirtschaftsordnung" umzuwandeln und „nicht länger der Auseinandersetzung mit radikalen Gruppen – gleich welcher Couleur – aus dem Wege zu gehen, um der zunehmenden Verunsicherung vieler Mitarbeiter durch betriebliche und außerbetriebliche Agitation ... entgegenzutreten." (Welt v. 27.5.72)

Einzelinitiativen einiger Kapitalisten sollen die gesamte Klasse mitreißen und ein „positives Beispiel" geben. So läßt Esso-Chef Oehme, der auf den „Salzburger Gesprächen" zwischen deutschen und österreichischen Kapitalisten „über die Gesellschaftsordnung" besorgt „zunehmende linksradikale Aktivitäten und ein völlig schiefes Bild vom freien Unternehmertum" feststellte, Lehrer aus Volks-, Real- und Berufsschulen auf Kosten der Esso (in Zusammenarbeit mit den Kultusministerien) über die Notwendigkeit der Verteidigung der Ausbeuterordnung in den Schulen in mehrwöchigen Seminaren „aufklären", bisher schon 4000 Lehrer! Konrad Henkel, Chef und Besitzer des Henkel-Konzerns, stellte in einem Spiegel-Gespräch fest, daß die Unternehmer bislang „unpolitisch" waren, was sich in Zukunft ändern würde: „Sie werden in Zukunft ihre (sehr richtig!) Soziale Marktwirtschaft stärker verteidigen und deren Vorteile allen plausibler, klarer und transparenter machen."

Er selbst ließ für zig Millionen DM eine Anzeigenkampagne starten, die nicht eins seiner Waschmittel, sondern die Notwendigkeit der kapitalistischen Ausbeuterordnung verteidigte und werbewirksam schmackhaft zu machen versuchte.

Da finden „Dialektik-Seminare" gegen Linke statt, auf denen höheres und mittleres Management mit „Argumentationshilfen" für betriebliche Auseinandersetzungen ausgerüstet werden. Der Schweizer Jesuit Haensli, der solche Kurse u.a. durchführt und zu dem Esso, Blendax, Henkel, IBM, Kodak, Nestle und Valvo z.B. ihre Manager schicken, ist nach einem Bericht des „Manager Magazins" vom Sept. 72 „auf Monate hin ausgebucht". In Hamburg lädt das „Institut Neue Wirtschaft e.V.", das von den Arbeitgeberverbänden finanziert wird, zu „Trainingsseminaren ‚Das Gespräch mit der Linken' " ein. Für 220 DM kann in einem Wochendseminar im Parkhotel Mölln (Unterbringungskosten extra) in „Rollenspielen" z.B. geübt werden, „wie mit Zwischenrufen in Betriebsversammlungen fertig werden?" In dem Einladungsschreiben heißt es:

„Die Linke bereitet den Angriff auf die Betriebe vor. Dann sind Zeit- und Informationsmangel keine Entschuldigungsgründe mehr. Dann stehen die Unternehmer im unmittelbaren Konflikt mit direkter Konsequenz für den betrieblichen Erfolg und die unternehmerische Position überhaupt."

Das Klassenbewußtsein der Kapitalisten wächst

Unternehmungen wie „Eurotest Metall", „Die neue Linke", „aktiv" etc. sind erst der Beginn der weit umfassenderen Propagandaoffensive der Kapitalisten, die im Moment noch längst nicht von allen Kapitalisten getragen wird. Erst einzelne, politisch bewußte Kapitalisten, vor allem aus den Führungsspitzen der Kapitalistenverbände, erkennen die Notwendigkeit, ihre eigene Klasse viel stärker als in den letzten Jahren gegen die Arbeiterklasse zusammenzuschließen. „Es ist höchste Zeit", forderte Egon Ruf, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Bauindustrie, auf der Mitgliederversammlung der westdeutschen Bauunternehmer im Juni letzten Jahres, „daß die Unternehmer in der Bundesrepublik aus der bisherigen Zurückhaltung heraustreten, um sich persönlich für die Erhaltung des Systems der freien und sozialen Marktwirtschaft einzusetzen ... Haben sie in den letzten Jahren des Wiederaufbaus ihre Hauptaufgaben im ökonomischen Bereich gesehen, so müssen sie jetzt ihre Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit dadurch deutlich machen, daß sie aktiv in allen Gremien des öffentlichen Lebens mitwirken." Hans L. Merkle, der Vorsitzende der Bosch GmbH, führte in einem Gespräch mit der Kapitalisten-Zeitung „Manager Magazin" im November letzten Jahres aus, die Unternehmerschaft hätte noch lange nicht genug für ihr „zukünftiges Überleben" getan, es sei „etwas versäumt worden neben der großen Aufgabe des Wiederaufbaus nach 1945".



Henkel-Anzeigen

Merkle weiter: **„Ich habe dem Unternehmer zugerufen, daß er sich in den restlichen Jahrzehnten dieses Jahrhunderts mit Fragen beschäftigen muß, die über sein Unternehmen im engeren Sinne hinausgehen, daß er sich mit der Frage beschäftigen muß, wie sein Unternehmen in der Gesellschaft existieren kann, daß er darüber nachdenken muß, welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen, damit Unternehmer in der zukünftigen Gesellschaft noch existieren können ... Ich konzentriere mich darauf, meine Kollegen, und damit mich selbst, aufmerksam zu machen auf Gefahren, die vor uns stehen ..."**

Auch bürgerliche Politiker fordern verstärkt, daß im Kampf für die Erhaltung der kapitalistischen Ordnung sich die gesamte Bourgeoisie zusammenschließt. So „verurteilte" Strauß unter „frenetischem" Beifall auf dem Wirtschaftstag 1971 der CDU/CSU vor den Spitzenvertretern des Kapitals, „daß das Selbstverständnis der Unternehmer hinsichtlich ihrer Existenzberechtigung in unserem Lande noch lange nicht so klar und überzeugend ist, wie es für das Fortleben der Marktwirtschaft und diese für sie unentbehrliche Schicht notwendig ist." Und für die SPD/FDP-Koalition „warnte" Bundesinnenminister Genscher die Unternehmer vor ‚Lust am Untergang'. Sie müßten sich „ihrer Bedeutung als treibende Kraft in unserer Gesellschaftsordnung stärker bewußt werden" und „allen Versuchen entgegentreten, das Gewinnstreben (!), das Leistungsprinzip und die Marktwirtschaft als solche zu diffamieren." (WELT v. 29.3.72)

Wiedergeburt eines neuen Staatsbewußtsein

Während der Wiederaufbauphase in den 50iger und 60iger Jahren, als die ständig steigenden Löhne und geringen sozialen Verbesserungen Illusionen über den Kapitalismus nährten, ließ sich die Arbeiterklasse mit der sozialpartnerschaftlichen Ideologie „wir sitzen ja alle in einem Boot" beherrschen. Heute registriert die Bourgeoisie aufmerksam, daß diese Illusionen in einigen Teilen des Volkes, auch in der Arbeiterklasse, zusammenbrechen. Die Konzertierte Aktion (also die staatlich verordnete Sozialpartnerschaft) werde durch ein „ausgesprochen militantes, kriegerisches Konfrontationsklima" belastet, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Fritz Neef, vor Unternehmern im Juni 72. (WELT v. 30.6.72)

Natürlich meinte er nicht die kapitalhörigen Gewerkschaftsführer, die in der konzertierten Aktion mit den Kapitalisten zusammensitzen, sondern nannte als Ursache ‚die wilden Streiks', die „uns in der Konz. Aktion völlig überrascht" haben. Hanns Martin Schleyer, früher NS-Studentenführer in Innsbruck und SS-Führer, heute Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG und Vizepräsident der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), bezeichnete auf einer CDU-Veranstaltung „drei Stoßtrupps", die den Kapitalisten gefährlich werden:

1. Kräfte, die die Gewerkschaften aus „Ordnungsfaktoren" zu „gesellschaftsverändernden Mächten" machten,
2. die „neue Linke", die „täglich Geländegewinn erziele" und
3. könne „die Suche nach Rezepten, die Qualität des Lebens zu verbessern, starke gesellschaftsverändernde Kräfte verführen, in zunehmenden Maße sozialistische Elemente in den gesellschaftlichen Prozeß ... einzubauen." (WELT v. 1.6.72)

Schleyer schätzt die Lage richtig ein: In den Gewerkschaften sind die Mitglieder mit der Ordnungspolitik der sozialdemokratischen Führung unzufrieden und dringen auf Veränderung. Der mit 2/3 der Stimmen abgelehnte Stahlabschluß in Nordrhein-Westfalen zeigt, wie sehr diese spontane Bewegung angewachsen ist. Andererseits „erzielt die neue Linke", also die kommunistische Bewegung, „Geländegewinn". Da Schleyer weiß, daß sich für die Arbeiterklasse die „Lebensqualität" im Kapitalismus nicht verbessern kann, warnt er nun die SPD-Führer davor, zuviel Reformillusionen zu verbreiten, die zusammenbrechen müssen, und dann die „Gefahr" heraufbeschwören, daß die Arbeiterklasse auf revolutionäre Veränderung drängt. Andererseits wissen die Kapitalisten, daß momentan der Verzicht auf die sozialdemokratische Illusionspolitik, die Arbeiterklasse schnell an sozialistische Positionen heranführen würde.

Dies ist im Bundestags-Wahlkampf deutlich geworden: Die Kapitalisten haben mit ihrer Anzeigenkampagne, die unverhüllt die kapitalistische Ausbeuterordnung und Erhaltung des „freien Unternehmertums" propagierte und sich gegen jeden Reformismus wandte, der CDU/CSU eher Stimmen vermasselt.

‚aktiv' abgeblitzt

Bei der Hamburger Reichhold-Albert-Chemie, einem ca. 700 Mann großen Betrieb, der zum Hoechst-Konzern gehört, wird seit einigen Monaten „aktiv" den Kollegen ins Haus geschickt. Zuvor hatte Vorstandsmitglied Singer die Herausgabe dieser Zeitung angekündigt, um einmal die „andere Seite" zu Wort kommen zu lassen und „unternehmerische Standpunkte" ins Spiel zu bringen. (Das ist auf den „Chemiearbeiter" des KB gemünzt, der bei Reichhold verteilt wird.)

Bei der Vorbereitung der Jugendversammlung Mitte Dezember entschied die ca. 30köpfige IG Chemie-Jugendgruppe, auf der Jugendversammlung für die Forderung einzutreten, daß die Geschäftsleitung „aktiv" wieder abbestellt.

Als ein Kollege aus der Jugendgruppe dies vortrug, wehrte die Geschäftsleitung so massiv ab, daß alle Jugendlichen empört die Abbestellung der Zeitung forderten. Die Geschäftsleitung mußte einlenken und sagte zu, wer wolle, könne abbestellen, indem er sich beim Personalbüro melde.

Zur nächsten Sprechstunde der Jugendvertretung erschienen um 20 Lehrlinge, die sich auf einer Abbestellliste eintragen wollten und anschließend weitere Unterschriften sammeln wollten. Der Vorsitzende der Jugendvertretung begann zunächst eine Liste anzufertigen, kriegte dann allerdings „kalte Füße". Da nach dem Betr.V.G. politische Tätigkeit verboten sei, könne er keine Unterschriftensammlung durchführen.

Eine schöne Auffassung: Der Unternehmer gibt, ohne zu fragen, die Adressen an den Informedia-Verlag, damit dieser das Hetzorgan „aktiv" zuschicken kann, aber im Betrieb Unterschriften zur Abbestellung zu sammeln, ist illegal.

Nachdem sich die Jugendlichen durch den Vorsitzenden der Jugendvertretung zunächst hatten abwimmeln lassen, planten sie im Januar einen neuen Vorstoß. Ein gewerkschaftliches Flugblatt sollte auf einem beigefügten Formular zur Abbestellung der Zeitung aufrufen und an alle Kollegen, also nicht nur die Jugendlichen, verteilt werden.

Allerdings war das erste Flugblatt viel zu sehr auf die Auseinandersetzungen der Jugendlichen zugeschnitten. Im Vertrauensleutekörper der IG Chemie bei Reichhold wurde daher beschlossen, ein von VLK und Jugendgruppe gemeinsam erstelltes Flugblatt herauszugeben, das alle Kollegen auffordert, „aktiv" bei der Personalabteilung abzubestellen.

Welche Fehler haben die Reichhold-Kollegen gemacht?

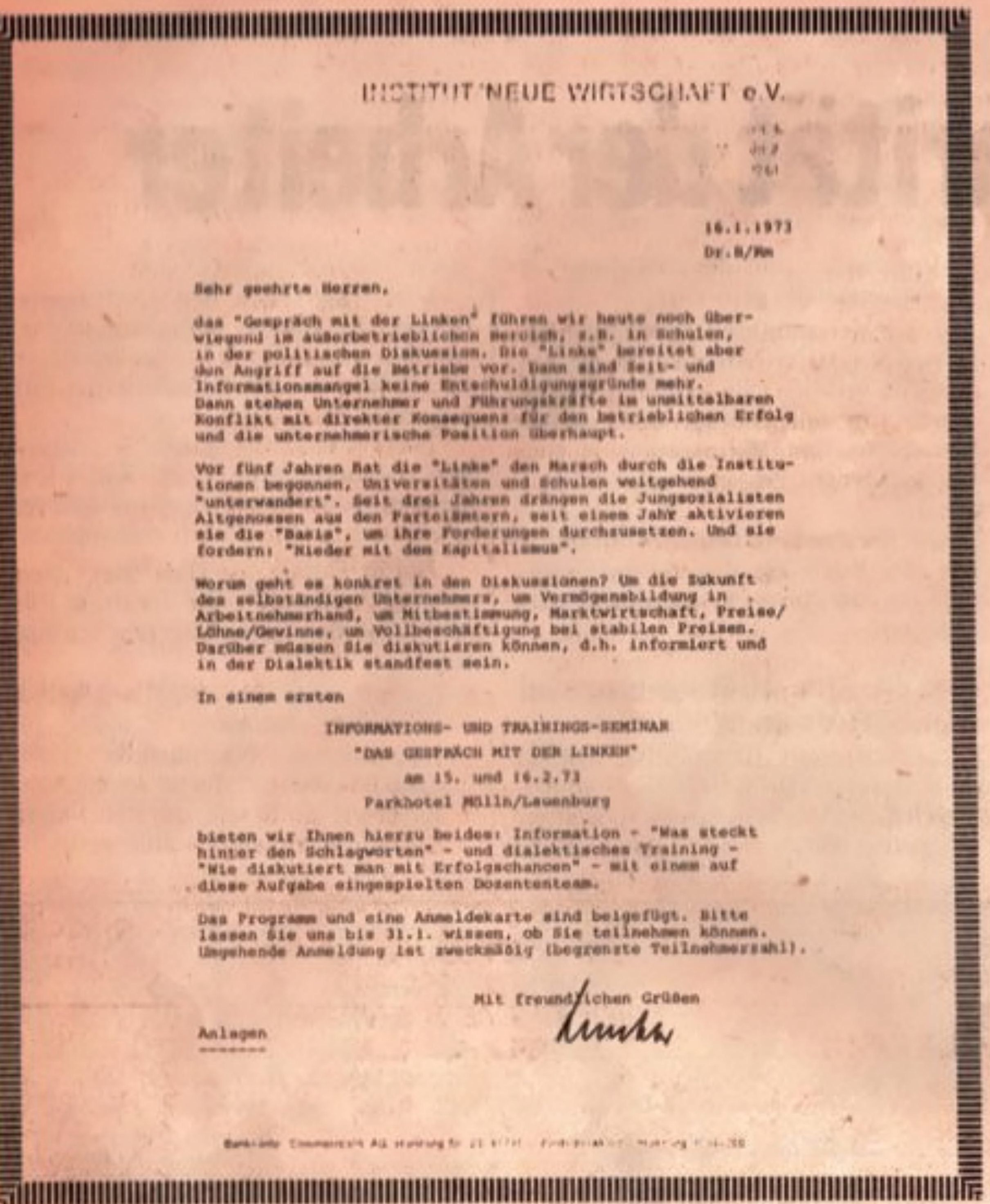
Sicherlich werden die Mehrzahl der Jugendlichen und die aktiven Gewerkschafter unter den älteren Kollegen diesen Aufruf des VLK befolgen. Auf diese Kollegen hätte die Zeitung sowieso kaum spalterischen Einfluß gehabt.

Wichtig dagegen wäre es, die Forderung einer Abbestellung von „aktiv" für alle Kollegen durchzusetzen. Dies ist natürlich nur dann sinnvoll, wenn zunächst alle Kollegen über die Bedeutung der Zeitung Klarheit gewonnen haben, also durch aktuelle Flugblätter eine Auseinandersetzung mit „aktiv" geführt wird. Hierbei die gewerkschaftlichen Mittel einzusetzen, stößt bei allen Kollegen auf weit mehr Verständnis als manch andere trübe Quelle, in die auch Gewerkschaftsgelder fließen.

Nach einer solchen Auseinandersetzung wird der VLK vom Betriebsrat fordern können, daß er bei der Geschäftsleitung die Weitergabe der Belegschaftsadressen verhindert und auf einheitlicher Abbestellung besteht. Ebenso können von den Vertrauensleuten Unterschriftensammlungen in ihren Abteilungen organisiert werden, die alle, mindestens aber fast alle der Kollegen erfassen sollten. Dies geht allerdings auch erst, nachdem vorher die spalterische Wirkung von „aktiv" breit dargelegt wurde.



Eine der im Bundestagswahlkampf veröffentlichten Anzeigen



INSTITUT NEUE WIRTSCHAFT e.V.

16.1.1973
Dr.B/Mm

Sehr geehrte Herren,

das "Gespräch mit der Linken" führen wir heute noch überwiegend im außerbetrieblichen Bereich, z.B. in Schulen, in der politischen Diskussion. Die "Linke" bereitet aber den Angriff auf die Betriebe vor. Dann sind Zeit- und Informationsmangel keine Entschuldigungsgründe mehr. Dann stehen Unternehmer und Führungskräfte im unmittelbaren Konflikt mit direkter Konsequenz für den betrieblichen Erfolg und die unternehmerische Position überhaupt.

Vor fünf Jahren hat die "Linke" den Marsch durch die Institutionen begonnen, Universitäten und Schulen weitgehend "unterwandert". Seit drei Jahren drängen die Jungsozialisten Altgenossen aus den Parteiämtern, seit einem Jahr aktivieren sie die "Basis", um ihre Forderungen durchzusetzen. Und sie fordern: "Nieder mit dem Kapitalismus".

Worum geht es konkret in den Diskussionen? Um die Zukunft des selbständigen Unternehmers, um Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, um Mitbestimmung, Marktwirtschaft, Preise/Löhne/Gewinne, um Vollbeschäftigung bei stabilen Preisen. Darüber müssen Sie diskutieren können, d.h. informiert und in der Dialektik standfest sein.

In einem ersten

INFORMATIONS- UND TRAININGS-SEMINAR
"DAS GESPRÄCH MIT DER LINKEN"
am 15. und 16.2.73
Parkhotel Mölln/Lauenburg

bieten wir Ihnen hierzu beides: Information - "Was steckt hinter den Schlagworten" - und dialektisches Training - "Wie diskutiert man mit Erfolgschancen" - mit einem auf diese Aufgabe eingespielten Dozententeam.

Das Programm und eine Anmeldekarte sind beigefügt. Bitte lassen Sie uns bis 31.1. wissen, ob Sie teilnehmen können. Umgehende Anmeldung ist zweckmäßig (begrenzte Teilnehmerzahl).

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen

...fordert das "Herbst-Kolloquium"

Nach der Bundestagswahl fand das „Herbst-Kolloquium" der „Walter-Raymond-Stiftung" statt, auf dem „Wissenschaftler und Führungskräfte der Wirtschaft wegweisende Orientierungen und ordnungspolitische Gedanken und Ideen" austauschen, wie es im Bericht des Zentralorgans der Kapitalisten, im „Arbeitgeber" Nr. 24 vom Dezember 72 heißt.

Hier wurde das ganze Dilemma der Kapitalisten sichtbar: Einerseits auf sozialdemokratische Illusionen angewiesen zu sein, andererseits zu wissen, daß sich diese Illusionen nicht ewig lange aufrecht erhalten lassen. Den Ausweg sehen die Kapitalisten in einer neuen reaktionären Ideologie, in der „Wiedergeburt eines wohlverstandenen neuen Staatsbewußtseins". (Prof. H. Möller, einer der „Kolloquium"-Teilnehmer)

Prof. B. Freudenfeld, der Leiter des DII, wies auf die Schwierigkeiten hin, dieses „neue Staatsbewußtsein" aufzubauen, nachdem jahrzehntelang die Bundesrepublik wegen der Gebietsforderungen im Osten als „Provisorium" erscheinen mußte:

„*Welche Kurzsichtigkeit zu meinen, daß der Wohlstand mehr als eine vorübergehende Beruhigung, als ein Surrogat (Ersatzbefriedigungsmittel) auf Zeit sein könne. Gerade unsere wirtschaftliche Erholung und Bewegungsfreiheit machte ja die politische Ohnmacht (!) deutlich ... Die amputierte Nation wurde ihrer eigentlichen Schwäche inne, das Provisorium in sich unzulänglich und schließlich unglaubwürdig.*"

Freudenfeld rechnet mit der alten CDU/CSU ab, die durch die Politik der „Fiktion der Unteilbarkeit" Deutschlands die Herausbildung eines neuen Staatsgefühls verhindert hat: „Es geht aber gerade nicht um ein Unwerturteil über Nationalgefühl, sondern um seine tiefere Disziplinierung durch Staatsbewußtsein. Daß die Fiktion der Unteilbarkeit ... beides aufs Spiel setzt, macht nämlich die eigentliche nationale Gefahr aus: Ein mystisch schweifendes Volksgefühl ohne innerlich angemessenen Handlungsraum. Hier und nur hier kann der Ansatz für die Bildung einer politischen Gesellschaft, das heißt eines bundesrepublikanischen Staatsvolkes liegen ..."

Daß in der Politik „der Öffnung nach Osten" durch die Anerkennung der DDR und die damit gegebene Möglichkeit, ein bundesrepublikanisches „Staatsvolk" herauszubilden, neue Chancen eines reaktionären „Staatsbewußtseins" liegen, wurde von den Kapitalisten dankbar begrüßt. „Weil anders Untergang droht", führte Prof. W. Möller vor den versammelten Wirtschaftsführern aus, „ist die Wiedergeburt eines wohlverstandenen neuen Staatsbewußtseins, ist mehr und neue staatsbürgerliche Erziehung das Gebot der Stunde! Aber ist es nicht auch die besondere Chance und berechtigte Hoffnung dieser Stunde?

Denn ob wir an die erwartete Zunahme der politischen Polarisation denken und die nicht ausbleibenden Zerreißproben: oder ob wir die noch größeren Risiken wie Chancen der Öffnung nach Osten ins Auge fassen, in solcher Situation wird keine verantwortungsbewußte Partei dem entraten wollen, sich auf ein selbstsicheres neues Zusammengehörigkeits- und Staatsbewußtsein abstützen und verlassen zu können."

Der Weg der Kapitalisten in der ideologischen Offensive ist abgesteckt: Ein faschistisches „neues, wohlverstandenes Staatsgefühl", das in der innenpolitisch erwarteten Zunahme der „Polarisation" Übergriffe gegen die Arbeiterklasse rechtfertigt und außenpolitisch die imperialistische Großmachtpolitik chauvinistisch absichert. ■



Zwei Teilnehmer des „Herbst-Kolloquiums". Kremp, Chefredakteur der „Welt" ...



... und Bundesinnenminister Genscher

Bericht der Betriebszelle Nordmende:

Griff in die Trickkiste

Dieser Artikel soll zeigen, wie in einem Mittelbetrieb mit noch relativ geringer gewerkschaftlicher Organisierung und Aktivität es der Gewerkschaftsführung gelingt, die anstehenden Vertrauensleute-Wahlen (IGM) zur Farce verkommenzulassen; wie diese „Wahl" nicht zur Aktivierung der gewerkschaftlichen Basis benutzt wird im Sinne einer Stärkung der IGM, sondern im Gegenteil, zum Abwürgen spontaner Aktivität und Einsatzbereitschaft einzelner Kollegen im Sinne einer Zementierung der alten, schlechten Verhältnisse.

Am 8. März fanden im Nordmende-Werk Bremerhaven die Vertrauensleute-Wahlen der IG Metall statt. Sieht man einmal davon ab, daß die Wahlen aufgrund der Richtlinien zur Vertrauensleute-Arbeit sowieso fällig waren, so bekamen sie bei Mende noch eine besondere Bedeutung:

Der vorherige Vertrauenskörper war nicht gewählt; die Vertrauensleute sind größtenteils von der Ortsverwaltung der IG Metall eingesetzt worden. Ihre Arbeit war alles in allem recht dürftig. Von den rund zwanzig Kollegen des VK erschienen zu den Sitzungen meist nie mehr als zehn, die – mit wenigen Ausnahmen – das ganze mehr als „gemütliches Beisammensein" betrachteten und sich ihren Kollegen in keiner Weise verpflichtet fühlten.

So ist es auch bezeichnend, daß viele Kollegen nicht einmal wußten, daß es überhaupt einen Vertrauenskörper gab. Die Vertrauensleute selbst waren den wenigsten bekannt. Der Organisationsgrad im Werk war entsprechend gering. Von rundweg 650 Kollegen waren nur cirka 280 Gewerkschaftsmitglieder.

Die Bildung eines starken Vertrauenskörpers (VK) als Kampforgan der Belegschaft stand daher bei den fortschrittlichen Kollegen im Betrieb diesmal ganz oben auf der Dringlichkeitsliste. Die bisherige arbeiterfeindliche Kumpanei von IGM-Ortsverwaltung, VK-Leitung und Betriebsrat (BR) sollte aufgebrochen werden. Statt dessen sollte eine lebendige, den Interessen der gesamten Belegschaft verpflichtete Gewerkschaftsarbeit in Gang gesetzt werden. Bisher war es diesen Herrschaften stets gelungen, Initiativen und Solidarität der Kollegen abzublocken, zugunsten von „Ruhe und Ordnung" im Betrieb.

So wird auf Betriebsversammlungen immer wieder deutlich, wie wenig Betriebsrats- und VK-Leitung gewillt sind, die Interessen ihrer Kollegen durchzusetzen. Im Gegenteil: Um „Unruhe", d.h. Auseinandersetzungen mit der Geschäftsleitung zu vermeiden, werden Forderungen fortschrittlicher Kollegen wieder heruntergespielt; in letzter Zeit scheute man sich auch nicht mehr, Kollegen als „linke Unruhestifter" zu diffamieren.

Als vor einiger Zeit Kollegen die Entlassung eines aktiven Vertrauensmanns verhindern wollten und deshalb eine Unterschriftensammlung organisierten, stellten sich sowohl BR- als auch VK-Leitung wieder offen gegen diese Aktivitäten. Die Ortsverwaltung ihrerseits unternahm außer ein paar leeren Phrasen wie „ist ja eine gute Sache ..." nichts, um den Kollegen zum Erfolg zu verhelfen. Der Forderung, eine Mitgliederversammlung zu organisieren, um so die Mobilisierung der Kollegen voranzutreiben, widersitzte sie sich energisch.

Dank dieser „konsequenten" Haltung der IGM-Ortsverwaltung konnte denn auch die Geschäftleitung die z.T. unter schwierigen Bedingungen im Betrieb gesammelten 110 Unterschriften gegen diese Entlassung seelenruhig ignorieren. Dadurch ist der entlassene Vertrauensmann jetzt gezwungen, die zweifelhafte „Hilfe" bürgerlicher Gerichte in Anspruch zu nehmen.

Das Bestreben der Kollegen, die bereits die Bedeutung eines starken Vertrauenskörpers erkannt hatten, ist ebenfalls von der Ortsverwaltung Hand in Hand mit BR- und VK-Leitung systematisch hintertrieben worden.

Bis zuletzt wurden die Kollegen über den Wahlvorgang, den Wahltermin, über den Ort der Wahl und die Anzahl der zu wählenden Kollegen im Unklaren gelassen. Auskünfte, die man von der VK-Leitung und Ortsverwaltung nur auf Anfrage bekam, waren dürftig und widersprachen sich von einem Tag auf den anderen.

Mal hieß es, daß nur ein Wahlgang für die Kollegen des ganzen Werks durchgeführt würde; dann wiederum sollten die Kandidaten zwar hallenweise aufgestellt, aber auch von allen Kollegen gewählt werden. Einige Tage darauf folgte eine dritte Version; die Verwirrung war perfekt.

Nicht einmal die Vertrauensleute selbst wurden über das Notwendigste informiert. Eine Sitzung, die Klärung bringen sollte, wurde kurzfristig abgesagt, weil die VK-Leiterin „verhindert" war.

Von vielen Kollegen wurde immer wieder eine Mitgliederversammlung noch vor der Wahl gefordert, auf der sich die Kandidaten vorstellen sollten. Die Ortsverwaltung versprach schließlich, eine solche Versammlung durchzuführen (sicherlich aber nur, um die Kollegen zu besänftigen). Später hieß es dann lapidar: „Leider ist kein Termin mehr frei. . ." – die Mitgliederversammlung fiel ins Wasser.

„Aufklärung" – was immer Ortsverwaltung und VK-Leitung darunter verstehen mochten – wurde erst am Wahltag selbst unter den Kollegen betrieben: Man händigte ihnen zusammen mit dem Wahlschein Informationsmaterial über die Funktion des Vertrauenskörpers aus ...

Diese „intensive" Vorbereitung der Wahlen bewirkte schließlich, daß die meisten Kollegen endgültig ihr Interesse daran verloren. Die wenigen aktiven Kollegen hatten kaum noch Rückhalt, um die Pläne der Gewerkschaftsführung zu durchkreuzen. So konnte diese sich noch ein paar besondere Unverschämtheiten leisten, die ihre Haltung zu den Interessen der Kollegen prinzipiell offenbarte.

So ließ sie beispielsweise einige Kolleginnen nicht zur Kandidatur zu, weil sie noch nicht ein Jahr gewerkschaftlich organisiert waren. Dabei berief sie sich auf die vom IGM-Vorstand erlassenen Richtlinien zur Wahl – und das, obwohl darin ausdrücklich Ausnahmensituationen berücksichtigt werden und durch die Maßnahmen der Ortsverwaltung letztlich für über 150 Kollegen einer Halle nur sechs Kandidaten zur Wahl standen, was natürlich entschieden zu wenig ist.

Statt also die angebotene Einsatzbereitschaft für unsere Gewerkschaft durch noch neu organisierte Kolleginnen dankbar anzunehmen, kramten die IGM-Führer mitgliederfeindliche „Richtlinien" heraus und nahmen diese zum Vorwand, solche guten Aktivitäten abzublocken, um die gewerkschaftliche Kraft im Betrieb möglichst gering zu halten. Immer schön nach der Devise: „Nur so viel wie unbedingt nötig, aber so wenig wie möglich".

Die Ortsverwaltung ging noch weiter. Einen Tag vor der Wahl hieß es plötzlich, daß sich die Anzahl der zu wählenden Vertrauensleute nur nach der Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder richte und nicht – wie in den besagten Richtlinien vorgeschrieben – nach der Belegschaftsstärke. Die Ortsverwaltung „begründete" ihre Maßnahme ganz einfach und recht schnoddrig damit, daß Richtlinien schließlich „kein Dogma" seien.

Dieser Vorfall zeigt, daß die IGM-Führer die eigenen Richtlinien ungerührt brechen, wenn es ihren Zielen dient. Die Tatsache, daß die IGM-Führer mit ihren Richtlinien nach Belieben verfahren – sie mal „dogmatisch" zur Geltung bringen, ein anderes Mal einfach ignorieren – zeigt, wie es um die Demokratie in den Gewerkschaften bestellt ist. Darüberhinaus wird der politische Charakter solcher „Richtlinien" deutlich, nämlich als ein Instrument zur Reglementierung der Gewerkschaftsmitglieder!

Was steckt nun hinter diesem Manöver? Von vornherein wurde die Anzahl der zu wählenden Vertrauensleute möglichst klein gehalten – viel zu klein im Verhältnis zur Beschäftigtenzahl.

Damit hielten sich die IGM-Führer die Möglichkeit offen, nach der Wahl scheinheilig über die geringe Größe des neugewählten VK's zu lamentieren. Dies muß dann als „Begründung" dafür herhalten, daß Leute, die das Vertrauen der IGM-Führer besitzen, von diesen nachträglich benannt und in den VK geschleust werden. Dies geschah dann auch prompt nach der Wahl.

Wenn die Kommunisten solche Praktiken als arbeiterfeindlich und undemokratisch kritisieren, haben die Herren Gewerkschaftsführer die Brust, über „extreme Eiferer" und „Spinner" zu hetzen, die „gewerkschaftsfeindlich" seien, sich nicht an die „demokratischen Spielregeln" der IGM halten usw. usf. – In der Tat, wir beabsichtigen nicht, uns an solche „Spielregeln" zu halten, sondern werden sie stets aufdecken, kritisieren und bekämpfen. Denn es sind die „Spielregeln" der herrschenden Klasse. ■

Der Metallarbeiter



ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES/ GRUPPE B'HAVEN
FÜR DIE KOLLEGEN DER METALLINDUSTRIE
BETRIEBSAUSGABE NORDMENDE 17.11.'72

Hoesch Dortmund

'Arm in Arm' gegen die Solidarität der Arbeiter

Zwischen 15 000 und 20 000 Arbeiter der Hoesch-Stahlwerke in Dortmund versuchten in einem dreitägigen Streik (vom 8. bis 10. Februar 1973) nach dem miserablen Tarifabschluß in der Stahlindustrie noch eine weitergehende Lohnerhöhung auf eigene Faust zu erkämpfen.

Bereits in der zweiten Urabstimmung, in der über Annahme oder Ablehnung des von den Gewerkschaftsführern mit den Kapitalisten ausgehandelten „Kompromisses" von durchschnittlich 6,4% (!) Lohnerhöhung abgestimmt wurde, hatten 83,7% aller organisierten Stahlwerker bei Hoesch ihre klare Ablehnung bekundet. Sie stimmten mit NEIN.

In Erwartung spontaner Protestaktionen der Arbeiter, arbeitete der Hoesch-Vorstand eine Betriebsvereinbarung aus, die zusätzliche Lohnverbesserungen vorsah. Nach dieser Regelung hätten die meisten Kollegen nichts oder kaum etwas (0 bis 7 Pf) gekriegt, während eine kleine Gruppe von Kollegen ca. 20 Pf erhalten sollte. Die Hoesch-Arbeiter wiesen diesen Plan zurück und stellten eine Forderung von 14 Pf pro Stunde mehr für a l l e auf. Dafür mußte gestreikt werden.

Trotz großer Kampfbereitschaft, die sich auch in betrieblichen Versammlungen und Demonstrationen sowie einem Protestmarsch in die Dortmunder Innenstadt äußerte, konnten die Kollegen ihre Forderung nicht durchsetzen:

Die Hoesch-Kapitalisten diktierten nach drei Tagen das Ergebnis:

* fünf Pfennig mehr für alle
* keine Bezahlung der Streikzeit

(In ARBEITERKAMPF Nr. 26 haben wir versucht, diesen Streik und die Ursachen seiner Niederlage einzuschätzen)

Den Kapitalisten erschien die Gelegenheit günstig, die Niederlage der Arbeiter komplett zu machen: Der HOESCH-Vorstand kündigt sechs Vertrauensleuten fristlos, gegen zwei Betriebsratsmitglieder wird ein Verfahren beim Arbeitsgericht angestrengt. Die Namen von 30 weiteren Kollegen stehen schon auf der „Schwarzen Liste".

Die Entlassungen gehen auf die „Initiative" von BDI-Präsidenten Sohl zurück, der in einem Schreiben an den HOESCH-Vorstand forderte:

„Es war unsere gemeinsame Auffassung, weitere Streiks zu verhindern. Der neuerliche Streik hat wiederum eine bedrohliche Lage für den Arbeitsfrieden in der gesamten Stahlindustrie geschaffen. Wir halten es für unerläßlich, diesmal unnachsichtig gegen die Rädelsführer des Streiks vorzugehen, selbst wenn es sich um Gewerkschaftsfunktionäre handeln sollte."

Solidarität der Arbeiter

Die Absichten der Konzernleitung werden bereits zwei Tage vor der vollzogenen Entlassung durch Indiskretionen bekannt. Betriebszeitungen der DKP unterrichteten die HOESCH-Arbeiter über die geplanten Übergriffe.

In allen drei Dortmunder Werken entsteht große Unruhe. Die Kollegen drücken ihre Empörung in eiligst durchgeführten Unterschriftensammlungen aus – sie bekunden damit zugleich ihre Solidarität mit den Gemaßregelten. Die Mehrheit der Arbeiter spürte, daß hier ein Exempel statuiert werden sollte, um alle am Streik Beteiligten einzuschüchtern.

Umgehend wurde eine Vollversammlung der Vertrauensleute aus den drei Dortmunder Werken einberufen, die erstmals nicht im Betrieb stattfinden konnte, weil sich der „Arbeitnehmervertreter" im HOESCH-Aufsichtsrat Sieber „nicht in der Lage gesehen (hat), eine Halle auf dem Hüttengelände zur Verfügung zu stellen."

Einziger Punkt der Debatte, die teilweise zu tumultartigen Szenen führte, war der Streik und die angedrohte Entlassung von acht Gewerkschaftsfunktionären.

Einheitlich vertraten die versammelten Vertrauensleute die Meinung, daß

* die Entlassung ein „kalkulierter Schlag gegen die innerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit" sind, als Ausdruck des „Klassenkampfes von oben" (so Werner Naß, Vorsitzender des Vertrauenskörpers),
* nur „Druck den HOESCH-Vorstand bewegen kann, die Kündigungen zurückzunehmen"; H. Borchert, einer der Gemaßregelten, schlägt darum eine Solidaritätsdemonstration in Dortmund für den kommenden Samstag vor; dieser Vorschlag wird ebenso einstimmig zum Beschluß gemacht, wie die Aufforderung an alle Metaller der BRD, Solidarität zu üben;
* der von der IG-Metall bestellte Arbeitsdirektor Sieber „hier sein wahres Gesicht gezeigt (hat). Er vertritt nicht die Interessen der Arbeitnehmer, sondern die des Vorstands."
* die „vornehme Zurückhaltung der Spitzenfunktionäre der IG-Metall" zu den Entlassungen schärfstens zu kritisieren sei; es wurde die vorbehaltlose Unterstützung des IGM-Vorstandes und der örtlichen Verwaltungsstelle gefordert.

Auf der Versammlung wurde eine Reihe von Solidaritätsadressen für die Entlassenen verlesen. Sie kamen unter anderem von den Kollegen der Schalker Eisenhütte, den Mannesmann Hüttenwerken, der Girresheimer Glas AG (u.a. a.m.).

Für die geplante Demonstration hatten eine Reihe von Jugendorganisationen aus dem Revier ihre Unterstützung zugesagt.

Arm in Arm IGM-Führung und HOESCH-Vorstand

Der Vorstand der IGM, der sich bereits wenige Tage zuvor ganz unverblümt gegen den Streik der HOESCH-Arbeiter gestellt hatte (Loderer nannte den Streik „illegal und gewerkschaftsschädigend"), ließ in der Auseinandersetzung um die Entlassungen vollständig die Maske fallen:

Die IGM-Führer ließen wissen, daß es sich bei den Entlassungen ihrer Meinung nach um eine „ganz normale arbeitsrechtliche Maßnahme gegen Einzelne" handele.

sen in „Verhandlungen" ein.

Vier Tage nach den Entlassungen (einen Tag vor der außerordentlichen Betriebsversammlung auf der Westfalenhütte) wird die Zurücknahme der Entlassungen bekanntgegeben.

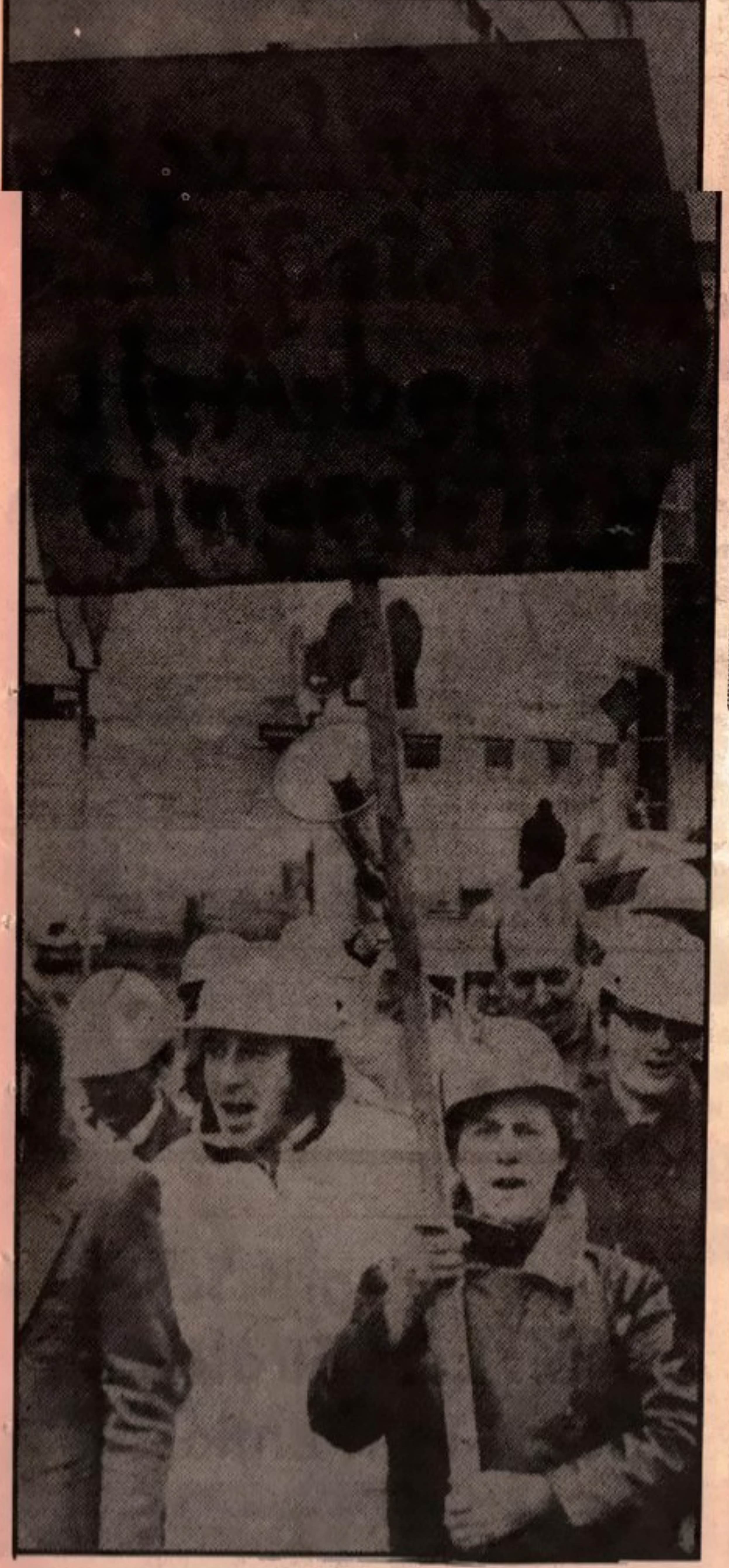
IGM-Vorstandsmitglied R. Judith gibt zusammen mit HOESCH-Vorstandssprecher Schmitthals vor der Presse eine bemerkenswerte Erklärung ab.

Judith nannte vor allem vier „übergeordnete Gründe", die für diese Entscheidung den Ausschlag gegeben hätten:

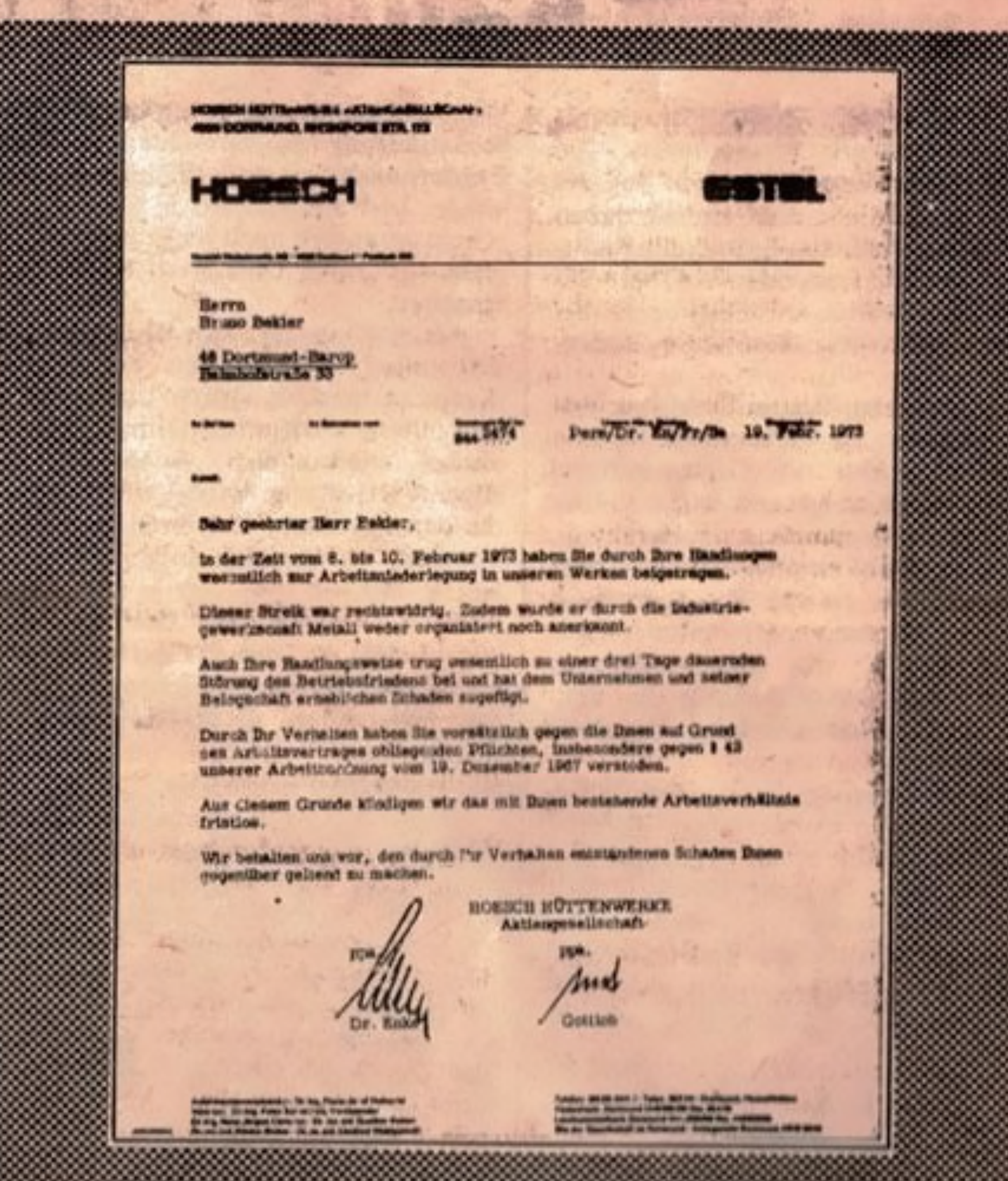
* Erstens solle der IGM mit dieser „gütlichen Einigung" Muße für „gründliches Nachdenken" verschafft werden, „damit solche Vorfälle (wie der Streik, die Red.) künftig vermieden werden können";
* Eine Zuspitzung des Konflikts würde die Mitbestimmungspraxis belasten. Die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" könne dabei leicht Schaden nehmen.
* Bei Fortbestehen der Entlassung hätte die Gefahr einer Radikalisierung der Arbeiter bestanden. Judith brachte das auf die lakonische Formel: „Märtyrer können unserer gemeinsamen Sache nicht dienen."
* Die Denunzianten schließlich (in Judiths Worten „Zeugen"), die das „Belastungsmaterial" gegen die Vertrauensleute geliefert haben, sollten geschützt werden. „. . . . wir wollten ein Spießrutenlaufen der Zeugen bei ihrer Rückkehr in den Betrieb vermeiden."

Mit kriminalistischem Scharfblick erkannte der IGM-Führer die Position der Entlassenen als „rechtlich bedenklich" und versicherte mit dem Brustton der Überzeugung, daß sich Aktionen – wie der letzte Streik – nicht wiederholen würden.





Die Solidarität der Arbeiter



HOESCH

Herrn
Bruno Bekker

46 Dortmund-Barop

Pers/Dr. 19. Febr. 1973

Sehr geehrter Herr Bekker,

in der Zeit vom 8. bis 10. Februar 1973 haben Sie durch Ihre Handlungen wesentlich zur Arbeitsniederlegung in unseren Werken beigetragen.

Dieser Streik war rechtswidrig. Zudem wurde er durch die Industriegewerkschaft Metall weder organisiert noch anerkannt.

Auch Ihre Handlungsweise trug wesentlich zu einer drei Tage dauernden Störung des Betriebsfriedens bei und hat dem Unternehmen und seiner Belegschaft erheblichen Schaden zugefügt.

Durch Ihr Verhalten haben Sie vorsätzlich gegen die Ihnen auf Grund des Arbeitsvertrages obliegenden Pflichten, insbesondere gegen § 43 unserer Arbeitsordnung vom 19. Dezember 1967 verstoßen.

Aus diesem Grunde kündigen wir das mit Ihnen bestehende Arbeitsverhältnis fristlos.

Wir behalten uns vor, den durch Ihr Verhalten entstandenen Schaden Ihnen gegenüber geltend zu machen.

HOESCH HÜTTENWERKE
Aktiengesellschaft

ppa. Dr. Ekkel ppa. Gottlob

Unter dem Eindruck einer immer breiter werdenden Solidaritätsbewegung bequemten sie sich zwar, den Gemaßregelten Rechtsschutz zu gewähren, lehnten jedoch eine weitergehende Unterstützung kategorisch ab:

* auf der Vertrauensleuteversammlung erscheint trotz Einladung kein Vorstandsmitglied;
* die geplante Demonstration darf nicht als Veranstaltung der IGM durchgeführt werden.

Während die Arbeiter Solidarität praktizieren und wirkungsvolle Aktionen vorbereiten, treten die IGM-Führer auf höchster Ebene mit den HOESCH-Bos-

An die Adresse der Vertrauensleute gerichtet sagte er, daß „Tarifverträge, die von den Satzungskommissionen abgesegnet sind, ... besonders von den Funktionsträgern (also den Vertrauensleuten, die Red.) eingehalten werden müssen".

Gleichzeitig wurde unverhohlen gedroht, daß im Falle von spontanen Aktionen „keine Vermittlungsmöglichkeiten mehr bestehen" und „die Gewährung von Rechtsschutz in Frage gestellt ist" (!).

HOESCH-Sprecher Schmitthals hatte dieser Erklärung kaum noch etwas hinzuzufügen – außer der höhnischen Feststellung:

„Wir sind sehr befriedigt darüber, daß sich der Vorstand der IG-Metall eindeutig auf unsere Seite gestellt hat. Das war uns die Zurücknahme von Kündigungen wert ... die Durchsetzung von Recht und Arbeitsordnung müssen sichergestellt werden."

Selbst bürgerliche Zeitungen, wie das Wochenmagazin „Der Spiegel", kommen nicht umhin festzustellen:

„So gut sichtbar haben Unternehmer und Gewerkschafter einander schon lange nicht mehr aus der Klemme geholfen (!), so absichtsvoll ‚Arm in Arm' (... Schmitthals ...) ... In dieser unverhofften Paarung haben Hoesch und IG Metall (Führung, die Red.) ... am Vorabend der (bereits anberaumten) Belegschaftsversammlungen eine Art Gegengeschäft gemacht ... : Hoesch zieht die fristlosen Kündigungen ... zurück. Die IG Metall (Führung, die Red.) revanchiert sich mit dem Versuch, ihre Mitglieder zu disziplinieren, indem sie die Chancen der Gekündigten vor dem Arbeitsgericht für praktisch null erklärt und obendrein androht, im Wiederholungsfalle auch keinen Rechtsschutz für Gemaßregelte mehr zu gewähren." („Spiegel", 9/73)

Mit dieser Marschroute traten die „Sozialpartner" – d.h. die Kapitalisten und die Gewerkschaftsführer – sowohl vor der Öffentlichkeit als auch auf den Belegschaftsversammlungen auf.

Unbestreitbar ist, daß ohne die Solidarität der Arbeiter, die über Dortmund hinaus zumindest bedeutende, kampfstarke Belegschaften und Teile des unteren Funktionärskörpers in der IGM mit den Entlassenen geübt haben (Solidaritätsadressen und Geldspenden) die acht Kollegen heute nicht wieder im Betrieb wären.

Insofern ist die Zurücknahme der Kündigungen ein Erfolg der Solidarität.

Auf der anderen Seite – und das wird von Revisionisten und z.T. auch von den Super-„Linken" ignoriert – konnte die Solidaritätsbewegung in „konzertierter Aktion" von Hoesch-



Zwei Mann, ein Wort – Judith und Schmithals

Kapitalisten und IGM-Führern abgeblockt werden, bevor sie sich in Kampfmaßnahmen (wie z.B. dem geplanten Protestmarsch) äußern konnte. Die Führer der IGM haben sich ungebeten an die Spitze der Bewegung gesetzt, den Inhalt der Auseinandersetzungen <u>völlig umgedreht</u>, indem sie die Gewerkschafter auf die Anklagebank setzten, selbst neben den Hoesch-Kapitalisten auf der Richterbank platznahmen und „Gnade vor (bürgerlichem) Recht" ergehen ließen.

Während sich sogar bürgerliche Zeitungen über die „Obristenmethoden" des Hoesch-Vorstandes „empörten" (Westfälische Rundschau) hatten die IGM-Führer nur die Sorge, daß die Kapitalisten „nicht ihr Gesicht verlieren" (Judith).

In der angemaßten Rolle von „Arbeitervertretern" haben die Gewerkschaftsführer

* die elementarsten Rechte der Arbeiterklasse „verraten" und das Handeln der Arbeiter nach ihren Klasseninteressen als „illegal" und „gewerkschaftsschädigend" denunziert
* durch massiven Druck auf den Vertrauenskörper und die Mitglieder der Organisation eine Schwächung der Solidaritätsaktionen bewirkt – und mit dem Versprechen auf die Zukunft, daß sich Kämpfe der Arbeiter nicht mehr wiederholen werden, weitergehende und härtere Repressalien (vor allem gegen gewerkschaftliche Funktionsträger) angekündigt.

Insbesondere der DKP-Führung muß vorgehalten werden, daß sie das offensichtliche Übergehen der Gewerkschaftsführer auf die Positionen der Bourgeoisie nicht angegriffen hat – sondern wie immer in ihren „Enthüllungen" ausspart. Wieder einmal wird die „Kritik der Kollegen an Rudolf Judith" im DKP-Organ UZ vorgeschoben – eine eindeutige, die Bewegung vorantreibende Stellungnahme der Partei wird man vergebens suchen.

In gefährlich naiver Weise formalisiert die DKP, in Abwandlung eines bekannten Werbeslogans, das Erfolgsrezept: DREI DINGE BRAUCHT DER ARBEITER – „einheitliche und geschlossen auftretende Belegschaften – starke auf den Kampfpositionen der Arbeiter stehende Gewerkschaften und (last not least, die Red.) eine gestärkte DKP..." (UZ, 2.3.73)

Das Gerede von „Einheitlichkeit", „Geschlossenheit" und „Stärke" ist dann niederträchtiger Stuß, wenn nicht klargemacht wird, was der I n h a l t davon ist.

Gerade die Tarifrunde 72/73 hat wertvolle, in der Mehrheit negative Erfahrungen für die Arbeiterklasse gebracht. In den spontanen Aktionen, die noch voller Halbheiten und zersplittert waren, konnten die Arbeiter ihre eigene Kraft prüfen und z.T. Erfolge ihrer kämpferischen Solidarität erringen. In den Kämpfen gegen die Unternehmer „ihres" Betriebes mußten die Kollegen erleben, wie der bürgerliche Staat mit seinem Justizapparat ihnen entgegentrat und Partei für die Unternehmerseite ergriff. Und sie erlebten, daß die Führer ihrer Organisation „auf der anderen Seite der Barrikade" stehen, wenn sich die Auseinandersetzungen zuspitzen.

Diese Erfahrungen b e w u ß t zu machen und daran anknüpfend die sozialdemokratische Ideologie und Politik grundlegend zu kritisieren, darin muß die Unterstützung der Arbeiter durch die Kommunisten bestehen. ■



Streik bei AEG Küppersbusch

AEG Lohnkürzung vereitelt

Bei der zum AEG-Konzern gehörenden Küppersbusch AG in Gelsenkirchen traten etwa 1000 Arbeiter der rund 2500 Beschäftigten in den Streik, als bekannt wurde, daß die Unternehmensleitung die Zeitlohnzuschläge der Akkordarbeiter streichen wollte.

Diese von den Kapitalisten vieler Betriebe gern praktizierte Methode des zusätzlichen Lohnraubs (<u>die Anrechnung der übertariflichen Leistungen auf die Tariferhöhungen</u>) hätte für betroffene Küppersbusch-Kollegen Lohneinbußen zwischen 60,– und 130,– DM je Arbeiter bedeutet.

Die Streikenden marschierten zum Verwaltungsgebäude und „besetzten" es, bis die Bosse ihr Vorhaben ausdrücklich widerriefen. Das dauerte knapp fünf Stunden!

Vorstandsvorsitzender Hans Ahle hatte dabei noch die Unverschämtheit, seine ursprünglichen Absichten zu leugnen und als Ursache der Auseinandersetzung „falsche Informationen, die von interessierter Seite (!) in die Betriebsteile gelangt" seien, anzuführen. Assistiert wurde ihm dabei vom BR-Vorsitzenden Willi Scherer, der ebenfalls von „Mißverständnissen" schwafelte.

Für die Kollegen waren diese „Erklärungen" nicht mehr maßgebend: Sie hatten einen Erfolg ihrer kämpferischen Solidarität errungen. Sie werden auf der Hut sein müssen – <u>denn der nächste Angriff kommt bestimmt.</u>

Der Kampf der Kieler Howaldt-Lehrlinge

Der folgende Bericht schildert ausführlich die für westdeutsche Verhältnisse relativ weit entwickelten Kämpfe der Kieler Howaldt-Lehrlinge des ersten Lehrjahres. Der Bericht zeigt, daß es trotz der ausgesprochenen Schwächeposition, in der sich die Lehrlinge aufgrund ihrer fast überall herrschenden Abspaltung von der übrigen Belegschaft befinden, möglich ist, erfolgreiche Kämpfe gegen die Kapitalisten zu organisieren. Entgegen der Politik der linken und rechten Opportunisten, die ständig auf kurzfristige Erfolge orientieren, ist es die Aufgabe der Kommunisten, das Bewußtsein für einen langfristig angelegten Kampf zu schaffen, der alle objektiven Faktoren berücksichtigt, das gegebene Kräfteverhältnis analysiert, die zweckmäßigsten Kampfmittel vorschlägt und die Funktion der verschiedenen politischen Parteien und Gruppierungen bewußt macht.

Die Forderung nach Bezahlung aller Ausbildungs- und Lernmittel

Am 1. September 1972 stellten die Howaldt-Werke Kiel 100 neue Lehrlinge ein.

Als die Kollegen das erstemal in die Berufsschule kamen, wurde ihnen von den Berufsschullehrern „empfohlen", sich eine ganze Latte von Ausbildungs- und Lernmitteln zu kaufen, die sie für die Durchführung der Facharbeiterprüfung benötigen würden. Die Kosten für Fachbücher, Rechenschieber, Tabellenbücher, Zeichenplatte, Zirkelkasten usw. schwankten je nach der betreffenden Berufsgruppe zwischen 60,– und 150,– DM.

Unter offenem Bruch der im Ausbildungsvertrag garantierten Bezahlung aller betrieblichen und überbetrieblichen Ausbildungsmittel (§ 3 Abs. 4) und der vielgepriesenen „Lehrmittelfreiheit" in der BRD sollte den Lehrlingen gleich zu Anfang ungefähr die Hälfte ihrer ohnehin läppischen „Ausbildungsbeihilfe" aus der Tasche gezogen werden.

Einige aktive Kollegen wandten sich daraufhin an die Jugendvertretung. Gemeinsam organisierte man in der Mittagspause eine Versammlung aller Lehrlinge des ersten Lehrjahres. Die Kollegen beschlossen, vom Betrieb die Bezahlung aller notwendigen Ausbildungs- und Lernmittel zu fordern. Die Jugendvertretung sollte sich umgehend an den Betriebsrat wenden, außerdem wurde eine von allen Kollegen unterschriebene Resolution an Betriebsrat und Geschäftsleitung abgefaßt, in der die Forderung noch einmal ausführlich begründet wurde.

Doch weder die Geschäftsleitung noch der von Sozialdemokraten geführte Betriebsrat rührten sich.

Versammlungsfreiheit im Betrieb erkämpft

Von diesem Zeitpunkt an führten die Lehrlinge häufiger Versammlungen durch, auf denen über die Untätigkeit des Betriebsrats und über die notwendigen und möglichen Kampfschritte diskutiert wurde. Diese Versammlungen waren der Ausbildungsleitung natürlich von vornherein ein Dorn im Auge.

Zunächst gelang es ihr auch einmal, eine relativ schwach besuchte Versammlung mit der Begründung aufzulösen, daß nach dem Betr.V.G. jegliche Jugend- und Auszubildendenversammlungen von der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat genehmigt werden müßten. Daraufhin wurde eine von fast allen Kollegen besuchte Versammlung organisiert. Als die Ausbildungsleitung mit massiven Drohungen die Auflösung erzwingen wollte, rührte sich niemand von der Stelle. Die Kollegen erwiderten kurz, daß die Jugendvertreter in ihrer Eigenschaft als Vertrauensleute das Recht haben, die Kollegen über betriebliche und gewerkschaftliche Fragen zu informieren.

Mittlerweile hat die Geschäftsleitung diese Störversuche aufgegeben, und immer wenn etwas Wichtiges anliegt, werden den Versammlungen durchgeführt.

Die Taktik in der Probezeit

Die Lehrlinge stellten fest, daß härtere Kampfmaßnahmen wie z.B. Streiks aufgrund des damaligen Kräfteverhältnisses nicht erfolgreich verlaufen würden,

1. weil die dreimonatige Probezeit ein gefährliches Druckmittel der Kapitalisten ist, das ausschließlich dazu dient, die fortschrittlichen und aktiven Kollegen rechtzeitig zu entlassen und die übrigen einzuschüchtern,
2. weil es noch keine Zusammenarbeit mit den älteren Kollegen im Betrieb gab und diese auch überhaupt nichts von den Forderungen der Lehrlinge wußten,
3. wollte man den Zeitpunkt der Metalltarifrunde abwarten, wo die übrige Belegschaft sich auch in Kampfstimmung befindet, die Kapitalisten also insgesamt stärker unter Druck stehen, um dann erneut in die Offensive zu gehen. (Wie richtig diese Taktik war, erwies die wütende Äußerung des Betriebsrats Bender, als später 80 Kollegen das Betriebsratsbüro besetzten: „Jetzt seid ihr drei Monate ruhig geblieben, um nicht rauszufliegen und jetzt haut ihr ständig auf den Putz.")

Dieser Plan schien zunächst noch einmal kurzfristig geändert werden zu müssen, als nämlich die Streiks für das Tonnagegeld begannen (siehe Artikel im AK Nr. 25). Die Lehrlinge beschlossen, im Falle eines Vollstreiks sofort mitzumachen. Es wurden kleinere Gruppen von Lehrlingen gebildet, die in den Mittagspausen und während der Arbeitszeit in die einzelnen Betriebe gingen, um mit der übrigen Belegschaft die Entwicklung der Streiks zu diskutieren und auszukundschaften, ob und zu welchem Zeitpunkt die Kollegen losschlagen wollten. Bekanntlich kam es aber lediglich zu kleineren Warnstreiks, die mit einer Niederlage endeten.

So wurden die am 30. November stattfindenden Abteilungsversammlungen ins Auge gefaßt. Die Lehrlinge forderten die Teilnahme an den Abteilungsversammlungen der älteren Kollegen, um dort ihre Forderungen und das Verhalten von Betriebsrat und Geschäftsleitung bekanntzumachen und außerdem die Durchführung einer Auszubildendenversammlung.

Der Betriebsrat machte ihnen jedoch einen Strich durch die Rechnung. Es fand lediglich eine als Abteilungsversammlung deklarierte Auszubildendenversammlung statt, die die Abspaltung der Lehrlinge von der übrigen Belegschaft beibehalten sollte.

Auszubildendenversammlung Forum der Kollegen

Die Auszubildendenversammlung markiert einen wichtigen Punkt des Kampfes. Der Betriebsrat und die Geschäftsleitung wurden von den 300 Howaldt-Lehrlingen heftig kritisiert. Zunächst nahm man die Berichte von Betriebsrat und Geschäftsleitung mit Pfiffen, Zwischenrufen und ohne jeden Beifall hin. Dann entwickelte sich eine stürmische Diskussion.

Die Jugendvertreter und andere Kollegen forderten von der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat mit lautstarker Unterstützung aller Lehrlinge die Bezahlung der Lern- und Ausbildungsmittel und die tarifliche Absicherung aller betrieblichen Sonderleistungen, wie z.B. der 100,- DM Weihnachtsgeld.

Die Hinhaltetaktik der Geschäftsleitung, die vom Betriebsrat unterstützt wurde, wurde entlarvt.

In Abstimmungen solidarisierte man sich mit dem Kampf der Belegschaft um die Bezahlung des Tonnagegeldes. Die Entlassungspolitik von kämpferischen Kollegen, wie Helmut Schlüter, Bernd Neumann und Hartmut Lindner wurde ebenfalls durch Abstimmungen verurteilt.

Der Betriebsratsvorsitzende und SPD-Mitglied Otto Böhm hatte versucht, zwei Kollegen bei der Ausbildungsleitung <u>rot</u> anzuschwärzen. Auch das brachten die Lehrlinge zur Sprache.

Die Kollegen hatten eine von der gesamten Lehrwerkstatt unterschriebene Resolution mit der Forderung nach Vertrauensleutewahlen bei den Auszubildenden den Vertrauensleutekörper gebracht.

Aber auch die Politik der Jugendvertretung wurde kritisch unter die Lupe genommen. Die Hauptkritik läßt sich in zwei Punkten zusammenfassen:

1. antigewerkschaftliche Stimmungsmache,
2. Illusionsmache und Abenteurertum.

Zu 1.: Zwar ist es richtig, das Verhalten der versöhnlerischen Gewerkschaftsführer, wie z.B. die Aufstellung der lächerlichen 60,- DM-Forderung oder ihre Zurückhaltung in unserem Kampf für Bezahlung der Ausbildungs- und Lernmittel zu kritisieren und anzugreifen. Das allein genügt jedoch nicht. Wenn man dabei stehenbleibt, wird den Kollegen nicht klar, was sie überhaupt noch in der Gewerkschaft sollen.

Worauf es ankommt, ist klarzumachen, wie die Gewerkschaften wieder zurückerobert, zu wirklichen Kampfinstrumenten der Arbeiter gemacht werden können. Konkret hieß das bei Howaldt, den Kampf für die Jugendvertrauensleute zu organisieren, um über die Vertrauensleute sowohl Einfluß auf die Aufstellung der Forderungen für die Metalltarifrunde zu nehmen, als auch über die Vertrauensleute der Lehrlinge die Zusammenarbeit mit den älteren Kollegen im Betrieb zu entwickeln (wobei u.a. VK-Sitzungen ein wichtiges Mittel sind).

Forts. nächste Seite

Daß die Jugendvertretung, wenngleich auch unbewußt, durch ihre Politik einer antigewerkschaftlichen Stimmungsmache zumindest Vorschub leistete, zeigte sich u.a. darin, daß sie erst zweieinhalb Monate nach dieser Versammlung einen ordnungsgemäßen Antrag auf Wahl von Vertrauensleuten an die Ortsverwaltung stellte.

Darüberhinaus waren die Jugendvertreter ihrer Funktion als Vertrauensleute in keiner Weise nachgekommen. Die Diskussion über die Forderungen zur Metalltarifrunde wurde nicht rechtzeitig organisiert. Vielmehr versuchte man die Kollegen, nachdem die große Tarifkommission ihre Entscheidung bereits getroffen hatte, mit der illusorischen Forderung nach Anhebung aufs vierte Lehrjahr plus 150,- DM zu überrumpeln. Unter völliger Mißachtung des Kräfteverhältnisses versuchte ein Jugendvertreter sogar, auf einen Streik gegen die Kapitalistenverbände und die IGM-Führung zu orientieren.

Zu 2.: Immer wieder wurden den Lehrlingen Illusionen gemacht: über ihre wirkliche Stärke, ihre Möglichkeiten, bestimmte Forderungen durchzusetzen, über die wirkliche Gefährlichkeit der HDW-Kapitalisten und ihre Absichten.

So orientierte die Jugendvertretung in der Sache der Ausbildungs- und Lernmittel nicht auf einen langfristigen und planmäßigen Kampf, sondern versprach schnelle Erfolge. Die HDW-Kapitalisten würden wohl sehr schnell nachgeben, da sie auf ihren Ruf als beste Ausbildungsstätte so sehr bedacht seien.

Abenteuerlich hatte die Jugendvertretung geplant, die Lehrlinge zur Durchführung einer illegalen Auszubildendenversammlung (faktisch ein Streik) während der Probezeit zu verleiten, obwohl sich die Lehrlinge wegen der oben genannten Gründe gegen einen Streik in der Probezeit ausgesprochen hatten.



Die Lehrlinge ließen Betriebsrat und Geschäftsleitung im weiteren Verlauf der Versammlung rechts liegen und diskutierten unter sich über die besten Mittel und Methoden im weiteren Kampf gegen die HDW-Kapitalisten. Als für einen kurzen Augenblick einmal keine Wortmeldung vorlag, sprangen die Betriebsräte auf und erklärten die Versammlung kurzerhand für beendet. Die Kollegen setzten ihre Auszubildendenversammlung daraufhin einfach ohne Betriebsräte und Geschäftsleitung fort, die, begleitet von einem Pfeifkonzert, aus dem Raum huschten.

Reaktion der Ausbildungsleitung

In der Hoffnung, die Lehrlinge einschüchtern und vom Kampf abhalten zu können, ging die Ausbildungsleitung verstärkt dazu über, sich die Kollegen einzeln vorzunehmen und unter Druck zu setzen. Wegen der kleinlichsten Dinge, z.B. Rauchen auf den Toiletten, unentschuldigtes Fehlen, schlechte Zensuren in der Schule, unernste Boxkämpfe im Betrieb usw. hagelte es Drohungen und Verwarnungen, verbunden mit Sprüchen wie: sich ja nicht wie Kommunisten im Betrieb zu benehmen, lieber mehr zu leisten als ständig auf den Putz zu hauen und ähnlichem Wahnwitz.

Die Kollegen ließen sich jedoch davon nicht beeindrucken. Als ihnen eines Tages auch noch untersagt wurde, Brause im Betrieb zu kaufen, marschierten 30 Mann zum Betriebsrat und forderten ihn auf, eine korrekte Regelung herbeizuführen. Die Ausbildungsleitung mußte ihr Verbot daraufhin zurücknehmen.

Doch auch der Kampf um die Bezahlung der Lern- und Ausbildungsmittel wurde nicht aus den Augen verloren, im Gegenteil.

Betriebsvereinbarung erkämpfen

Auf einer Versammlung während der Mittagspause wurde eine Delegation bestimmt, die zum Betriebsrat gehen sollte, um ihm folgende Forderungen mitzuteilen:

Der Betriebsrat hat innerhalb von einer Woche in die Lehrwerkstatt zu kommen und vor allen Kollegen zu beantworten,

1. ob er für unsere Forderungen eintreten wolle, ja oder nein,
2. was er zur Durchsetzung der Forderungen zu tun gedenkt und
3. ob er bereit sei, die Lehrlinge über alle Schritte in dieser Sache laufend zu informieren.

Erwartungsgemäß erschien der Betriebsrat nicht in der angegebenen Frist. Daraufhin setzten sich 80 Kollegen in Marsch (fast alle in der Lehrwerkstatt anwesenden), besetzten das Betriebsratsbüro und führten somit einen einstündigen Warnstreik durch.

Die Betriebsräte tobten: „Wir machen hier keine Revolution, . . . ihr bekommt eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch, . . . wir holen den Werkschutz", das waren die Antworten der „Interessenvertreter" der Belegschaft.

Die Kollegen ließen sich nicht im geringsten einschüchtern und forderten das Erscheinen der Betriebsrats-Leitung und ihre Stellungnahme. Als sich der Betriebsrat Bender auch weiterhin nicht rührte, benutzten sie sein Telefon, um im Betrieb nach der Betriebsrats-Leitung herumzutelefonieren.

Schließlich kam aus einem Hinterzimmer der verantwortliche Vertreter des Betriebsratsvorsitzenden hervorgekrochen und versuchte es auf die sanfte Tour. Das nutzte jedoch auch nichts. Die Kollegen gingen erst wieder an die Arbeit, als sie die feste Zusage von ihm erhielten, gleich am nächsten Tag eine kleine Betriebsratssitzung einzuberufen, die endgültig zu der Forderung der Auszubildenden Stellung nehmen sollte.

Die versprochene Betriebsratssitzung fand statt und beschloß eine Betriebsvereinbarung mit der Geschäftsleitung anzustreben, die die Bezahlung aller Lern- und Ausbildungsmittel vorsieht.

Falls die entsprechende Betriebsvereinbarung nicht bald auf dem Tisch liegt und falls sie inhaltlich nicht voll den gestellten Ansprüchen Rechnung trägt, werden die Lehrlinge allerdings dem Betriebsrat erneut aufs Dach steigen müssen.

Eine Verwarnung der Ausbildungsleitung, in der lediglich von unentschuldigtem Fernbleiben von der Arbeit die Rede war, beantworteten die Kollegen mit einem Schreiben an ihre Eltern. Hierin wurden die Gründe für die Aktion der Kollegen aufgezeigt und zur Solidarität aufgefordert, wie sie von einer Anzahl von Eltern in vorbildlicher Weise demonstriert wurde. Die betreffenden Eltern waren persönlich oder telefonisch bei der Ausbildungsleitung vorstellig geworden und hatten in scharfer Form gegen die Verwarnung protestiert.

Den Kampf auf andere Betriebe ausdehnen

Inzwischen ist die Forderung nach Bezahlung der Ausbildungs- und Lernmittel auch in anderen Betrieben auf Jugendversammlungen, von Jugendvertretungen usw. durch die Lehrlinge gestellt worden. Die Schülervertretung der Kieler Berufsschule hat sich in einem Rundschreiben an alle Lehrlinge und Lehrer hinter diese Forderung gestellt.

Diese Entwicklung rief schließlich die IGM-Führer auf den Plan. Sie billigten die Durchführung einer Informationsveranstaltung des Kreisjugendausschusses (KJA) über diese Angelegenheit. Eingeladen waren u.a. Vertreter des Kieler Schulamtes, der Industrie- und Handelskammer, verschiedene Betriebsräte und Gewerkschaftsführer und die Kieler Lehrlinge.

Auch die Jusos meldeten sich in der sozialdemokratischen Presse „Morgenpost" zu Wort. Hinter schamhafter Schweigsamkeit verhüllten sie die reaktionäre Rolle der sozialdemokratischen Betriebsräte in der Auseinandersetzung bei Howaldt und in anderen Betrieben.

Die gemeinsame politische Linie sowohl der IGM-Führer als auch der SPD-Leute bei Jusos, „Morgenpost"-Redaktion und Schulamt formulierte der IGM-Sekretär Herbert Hilsebein in der „Morgenpost" wie folgt: „Wir werden versuchen, dies über den Landtag regeln zu lassen."

Worauf kommt es diesen Leuten dabei an?

Sie erkennen die Berechtigung der Forderung zwar formal an, wollen aber unbedingt verhindern, daß die Kollegen den Kampf um die Durchsetzung ihrer Forderungen in die eigene Hand nehmen. Sie wollen das Vertrauen und die Hoffnungen der Arbeiter auf die SPD, Gesetze und Parlament stärken, auf keinen Fall sollen wir Arbeiter zu der Erkenntnis kommen, daß nur der Kampf, das Vertrauen auf die eigene Kraft, auf Solidarität und Organisierung uns voranbringt, uns unseren Zielen und Forderungen näherbringt, unsere materielle Lage verbessert.

Sie wollen den Konflikt aus dem Betrieb herausnehmen, die Kämpfe zwischen Kollegen und Kapitalisten dämpfen und im Meer der Landtagsangelegenheiten unbemerkt untergehen lassen, weil sie genau wissen, daß die jetzige Bewegung noch viel zu schwach ist, um irgendwelche Gesetzesänderungen im Landtag zu erkämpfen.

In der jetzigen Phase des Kampfes kommt es darauf an, die Einhaltung des Lehrvertrages, was die Ausbildungsmittel angeht, und das Zustandekommen von Betriebsvereinbarungen, was die Lernmittel angeht, zu erkämpfen.

Dabei ist die Erkenntnis von grundsätzlicher Bedeutung, daß uns nur die eigene Initiative, die Selbständigkeit der Kollegen allmählich voranbringt.

Was für Lehren muß man aus dem Kampf der Howaldt-Lehrlinge ziehen

Obwohl große Teile der Lehrlinge sehr bald die versöhnlerische Haltung des Betriebsrats erkannten, wandten sie sich doch immer wieder an ihn, setzten ihn unter Druck und folgten nicht den zeitweiligen Empfehlungen der Superlinken und der DKP, das nächstemal direkt zur Direktion zu ziehen. Warum nicht?

Die gesamte Politik der versöhnlerischen Betriebsräte bewegt sich in folgendem Widerspruch: einerseits versuchen sie ständig, die Forderungen und Proteste der Arbeiter gegen die kapitalistische Ausbeutung im Betrieb aufzufangen, abzublocken und verpuffen zu lassen. Objektiv stehen sie insofern auf der Seite der Kapitalisten, spielen deren Puffer.

Andererseits verkaufen sie sich als gewählte „Interessenvertreter" der Kollegenschaft und sind der Gefahr ausgesetzt, bei den nächsten Betriebsratswahlen abgesetzt zu werden. Aus diesem Grunde sind sie ständig gezwungen, den Kollegen vorzugaukeln, daß sie sich für ihre Interessen einsetzen würden. Folglich können sie sich auch einen allzu offenen Verrat, eine für alle Kollegen zu offensichtliche Zusammenarbeit mit den Kapitalisten nicht leisten.

Genau auf der Grundlage dieses Widerspruchs müssen die aktiven Arbeiterkerne im Betrieb ihre Politik entwickeln und dabei ständig zwei Ziele vor Augen haben:

1. bei allen Forderungen und Kämpfen gegen die Kapitalisten den Betriebsrat zu zwingen, sich hinter diese Forderungen und Kämpfe zu stellen, um die eigene Position zu stärken, die Rechte und Möglichkeiten des Betriebsrats für den eigenen Kampf nutzbar zu machen.
2. Langfristig für das Abwirtschaften der falschen „Interessenvertreter" in den Augen der Mehrheit der Kollegen zu sorgen, immer breiteren und neuen Teilen der Belegschaft die praktische Erfahrung mit der Betriebsrats-Politik zu ermöglichen, so daß die unverbesserlichen Versöhnler bei den nächsten Betriebsrats-Wahlen, ihren längst fälligen Denkzettel bekommen.

Die Howaldt-Lehrlinge haben erkannt, daß es völlig geschenkt ist, wenn sich einzelne mit den Betriebsräten herumschlagen, Einzelkämpfe, noch so radikal geführt, im Betriebsratsbüro, im Vertrauensleutekörper oder auf Betriebsratssitzungen bringen uns überhaupt nichts.

Ihrer Ideologie des Stellvertreterwesens folgend, d.h. stellvertretend für die Kollegen, abgeschnitten von ihrer organisierten Kampfbereitschaft, allein, hinter verschlossenen Türen mit den Kapitalisten „zäh zu ringen", forderten uns die Howaldt-Betriebsräte auf, eine Delegation zu wählen, mit der sie sich dann „ausführlich auseinandersetzen" wollten. Die Lehrlinge durchschauten die darin verborgene Absicht, die Mehrheit der Kollegen erneut zu Passivität und Zuschauertum zu verurteilen, einzelne mit Leichtigkeit abspeisen zu können.

Es kommt darauf an, gemeinsam im täglichen Kampf Erfolge zu erzielen, die der Arbeiterschaft die Erfahrung ihrer langfristigen Stärke gegenüber den Kapitalisten vermitteln.

Daß die Aktionen der Howaldt-Lehrlinge durchaus ihren Erfahrungswert auch für die älteren Kollegen haben, zeigen die in letzter Zeit verstärkt aufgetauchten ähnlichen Aktionen von Teilen der Belegschaft, dies sowohl bei Howaldt als auch in anderen Kieler Betrieben (wir werden an anderer Stelle ausführlicher davon berichten).

Kommunistische Politik in Unterordnung unter die Interessen der Arbeiter

Bereits während der Septemberstreiks war die DKP bemüht, die Kritik an der sozialdemokratischen Betriebsratspolitik möglichst klein zu halten. „Manöver-Kritik" kommt nach dem Streik, hieß es damals im „Werft-Echo". Auch die Entlarvung der Betriebsräte durch die Lehrlinge schien der DKP nicht ganz ins Konzept zu passen. „Der Betriebsrat kann euch die Lern- und Ausbildungsmittel nicht bezahlen, das nächstemal solltet man direkt zur Direktion ziehen", hieß es von Seiten der DKP.

Anstatt also den Kollegen zu helfen, in der Erkenntnis der sozialdemokratischen Betriebsratspolitik voranzukommen, verzichtet die DKP-Politik lieber auf zu scharfe Kritik, um sich damit Zugeständnisse von Seiten der sozialdemokratischen Betriebsrats-Fürsten zu erkaufen.

Dabei geht es ihr um Zugeständnisse bezüglich Betriebsratsposten, um Posten im Vertrauensleutekörper und gegenüber durch Rausschmiß bedrohten DKP-Kollegen.

Zugeständnisse zugunsten des Parteiladens auf Kosten der Arbeiter.

Genau die gleiche Linie verfolgt die KPD/ML. Zunächst versuchte sie, während der Probezeit einen Streik anzuzetteln. Offenbar war es diesen Leuten dabei egal, ob das für die Kollegen mit einer Niederlage enden würde oder nicht. Ohne eine konkrete Analyse des gegebenen Kräfteverhältnisses hieß es: „Im Kapitalismus kann man immer entlassen werden". In der Tat, so verwandelt sich eine grundsätzlich richtige Aussage schematisch angewandt in eine zynische Phrase gegen die Arbeiterklasse. Der Übergang zur Provokation wurde fließend, als sich anläßlich der Metalltarifrunde etwa 60 KPD/ML-Leute trafen, eine „Streikleitung für die Kieler Lehrlinge" wählten und den Beschluß faßten, in den folgenden zwei Tagen Warnstreiks zu propagieren, um schließlich am dritten Tag die Lehrlinge am Betriebstor abzufangen und zu einer Demonstration gegen die IGM zu zwingen. Diese Provokation konnte rechtzeitig aufgedeckt werden und in einer Abstimmung verurteilten 93 % der in der Lehrwerkstatt anwesenden Kollegen dieses Vorgehen.

Das „linke" Abenteurertum der KPD/ML entspringt genauso wie der Opportunismus der DKP einer Politik, deren Primat die Stärkung des Parteiladens und nicht die Hilfe für die Arbeiterklasse ist. Eine Politik, die die Unterordnung der Interessen der Arbeiter unter die Interessen des Parteiladens fordert, kann nicht als kommunistisch bezeichnet werden.

Wenn es der KPD/ML scheißegal ist, ob die Lehrlinge eine Niederlage einstecken müssen, Hauptsache es ist Putz los, den man als vom Parteiladen organisierte, große Kämpfe der Arbeiterklasse hinstellen kann, so ist das eine Politik im Interesse kleinbürgerlicher Prahlhänse.

Den Kapitalisten sind solche Pseudo-Kommunisten natürlich äußerst lieb, haben sie doch damit die beste Möglichkeit, die einzige Alternative zur bürgerlichen Klassenpolitik, nämlich eine ausschließlich im Interesse der Arbeiterklasse ausgehende kommunistische Politik zu diskreditieren.

Die ideologische Hauptwaffe der westdeutschen Kapitalisten, der Antikommunismus, wird damit gestärkt. Jede berechtigte Forderung der Belegschaft, alle Kampfschritte der Kollegen versuchen die Kapitalisten und ihre Handlanger im Betriebsrat als „kommunistisch angezettelt" abzublocken. Weiterhin dient der Antikommunismus dazu, die Arbeiterklasse zu spalten, Mißtrauen unter den Arbeitern, vor allem gegen ihre Führer, zu säen.

MANNESMANN – Duisburg Huckingen

Walzwerker im Kampf erfolgreich

Bei den Mannesmann-Hüttenwerken in Duisburg Huckingen legten 450 der 600 Walzwerker für neun Tage die Profilwalzstraße still und zwangen damit die Konzernleitung zur Annahme der gestellten Forderungen:

- **Rückwirkend ab 1. Juli 1972 (!) für alle Arbeitsplätze im Profilwalzwerk (PWW) Prämienöffnung bis zu 5% (was etwa 19 bis 35 Pf entspricht)**
- **kein am Streik beteiligter wird entlassen oder schadensersatzpflichtig gemacht**
- **die gegen 42 der streikenden Kollegen erlassenen einstweiligen Verfügungen werden von der Werksleitung auf ihre Kosten zurückgezogen**
- **die Werksleitung verpflichtet sich umgehend mit dem Betriebsrat über eine Prämienöffnung für das gesamte Hüttenwerk zu verhandeln.**

Im Profilwalzwerk waren seit 1969 erhebliche Rationalisierungen durchgeführt worden (neue Bewertungen und Entlassungen), sodaß pro Mann und Schicht mehr produziert wird als früher. Dabei haben die Kapitalisten die Arbeitsplätze so bewertet, daß die Walzwerker heute trotz dreier Lohnerhöhungen weniger verdienen als vor vier Jahren.

Da dieses krasse Mißverhältnis seit langem bekannt war, verhandelten BR und Werksleitung seit dem vergangenem Jahr um eine neue Beschreibung der Arbeitsplätze und eine Neugliederung der Arbeitsbereiche. In der paritätisch besetzten Kommission wurde ein Kompromißvorschlag ausgearbeitet, der eine Erhöhung der Lohnkosten im PWW um 300 000 DM vorsah (der BR hatte eine Erhöhung um 500 000 DM gefordert).

Den Mannesmann-Bossen war auch der Kompromißvorschlag noch nicht recht – sie machten das „Angebot", die Lohnsumme um nur 100 000 DM zu erhöhen.

Da platzte den Kollegen der Kragen: Ohne die Gewerkschaftsführer um Genehmigung zu bitten, legten die Walzwerker alle drei Schichten still. „Arbeitswillige" und eigens herangekarrte Streikbrecher wurden von den Streikenden rund um die Uhr daran gehindert, die Walzstraßen wieder in Gang zu bringen: die Kollegen setzten sich auf die Bänder und verhinderten damit, daß die Produktion wieder aufgenommen werden konnte.

Zunächst ließ die Werksleitung verlauten, daß sie unter Druck „auf keinen Fall verhandeln werde". Erst müsse die Arbeit wieder aufgenommen werden. In dieser Auffassung wurden die Kapitalisten vom Vorstand der IG Metall bestätigt, der über den Metall-Pressedienst am 7. März 73 verbreiten ließ:

„Der Vorstand der IG Metall fordert, daß diese Gespräche sofort aufgenommen werden, um im Verhandlungen . . . die Ursachen des Konflikts zu beseitigen und ihre Folgen beizulegen. Der Vorstand der IG Metall erwartet (!), daß zu diesem Zweck (!) unverzüglich die Arbeit wieder aufgenommen wird (!)!"

Als R. Judith vom IGM-Hauptvorstand in Huckingen am 7. März auftauchte, um den Walzwerkern diesen „Vorschlag" auch noch mündlich plausibel zu machen, stieß er auf heftige Ablehnung. Bei dieser Gelegenheit griffen ihn die Mannesmann-Kollegen auch wegen seiner üblen Rolle in der Auseinandersetzung bei Hoesch an.



Judith wieder mal im Einsatz . . . bei den Walzwerkern kommt er jedoch nicht an

Die Mannesmann-Kapitalisten griffen dann zu einem Mittel, das den Arbeitskampf wesentlich verschärfte: Sie ließen durch eine einstweilige Verfügung des Duisburger Arbeitsgerichts 42 Kollegen bei Androhung einer Geldstrafe, die „ersatzweise in eine Haftstrafe umgewandelt werden kann" aussperren. Diese Maßnahme sollte vor allem „den harten Kern" der Streikenden treffen (wie ein Vorstandssprecher gegenüber der Presse erklärte). Offenbar war damit beabsichtigt, die Streikfront aufzupalten und zu zerschlagen. Das geht auch noch daraus hervor, daß die Werksleitung n a c h dieser Provokation ein Flugblatt verteilen ließ, in dem für den 7. März, 14 Uhr, die Wiederaufnahme der Arbeit angekündigt wurde.



Hier kommt keiner durch !

Im Gegensatz zu den Absichten der Kapitalisten bewirkte dieser „Hammer", daß nicht nur die Streikenden noch enger zusammenrückten, sondern daß sich die Solidaritätsbewegung mit den Walzwerkern über Duisburg hinaus verbreiterte. Solidaritätsspenden für die Streikenden trafen zusammen mit Telegrammen aus dem gesamten Bundesgebiet ein, Duisburger Frauen organisierten eine Essenausgabe für die Streikenden und größere Teile der nicht streikenden Mannesmann-Kollegen (im gesamten Werk arbeiten 9500 Mann) erklärten sich mit den Streikenden solidarisch (so warfen z.B. fast alle Stahlwerker demonstrativ die Flugschrift der Geschäftsleitung vor die Füße der Verteiler).

Nach neun Tagen, als in den Werken Mühlheim und Düsseldorf des Mannesmann-Konzerns die Röhrenproduktion mangels Nachschub zu stocken drohte – zum anderen ein Übergreifen des Ausstandes auf andere Werksteile befürchtet werden mußte – stimmte die Werksleitung den Forderungen der Streikenden zu.

Im Kampf konnte jene „Kompromißlösung", die monatelang in der Kommission geschmort hatte, durchgesetzt werden. ■

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag Arbeiterkampf, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantwortl. Redakteur: Kai Ehlers, Verlagsadresse, presserechtlich verantwortl.: Kai Ehlers, Verlagsadresse Auflage: 18.000, Erscheinungsweise: monatlich, Verkaufspreis: 50 Pfg. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.
antwortl.: Kai Ehlers, Verlagsadresse Auflage: 18.000, Erscheinungsweise: monatlich, Verkaufspreis: 50 Pfg. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.
Nr. 451 8378 J. Reents, Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595 J. Reents

Streiks in Holland

Cent statt Prozent!

Während bei HOESCH in Dortmund die Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Konzernleitung in die „zweite Runde" ging, (Entlassung von acht Kollegen) begannen die Arbeiter im Stahlwerk HOOGOVENS in Ijmuiden (Holland) einen Streik, der sich zum längsten und breitesten Arbeitskampf in der holländischen Nachkriegsgeschichte verschärfen sollte.

Zweck des Kampfes waren nicht die üblichen Lohnerhöhungen (denn die wurden bereits im sog. „Zentralakkord" von Regierung und Tarifvertragsparteien auf 13,5 % festgelegt), sondern es ging um

- die Anhebung der unteren Lohngruppen, die Nivellierung (Einebnung) des spalterischen Lohnsystems,
- den Ausgleich der Preissteigerungen (nach offiziellen Schätzungen werden die Preise in Holland 1973 um 8 % steigen!),
- und die Einbeziehung der höheren Angestellten in den Lohntarif.

Entscheidend, weil von den Arbeitern als zentrales Streikziel angesehen, war die Forderung, im neuen Tarifvertrag die Löhne um einen festen Geldbetrag („cent") und nicht mehr prozentual („procent") anzuheben. Der Streik stand darum unter der Parole: „CENT STATT PROCENT!"

Der Streik beginnt

Es begann mit der Arbeitsniederlegung der Abteilung „Material und Magazin" im Werk Ijmuiden am 20. Februar, nachmittags um 17 Uhr. 400 Kollegen traten als erste in den Streik, nachdem ein Ultimatum der drei Gewerkschaften an die Konzernleitung zur Erfüllung der oben genannten Forderungen abgelaufen war. HOOGOVENS-Boß Jacob hatte noch kurz vor die sozialistischen, protestantischen und katholischen Gewerkschaftsvertreter um Wiederaufnahme der geplatzten Gespräche gebeten.

Diese plötzliche „Bereitschaft" konnte zumindest die Arbeiter nicht täuschen: Sie hielten ihre Mittel für wirkungsvoller und erfolgversprechender als die Spitzengespräche, in denen die Konzernbosse monatelang die Gewerkschaftsvertreter an der Nase herumführen konnten.

Mit geschlossenen Augen, wahrscheinlich jedoch bewußt lügend, erklärte ein Vorstandssprecher zwei Stunden nach Streikbeginn: „Bei uns in Ijmuiden ist alles ruhig – in allen (!) Abteilungen wird normal gearbeitet." („Ruhr-Nachrichten", 21.3.73)

Sofern die Bosse tatsächlich Illusionen über die Streikbereitschaft der Arbeiter gehegt haben sollten, wurden sie sehr bald eines besseren belehrt. Nach den Magazinern legten die Walzwerker die Warmwalzstraße still. Es folgten die Kollegen der Pelletfabrik und der Sinteranlage. Andere Abteilungen mußten sehr bald dicht machen, da kein Rohmaterial (bzw. Grundstoffe) mehr angeliefert wurde. Nach vier Tagen liegt das gesamte integrierte Stahlwerk, einschließlich des örtlichen Elektrizitätswerks still.

Der Produktionsausfall bezifferte sich auf 5 bis 8 Millionen holländische Gulden pro Tag.

Die Unternehmer bleiben hart

Die Führer der Gewerkschaften hatten es für taktisch zweckmäßig gehalten, den Arbeitskampf zur Durchsetzung ihrer Forderungen zunächst auf einen der größten und bedeutendsten Betriebe Hollands zu begrenzen. Dieses Vorgehen wurde damit begründet, daß die spalterische Lohndifferenzierung im gesamten Lande aufgehoben werden könne, wenn die Konzernleitung bei HOOGOVENS erstmal in die Knie gezwungen sei.

Diese Spekulation der reformistischen Gewerkschaftsführer konnte nicht aufgehen: Die HOOGOVENS-Kapitalisten hatten von Anfang an klargemacht, daß sie auf keinen Fall den Forderungen nachgeben würden. Sie nahmen dafür einen Produktionsausfall von über 50 Millionen Gulden in Kauf (eine Summe, die weit höher liegt, als die geforderte Anhebung der unteren Lohngruppen!).

Die Kapitalisten hatten erkannt, daß es hier um eine Kraftprobe ging, die sich erheblich von den herkömmlichen Lohnauseinandersetzungen unterschied. Die Durchsetzung der Forderung „CENT STATT PROCENT!" hätte eine tendenzielle Aufhebung der Spaltung der Arbeiterklasse über den Lohn bedeutet. Die Forderung wurde zugleich als Angriff auf das sogenannte „Leistungsprinzip" gewertet. Die Unternehmerseite hetzte darum in der Öffentlichkeit gegen die Gewerkschaften mit dem Vorwurf der „primitiven Gleichmacherei" und leitete unverzüglich ein Gerichtsverfahren ein, um feststellen zu lassen, ob der Streik rechtens sei.

Am 5. März 1973 traf das Landgericht Haarlem eine einstweilige Verfügung, nach der die Gewerkschaften den Streik innerhalb von 24 Stunden zu beenden hätten. Darüberhinaus dürfen die Gewerkschaften nach diesem Urteil innerhalb der nächsten zwei Monate (!) keinen neuen Streik ausrufen. Die Führer der Gewerkschaften „akzeptierten" das Urteil, erklärten jedoch, in die Berufung gehen zu wollen.

Bei HOOGOVENS wurde vom 6. März ab die Streikfront abgebaut.

Die Unterwerfung der Gewerkschaften unter die Entscheidung des kapitalistischen Staates offenbart den Bankrott und die Untauglichkeit einer Gewerkschaftspolitik, die davon ausgeht, daß die Klasse der Kapitalisten zur Annahme von Forderungen gezwungen werden kann, wenn einem Kapitalisten ein „Nadelstich" verpaßt wird. Diese Politik hat bisher immer wieder zu Niederlagen der Arbeiter geführt.

Der Kampf muß weitergeführt werden

Die Sache hätte eine nationale Auseinandersetzung erfordert, die wenigstens alle zentralen Unternehmen umfaßt hätte. Dieser Sachverhalt war auch den Gewerkschaftsführern klar: Sie weiteten den Konflikt jedoch nur zögernd aus und achteten darauf, daß die Kämpfe zeitlich begrenzt blieben.

Am 22. Februar, also zwei Tage nach dem Streikbeginn bei HOOGOVENS, streikten in Groningen mehrere Tausend Arbeiter aus elf Betrieben. Jedoch nur für eine Stunde. Nach dem gleichen Muster wurde in den nächsten Tagen in 20 weiteren Betrieben Hollands gestreikt. Im Raum Rotterdam legten am 5. März wiederum mehrere tausend Kollegen bei großen Schiffswerften und Maschinenbaufirmen für einen Tag die Arbeit nieder.

Nachdem die holländische Justiz bei Androhung von Strafe den Abbruch des Arbeitskampfes bei HOOGOVENS erzwungen hatte, wurde von den Gewerkschaftsführern ein neuer „Schwerpunkt" zur Fortsetzung des Kampfes gesetzt: Die Arbeiter und Angestellten bei der Motorenfabrik THOMASSEN wurden aufgefordert, vom 6. März an in einen unbefristeten Streik zu treten. Das Feld der Auseinandersetzung soll nunmehr auf die Schwer- und Textilindustrie verlegt werden.

Die holländische Arbeiterklasse hat in diesen Auseinandersetzungen ein hohes Maß an Kampfbereitschaft und Solidarität gezeigt. Ob sie ihre Forderungen bereits in diesen Kämpfen durchsetzen kann, muß jedoch bezweifelt werden, da die Politik der Gewerkschaftsführer zur Aufsplitterung der Kräfte und damit zur Minderung der Kampfkraft führt. ■

Kontaktadressen des KB

BREMERHAVEN: Arbeiterbuch, Pol. Buchhandlung, 285 Bremerhaven, Bürger 198, tgl. 12.30 – 18.30 Uhr, Tel. 41 24 54

EUTIN: H. Lankau, 242 Eutin-Großmeinsdorf

FLENSBURG: Peter Petersen, 239 Flensburg, Postlagerkarte A022583

FRANKFURT: K. Scholz, 6232 Bad Soden, Postfach 1408, Tel. 0611/30 61 71, Mo. 18 – 21 Uhr, Do. 18 – 21 Uhr

HAMBURG: Postadresse: J. Reents, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35

KIEL: W. D. Scheel, 23 Kiel 1, postlagernd

OLDENBURG: D. Seidel, 29 Oldenburg, Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des Arbeiterkampf

GÖTTINGEN: KAG im Buchladen „Rote Straße", 34 Göttingen, Rote Straße 10, Di. 17 – 19 Uhr

LÜBECK: W. Blankschein, 24 Lübeck, Postlagerkarte 082332A

WESTBERLIN: Florian Geyer üb. Sozialistisches Zentrum, 1 Berlin 21, Stephanstr. 60

Zur Frage der „Gewerkschaftsopposition'

Gegenwärtig propagieren die „KPD/ML", „KPD" etc. die Gründung einer „Revolutionären Gewerkschaftsopposition". Zu diesem Ziel haben bereits einige überregionale Konferenzen stattgefunden.

Auf der anderen Seite stellt die reale Entwicklung der Klassenkämpfe die Frage nach der weiteren Entwicklung der gewerkschaftlichen Linken, wie sie sich z.B. bei den Betriebsräte-Wahlen 1972 gezeigt hat (Merck-Darmstadt, Daimler-Untertürkheim etc.).

In diese Auseinandersetzung hat auch der Zirkelblock NRF/KBB eingegriffen, und zwar mit zwei verschiedenen Beiträgen in der Heidelberger „Arbeiterzeitung" (Januar 73) und in der Bremer „Wahrheit" (ebenfalls Januar). Beide Artikel kommen zwar zu einer scheinbar gleichen Schlußfolgerung, d.h. sie wenden sich gegen die Organisierung einer „Gewerkschaftsopposition." Die Beiträge zeigen jedoch, daß das NRF und der KBB von ganz verschiedenen Positionen her zu dieser Schlußfolgerung gelangt sind. Im wesentlichen handelt es sich dabei um genau gegensätzliche Positionen: der KBB argumentiert weitgehend korrekt von „rechts", während das NRF von „links" argumentiert.

Beginnen wir mit dem Beitrag des KBB. Die Genossen des KBB haben in der Vergangenheit weit stärker als das NRF den Aufbau einer Gewerkschaftsopposition propagiert. Diese Linie wird nunmehr in einer „Selbstkritik des ZK" zurückgenommen. In der Selbstkritik heißt es, daß die Propagierung der „Gewerkschaftsopposition" ein „falscher Schritt" gewesen sei. Ein solcher Schritt würde nach Meinung der Genossen „gegenwärtig zur Isolierung der fortschrittlichen Kollegen von der Masse der Gewerkschafter führen", würde damit auch der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung in die Hände arbeiten: „Damit liefern wir den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern den Vorwand, die fortschrittlichen Kollegen als Spalter der Gewerkschaften zu bekämpfen und auszuschließen."

Die Genossen gehen dann auf die Gründe ihres Fehlers ein und kommen dabei zu einer Schlußfolgerung, die uns angenehm überrascht:

„Die Ursachen unseres Fehlers liegen in einer subjektivistischen Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen bürgerlicher und proletarischer Linie innerhalb der Gewerkschaften". Die Genossen des KBB haben, so heißt es in der Selbstkritik des ZK weiter, „die gegenwärtige Schwäche (!) der Arbeiterbewegung nicht erklärt und anstelle der Entwicklung der politischen Lehren aus dieser Schwäche organisatorische Maßnahmen vorgeschlagen". Die Genossen schreiben dann, daß sie die Möglichkeiten der Gewerkschafts-Führung unterschätzt haben, ihre arbeiterfeindliche Politik in den Gewerkschaften durchzusetzen.

Sehen wir nun den Beitrag des NRF. Dieser Beitrag beginnt gleich mit der Erklärung, daß „sich der Prozeß der ideologischen Loslösung der Arbeitermassen von der Bourgeoisie gegenwärtig beschleunigt und weiter beschleunigen wird", daß „große Teile der Arbieterklasse" schon das Vertrauen in die Gewerkschaftsführung verloren hätten. Deshalb müßten die Kommunisten „offen auftreten", der Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftsführung „unter gar keinen Umständen ausweichen". Deshalb dürften sich die Kommunisten nicht in gewerkschaftsoppositionellen Gruppen „verstecken", sondern müßten in den Gewerkschaften kommunistische Fraktionen bilden, die „auf allen Ebenen der gewerkschaftlichen Meinungsbildung auch als solche auftreten" müßten, d.h. „offen" als kommunistische Fraktion.

Man sieht, daß KBB und NRF völlig entgegengesetzt argumentieren. Die Genossen des KBB argumentieren mit der Schwäche der Arbeiterbewegung und sagen, daß unter diesen Umständen der Aufbau einer Gewerkschaftsopposition zur Isolierung und zum Ausschluß führen würde. – Das NRF dagegen argumentiert aus einer angeblichen Stärke der Arbeiterbewegung heraus, daß die Kommunisten sich nicht „verstecken" sollten, sondern auch in den Gewerkschaften „offen" und „als solche" auftreten müßten.

Der Unterschied zwischen diesen beiden Linien beruht offensichtlich auf der unterschiedlichen Praxis von KBB und NRF. Der KBB ist eine proletarische Organisation, die schon verhältnismäßig lange eine breite Betriebsarbeit macht. Dagegen ist das Heidelberger NRF eine Studenten-Gruppe, die erst vor kurzer Zeit eine „Arbeit im Proletariat aufgenommen" hat. Daher haben die Heidelberger Genossen noch sehr naive Vorstellungen über die politische Arbeit im Betrieb und in der Gewerkschaft (Motto: „Hoppla, jetzt kommen wir!"), während die Bremer Genossen in dieser Hinsicht wohl schon „gebrannte Kinder" sind.

Offenbar vertreten KBB einerseits und NRF andererseits, die noch in diesem März eine einheitliche Organisation gründen wollten, in dieser wichtigen Frage ihrer politischen Arbeit völlig gegensätzliche Standpunkte. Die Bremer Genossen meinen, daß sie sich schon mi der Bildung gewerkschaftsoppositioneller Gruppen isolieren und ihren Ausschluß provozieren würden. Das NRF dagegen ruft zur Bildung „kommunistischer Fraktionen" in den Gewerkschaften auf, die dort „offen" und „als solche" auftreten müßten. Beide kommen zwar zur selben Konsequenz (keine Gewerkschaftsopposition), aber die Gründe sind völlig verschieden: dem KBB erscheint die Gewerkschaftsopposition schon allzu sektiererisch und riskant, das NRF dagegen hält sie für opportunistisch („wir brauchen uns nicht zu verstecken"!). Daß diese beiden einander ausschließenden Standpunkte weder im Artikel der „Wahrheit" noch in der Heidelberger „Arbeiterzeitung" überhaupt angesprochen worden sind, zeigt erneut, wie in diesem Zirkelblock grundlegende Widersprüche in Fragen der Massenlinie opportunistisch verkleistert werden.

Wir betrachten die „Selbstkritik des ZK" als einen Schritt nach vorn, insofern wir hier den Versuch sehen, die bisher üblichen haarsträubend falschen ‚Einschätzungen' des Kräfteverhältnisses in Betrieb und Gewerkschaft zu korrigieren.

Andererseits ist diese „Selbstkritik" nicht ehrlich. Die Bremer Genossen „vergaßen", die bedeutsame Frage nach der Ursache ihrer bisherigen falschen Politik aufzuwerfen und zu beantworten:

Warum wurde das Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse falsch eingeschätzt? – Warum wurde Gefährlichkeit und Möglichkeiten der Gewerkschaftsführung unterschätzt, die derzeitige Kraft der Arbeiterbewegung aber maßlos überschätzt?? – Diese falschen Einschätzungen haben schließlich dazu geführt, daß die Bremer Führer ihre Genossen in den Betrieben mit halsbrecherischen Parolen auf den Weg schickten. Und wer garantiert diesen Genossen jetzt, daß damit in Zukunft Schluß ist?

Die Heidelberger „Resolution" jedenfalls zeigt im Gegenteil, daß das NRF die alten „subjektivistischen" Einschätzungen nicht nur ausdrücklich aufrecht erhält, sondern sogar in falscher Richtung noch weiter treibt.

Als „Ursache" für ihre falschen Parolen („Gründung" und „Aufbau" einer Gewerkschafts-Opposition) geben die Bremer Führer an, daß sie das Kräfteverhältnis bisher „subjektivistisch" eingeschätzt haben. Muß man da nicht weiter gehen? „Subjektivistische" Einschätzung des Kräfteverhältnisses bedeutet doch, daß die Bremer Genossen über gar keine Einschätzung des Kräfteverhältnisses in der BRD im allgemeinen und den DGB-Gewerkschaften im besonderen verfügen, jedenfalls nicht im Sinne einer wissenschaftlichen, materialistischen Untersuchung.

Anscheinend haben die Bremer Führer in dieser höchst wichtigen, grundsätzlichen Frage bisher nur spekuliert, „über den Daumen gepeilt"?!

Wir selbst erinnern uns noch sehr gut an ein Gespräch mit Bremer ZK-Mitgliedern vor etwa einem Jahr in Hamburg. Hier schnitten wir diese Fragen an und stellten unsere eigenen Einschätzungen dar, die wir auch schriftlich begründeten (vergl. UNSER WEG Nr. 13 und 14). Mit gespieltem Erstaunen meinten die Bremer Führer damals, daß das „alles noch völlig neu" für sie sei, daß sie darüber „erst mal in Bremen ausführlich diskutieren" müßten, die Sache ansonsten aber „höchst interessant" fänden usw. usf.

Tatsächlich aber erfolgte nie eine öffentliche Auseinandersetzung mit unseren Einschätzungen über Stand und Entwicklungstendenzen der westdeutschen Arbeiterbewegung etc. Statt dessen konnte man mehr als ein Jahr später die platte demagogische Unterstellung im „Neuen Roten Forum" lesen, wir hielten „eine Sammlung von Streikstatistiken für Beiträge zur kommunistischen Programmatik ..." (NRF-Sonder-Nr. „Das Programm ...", S. 11)

Uns ist nicht ein einziger Versuch einer öffentlich dargelegten, wissenschaftlich begründeten Einschätzung des Kräfteverhältnisses der Klassen in der BRD durch den KBB bekannt. Alles spricht hingegen dafür, daß die Genossen auch weiterhin im „Nebel" tappen werden.

So ist die in der „Selbstkritik" vorgenommene Korrektur früherer Fehler offenbar auch weniger Ergebnis einer tiefergehenden wissenschaftlichen Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, sondern vielmehr Ergebnis der Tatsache, daß sich die aus Heidelberg (NRF) importierte großmäulige Politik in den Bremer Betrieben nicht umsetzen läßt, ohne daß die Arbeitergenossen des KBB dabei auf den Arsch fallen.

Diese Tatsache wird die Bremer Führer auch in Zukunft immer wieder zu „Selbstkritiken" dieser Art zwingen – nämlich immer dann, wenn die Genossen in den Betrieben mit dieser Politik Schiffbruch erleiden – es sei denn, sie opfern ihren Einfluß in den Bremer Betrieben zugunsten der angestrebten „Einheit" mit dem Heidelberger NRF!

Die „Zentrale Leitung" der Frankfurter KG (Kommunistische Gruppe) „übersieht" anscheinend die sich ausschließenden Standpunkte von KBB und NRF. Trocken schreiben die Genossen, daß beide Erklärungen (die Heidelberger „Resolution" und die Bremer „Selbstkritik") „wesentlich zur Klärung unserer Positionen beigetragen haben", nämlich „zur Taktik der Kommunisten im gewerkschaftlichen Kampf ..." (Zeitschrift der KG „Kampf-Kritik-Umgestaltung", S. 3).

Die Frankfurter KG ist eine studentische Neugründung auf Heidelberger Linie (NRF) und möchte nach eigener Aussage an der Gründung der von KBB und NRF geplanten neuen Organisation teilnehmen. Das zwingt die führenden Genossen dieser Gruppe offenbar dazu, das Konfusum der beiden widersprüchlichen Erklärungen aus Bremen und Heidelberg zur „Klärung" der eigenen Unklarheiten hochzujubeln. Eine wahrhaft „kommunistische" Haltung!?

Zum Problem der Gewerkschafts-Opposition äußerten wir uns selbst im ARBEITERKAMPF Nr. 21 (Aug./Sept. 72). Wir schrieben dort:

„Die linke Gewerkschafts-Opposition in der BRD ist keine einheitliche politische Kraft. Vielfältige politische Vorstellungen und Anschauungen mischen sich hier.

Die Übergänge zur linken Sozialdemokratie und zur DKP sind fließend. Die Kommunisten in der BRD haben es noch nicht geschafft, sich zum treibenden Motor und politischen Rückgrat der Gewerkschafts-Opposition zu entwickeln. Mit wenigen Ausnahmen – wie etwa Hamburg, Bremen und München – sind die Kommunisten (bzw. diejenigen, die sich dafür halten) in ihrer betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit sogar nicht viel mehr als ein „links" Randphänomen der Gewerkschafts-Opposition." (S. 17)

Dieses Zitat bedeutet eine Aufforderung an die kommunistischen Kräfte in der Arbeiterbewegung, sich intensiver als bisher um die oppositionellen Strömungen in Betrieb und Gewerkschaft zu kümmern, politischen Einfluß zu nehmen, sich zum „treibenden Motor", zum „politischen Rückgrat" dieser Bewegung zu entwickeln.

Der Versuch einer „Gründung" der Gewerkschafts-Opposition durch verschiedene Gruppen („KPD/ML", und „KPD") ist natürlich Unfug und muß scheitern. Die Gewerkschafts-Opposition existiert tatsächlich und bedarf daher auch nicht erst einer besonderen „Gründung". Sie existiert allerdings in Gestalt einer politisch indifferenten Strömung in der Arbeiterklasse, einer Strömung, die mehr oder weniger in Opposition zur bisherigen offiziellen Politik der DGB-Gewerkschaften steht, die aber gleichzeitig den Boden sozialdemokratischer Ideologie und Illusion im wesentlichen noch nicht verlassen hat.

Diese oppositionelle Strömung ist in letzter Zeit stärker und breiter geworden, was sowohl in den Lohnrunden der letzten Jahre, den tagtäglichen betrieblichen Auseinandersetzungen, den Betriebsräte-Wahlen '72, den derzeitig laufenden Vertrauensleute-Wahlen (IGM und IG-Drupa) u.v.a.m. deutlich wurde.

Diese Entwicklung hat verschiedene super-„linke" Organisationen zum „Umdenken" veranlaßt. Das wird vor allem bei der „KPD/ML" („Roter Morgen")deutlich. Vor nicht allzu langer Zeit standen diese Herrschaften dem realen Kampf der Arbeiter mit einem arroganten „linken" Naserümpfen gegenüber; der reale Kampf könnte ja von den großen revolutionären Zielen „ablenken". Damals propagierten diese Leute sogenannte „Rote Betriebsgruppen" als „Keimform revolutionärer Gewerkschaften". Die „RBG" sollten „Massenorganisationscharakter" haben, wie launig bekannt gegeben wurde. Aber natürlich sollte in den „RBG" eine „Schulung des Marxismus-Leninismus und der Mao Tse-tung-Ideen" betrieben werden. Schließlich sollte diese famose Massenorganisation „unter Anleitung der Partei" (der „KPD/ML") stehen.

Da aber diese Herren „Arbeiterführer" auf jeden Fall politisch im Geschäft bleiben wollen, sind sie inzwischen ziemlich von ihren damaligen „revolutionären" Flausen herunter. Heute kann man im „Roten Morgen" schon lesen, daß die „Gewerkschaftsopposition" natürlich keinesfalls von der Partei gegängelt werden darf, daß die Gründung „eigener" Gewerkschaften außerhalb des DGB noch nicht beabsichtigt ist usw.

Aber die „Arbeiterführer" sind immer noch der Meinung, eine „Gewerkschaftsopposition" ließe sich einfach so „gründen". Zu diesem Zweck hat also ein „Kongreß der Gewerkschaftsopposition" stattgefunden. Daß dabei ein Statut beschlossen und ein Vorstand gewählt wurde, bejubelt der „Rote Morgen" überschwenglich als großen Schritt nach vorn.

Freilich, da diese Herrschaften bei ihrer berüchtigten „Parteigründung" vor vier Jahren genauso an die Sache herangegangen sind, ist ihr Jubel nur konsequent. Es fragt sich aber doch dabei immer: wer erkennt ein solches Statut an, wer erkennt einen solchen „Vorstand" an? Da wird sich doch mit schönen Worten wie „Statut" und „Vorstand" (es fehlt noch ein 1. Kassierer und ein schöner großer Stempel) wieder in die Tasche gelogen!

Tatsächlich hat sich aber unter dem Namen der „Gewerkschaftsopposition" doch nur eine Strömung innerhalb derselben mit diesem „Kongreß" formiert. Diese Strömung ist durchaus nicht typisch für die Gewerkschaftsopposition, sondern bewegt sich an deren Rand. Diese Strömung mag getrost eine „Führung der Gewerkschaftsopposition" wählen – sie könnte genauso gut gleich eine „Revolutionsregierung" wählen – von Bedeutung ist weder das eine noch das andere.

Gerade wegen des politisch indifferenten Charakters der tatsächlichen (nicht der eingebildeten) Gewerkschaftsopposition ist ihre Zusammenfassung in einer einheitlichen Organisation gar nicht möglich.

In AK 21 (August 72) schrieben wir dazu: „Der politischen Vielfalt der Gewerkschafts-Opposition entspricht ihre organisatorische Zersplitterung. Das kann beim derzeitgen Entwicklungsstand der Arbeiterbewegung und kommunistischen Bewegung auch gar nicht anders sein."

Es ist nicht zu übersehen, daß die Gewerkschaftsführer auf die Herausbildung einer Gewerkschaftsopposition empfindlich reagieren. So hat unlängst der Hauptvorstand der IG Druck/Papier einen Beschluß gefaßt, der Mitglieder die sich zur „Roten/Revolutionären Gewerkschaftsopposition oder (!) Gruppen mit gleicher bzw. ähnlicher (!!) Zielsetzung bekennen" rundheraus mit Ausschluß droht. –

Auch in anderen Gewerkschaften sind „Warnungen" der Vorstände vor einer „RGO" laut geworden. Wenn man diese wilden Reden so hört bzw. liest, dann muß man zur Schlußfolgerung gelangen, daß die „Roten" den gesamten DGB schon kräftig „unterwandert" haben und ganz knapp vor der Machtübernahme in den Gewerkschaften stehen. Es ist denkbar, daß sich einige Super-„Linke" in dem Aufsehen förmlich sonnen, das ihnen das Gekeife der Gewerkschaftsführer so unverhofft verschafft.

Worum jedoch geht es in Wahrheit? Die Gewerkschaftsführer wissen natürlich, daß die sich entwickelnde Opposition gegen ihren arbeiterfeindlichen Kurs vorerst alles andere als revolutionär ist, daß sie sich weitgehend in links-sozialdemokratischen und konfusen Bahnen bewegt. Aber mit dem super-„linken" Popanz der „RGO" soll jeder Opposition im DGB der sektiererische Stempel aufgedrückt werden, um sie gegenüber den Massen der Kollegen zu isolieren und lächerlich zu machen, um in letzter Konsequenz ihren Ausschluß umso bequemer bewerkstelligen zu können. Deshalb also werden Gruppen wie die „RGO" von Gewerkschaftsführern und bürgerlichen Zeitungen (z.B. „Spiegel" 12/73) bewußt hochgespielt. Über die tatsächliche Situation der sich herausbildenden Gewerkschaftsopposition kann das nur Verwirrung stiften.

Vor allem das noch niedrige Niveau der westdeutschen Arbeiterbewegung ist die Ursache für die (auch) organisatorische Zersplitterung der gewerkschaftsoppositionellen Strömung in unabhängig voneinander tätigen linken Arbeiter-Gruppen, linken Vertrauensleute-„Fraktionen", informellen Kontakten im Betrieb etc. etc. Es liegt auf der Hand, daß das Problem einer bisher leider nur wenig entfalteten Arbeiterbewegung nicht durch gutgemeinte „organisatorische Konzeptionen" zu lösen ist.

Die Gewerkschafts-Linke bildet spontan verschiedene Organisationsformen, Formen des jeweils engeren oder loseren Zusammenschlusses heraus. Je nach Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Inhalte ihrer Arbeit verändern sich auch die Formen ihrer Organisierung. Für die Kommunisten kommt es heute darauf an, sich mit allen diesen „Formen" möglichst eng zu verbinden, um so aus den vielen kleinen „Rinnsalen" des Protestes gegen die kapitalhörige Politik der DGB-Führer einen breiteren, kräftigeren „Strom" des Kampfes um die innergewerkschaftliche Demokratie usw. zu bilden.

Dabei müssen sich die Kommunisten schwerpunktmäßig auf die Entwicklung des politisch-ideologischen Niveaus der Kollegen konzentrieren. Dafür braucht man heute schwerlich ein bombastisches „Statut", dazu nutzt auch kein „Vorstand" einer bloß eingebildeten „Massenorganisation". Dafür braucht man als Kommunist vor allem selbst politische Klarheit. Es ist letzten Endes nicht damit getan, vor jeder Tarifrunde irgendwelche Forderungen z.T. einfach aus der Luft zu greifen und hinterher laut „Verrat! Verrat!" zu rufen. Die Kommunisten müssen es mehr als bisher lernen, die arbeiterverräterische Politik der DGB-Führer ebenso grundsätzlich wie auch konkret zu untersuchen und darzustellen, zu wirklichen Schrittmachern und Organisatoren der sich entwickelnden Gewerkschaftsopposition zu werden. ■

Kampf der Ausschlußpolitik der DGB-Führung!

Im Februar hat der Vorstand der IG Metall ein Ausschlußverfahren gegen den Genossen Thomas Klingenberg eingeleitet. Genosse Klingenberg ist Mitglied des Kommunistischen Bundes Göttingen – eine Organisation, die dem Zirkelblock NRF Heidelberg/KB Bremen angeschlossen ist.

Tomas Klingenberg ist von Beruf Elektromechaniker. Seit 1969 ist er Mitglied des Ortsjugendausschuß (OJA) der IGM und wurde von dort in den Kreisjugendausschuß (KJA) des DGB delegiert. Seit etwa einem Jahr gehört er dem Bezirksjugendausschuß der IGM an.

Der Ausschlußantrag wird damit begründet, daß Genosse Klingenberg namentlich für die Zeitung „Der Metallarbeiter" des KBG verantwortlich zeichnet. Dies sei „gewerkschaftsschädigend." Kritik an der Gewerkschaft dürfte nur i n n e r h a l b der Gewerkschaft geübt werden (davon steht allerdings nichts im Statut!); außerdem müßte sie „berechtigt" und „glaubwürdig" sein. Diese Anmaßung des IGM-Vorstandes ist außerordentlich entlarvend: Denn wer entscheidet nach Meinung des Vorstandes darüber, ob Kritik „berechtigt" und „glaubwürdig" ist? Eben diejenigen, gegen die sich die Kritik doch wohl in der Regel richten dürfte – die Gewerkschaftsführung selbst.

Umgekehrt nimmt die DGB-Führung für sich ganz selbstverständlich immer wieder das Recht heraus, „in der Öffentlichkeit" zu verschiedensten gewerkschaftlichen Fragen Stellung zu nehmen und dabei z.B. in übelster Manier die kämpfenden Kollegen und ihre gewerkschaftlichen Vertrauensleute in die Pfanne zu hauen (zuletzt beim Hoesch-Streik). Ihre Logik ist eindeutig: der Vorstand darf selbstverständlich die Mitglieder kritisieren; kritisieren aber die Mitglieder den Vorstand, so stehen sie mit einem Bein schon draußen.

Bei unserer Solidarität mit Genossen Klingenberg wollen wir aber einen Punkt nicht verschwiegen: wir meinen, daß der KBG den Gewerkschaftsführern allzu leichtfertig in die Hände gespielt hat, indem er den Genossen als Verantwortlichen für den „Metallarbeiter" auftreten ließ. Da hängt u.E. mit einem falschen „Bekennertum" zusammen, das von den Genossen vertreten wird und das in erster Linie vom NRF Heidelberg gepredigt wird. (vgl. dazu Artikel über Gewerkschaftsopposition in dieser Ausgabe des AK). Es ist völlig überflüssig, Genossen im Betrieb und in der Gewerkschaft mit Etikett „Kommunist" auf dem silbernen Tablett der Bourgeoisie und ihren Agenten zu servieren. Wenn ein Genosse offen als Kommunist auftritt, dann muß er sich des Rückhalts der Kollegen gewiß sein können. Das ist aber gegenwärtig meist nicht der Fall, sodaß es zu unnötigen Opfern fähiger Genossen und damit Rückschlägen für die Arbeit kommen kann. Das läßt sich bei etwas mehr realistischer Selbsteinschätzung vermeiden.

Das heißt nicht, daß die Genossen sich schlicht als „fortschrittliche Gewerkschaftler" allgemeiner Art abtarnen. Ein fähiger Genosse wird es meist verstehen, bei den Kollegen Gewißheit über seinen politischen Standort zu verschaffen, ohne sich unbedingt sozusagen mit seiner Parteifahne höchst offiziell auch beim Kapitalisten und der Gewerkschaftsführung vorzustellen.

Flensburg Sozial von Amts wegen

In der Bundesrepublik gibt es über 2 Millionen ausländische Kollegen, davon in Flensburg weit über 1 000. Jedermann weiß, unter welch erniedrigenden Bedingungen die ausländischen Kollegen hier ihr Leben fristen müssen: der deutschen Sprache meist nicht mächtig, in Unkenntnis ihrer elementarsten Rechte, sind sie in der Mehrzahl Spielball skrupelloser Menschenhändler, die sie hierher vermitteln an Kapitalisten, von denen sie wiederum besonders kräftig ausgebeutet werden durch Einstufung in die untersten Lohngruppen.

Ergänzt wird diese kapitalistische „Gastfreundschaft" durch Unterbringung in Behausungen, deren „Komfort" und „Geräumigkeit" im umgekehrten Verhältnis zum Mietpreis stehen.

Fernsehen und bürgerliche Presse konnten nicht umhin, die übelsten Ausbeutungs- und Mietwuchererscheinungen kritisch zu kommentieren – und siehe, selbst das schleswig-holsteinische CDU-„Sozial"ministerium, sonst immer bemüht, die Fahne der Volksfeindlichkeit möglichst sichtbar hoch zu halten, läßt sich nun herbei, den Nöten der ausländischen Kollegen seine verdächtige Aufmerksamkeit zu schenken.

Werfen wir einen Blick auf das Produkt dieses Akts christdemokratischer Selbstüberwindung. Der „Sozial"minister empfiehlt in einem Runderlaß, „Koordinierungskreise für ausländische Arbeitnehmer" auf kommunaler Ebene zu bilden.

Woraus sollen sich diese „Koordinierungskreise" zusammensetzen? Wir folgen dem „Flensburger Tageblatt": „Kommunale Gebietskörperschaften, Arbeitsämter, Schulämter, Arbeitgeber, Arbeitnehmer sowie Betreuungsorganisationen. In die Koordinierungskreise ist der jeweils Sachverständige und für die Bearbeitung von Aufgaben zuständige Vertreter zu entsenden (Sozialamt, Jugendamt, Wohnungsamt – soweit noch vorhanden – , Gesundheitsamt, Ordnungsamt, Schulamt). Die Mitglieder wählen aus ihrer Mitte den Vorsitzenden, und die Geschäftsführung übernimmt die jeweilige Gebietskörperschaft, für deren Bereich der Koordinierungskreis gebildet wurde." (FT, 8. 2. 73)

Die Empfehlungen der „Koordinierungskreise" werden den „jeweils zuständigen Stellen – Behörden, Verbänden, Betrieben – unterbreitet."

Diesen äußerst unkomplizierten Runderlaß noch etwas vereinfachend kann man also sagen: dieselben Behörden, die zu keinem anderen Zweck geschaffen worden sind, als der Arbeiterklasse auf dem Nacken zu sitzen, bilden einen gemeinsamen Ausschuß und leiten Empfehlungen an sich selbst.

Nach allen Erfahrungen mit „sozialpolitischen" Aktivitäten der CDU wird diesem Runderlaß nichts folgen. Er verfolgt einzig den Zweck, Aktivität vorzutäuschen, um Ansätze von Selbsthilfe der ausländischen Kollegen vorbeugend abzublocken. Nun ja, will man meinen, was kann man von der CDU denn anderes erwarten?

Wir haben ja noch die SPD. Flensburg, das ist eine SPD-regierte Stadt, und weil dies so ist, wir blicken wieder ins „Tageblatt", „ist man hier wieder einmal . . . der Zeit voraus gewesen". Denn bereits im Februar letzten Jahres hatte der Magistrat beschlossen, einen „Arbeitskreis für ausländische Arbeiter" zu gründen.

Da müßte ja schon eine Menge gelaufen sein für die griechischen Kollegen, z.B. hätte der Schweinerei der Danfoss-Geschäftsleitung, für „ihre" Griechen Abbruchhäuser als Unterkünfte zu mieten, ein Riegel vorgeschoben werden müssen.

Aber weit gefehlt. Nachzuweisen, was im Interesse der griechischen Kollegen gelaufen ist (außer einer Sammlung ausrangierter Möbel), das liegt dem sozialdemokratisch inspirierten Arbeitskreis fern. Worauf er Wert legt – auch das finden wir schwarz auf weiß im „Tageblatt": „Wir brauchen gar keinen Koordinierungskreis in der Stadt Flensburg neu zu bilden, sondern den bisherigen Arbeitskreis bloß umzubenennen (!), dann haben wir genau das, was der Minister empfiehlt."

Auf diese Weise koordinierend und umbenennend eilt die SPD der Zeit und der CDU voraus – und den ausländischen Kollegen davon. Und diese Erfahrung ist für die Kollegen durchaus nicht von Nachteil. ■

Häftling totgeschlagen!

Wieder einmal mußte ein Häftling in der berüchtigten „Glocke", der „Beruhigungszelle" im Hamburger Untersuchungsgefängnis, sterben.

Pascal Marc Laoubi Abd el Kader, Franzose algerischer Herkunft, wurde von Strafvollzugsbeamten so zusammengeschlagen, daß seine Mutter beim Anblick seiner Leiche sagte: „Er sieht aus wie eine gekochte Kartoffel, die auf den Fußboden gefallen ist."

Kader ist innerhalb von acht Jahren der sechste Häftling, der nachweislich durch unmenschliche Praktiken in Hamburger Gefängnissen sein Leben lassen mußte. Schläge im Gefängnis sind offensichtlich so etwas Selbstverständliches, daß ein Totgeprügelter für die Beamten nichts Besonderes mehr ist. Als ein Häftling an einem Schädelbruch starb, sagte der verantwortliche Aufseher lediglich, dem habe er „die Meinung gegeigt". 1964, als der Deutschamerikaner Haase in derselben Beruhigungszelle, in der Kader starb, zu Tode geprügelt wurde, sagte ein anderer Beamter, man habe ihm „den Arsch zu Butter gehauen".


Haft-Opfer Abd el Kader

Es wäre jedoch falsch, wenn man glauben würde, die Hamburger Justiz habe aus diesen Fällen nichts gelernt. 1964, im Fall Haase, wurde ein Gutachter beauftragt, die Leiche zu untersuchen. Als er sich mit seinen Ergebnissen an die Staatsanwaltschaft wandte, die auf sein Betreiben die Mordkommission einschalten sollte, wurde er unter Druck gesetzt, um die Sache zu vertuschen. Eineinhalb Jahre konnte so die Wahrheit unterdrückt werden, bis schließlich ein Journalist die Sache aufdeckte.

Im Fall Kader, 1972, ging man schon viel dreister vor:

Ehe ein Gerichtsmediziner erscheinen konnte, um sich die Leiche anzusehen, hatte die Anstaltsleitung bereits einen privaten Leichenbestatter beauftragt, der den Toten abholte.

Als die Staatsanwaltschaft dann merkte, daß sie um eine Obduktion nicht herumkommen würde, behinderte sie die Untersuchungen der beiden Gutachter so lange, bis diese aus Protest ihre Arbeit niederlegten.

Nach langem Hin und Her kam schließlich doch ein Gutachten zustande. Allerdings besagte es lediglich, an der Leiche habe man an Armen, Beinen und Rücken „Merkmale frischer, stumpfer, äußerer Gewalteinwirkung" festgestellt.

Um zu verhindern, daß bei einer Untersuchung in Marseille, wohin die Leiche an die Eltern des Getöteten geschickt wurde, mehr herauskäme, schickte man vorsichtshalber die Augen, die Zähne und das Hirn nicht mit.

Man sieht, daß die Staatsanwaltschaft ihr Bestes getan hat, damit die Sache nicht bekannt wird. Und man kann sicher sein, daß bei dieser Dreistigkeit die Fälle, bei denen nichts an die Öffentlichkeit dringt, wesentlich häufiger sind, als die, die herauskommen und als „Justizskandal" durch die Presse gehen.


Die Glocke im Hamburger Untersuchungsgefängnis

Die Selbstverständlichkeit, mit der Staatsanwaltschaft wie Strafvollzugsbehörde derlei Skandale behandeln, läßt den Schluß zu, daß körperliche Mißhandlungen von Gefangenen und die Unterdrückung von Beweismaterial, falls mal was schief geht, längst alltägliche Praktiken sind.

Für den Tod des Untersuchungshäftlings Haase wurde schließlich ein kleiner Wachtmeister verantwortlich gemacht, und auch der wurde in zweiter Instanz freigesprochen.

Man muß sich dabei vor Augen halten, daß das Untersuchungsgefängnis das „öffentlichste" der Gefängnisse ist. Ins UG kommen regelmäßig Anwälte und hier finden viel häufiger Besuche statt. Die Strafvollzugsanstalten sind dagegen viel stärker abgeschirmt. Was dort geschieht, erfährt die Öffentlichkeit nicht so leicht.

Über die Zustände in der Strafanstalt Fuhlsbüttel konnte man z.B. erst etwas ahnen, als die Häftlinge im vergangenen Jahr so entschlossen revoltierten, daß es vor der Öffentlichkeit nicht mehr zu vertuschen war. Die Hauptparole der Häftlinge war übrigens damals: „Ruhnau ist ein Faschist".

Hauptgrund für die Revolten war die totale Isolierung der Gefangenen und das Fehlen von ausgebildetem Personal. Der reaktionäre Fuhlsbüttler Anstaltsgeistliche, der vom Prinzip „Auge um Auge, Zahn um Zahn" beseelt ist, ist wohl kein Ersatz für fehle[illegible]chologen und Pädagogen, die den Häftlingen die Trennung von den Angehörigen und das Ertragen eines mittelalterlichen Strafvollzugs erleichtern könnten.

Aber bemüht sich die Justizbehörde, diese Zustände zu ändern?

Keineswegs. Qualifizierte Bewerber für diese Stellen werden mit fadenscheinigen oder gar keinen Begründungen abgewiesen. Überforderte Beamte ohne jede Ausbildung (Schieß- und Prügel-„ausbildung" ausgenommen) sollen geradezu gezwungen werden, sich mit faschistischen Methoden durchzusetzen. Wer das nicht mitmacht, wird so lange unter Druck gesetzt, bis er spurt. Gefängnisärzte, die Kritik üben, werden entlassen, wie Dr. Seckendorff und Dr. Ewe im vergangenen Jahr, denen man einfach vorwarf, sie unterstützten die RAF.

Als vor einigen Monaten eine Gruppe Schauspieler in der Strafanstalt Fuhlsbüttel eine Dichterlesung durchführte, wurde sie beim Vortrag von Gedichten des Antifaschisten Kurt Tucholsky von der Anstaltsleitung unterbrochen: „Zersetzende Propaganda" und „Aufwiegelung der Gefangenen" könne nicht geduldet werden. Ein Beamter aus der Justizbehörde sagte dazu:

„Solche Töne kennt man doch aus dem Dritten Reich. In Fuhlsbüttel sind sie schon wieder so weit."

Daß zwei Hamburger Strafanstalten (Fuhlsbüttel und Neuengamme) aus Nazi-KZs entstanden sind, ist eben nicht nur eine Frage der „Nutzung vorhandener Gebäude", sondern zeigt, wie ungebrochen die Geschichte der Hamburger Justiz ist, auch in personeller Hinsicht. ■

Prozeß gegen 'RoterMorgen'

Gegen Ernst Aust, Herausgeber der super„linken" Zeitung „Roter Morgen", hat der bürgerliche Staat verschiedene Ermittlungsverfahren eingeleitet; U.a. wird ihm vorgeworfen, den Sprengstoffanschlag gegen das US-Hauptquartier in Heidelberg im Mai 72 „gutgeheißen" zu haben und in München durch Flugblätter zu Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen aufgerufen zu haben. Das schwerste Geschoß dürfte ein Ermittlungsverfahren wegen „Zersetzung" der Bundeswehr und „Bestrebungen gegen den Bestand oder die Sicherheit der BRD oder Verfassungsgrundsätze" sein. Dieser „Tatbestand" wurde angeblich durch Verteilen von Flugblättern, für die Aust verantwortlich war, an Bundeswehrsoldaten erfüllt.

Vor zehn Jahren stand Ernst Aust, damals noch Herausgeber der revisionistischen Hamburger Zeitung „Blinkfüer", schon einmal vor Gericht. Vorgeworfen wurde ihm u.a. Tätigkeit für die verbotene KPD. Aust kam mit einem „blauen Auge" davon: ein Jahr Gefängnis, zur Bewährung ausgesetzt, die Strafe hat er nie absitzen müssen.

Damals war Aust ein waschechter Revisionist, der über den Sturz Chruschtschows Krokodilstränen vergoß, Kennedy's „Friedensliebe" pries und sogar hinter Kennedy's Nachfolger Johnson noch die „Kräfte der Vernunft" vermutete. Und der zugleich meinte, der Imperialismus sei „kein Papiertiger". Der darüber jammerte, „die chinesischen Führer" hätten „ihre Ideen an die große Glocke der Weltöffentlichkeit gehängt." Der „kein Verständnis für die Argumentationen von Väterchen Mao" hatte.

Zugleich war Aust aber auch ein mutiger Journalist, der unter dem ständigen „Damokles-Schwert" des KPD-Verbots in agitatorisch wirksamer Sprache die verschiedensten Mißstände auf allen gesellschaftlichen Gebieten aufgriff und die Verantwortlichen – die Bourgeoisie und ihren Staat – beim Namen nannte. Das führte immer wieder zu Verboten des „Blinkfüer".

1967 mauserte sich Aust zum „Maoisten". Er gab die Zeitung „Roter Morgen" heraus und ließ Ende 1968 die erste „KPD/ML" gründen. „Partei" und Zeitung handhabte er von Anfang an als seinen Privatbesitz. Der kommunistischen Bewegung der BRD hat Aust durch sein sektiererisches, kraftmeierisches und hochstaplerisches Verhalten großen Schaden zugefügt.

Dennoch gilt ihm, wie anderen Verfolgten der politischen Justiz, unsere Solidarität. Aust ist angeklagt, in seiner Zeitung und in Flugblättern die „Partei" die Notwendigkeit der bewaffneten Revolution zum Sozialismus propagiert zu haben. Die Form, in der er das tat, halten wir für kindisch und schädlich. In der S a c h e selbst stimmen wir mit ihm überein. Wenn es in einer beschlagnahmten Nummer des „Roten Morgen" heißt: „Nur der Griff der Massen zum Gewehr schafft den Sozialismus her", so ist das – abgesehen von der äußeren Form dieser Parole – eine von der Geschichte vielfach bestätigte Erfahrung. Ihren sichtbarsten Ausdruck findet sie gegenwärtig in Vietnam, wo sich das Volk seit drei Jahrzehnten gegen imperialistische Unterjochung und Aggression verteidigen muß.

Die Prozeß-Vorbereitungen gegen Ernst Aust reihen sich ein in den Versuch der Bourgeoisie und ihres Staates, die Freiheit der kommunistischen Propaganda entscheidend einzuschränken, sie reihen sich ein in die Verbots-Vorbereitungen gegen alle kommunistischen Organisationen. ■

Hang zur Aufsässigkeit gegen die staatliche Ordnung

"Extremisten-Erlaß" in Schleswig-Holstein

Demokratische oder kommunistische Lehrer in Schleswig-Holstein laufen immer mehr Gefahr, in die Mühlen des Verfassungsschutzes und anderer Spitzel von Amts wegen zu geraten. Für zahlreiche Fälle von Berufsverboten liefern die am 28. Januar 1972 von den Ministerpräsidenten der Länder und vom Bundeskanzler beschlossenen „Grundsätze über die Behandlung von öffentlich Bediensteten, die verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgen" die gesetzliche Handhabe. Wohin dieser berüchtigte „Extremistenbeschluß" führt, der auf Initiative von SPD-Politikern zustande kam und in Schleswig-Holstein von der besonders reaktionären CDU-Landesregierung rigoros angewendet wird, zeigt ein Fall in Flensburg!



Dem Lehrer Reinhard Winkler wird seit längerem die Einstellung in den Schuldienst verweigert. Winkler ist Mitglied der DKP. Seine Einstellung lehnt das Landesschulamt ab unter Hinweis auf einen Leserbrief, den Winkler vor drei Jahren (!), ein Jahr bevor er der DKP beitrat, an die Zeitung „Flensborg Avis" (Zeitung der dänischen Minderheit in Flensburg) geschickt hatte. Sein Text lautete:

„Im ‚Flensborg Avis' schreiben Sie am 21. April 1970, daß Schüler und Studenten gegen die Fahrpreiserhöhungen (es drehte sich damals um eine Rote-Punkt-Aktion, Red.) *agitiert haben. Dazu eine Berichtigung: Der Arbeitskreis, der jeden Montag um 19 Uhr Versammlung in der PH abhält, ist zum größten Teil aus Lehrlingen, Arbeitern und Angestellten zusammengesetzt. Das sollte nicht verschwiegen werden. Es ist also nicht die Rede davon, daß es nur eine studentische Aktion ist, sie wird im Gegenteil von allen Bevölkerungskreisen getragen."*

In einem Interview mit der „Südschleswigschen Heimatzeitung" (ebenfalls dänische Presse) erklärte der Sachbearbeiter des Landesschul[illegible]

falls dänische Presse) erklärte der Sach-

bearbeiter des Landesschul[illegible]

Uhlmann, in diesem Leserbrief komme „Winklers Hang zur Aufsässigkeit (!) gegenüber der staatlichen Ordnung" zum Ausdruck. Obwohl inzwischen drei Jahre vergangen sind, sei Winkler „zu dieser Zeit bereits Student (gewesen), und wir hatten also mit seiner Bewerbung zu rechnen. Von diesem Augenblick an (!) zählte er zu denen, denen, die uns interessieren müssen."

Laut Uhlmann hält das Landesschulamt sämtliche Zeitungen, die im Lande erscheinen und registriert jede (!) Meinungsäußerung von Lehrern, die sich in Leserbriefen oder Berichten niederschlägt. Uhlmann wörtlich: „Wir sehen im Fall Winkler, daß das erforderlich werden kann, um vor Gericht Beweis zu führen."

Dieser Fall von Meinungsterror spricht für sich! Bemerkenswert ist aber – dadurch unterscheidet er sich von vielen anderen Fällen – mit welcher Offenheit hier die Praktiken des Staates zugegeben werden. Es wird deutlich, daß der „Extremistenbeschluß" eine längst geplante Sache ist. Diese Offenheit soll demokratisch gesinnte Menschen im öffentlichen Dienst noch mehr einschüchtern. Lehrer und andere Landesbedienstete sollen wissen, daß sie beobachtet werden und müssen bei jeder Äußerung fürchten, politisches „Beweismaterial" zu liefern. Dabei ist der in Ungnade gefallene Leserbrief alles andere als eine „verfassungsfeindliche" Äußerung, von einer tatsächlichen Handlung ganz zu schweigen, die von jedem einigermaßen fortschrittlichen Menschen stammen könnte.

Der Fall steht nicht allein!

Im Laufe des letzten Jahres haben Berufsverbote und Bespitzelungen in Schleswig-Holstein rapide zugenommen:

- Seit dem 1.1.72 wird offiziell jeder Bewerber für das Lehramt an Schulen vom Verfassungsschutz überprüft.
- Zahlreichen Lehrern, Parteilosen, Kommunisten und Sozialdemokraten wurde bisher die Übernahme in den Schuldienst verweigert; zahlreiche andere wurden erst eingestellt, nachdem sie sich politischen Verhören im Kultusministerium unterzogen hatten. Bei einem solchen Verhör wurde z.B. das SPD-Mitglied Hans-Heinrich Hinrichsen aus Bargteheide nach seiner Gewerkschaftszugehörigkeit und Meinung zur DKP befragt.

In keinem Fall wurde bisher gegen NPD-Mitglieder und ähnliche Kräfte vorgegangen – ganz zu schweigen davon, daß der Verfassungsschutz etwa rechtsradikale CDU-Mitglieder überprüfte. Hingegen sind extreme Fälle bekannt, wie der NPD-Bundestagskandidat im Wahlkreis Steinburg-Dithmarschen, Otto Führer. Dieser Faschist ist nicht nur Amtsrat in der dortigen Kreisverwaltung, sondern erteilt auch noch Unterricht an der Kreisberufsschule. Der CDU-Kultusminister könnte (!) ihn mit einem einfachen Verwaltungsakt aus der Berufsschule entfernen!

- Dem Kieler Jura-Studenten Heiner S[illegible]sch, Mitglied der „Roten Zelle [illegible]", wird verwehrt, auch nur vor-

S[illegible]sch, Mitglied der „Roten Zelle

[illegible]", wird verwehrt, auch nur vor-

übergehend im Rahmen seiner weiteren Ausbildung als Referendar im öffentlichen Dienst tätig zu werden.

- Im Jahre 1972 spitzelte das Kieler Landesamt für Verfassungsschutz zwei bekannt gewordene Berichte zusammen:
  einen Bericht über „Ideologisch extrem ausgerichtete Gruppen", in dem von der Gefahr des „Linksextremismus" die Rede ist und die Faschisten verniedlichend als „in der Krise" befindlich bezeichnet werden,
  einen zweiten Bericht über den „Einfluß linksextremer Kräfte an Hochschulen in Schleswig-Holstein", der sich mit dem Einfluß, ideologischer Haltung und Arbeitsweisen linker Hochschulgruppen sowie ihrer Stellung zueinander befaßt.

Die Methoden des Verfassungsschutzes sind nicht zimperlich. In Kiel wurde schon vor längerem versucht, mit unverfänglichen Zeitungsannoncen Studenten als Informanten anzuwerben. Auf der Insel Fehmarn versuchte im Frühjahr 72 der Lübecker Beamte der Politischen Polizei, Köppe, einen Obersekundaner zu Spitzeldiensten gegen einen Religionslehrer und gegen sogenannte „linke Gruppen" anzuheuern. Er versprach Befreiung vom Wehrdienst und monatliche Geldzahlungen. Der Schüler gab sich allerdings zu diesem schmutzigen Geschäft nicht her, wodurch die Sache an die Öffentlichkeit kam.

Einschüchterung, Bespitzelung, Bruch der eigenen Verfassung – das sind schon heute in wachsendem Maße die Methoden der Kapitalistenklasse gegen eine noch relativ schwache, erst wieder im Entstehen begriffene demokratische Bewegung in der Bundesrepublik. Sie dokumentieren die Entschlossenheit des Staates der Kapitalisten, seine Herrschaft um keinen Deut schmälern zu lassen.

SPD contra „Extremistenbeschluß?

Auf mehreren Landesparteitagen der SPD und dem Juso-Bundeskongreß ist neuerdings der „Extremistenbeschluß" wieder stärker kritisiert worden. Vor allem linke Teile der SPD fordern seine Aufhebung, u.a. in München, Hessen-Süd und Schleswig-Holstein. Sogar in Hamburg äußerte der rechte SPD-Innensenator Ruhnau, auf dessen Initiative der Beschluß überhaupt erst zustande kam, milde „Bedenken". Offenbar versucht die SPD, den wachsenden Protest aus den Reihen der betroffenen Lehrer, Schüler und Studenten, aber auch der Gewerkschaften, aufzufangen. „Linke" Jusos erklären, auf die Urheberschaft der SPD bei dieser reaktionären Maßnahme des Staates angesprochen, „damit sind wir auch nicht einverstanden".

Es lohnt sich dagegen, die Argumentation der SPD, besonders der Partei-„linken", einmal genau anzusehen. Die schleswig-holsteinsche SPD, deren Landesparteitag im März sich einstimmig gegen den „Extremistenbeschluß" aussprach, macht in dieser Frage schon seit längerem in Opposition. Auch die Schnüffeleien des Verfassungsschutzes nimmt sie zum Anlaß für wortradikales Gerede. Von „Gehirnwäsche" und „Gesinnungsschnüffelei" war da die Rede. Die „Opposition" der SPD besteht allerdings nicht darin, daß sie etwa Abwehrmaßnahmen organisieren hilft o.ä. Stattdessen führen ihre Abgeordneten Scheingefechte im Kieler Landtag gegen die CDU-Landesregierung. Dort umriß bereits im Juli letzten Jahres der SPD-Abgeordnete Bünemann während einer „großen Anfrage" die Haltung seiner Partei:

- Der „Extremistenbeschluß" sei überflüssig, da er kein „neues Recht" setze und die bestehenden Beamtengesetze voll ausreichten. Die SPD stehe im übrigen voll hinter diesen Gesetzen (die ja bereits die demokratischen Freiheiten der Beamten empfindlich im Sinne des staatstreuen Berufsbeamtentums einschränken).
- Die Mitgliedschaft in einer „radikalen", aber nicht verbotenen Partei dürfe nicht automatisch zum Ausschluß aus dem öffentlichen Dienst führen. Die Feststellung der Verfassungsfeindlichkeit sei allein Sache des Bundesverfassungsgerichts. Solange gelte das sogenannte „Parteienprivileg", das die „mit allgemein erlaubten Mitteln" ausgeübte Tätigkeit von Parteimitgliedern schütze. In diesem Zusammenhang hebt die SPD besonders die „rigorose Handhabung" des Beschlusses durch die CDU-Landesregierung gegenüber den angeblichen Intentionen der Bundesregierung hervor, um den „Schwarzen Peter" allein der CDU zuzuschieben.
- Um die „Rechtsstaatlichkeit" zu wahren, müsse in jedem Einzelfall der „Nachweis verfassungsfeindlicher Tätigkeit" schriftlich geführt und begründet werden. Dabei dürfe die Beweislast nicht bei dem Bewerber liegen. (Dies wird von der Kieler CDU-Regierung entgegen allen „rechtsstaatlichen Prinzipien" praktiziert!)

Aus dieser Argumentation der SPD wird ersichtlich, daß es diesen Herren keineswegs um den prinzipiell reaktionären Charakter des „Extremistenbeschlusses" geht; nicht darum, daß hier insbesondere demokratischen Lehrern zum Zweck politischer Disziplinierung die Berufsausübung verwehrt und den von ihnen zu unterrichtenden Schülern fortschrittliche Lehrinhalte vorenthalten werden. Diesen Herren geht es vielmehr darum, zu vermeiden, daß die Kapitalisten bei der Verfolgung ihrer reaktionären Ziele allzu offensichtlich und zu früh gegen ihre eigenen Gesetze verstoßen Die SPD fürchtet am meisten, daß etwas Putz von der Fassade des „demokratischen Rechtsstaates" abbröckelt!

Der SPD-Abgeordnete Bünemann drückte das so aus:

„Sollte eine Partei nach Ansicht der Bundesregierung, des Bundestags oder des Bundesrates ein so großes Maß (!) an Verfassungsfeindlichkeit und Gefährlichkeit (!) erlangt haben, daß schon die Mitgliedschaft oder Aktivität des Beamten in dieser Partei unerträglich erscheint, dann müßten eben (!) die verfassungsrechtlich notwendigen Voraussetzungen für ein Einschreiten geschaffen (!) und das Verbot der Partei durch das Bundesverfassungsgericht beantragt werden."
(aus: Wortprotokoll der Debatte des Schleswig-Holsteinschen Landtags vom 5.7.72)

Derartig zynische Reden werden allerdings zunehmend in Widerspruch geraten zu den ehrlichen Absichten der Gegner jeder reaktionären politischen Reglementierung innerhalb und außerhalb der SPD. ■

Durchbruch für "Industrie-Offiziere"

„Sie haben jetzt das Rüstzeug erhalten, das Ihnen die Möglichkeit gibt, eine qualifizierte Stellung in der Wirtschaft auszufüllen." So sprach Ende Februar in Flensburg der SPD - Bundestagsabgeordnete Walter Suck zu 12 Bundeswehr-Zeitsoldaten, die in Zusammenarbeit zwischen „Berufsförderungsdienst der Bundeswehr" und Berufsfortbildungswerk des DGB zum „praktischen Betriebswirt" ausgebildet worden waren.

Suck als Leiter des Berufsfortbildungswerks versäumte nicht zu betonen, daß der Ausbildungsgang zum „praktischen Betriebswirt" – im Rahmen der seit zwölf (!) Jahren bestehenden „Zusammenarbeit" zwischen DGB und Bundeswehr – vor über einem Jahr als Modellfall für das Bundesgebiet in Flensburg begonnen wurde. Was ist an diesem Fall von Bedeutung?



Studenten der Bundeswehrhochschule werden auf die kapitalistische Gesellschaftsordnung vereidigt.

Die Kapitalistenklasse sucht seit einiger Zeit nach Mitteln und Wegen, reaktionäres und militaristisches Gedankengut verstärkt in die lernende und studierende Jugend zu tragen. Hierzu gehört etwa der berüchtigte „Wehrkunde-Erlaß", der Bundeswehr-Propagandaoffizieren Zugang zu den Schulen verschafft.

Auf der anderen Seite dient der „Extremisten-Erlaß" dazu, fortschrittlich gesinnte Lehrer aus dem Schuldienst fernzuhalten und sie praktisch mit einem Berufsverbot zu belegen.

Diese Maßnahmen, von SPD und CDU/CSU im Gleichschritt durchgesetzt, betreffen in erster Linie den Ausbildungssektor. Die Kapitalisten wissen genau, welche Gefahr fortschrittliches oder gar sozialistisches Gedankengut für ihre Herrschaft bedeutet und wie nützlich ihnen unkritische, auf Gehorsam gedrillte Arbeiter (Volksschule), Angestellte, Beamte (Mittelschule) und Wissenschaftler (Oberschule) sind. Weiterhin zielen die Kapitalisten auf eine reaktionär formierte, zumindest aber stillhaltende Lehrerschaft ab – sie brauchen Bündnispartner für die kommenden großen Auseinandersetzungen mit der Arbeiterklasse.

Sehen wir uns nun die eingangs genannte „Zusammenarbeit" von DGB und Bundeswehr an, die zur Ausbildung von „praktischen Betriebswirten" geführt hat. Dies ist eine Ausbildung zum Manager, zum Geschäftsführer des Kapitalisten. Laut „Flensburger Tageblatt' (28.2.73) haben die Lehrgangsteilnehmer „Kenntnisse des modernen Management ‚gebüffelt' ", und ausdrücklich wird die damit verbundene „bessere soziale Stellung" betont. Ist es notwendig auszumalen, welche Rolle langjährig „freiwillig gediente" Unteroffiziere und Soldaten als künftige Manager in einem Industriebetrieb spielen sollen?

Dieser Flensburger „Modellfall" stellt eine neue Stufe der Militarisierungsbestrebungen der Kapitalisten dar, indem sie unmittelbar in die „Wirtschaft", also direkt gegen die Arbeiterklasse gerichtet sind. Und das Tollste:

gewerkschaften, hilft hierbei tatkräftig mit.

Ein bezeichnendes Licht auf die verrottete Haltung der personellen „Kettenglieder" zwischen SPD und Gewerkschaftsführung wirft die Äußerung von von Walter Suck, daß „der in den Lehrgängen gebotene Abschluß in der Wirtschaft allgemein Anerkennung (!) finde".

Es wird eine Aufgabe der klassenbewußten Gewerkschafter sein, diese den reaktionären Zielen der Kapitalistenklasse dienende Zusammenarbeit zwischen DGB und Militär zu unterbinden und auf jeden Fall zu verhindern, daß der Flensburger „Modellfall" zum Normalfall wird. ■